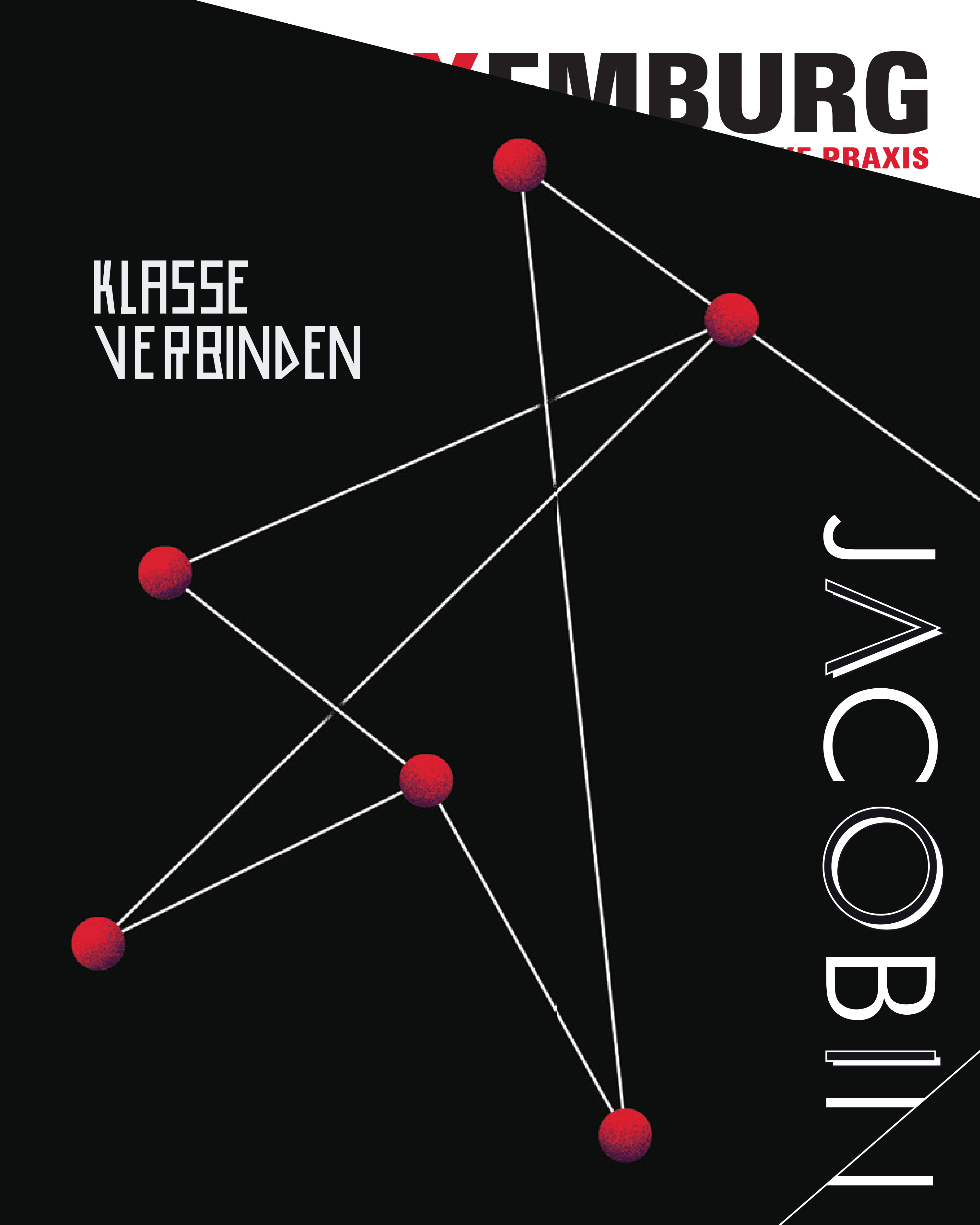
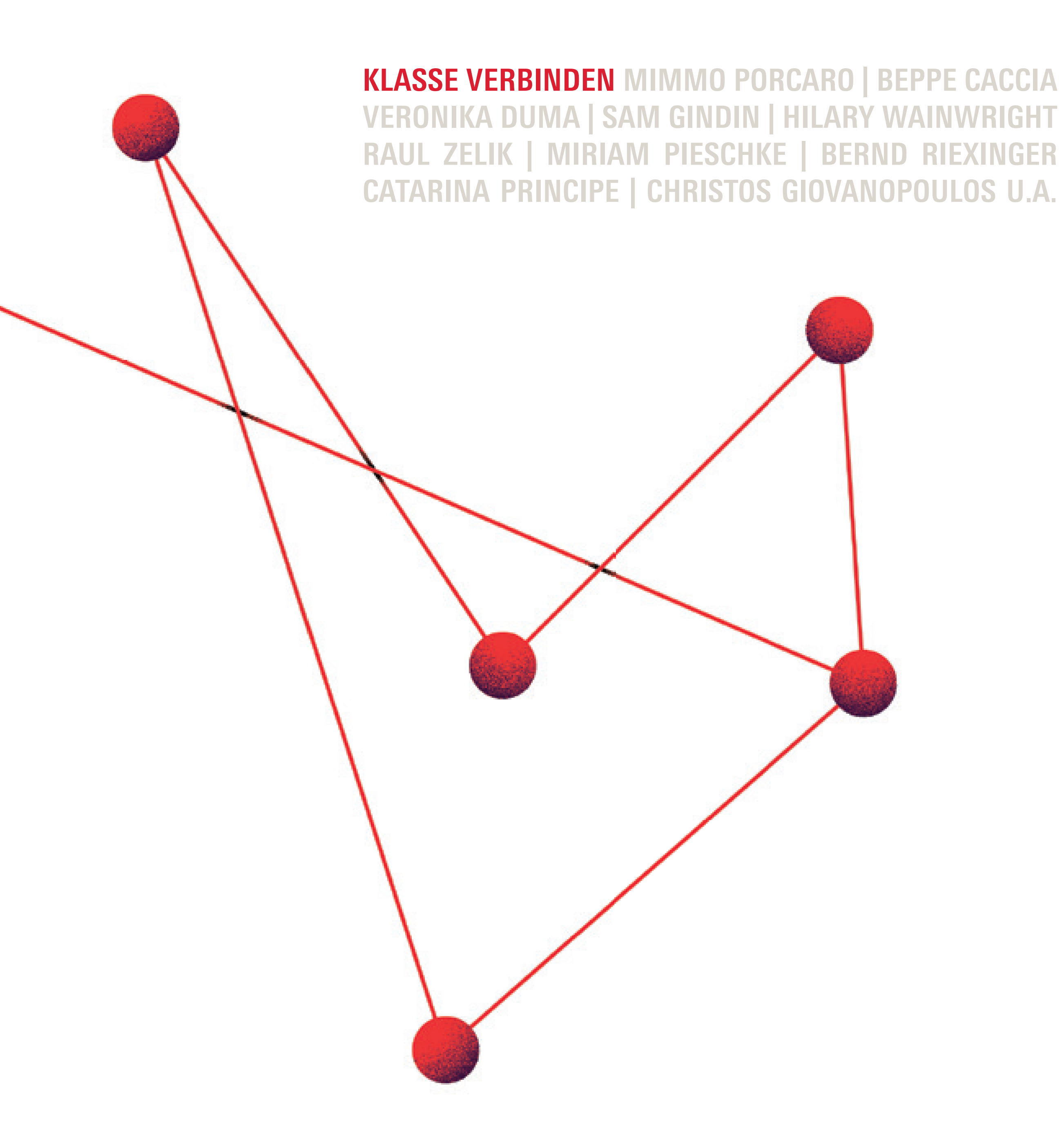

KLASSE
VERBINDEN
JACOBIN
PRAXIS

LUXEMBURG

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

KLASSE VERBINDEN MIMMO PORCARO | BEPPE CACCIA | VERONIKA DUMA | SAM GINDIN | HILARY WAINWRIGHT | RAUL ZELIK | MIRIAM PIESCHKE | BERND RIEXINGER | CATARINA PRINCIPE | CHRISTOS GIOVANOPOULOS U.A.

2
2016





»Die einzige Lösung …«: das nach der französichen Arbeits-
ministerin benannte Gesetz »Loi el Khomry« wegpusten,
Nuit debout, Paris, April 2016, © Conny Hildebrandt

KLASSE VERBINDEN

Es gibt zwei distinkte Logiken:

die Logik der Einheit und die der Vielheit,

die strategische Logik, die es erlaubt,

die politische Macht des Kapitalismus anzugreifen,

und die kooperative Logik, die es erlaubt,

die heutigen asymmetrischen gesellschaftlichen

Verhältnisse zu verändern.

Mimmo Porcaro in diesem Heft

Es geht um eine Strategie,

in der die Fähigkeit der Menschen,

eigene materielle Macht aufzubauen,

die Voraussetzung dafür ist,

die Macht des Staates zu unterlaufen:

ein Prozess, der nicht die Machthabenden austauscht,

sondern das Wesen der Macht selbst verändert.

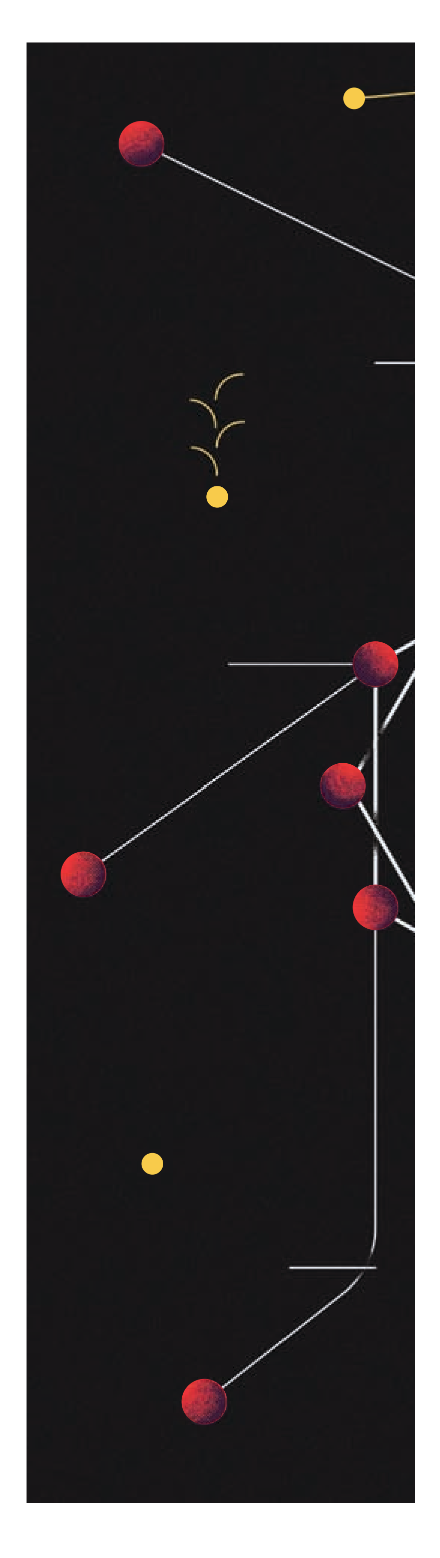
Christos Giovanopoulos in diesem Heft

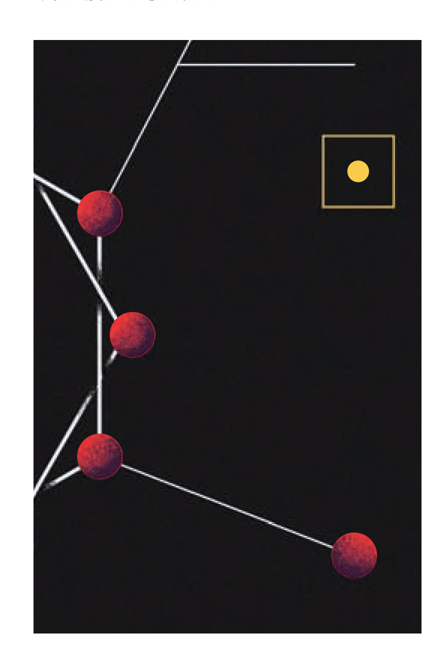
Verbinden
Warum sich die Vielen auch mal einigen sollten
Von Mimmo Porcaro

Verankern
Wie Gewerkschaften mit der LINKEN in die Offensive kommen
Von Bernd Riexinger

Verbreitern
Wie Solidaritätsnetze in Griechenland materielle Macht aufbauen
Von Christos Giovanopoulos

SCHWERPUNKT: KLASSE VERBINDEN





KLASSE VERBINDEN

Antworten auf die Krise des autoritären Neoliberalismus kommen derzeit von rechts. Politik ist zum Geschäft wortgewandter Expert*innen geworden und die Demokratie präsentiert sich als den Interessen und Begehren der Vielen entzogenes Management des Status quo. Angesichts der Vernageltheit der politischen Institutionen stellt sich dringlich die Frage nach linken Handlungsmöglichkeiten.
In dieser Konstellation haben sich soziale Kämpfe vielerorts auf die kommunale Ebene verlagert. Es braucht eine Basis der Organisierung im Alltag der Einzelnen, um linke Politik durchsetzungsfähig zu machen. In den USA stellen lokale Bündnisse Stadträte und Bürgermeister. Sie streiten gegen Zwangsräumung, für eine lokale Anhebung des Mindestlohns oder einen kommunalen Personalausweis für Migrant*innen ohne Papiere. In Spanien haben Aktive aus der 15 M-Bewegung Bürgerplattformen gegründet. Im Bündnis mit oder unabhängig von linken Parteien konnten auch sie Rathäuser übernehmen und in vielen Städten (mit-)regieren. Teils sind die Erfolge noch überschaubar, aber: Sie stellen den korrupten Eliten veränderte Praxen entgegen – ein ›Regieren von unten‹. Die Kommune – im emphatischen Sinne des Wortes – soll als Ort der Politik und Selbstorganisierung zurückgewonnen werden. Vorsichtige Versuche in diese Richtung gibt es auch hierzulande. Es gilt neue Formen zu entwickeln, um populare Politiken zu verbreitern und in unterschiedlichen Milieus der Subalternen zu verankern. Wie lassen sich die disparaten Teile der KLASSE VERBINDEN? *LuXemburg* 2/2016 fragt nach den Chancen munizipalistischer Politik. Was können Plattformen erreichen, die Menschen einbinden, die mit ›Politik‹ bisher nichts zu tun hatten? Wie lassen sich hier verbindende Praxen entwickeln, die das globale Austeritätsregime infrage stellen? Welche Rolle können linke Parteien darin spielen, welche die Gewerkschaften? Und wie müssen (auch linke) Institutionen umgebaut werden, um eine Teilhabe der Vielen zu ermöglichen und gleichzeitig strategische Entscheidungen treffen zu können?

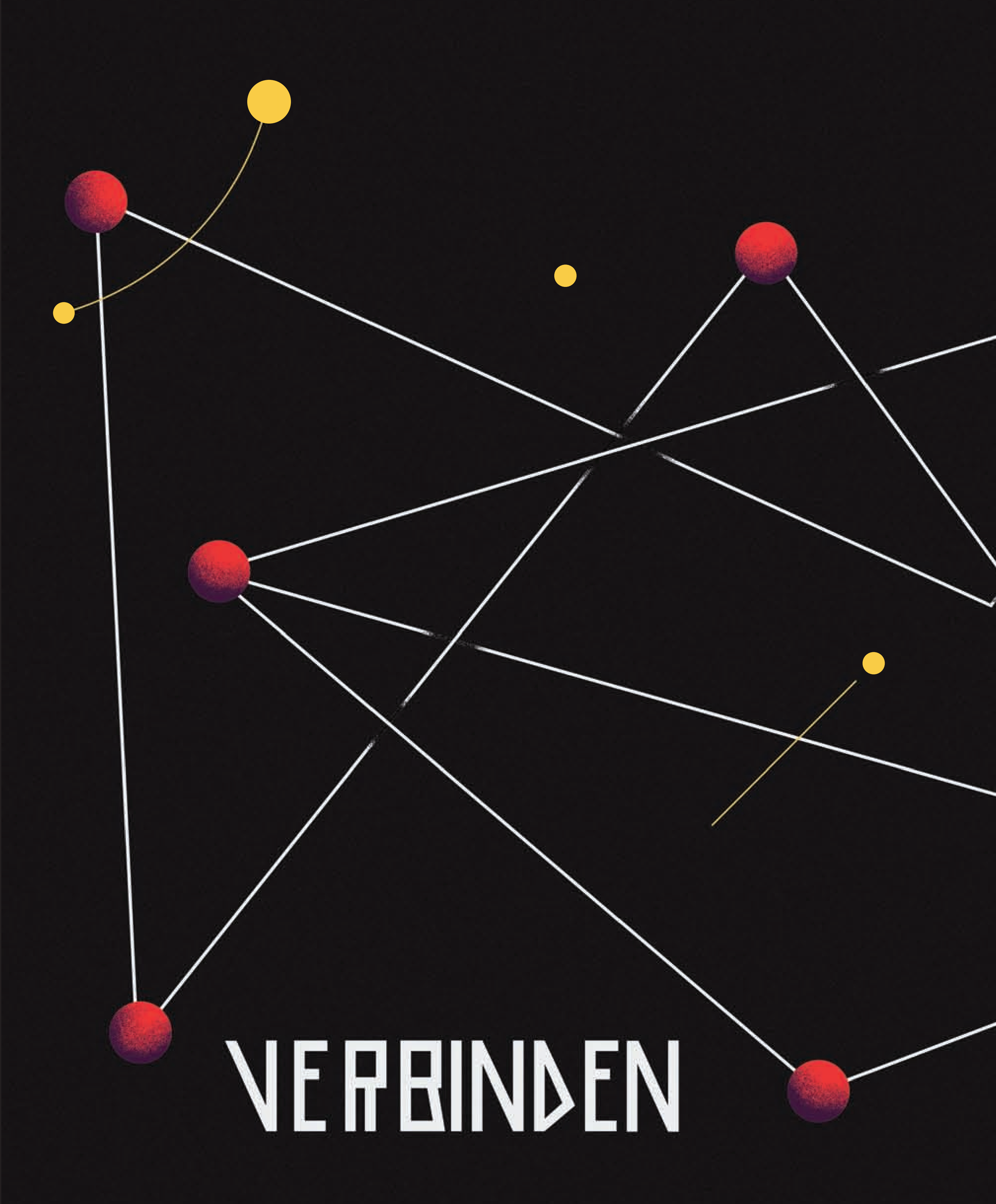


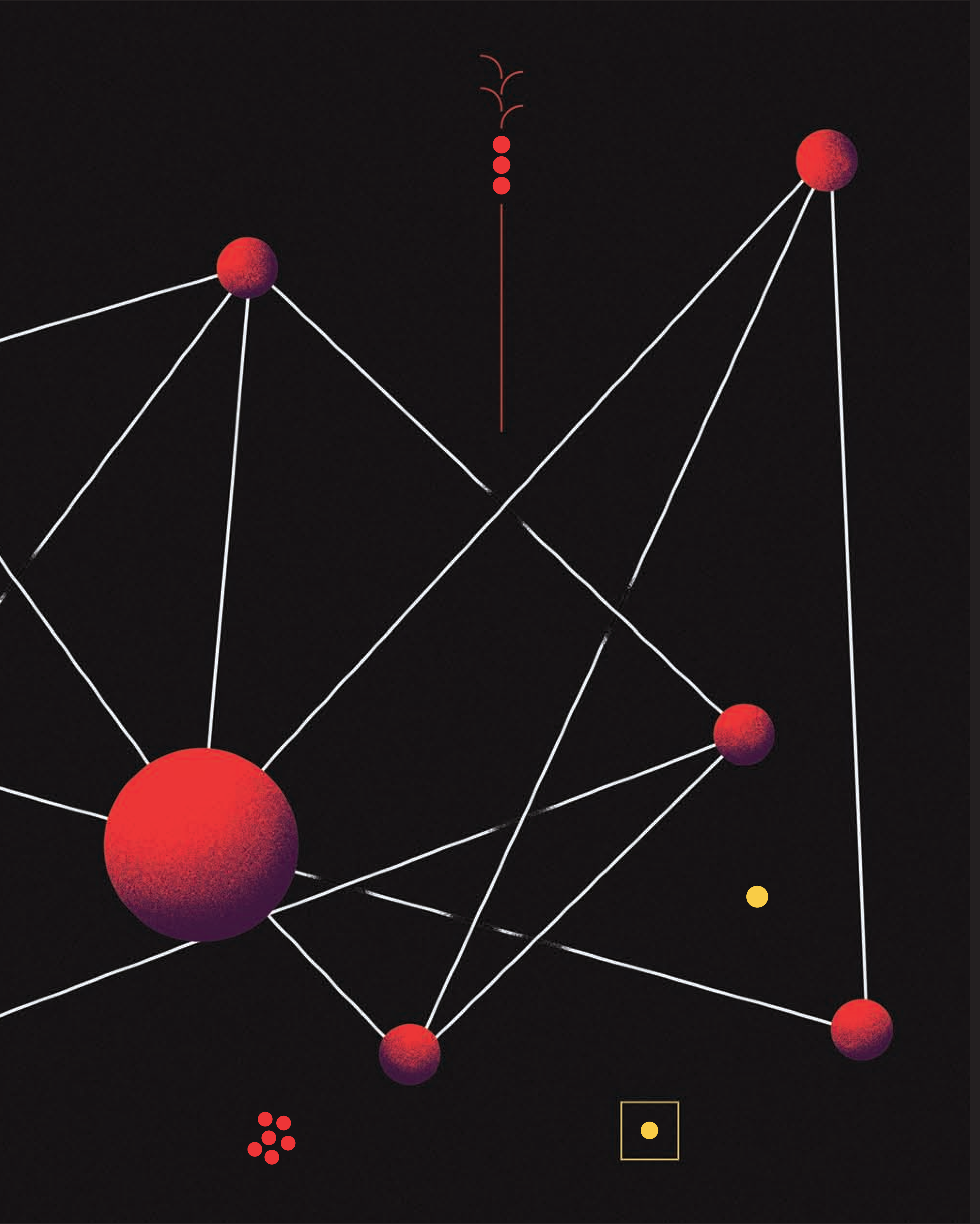
Nuit debout © Rémy Soubanère

RUBRIKEN



Ende Gelände 2016, Moritz Richter


VERBINDEN



DEBATTE

OCCUPY MACHIAVELLI

MIMMO PORCARO ▮ MARIO CANDEIAS

ZWISCHEN VERBINDENDER UND STRATEGISCHER PARTEI

MIMMO PORCARO

Die Krise der *Massenpartei* als eine Form politischer Organisation der subalternen Klassen war Ende des 20. Jahrhunderts offenkundig: Gerade wegen des *Erfolgs* jenes Parteityps war dies eine irreversible Krise. Die Massenpartei war dadurch gewachsen, dass sie Einzelne und Assoziationen in großer Zahl einbezog. Mit der *Heterogenität* dieser Subjekte umzugehen, brachte indes zunehmend Probleme. Es war ihr gelungen, »die Massen in den Staat hineinzuführen«. Im Zuge dessen hatten sich jedoch aktive Parteimitglieder in Manager verwandelt und die Parteiführung war Teil der Elite des kapitalistischen Staates geworden, Regierungsschicht. Von da an verwandelte sie sich erst zur professionalisierten und dann zu einer *Allerweltspartei* (Kirchheimer 1965), zu einer *catch-all party*. Der teilweise Erfolg der Partei der subalternen Klassen hatte also dazu geführt, dass die subalternen Klassen nicht länger über eine Partei verfügten.

Das Nachdenken über die *verbindende Partei* entstand in dieser Situation. Ausgehend von verschiedenen Überlegungen bei Gramsci (1996) und in der nordamerikanischen Linken (vgl. u.a. Brecher/Costello 1990) lag es nahe, angesichts einer zunehmenden Heterogenität der Subjekte und der Kulturen bei der Suche nach einem neuen Parteimodell an die Form einer *Koalition* zu denken: eine Form, die die Partei mit Bewegungen, Gewerkschaften, Gemeindestrukturen, unabhän-

gigen Medien und anderen Zusammenschlüssen verbinden würde. Eine solche Koalition hätte die Möglichkeit, sich zu einer wirklichen Föderation zu entwickeln oder ihr Handeln auf politische Übereinkünfte zu gründen, in jedem Falle jedoch (und das war das eigentlich Neue) sollten alle beteiligten politischen Strukturen in der Lage sein, die *Führungsrolle* zu übernehmen. Die eigentliche politische Partei, die ›formale Partei‹, sollte nicht länger über das Monopol des politischen Handelns verfügen: Politisch zu agieren kam nunmehr dem Ensemble verschiedener Institutionen der subalternen Klassen zu, der ›realen Partei‹. Die vormals einzig der Massenpartei zugefallenen Aufgaben – politische Bildungsarbeit, theoretische Praxis, Organisation der Kämpfe – sollten nun von den verschiedensten Akteuren übernommen werden, und politische Führung würde nicht länger als Kommando auftreten, sondern sich in Aushandlungen unter Gleichen und in der Suche nach Konsens herstellen (vgl. Porcaro 2011 und 2013). Da dem Moment von Wahlen keine allzu große Bedeutung beigemessen wurde, schrieb man dem Typus der verbindenden Partei das Potenzial zu, die in der Massenpartei angelegten etatistischen Tendenzen zu vermeiden und zum idealen Instrument einer Politik ›von unten‹ zu werden.

MIMMO PORCARO ist Vordenker der Rifondazione Communista. Seit Jahrzehnten sammelt er als organischer Intellektueller in der kommunistischen Tradition Erfahrungen in Staatsapparaten und Partei-Bewegungen Italiens. Diese brachte er als Fellow mit ans Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und schreibt dazu fortlaufend – unter anderem in dieser Zeitschrift.

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin, Mitbegründer dieser Zeitschrift und forscht unter anderem zu den neuen Partei-Bewegungs-Konstellationen in Spanien und Griechenland.

Die Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung schließlich bekräftigte die Vielfalt der emanzipatorischen Subjekte und unterstrich diese Richtung. Viele sahen in einer verbindenden Partei, die Bündnisse schmiedete, die Form, die der neuen Phase gesellschaftlicher Konflikte am angemessensten war. Im Unterschied zur Massenpartei traute man es ihr zu, die verschiedenen Subjekte zu vereinen, ohne sie *einzugliedern*, und so die gesellschaftliche Heterogenität politisch zu führen – jene Heterogenität, die für die Massenpartei eine Grenze markiert hatte.[1] Die semantische Ambiguität der Rede von der verbindenden Partei (insofern damit sowohl die von der ›formalen Partei‹ allein ausgehende verbindende Funktion als auch das Ergebnis der Selbstorganisierung des Ensembles der ›realen Partei‹ gemeint sein konnte) wirkte selbst wiederum positiv, denn sie ließ Raum für die verschiedenen Möglichkeiten, die Fragen solcher Verbindungen anzugehen. Kurz und gut: Die verbindende Partei schien der Schlüssel, in den gegenwärtigen Gesellschaften einen Konsens herzustellen und auf der Grundlage von Pluralismus und Selbstbestimmung soziale Veränderungen herbeizuführen.

FÜNFZEHN JAHRE SPÄTER

Fünfzehn Jahre später müssen wir eingestehen, dass diese Erwartungen zum großen Teil enttäuscht wurden. Mit Ausnahme einiger wichtiger lateinamerikanischer Erfahrungen hat der Typus der verbindenden Partei keine wirkliche Verbreitung gefunden, und es lassen sich auch kaum politische Erfolge benennen. In Europa wurde eigentlich nur in Griechenland eine verbindende Partei aufgebaut, wenn auch deren Misserfolg nicht der *Form* geschuldet ist. Die Front de gauche erinnert, was ihre Organisation angeht, eher an traditionelle politische Erfahrungen, und die LINKE hat erst kürzlich begonnen, das Thema zu diskutieren (vgl. Kipping/Riexinger 2013 und Debatte in *LuXemburg* 2/2014). In Italien schien es, als könne sich die verbindende Partei dank der Annäherung zwischen einer sich erneuernden neokommunistischen Partei (Rifondazione Communista) und einem Geflecht von radikalisierten sozialen Bewebungen behaupten: Letztlich entwickelte sich jedoch kein wirkliches Bündnis, und so kam es, dass die Regierung von 2006 in einer schwierigen Situation nur halbherzig agierte, mit katastrophalem Ausgang.

Wie auch immer: Die globalisierungskritische Bewegung konnte oder wollte keine verbindende Partei schaffen, und den Parteien der radikalen Linken gelang es nicht, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen. Das soll freilich nicht heißen, das Konzept sei erledigt, sondern lediglich, dass es, auch wenn es auf den ersten Blick einleuchtend erscheint, gewisse Probleme birgt.

NEUE VOLKSPARTEIEN

Ein wichtiges *Symptom* dieser Probleme ist das Aufkommen eines neuen Typus von Partei der subalternen Klassen, wie ihn heute Podemos in Spanien, aber auch der Movimento Cinque Stelle (M5S) in Italien verkörpern, die sich beide als ›Parteien der Bürgermobilisierung‹ definieren lassen. Im Unterschied zur verbindenden Partei tritt diese neue Partei als *Einheit* auf, als ein politisches Subjekt, das sich *unmittelbar*, ohne Vermittlung anderer sozialer Organisationen, auf die Einzelnen bezieht. Während für die verbindende Partei die Frage der politischen Machtübernahme im Verhältnis zu einer Strategie der gesellschaftlichen Veränderung ›von unten‹ nachgeordnet war, zielt der neue Parteityp *geradewegs* auf eine *Regierungsübernahme*. Diese erscheint als wesentliche Vorbedingung jeder anderen Veränderung. Um ein *Empowerment* der Bürger*innen voranzutreiben, setzen die Expert*innen der *E-Demokratie* auf digitale Technologien, die eine Ausweitung *direkter Demokratie* sowohl im Staat als auch innerhalb der Partei ermöglichen sollen. Schließlich versuchen diese Parteien, der traditionellen Entgegensetzung von links und rechts zu entgehen. Unabhängig davon, ob sie wie Podemos linke oder wie der M5S rechte Wurzeln haben, basiert ihre Rhetorik auf dem kleinsten gemeinsa-

men Nenner, den konstitutionelle Linke und Rechte teilen: der Wertschätzung der *Demokratie*, verstanden als die Möglichkeit freier Entscheidung der Bürger*innen, und zwar jeder und jedes *Einzelnen*. In der »flüchtigen Moderne« (Baumann), in der vermittelnde Instanzen und Bürokratien an Bedeutung verlieren und die *sichtbaren* politischen Protagonisten nicht länger Gruppen sind, sondern Individuen und ihre vielfältigen Aggregationen, scheint sich diese neue Partei also geschmeidig zu bewegen. Obwohl ihre Forderung nach Demokratie sehr unbestimmt bleibt, hat die Rigidität, mit der die herrschenden Klassen heute ihre Privilegien verteidigen, nicht selten zur Folge, dass sie trotz ihres offenkundigen Minimalismus destabilisierend wirkt. Eine Partei der Bürgermobilisierung scheint somit der heutigen gesellschaftlichen Situation viel angemessener als der Typus der verbindenden Partei. Dementsprechend wäre jene möglicherweise das überlegene Modell für die Partei der subalternen Klassen.

DIE LEHREN DER KRISE

Diese Schlussfolgerung führt freilich nirgendwohin, zumal sie von einer falschen Fragestellung ausgeht: Denn wir müssen uns nicht fragen, welche Partei der gesellschaftlichen Realität *angemessen* ist, sondern welche in der Lage wäre, *diese zu verändern*. Es geht nicht darum, bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse gut zu *repräsentieren*, sondern in deren Widersprüche *einzugreifen*, um sie zuzuspitzen: Fehlt es der verbindenden Partei an Ausstrahlung, so liegt das nicht daran, dass sie soziologisch inadäquat ist, sondern daran, dass sie uns nicht hilft, in einer neuen, durch die Krise der Globalisierung und der kapitalistischen Ökonomie geprägten Situation politisch handlungsfähig zu werden. Das hinter dieser Parteivorstellung stehende theoretische Modell gründet auf einer Reihe von (zweifelhaften) Annahmen. Es geht davon aus, dass (a) die Globalisierung die potenziell der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Ressourcen vermehren werde, (b) dass das *fortwährende* Anwachsen ökonomischer und sozialer Selbstorganisation allmählich den Kapitalismus ersetzen könne, (c) der Staat eine immer geringere Rolle spielen werde und die Kapitalmacht kein wirkliches Zentrum aufweise, (d) alle popularen Kämpfe daher den gleichen Stellenwert besäßen und es wenig Sinn habe, über Strategie und Taktik nachzudenken, und (e) die Strategie so oder so der Synergie der Bewegungen, das heißt, aus deren Verbindung entspringe.

Doch die Krise ist eine strenge Lehrmeisterin, die zumindest in diesem Punkt *orthodoxen Marxismus* lehrt: Sie verringert auf drastische Weise die Ressourcen, die den popularen Schichten und ihrer *Selbstorganisation* zur Verfügung stehen, beseitigt alle verbliebenen Spuren eines »demokratischen Kapitalismus« (Streek 2013) und setzt den Sozialismus erneut auf die Tagesordnung (Porcaro 2016). Sie

macht die *zentrale* Rolle des Staates für das Überleben des Systems nachdrücklich deutlich und zwingt uns, uns Fragen der *Strategie* zuzuwenden. Denn selbst wer die Gefahren eines etatistischen Sozialismus kennt und sich der vielgestaltigen und eben nicht nur politischen Natur kapitalistischer Macht bewusst ist, muss anerkennen, dass eine radikale Alternative heute mit einer zumindest *vorübergehenden* Eroberung der Staatsmacht einhergehen muss. Auch wenn es letztlich um die Dezentralisierung von Eigentum und Macht gehen soll, müssen doch zunächst die allgemeinen, von Staat und Privateigentum annektierten Machtressourcen zurückerobert werden. Eine schwierige Aufgabe, heute jedoch *weniger* schwierig als gestern: Die Instabilität des Systems führte dazu, dass ein langer Stellungskrieg abbrach und einem *Bewegungskrieg* den Weg freigemacht hat, in dem es häufiger zu einer schnellen Verschiebung der Kräfteverhältnisse kommt.

KLASSENFRAGEN

Die Bedeutung der Strategie wiederzuentdecken heißt auch zu erkennen, dass es *Aufgabe der Strategie ist, Verbindungen herzustellen, und nicht umgekehrt.* Nur durch strategische Vermittlung oder entlang eines politischen Programms ist es möglich, unterschiedliche Bewegungsknoten zu verbinden; vor allem aber ist es nur so möglich, das Problem einer *zunehmenden Spaltung* zwischen qualifizierten und entqualifizierten Arbeitskräften anzugehen, insofern Erstere sich tendenziell eher liberalistischen Positionen verbunden fühlen, während Letztere eher Anhänger protektionistischer Vorstellungen sind. Die verbindende Partei weicht diesem Problem aus, wenn sie glaubt, die gesellschaftlichen Assoziationen zu einen, sei gleichbedeutend damit, das ›Volk‹ zu einen. Sie misst dem *Klassencharakter* der Assoziationen, auf die sie sich bezieht, nicht ausreichend Gewicht bei. In der gegenwärtigen Situation sind Letztere weniger politische oder gewerkschaftliche Strukturen, sondern repräsentieren vor allem *Arbeits- und Subsistenzformen* mittlerer und gehobener Klassenfraktionen des Proletariats. Ihr Agieren im Stil von Experten definiert sich gewöhnlich als links, doch faktisch schließt es den Großteil der Subalternen aus. Und auch wenn sie in zugespitzten Krisenzeiten vielleicht den *Konflikt* mit Staat und Großunternehmen suchen, so ziehen sie doch normalerweise *Verhandlungen* vor, denn in ihrem Lebensunterhalt sind sie in der Regel auf öffentliche und private Subventionen angewiesen. Kurzum, es handelt sich um *im Wesentlichen konservative* gesellschaftliche Institutionen. Es muss uns daher nicht erstaunen, wenn all jene Teile des ›Volkes‹, die an der Konservierung des Bestehenden kein Interesse haben und sich in der geheimnisvollen Welt der *Governance* nicht wiedererkennen, sich lieber auf populistische und autoritäre Parteien oder eben die Parteien der Bürgermobilisierung beziehen. Letztgenannte indes

sind, insofern sie beanspruchen, die Unterscheidung von links und rechts zu überwinden und unmittelbar eine Übernahme der Regierung anzustreben, zumindest das *Symptom* dessen, was tatsächlich zu tun wäre: nämlich das ›Volk‹ einen, nach dem Staat greifen.

DIE STRATEGISCHE PARTEI

Die Lohnabhängigen um ein sozialistisches Programm versammeln; ein Bündnis mit anderen popularen Schichten schließen; die Kräfte an den Knotenpunkten des Klassenkampfs bündeln, um die dominante Kapitalfraktion anzugreifen, in einem Kapitalismus, dessen Fortbestand *heute vor allem der Staat* garantiert: Das sind grundlegende Aufgaben einer Partei, wie wir sie brauchen, einer *strategischen Partei*. Dieser Partei kommt unter anderem die Funktion zu, bestimmte Wahrheiten *ins Gedächtnis zu rufen*, nämlich die Notwendigkeit einer unmissverständlichen sozialistischen Alternative und einer Reihe *revolutionärer* Brüche an den entscheidenden Stellen des Machtgefüges sowie einer Taktik, die all dies erst möglich macht. Um diese Wahrheiten nicht zu vergessen, darf die strategische Partei sich weder mit Bewegungen *identifizieren* noch beanspruchen, das ›Bewusstsein‹ von außen in sie hineinzutragen. Stattdessen muss sie ein Knotenpunkt eigenständiger Arbeit sein, außerhalb der Bewegungen, um die richtigen Ideen, die im Verlauf von Kämpfen ständig entstehen und wieder vergessen werden, zu verdichten und zu ordnen.

Aus heutiger Sicht ist die genaue Gestalt einer solchen Partei nicht vorherzusagen. Die Aufgabe einer historisch-konkreten Analyse besteht nicht darin, Probleme zu bestimmen, die in der Zukunft warten und deren Lösung von gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Kämpfen abhängen wird. Erst recht gilt dies im Fall der strategischen Partei, insofern sie eher ein *Ensemble von Praxisformen* verkörpert als eine Institution im eigentlichen Sinn: Sie identifiziert sich nicht mit dieser oder jener Partei oder Organisation, sondern existiert in all jenen Tendenzen, die innerhalb einer Partei oder Organisation bereit sind, *vorgegebene* organisatorische Strukturen, Machtpositionen und Kalküle infrage zu stellen, sobald diese dem grundlegenden strategischen Ziel entgegenstehen. Sie ist daher eine Partei, deren Aufgabe nicht darin besteht, sich zu institutionalisieren, und wenn sie sich eine Organisation gibt, dann weniger um den materiellen Fortbestand einer Idee sicherzustellen, sondern vor allem um vorhandene Institutionen zu erschüttern, ganz gleich, ob es sich dabei um kapitalistische, populare oder *künftige sozialistische Institutionen* handelt.

Die Notwendigkeit einer popularen Partei steht also außer Frage. Sie erfüllt die Funktion, an Wahlen teilzunehmen, und agiert innerhalb des Staates, der Gewerkschaften und gesellschaftlicher Organisationen, zugleich muss sie enge Verbindungen zu all diesen Institutionen halten. Doch laufen solche Institutionen unweiger-

lich Gefahr, vom bestehenden System der Macht kooptiert zu werden, und diese Gefahr wird umso größer, je weiter die Krise sich zuspitzt und je dringlicher sich die Notwendigkeit eines politischen Bruchs zeigt. Die strategische Partei ist deshalb der Körper, der einer solchen Kooption entgegenwirkt. Je nach Situation, in der sie agiert, kann sie außerdem verschiedene Formen annehmen: Sie kann als kleine und bewegliche Partei auftreten, die mit allen an vorderster Front in Verbindung steht, oder sie kann eine transversale Führungsgruppe sein, die sich aus in den verschiedenen Bewegungsorganisationen aktiven Zellen zusammensetzt. Unter gewöhnlichen Umständen werden solche Zellen unabhängig voneinander agieren, doch zugleich sind sie in Krisensituationen in der Lage, sich zusammenzuschließen und einen Block zu bilden. Und vielleicht wird sie auch ganz anders aussehen.

WIDERSPRÜCHE UND PARADOXIEN: DER EINE UND DIE VIELEN

Wie auch immer sie aussehen wird, die strategische Partei wird zweifellos nicht vollkommen sein, denn keine politische Form ist frei von Fehlern und jede Lösung wirft neue Fragen auf. Die Kunst des politischen Handelns besteht nicht darin, vollendete Formen zu entwerfen, sondern darin, die Grenzen der vorgeschlagenen Lösungen immer schon einzubeziehen. Die wesentliche Grenze des Modells der strategischen Partei ist nicht die Tendenz, zum Staat zu werden, wie es für die Massenpartei oder den Typus der bolschewistischen Partei charakteristisch ist. Wie die verbindende Partei weiß auch die strategische Partei, dass sie nicht ›alles‹ sein, nicht alle Funktionen übernehmen kann und sich daher nicht mit dem Staat *identifizieren* darf. Die Grenze der strategischen Partei ist vielmehr der Konflikt zwischen der *Notwendigkeit, eigenständig zu sein*, um die gesellschaftlichen Verhältnisse offen anzusprechen, und der *Notwendigkeit, Teil der Vielen zu sein*, um der *vielgestaltigen* Macht des Kapitals entgegenzutreten.

Eine Lösung dieses Konflikts zeigt uns Machiavelli. Er lässt uns wissen, dass nur »ein Mann allein« in der Lage ist, einen neuen Staat zu *gründen*, denn dazu ist eine Einheit von Absichten und Zielen absolut unumgänglich. Doch zugleich weiß er darum, dass hernach einzig die Vielen in der Lage sind, den Staat zu *lenken*, denn während eine Vielzahl an Meinungen in der Phase der Gründung ein Hindernis darstellt, wird sie dann zu einem konstitutiven Moment, das den neuen politischen Körper in die Lage versetzt, sich der kommenden Vielzahl von Ereignissen zu stellen (vgl. Machiavelli 2007, I, 9). Machiavelli unterscheidet zwei Zeitabschnitte: die Gründung des Staates und seine Führung. Doch lässt sich diese Unterscheidung auch auf *zwei distinkte Logiken* beziehen, die beide, wenn auch in unterschiedlichem Maß, in jeder Phase des revolutionären Prozesses präsent sind: die Logik der Einheit und die der Vielheit, die strategische Logik, die es erlaubt,

die politische Macht des Kapitalismus anzugreifen, und die kooperative Logik, die es erlaubt, die heutigen asymmetrischen gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Machiavellis Größe besteht darin, dass er beide Logiken aufzeigt, *ohne zwischen ihnen eine wie auch immer geartete Hierarchie vorzugeben*. Keine der beiden ist abzustreifen und der Vorrang der einen oder anderen ist einzig *von der konkreten Situation abhängig*. Weder lassen sich im Namen der Einheit die Vielen auslöschen, wie es der Stalinismus tat, noch ist, wie im Anarchismus, der Umkehrfall möglich. Der Konflikt zwischen beiden ist nur zu lösen, wenn man ihre ontologische Ebenbürtigkeit anerkennt und den Konflikt als einen *Widerspruch* im eigentlichen Sinn begreift, in dem beide Seiten nur dank ihrer Entgegensetzung existieren.

Ein solcher Widerspruch kann sich nur dann in eine positive Entwicklung übersetzen, wenn jede der beiden Seiten (Partei und Bewegung, Einheit und Vielheit) selbst einen Teil der Eigenschaften der anderen annimmt. Es ist Aufgabe der strategischen Partei, die Vielheit hervorzuheben (und damit das *bleibende Vermächtnis* der verbindenden Partei), da es unmöglich ist, eine erfolgreiche Strategie zu entwickeln, ohne die verschiedenen Interessen, Werte und Standpunkte der Vielen anzuerkennen. Die politische Bewegung andererseits darf sich nicht länger lediglich als informelle *Strömung* begreifen, als reines kreatives *Chaos*. Bleibt eine Bewegung nur Strömung und Chaos, wird sich sehr bald eine Partei (und vielleicht zuvor noch ein Staat) finden, um ihr eine *subalterne* Rolle zuzuweisen. Gelingt es der Bewegung hingegen, sich *selbstbestimmt* eine *eigene* Form und eine *eigene* Einheit zu geben, und schafft sie sich als Bewegung stabile politische Institutionen, die heute zur strategischen Partei und morgen zum sozialistischen Staat einen dialektischen Gegenpol bilden, hätten tatsächlich die Vielen *als Viele* politisches Gewicht und nicht nur als durch eine Partei oder einen Staat geeinte Kraft.

Das Paradox der strategischen Partei schließlich besteht darin, dass es zu ihren Funktionen gehört, angesichts der Dominanz des politischen Individualismus und der Krise vermittelnder Instanzen die Herausbildung genau solcher Instanzen zu fördern und die Bewegung dazu zu drängen, eigene Formen zu finden. Nur so kann es gelingen, dass der Partei ein stabiles Pendant gegenübersteht, das dafür sorgt, dass die unausweichliche ›Einsamkeit‹ der strategischen Entscheidung sich nicht in einen Monolog verwandelt, sondern ein Moment in einem ständigen Dialog wäre.

Aus dem Italienischen von Thomas Atzert

1 Das kulturelle Klima jener Debatten, die insbesondere im Umfeld der 1991 nach der Spaltung der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) gegründete Rifondazione Comunista geführt wurden, findet ein Echo beispielsweise bei Fabio de Nardis (2009).

LOST IN THE CROWD? GEDANKEN ZU PORCAROS »STRATEGISCHER PARTEI«

MARIO CANDEIAS

In Zeiten großer Dringlichkeit ist die verbindende Partei gescheitert. Porcaro drängt in Richtung auf eine strategische Partei, die schnell und massenwirksam das Notwendige tut. Doch wie vermeiden wir, dass weder »die unausweichliche ›Einsamkeit‹ der strategischen Entscheidung sich […] in einen Monolog verwandelt« (15), noch dass sich die strategische Initiative in der Menge verliert?[1]

WER FÜHRT?

Die gesellschaftlichen Mobilisierungen in Spanien und Griechenland schienen mit Blick auf verbindende Perspektiven einen großen Sprung zu ermöglichen. Diese an unzähligen Orten zugleich stattfindende molekulare Organisierung hatte kein Zentrum, sie gründete auf vermittelnden Strukturen: einer verbindenden Partei, die angesichts einer fragmentierten sozialen und politischen Situation nicht mehr als klassische Massenpartei mit Avantgardeanspruch, aber auch nicht einfach als Koalition unterschiedlicher Parteien funktionieren kann, sondern als »Koalition unterschiedlicher Parteien, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlicher Organisationen«, von denen jeder »zum Anführer der gesamten Front« werden kann (Porcaro 2013).

Je nach politischer Konjunktur und strategischer Notwendigkeit ging die Führung des Gesamtsubjekts von einem Teil des Mosaiks auf einen anderen über. In Spanien beispielsweise von der 15M-Bewegung über die Plattform der Hypothekenbetroffenen (PAH) und Podemos zu den kommunalen Plattformen und schließlich Unid@s Podemos während der letzten Parlamentswahl; oder in Griechenland von den anarchistischen Bewegungen und Gewerkschaften zu den Empörten und dann zu Syriza in Verbindung mit den Solidaritätsstrukturen.

Angesichts der Erfahrung in Griechenland macht Porcaro nun das strategische Moment gegenüber dem verbindenden stark. Eine strategische Partei muss in der Lage sein, den geschichtlichen Moment zu erkennen, die Initiative zu ergreifen, voranzugehen und im Gehen andere zu überzeugen. Sie ist dabei keine eigenständige Entität, keine abgeschlossene Gruppe. Je nach Konstellation kann sie »als kleine und bewegliche Partei« auftreten oder »eine transversale Führungsgruppe sein, die sich aus in den verschiedenen Bewegungsorganisationen aktiven Zellen zusammensetzt« (14).

Mit den Grenzen von Partei- und Regierungsprojekten wie in Griechenland und Spanien wird deutlich, dass die Führungsfunktion der Partei im engen Sinne immer nur ein konjunktureller Moment in einem beweglichen Verhältnis von Partei, Bewegung und Subalternen innerhalb komplexer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse sein kann. Keineswegs übernimmt die Bewegung die Vorarbeit, um dann die Führungsfunktion an die Partei abzugeben.

Doch wie eine Strategie formulieren, die die Vielen überzeugt? Porcaro schreibt: »Aufgabe der Strategie ist es, Verbindungen herzustellen, nicht umgekehrt.« Tatsächlich entsteht aus der Zusammenkunft der Vielen nur in Ausnahmen eine Strategie. Es braucht andere Orte, Zellen von Gleichgesinnten, ob es um strategische Kerne in Bewegungen oder in Parteien geht. Doch es genügt nicht, eine verbindende Strategie zu formulieren. Wenn sie nicht gemeinsam formuliert wird, bleibt sie wirkungslos. Das Mosaik muss also aktiv zusammengebracht und verbunden werden, immer wieder. Es muss produziert, ja organisiert werden, um neben einem besseren Verständnis für Differenzen das Gemeinsame hervorzubringen.

Doch Vermittlung und Verbindung brauchen Zeit. Dies stößt auf Probleme der Dringlichkeit. Hier bewegen wir uns im Spannungsfeld zwischen dem *Reichtum und der Inkohärenz der Vielheit auf dem Wege einer verbindenden Partei und der Kohärenz der strategischen Partei*. Nur Letztere kann in spezifischen Konjunkturen des »Bewegungskrieges« (Gramsci), jene rasche Initiative entfalten, die nötig ist. Dies geht notwendigerweise einher mit einer Überforderung anderer Teile, die die Veränderungen nicht im gleichen Tempo nachvollziehen, wenn das Wissen nicht schnell genug verallgemeinert wird. Es braucht daher ein Verständnis für die Notwendigkeit eines Raums für Experimente von ›unten‹ – aber eben auch von ›oben‹. In der realexistierenden Partei die LINKE dominiert die Tendenz, jede Initiative durch Bedenken, unendliche Rückkopplungs- und Entscheidungsschleifen zu zersetzen: Wenn sie nicht durch jede Gliederung bewilligt und in diesem Prozess bis zur Unkenntlichkeit umgestaltet wird, verendet sie nahezu folgenlos.

Vor diesem Hintergrund hat eine Partei mit schmaler und hierarchischer Organisation, mit weniger vermittelnden Instanzen und direkterer Kommunikation zwischen Führung und ›Massen‹ (wie Podemos) Vorteile gegenüber einer üblichen demokratischen Parteistruktur oder auch gegenüber horizontalen Konsensmodellen – solange die Führung ›gut’ ist. Im Übergang zur institutionellen Politik kommt es jedoch immer wieder zu einer zu starken Institutionalisierung der strategischen Funktion, hinter der die verbindende Funktion zurücktritt. Eine Aufgabe in diesem Zusammenhang wäre, als Teil einer konstituierenden Macht die »Institutionen zu erschüttern« (13), Verfestigungen und Bürokratisierung offen und beweglich zu halten – auch innerhalb der *eigenen* Organisationen.

Denn koppelt sich die strategische Partei ab und hat keine Rückbindung mehr, kann sie rasch die Sensibilität für die Veränderung des Moments verlieren, die Strategie wird unangemessen. Dies traf nach den Kommunalwahlen im Mai 2015 auf Podemos zu, aber auch auf die Gruppe um Tsipras nach dem Wahlsieg im Januar 2015 und dann vollständig entkoppelt nach dem OXI des Referendums sechs Monate später.

Hier wäre eine »transversale Führungsgruppe« (14) sinnvoller als hierarchische Modelle. Das Spannungsverhältnis zwischen verbindender und strategischer Partei ließe sich produktiv bearbeiten, wenn »jede der beiden Seiten […] selbst einen Teil der Eigenschaften der anderen annimmt« (15). Die einen verbinden, suchen den Kontakt zu den Bewegungen und Nachbarschaften, die anderen formulieren Strategien, bewegen sich in Staat und Parlamenten – so kann die Arbeitsteilung nicht funktionieren (vgl. Candeias 2016). Diese Fragen der Führung waren auch in Griechenland bei Syriza, der ersten real entwickelten verbindenden Partei, nicht geklärt.

DAS SCHEITERN DER VERBINDENDEN PARTEI

Unzählige Riots und Generalstreiks waren wichtige symbolische Aktionen zu Beginn der Krisenproteste ab 2009, erschöpften sich jedoch rasch. Der entscheidende Punkt kam, den Platzbesetzungen in Nordafrika und Spanien folgend, mit der Besetzung des Syntagma-Platzes in Athen. Dort begann auch der Aufstieg Syrizas, weil es den Mitgliedern gelang, nicht mit den üblichen Symbolen und Fahnen für ihre Partei zu werben, sondern sich als Aktive in die Debatten einzumischen, eine Infrastruktur für die Platzbesetzung bereitzustellen und vor allem zuzuhören. Es gelang ihnen die Stimmungen, Leidenschaften und politischen Botschaften aufzunehmen. Syriza symbolisiert einen Verdichtungspunkt, der die zivilgesellschaftliche Selbstorganisierung und den Protest in die Perspektive der Ergreifung der Regierungsmacht übersetzte. Sie repräsentierte den Geist des Protests für viele jenseits der direkt politisch Aktiven, nicht zuletzt in den unteren gesellschaftlichen Klassen und Gruppen.

Die Partei verband dies mit einem weitgehenden Umbau der eigenen Organisation und entwickelte enge, ja organische Verbindungen mit den Bewegungen: Das Netzwerk Solidarity for all wurde gegründet, um die Solidarstrukturen landesweit zu vernetzen und zu stärken. Jede und jeder Abgeordnete führt einen relevanten Teil ihrer bzw. seiner Bezüge in einen Fonds ab und stellt jeweils mindestens ein/e Mitarbeiter*in für die Arbeit in Bewegung frei. Die Partei war insofern für den Aufbau dieser Strukturen bedeutsam und steht damit für einen neuen Typus von Partei, der am ehesten durch Mimmo Porcaros Begriff einer »verbindende Partei« charakterisiert werden kann. Dass dieser konkrete Versuch gescheitert ist, hat viele Gründe (vgl. ebd.). Es gelang Syriza beispielsweise kaum sicherzustellen,

dass umgekehrt Impulse aus den Bewegungen in die Partei hineinwirkten, wie es noch zu Zeiten der Besetzung des Syntagma-Platzes der Fall gewesen war. »Wir haben keine aktive Beziehung zur Gesellschaft« aufrechterhalten, so der ehemalige Generalsekretär Tasos Koronakis (2015). Und obwohl es weitreichende Veränderungen in der Organisationsstruktur gab, wurde »das Führungsmodell der Partei […] nicht verändert«, es »glich eher einer Struktur, um Entscheidungen zu legitimieren als deliberative, gemeinsame Entscheidungen zu befördern« (ebd.).

Die unverzichtbare Rolle von gesellschaftlichen Bewegungen ist in der Linken weithin anerkannt und doch dominiert weiterhin die Vorstellung eines linear aufsteigenden politischen Organisationsprozesses: Am Anfang stehen der Protest und die Bewegung, daraufhin folgt der Aufbau einer neuen und/oder der Umbau alter linker Parteien, die schließlich antreten, um Wahlen für sich zu entscheiden, die Macht zu erobern und ›richtige' Politik umzusetzen. Bewegungen haben ihren Platz, aber die Vorstellungen der Machteroberung bleiben altmodisch, parlamentszentriert, etatistisch. Doch dieses traditionelle Verhältnis zur Regierung »ist nicht mehr tragfähig. Der Staat kann nicht bereitstellen, was Menschen benötigen« (Karitzis 2015).

Stattdessen müsste klar sein, dass die Übernahme der institutionellen Regierungsmacht nicht der Moment der Ablösung des Bewegungsmoments ist. Vielmehr müsste noch verstärkt Selbstorganisierung in allen Bereichen angeregt werden. Es müssten neue verbindende Praxen zwischen den unterschiedlichen Funktionen von Regierung, Partei, Bewegung und gesellschaftlichen Selbstorganisationen entwickelt werden, statt stellvertretend für die Bewegungen und die Wähler*innen zu agieren und diese von Fall zu Fall anzurufen, um für die Regierung zu mobilisieren.

Dass der konkrete Versuch einer verbindenden Partei in Griechenland gescheitert ist, bedeutet nicht unbedingt, dass das Konzept falsch ist. Es handelt sich hier nicht um eine Frage der Parteiform, sondern der mangelnden strategischen Orientierung und der falschen Arbeitsteilung. Verbindende Praxis quer zu den Spaltungslinien innerhalb der Partei und der gesellschaftlichen Linken zu entwickeln, sollte Aufgabe aller Teile der Linken sein, zumindest der jeweiligen Führungsgruppen (und nicht einiger weniger Verbindungspersonen oder Vermittlungsintellektueller).

Zentral wäre dabei nicht nur, die Autonomie der Bewegungen zu gewährleisten, sondern auch die der Partei gegenüber der Regierung. Syriza drohte von Anfang an »die Gefahr einer vollständigen Vereinnahmung durch Regierungsverpflichtungen, unter Aufgabe des wichtigsten Bestandteils der bisherigen Erfolgsstrategie der Partei« (Papadopoulou et al. 2015). Die Partei wurde gegenüber Regierung und Parlament marginalisiert. Sie spielte keine eigene Rolle mehr. Auch die Mitglieder wurden »zu keinem Zeitpunkt und in keiner Frage zurate gezogen« (Panagiotakis 2015). Ein klassischer Fehler: die Unterordnung der Partei unter die

Regierung, statt sie als eigenständige gesellschaftliche Kraft, als Ort der offenen Debatte und Organisierung zu begreifen.

INSTITUTIONEN AUFBRECHEN UND GEGENMACHT AUFBAUEN

Eine alte Erkenntnis erweist sich dabei wieder als zutreffend: Als Linke in die Institutionen zu gehen, ob in Athen, Barcelona oder Madrid, führt in einen politischen Limbo, sofern es nicht gelingt, diese Institutionen zu öffnen für die Initiative der Bewegungen, Nachbarschaftsgruppen und Solidarstrukturen aus der Zivilgesellschaft und damit eine weitreichende Partizipation aller popularen Klassen zu verankern (vgl. Zelik in diesem Heft). Dabei gilt es, über die eigene Klassenspezifik des Mosaiks der politisch aktiven Teile der Bevölkerung hinauszugehen. Eine Verbindung der aktiven Teile der Bevölkerung und allerlei linker Organisationen und Bewegungen reicht nicht aus. Es gilt, einen Schritt weiterzugehen, eine aufsuchende Praxis zu entwickeln, die jene einbezieht, die von der Politik abgeschrieben wurden und Letztere abgeschrieben haben. Aus solchen Erfahrungen heraus gilt es systematisch und massenhaft transformative Organizer*innen auszubilden, eine Bewegungsschule für Vermittlungsintellektuelle, wenn man so will.

Eine wirkliche Transformation kann nicht durch den Staat erfolgen. Oder wie es bei Nicos Poulantzas heißt: »Eine Transformation des Staatsapparats […] kann sich nur auf ein gesteigertes Eingreifen der Volksmassen in den Staat stützen – sicherlich mit Hilfe der gewerkschaftlichen und politischen Vertreter der Volksmassen, aber auch durch die Entfaltung ihrer eigenen Initiativen innerhalb des Staates. [Sie wird] sich nicht auf eine bloße Demokratisierung des Staates beschränken können, [sondern] muss von der Entfaltung neuer Formen der direkten Basisdemokratie und der Verbreitung von Netzen und Zentren der Selbstverwaltung begleitet werden.« (Poulantzas 1978, 289f) Oder wie Andreas Karitzis (2015) es ausdrückt: »Die Eskalation von Seiten der Eliten erfordert eine Gegenstrategie, die die Menschen ermächtigt, eine Position einzunehmen, um auf alternative Weise die grundlegenden Funktionen einer Gesellschaft selbst zu übernehmen.«

Es bedarf dazu eigener »stabiler Institutionen« jenseits des Staates, »die heute zur strategischen Partei und morgen zum sozialistischen Staat einen dialektischen Gegenpol bilden« (15) können, wie Porcaro es ausdrückt. Vor allem aber müssten sie schon heute eine »materielle Macht« (vgl. Giovanopoulos in diesem Heft) ausbilden, die eine Art unabhängige soziale Infrastruktur und produktiven Ressourcen einer solidarischen Ökonomie entwickelt, um gegenüber den Attacken des transnationalen Machtblocks standzuhalten – der oft zitierte Plan C. Die Solidaritätsinitiativen können wichtige organisatorische Schulen für solche Kämpfe sein. Sie sind potenziell auch ein wirksames Gegenmittel gegen (rechten) Populismus

und können Abhängigkeiten gegenüber einer (linken) Regierung mindern sowie Klientelismus vorbeugen. Sie beschränken sich nicht auf bürgerschaftliches Engagement, das die Defizite des ausgedünnten Sozialstaates kompensiert, sondern zielen mit Aktionen des zivilen Ungehorsams und der direkten Aneignung auf seine Rekonstruktion und seinen demokratischen Umbau. Ausbau und Demokratisierung des Sozialstaates sollen aus dieser Perspektive Mittel und Entscheidungsmacht in die Zivilgesellschaft umleiten. »In and against the state« (Holloway).

Die strategische Partei kann »nicht ›alles‹ sein« (14), meint Porcaro – Regierungspartei und gegen den Staat gerichtete Bewegung etwa. Das ist richtig. Doch als Teil einer verbindenden Partei kann sie die Funktion übernehmen, Partei und Regierung zu trennen und zu vermitteln und »die Bewegungen dazu drängen, eigene Formen zu finden«, etwa kommunale oder darüber hinaus gehende Plattformen, die eigenständig ein Gegengewicht zu Tendenzen der Verselbständigung einer ›guten Regierung‹ ausbildet. Wer weiß, vielleicht sollten wir demnächst in Berlin damit beginnen?

LITERATUR

Candeias, Mario, 2013: Wo bitte geht's zum Winterpalast? Transnationale Resonanzen und blockierte Transformation, in: LuXemburg 3-4/2013,10–21

Ders., 2016: Die verbindende Partei im Praxis-Test, in: Prokla 182, 153–166

Brecher, Jeremy/Costello, Tim, 1990 (Hg.): Building Bridges. The Emerging Grassroots Coalition of Labor and Community, New York

Gramsci, Antonio, 1996: Anmerkungen zur Politik Machiavellis, Heft 13, in: ders., Gefängnishefte, Bd. 7, hg. u. übers. v. Bochmann, Klaus et al., Hamburg, 1533–1622

Karitzis, Andreas, 2015: The Dilemmas and Potentials of the Left: Learning from Syriza, in: Socialist Register 2016, 374-381

Kipping, Katja/Riexinger, Bernd, 2013: Verankern, verbreiten, verbinden. Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE, www.die-linke.de/partei/parteientwicklung/projekt-parteientwicklung/texte/verankern-verbreiten-verbinden/

Kirchheimer, Otto, 1965: Wandel des westdeutschen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahreszeitschrift 1/1965, 20–41

Koronakis, Tasos, 2011: Linkspartei auf dem Syntagma-Platz, in: LuXemburg 4/2011, 36–41

Ders., 2015: Nach dem Coup. Partei und Bewegung – Ende der verbindenden Partei?, Beitrag auf der Tagung »Zerfall der EU oder demokratische Reorganisation von links. Wie weiter mit Europa?«, 13.11.2015 in Berlin

Machiavelli, Niccolò, 2007: Discorsi. Gedanken über Politik und Staatsführung, Stuttgart

Nardis, Fabio de, 2009: La Rifondazione comunista, Mailand

Nunes, Rodrigo, 2013: Drei Thesen zur Organisationsfrage, in: LuXemburg 3-4/2013, 58–65

Panagiotakis, Michaelis, 2015: Humanitäres Management eines Protektorats?, in: LuXemburg-Online, Sept.

Papadopoulou, Elena/Spourdalakis, Michalis, 2015: Zwei Monate Syriza-Regierung: Schwierigkeiten und Herausforderungen, in: LuXemburg-Online, April

Porcaro, Mimmo, 2013: Mass party, connective party, strategic party, North American Left Dialogue der Rosa-Luxemburg-Stiftung, http://left-dialogue.blog.rosalux.de/2013/01/30/

Ders., 2011: Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft, in: LuXemburg 4/2011, 28–34

Ders., 2013: Occupy Lenin, in: LuXemburg 1/2013, 132–139

Ders., 2016: Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert, Hamburg

Poulantzas, Nicos, 1978: Staatstheorie, Hamburg

Streeck, Wolfgang, 2013: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin

1 Sofern nicht anders angegeben, Zitate aus dem Beitrag von Porcaro in diesem Heft.

VERLOCKUNGEN DER SANFTEN AUSTERITÄT

WARUM DIE LINKE IN PORTUGAL DIE SOZIALDEMOKRATISCHE REGIERUNG TOLERIERT

CATARINA PRÍNCIPE UND CARLOS CARUJO

Zum ersten Mal in der Geschichte Portugals regiert die sozialdemokratische Partido Socialista (PS) mit parlamentarischer Unterstützung der Linken – dem Linksblock, Bloco de Esquerda, und der portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP). Diese Entwicklung wirft zwei Fragen auf: Wie ist es dazu gekommen und wie kann es weitergehen?

Am 4. Oktober 2015 fanden in Portugal Parlamentswahlen statt, bei denen das rechte Wahlbündnis Portugal à Frente (PaF), das in den letzten Jahren die schärfsten Kürzungen der jüngeren Vergangenheit durchgesetzt hatte, den Sieg davontrug. Mainstream-Kommentatoren interpretierten dies als Zustimmung der Bevölkerung zur Austeritätspolitik der Rechtskonservativen. Dies ist jedoch vorschnell. In absoluten Zahlen war der Anteil der Stimmen für die Rechte nämlich gesunken, während der der radikalen Linken gestiegen war. Der Linksblock (BE) konnte sogar sein bis dahin bestes Ergebnis einfahren. BE und PCP erhielten 10,2 und 8,2 Prozent. Außerdem war

eine Intervention der Europäischen Zentralbank wahlbeeinflussend, die es Portugal in letzter Minute ermöglichte, die Auflagen der Troika zu erfüllen, ohne ein zweites Hilfspaket beantragen zu müssen. Das gab der Rechten einen erheblichen Auftrieb, und es zeigt, dass die europäischen Institutionen bereit sind, ihre eigenen Grundsätze zu relativieren, wenn es darum geht, die Linke zu destabilisieren. Hinzu kam, dass es der Sozialdemokratie nicht gelungen war, sich als schlagkräftige Oppositionspartei zu präsentieren. Ihr Programm blieb schwammig und ihr Wahlkampf war lahm und voller rhetorischer Widersprüche. In jedem Fall gewann die PaF die Wahlen trotz und nicht wegen ihrer Wirtschaftspolitik. Mit 36,9 Prozent der Stimmen verfehlte sie außerdem die absolute Mehrheit. Und fast 20 Prozent der Sitze gingen an Abgeordnete, die nicht nur die Austeritätspolitik, sondern den Kapitalismus insgesamt ablehnen. Eine solche Situation ist einmalig in der neueren portugiesischen Politik – und sie macht deutlich, wie sehr die Krise die Bevölkerung polarisiert hat.

DIE KAMPAGNE DES BLOCO

Austerität ist seit Jahren das alles bestimmende Thema in der portugiesischen Politik. Der Linksblock reagierte darauf, indem er sich auf Fragen von Arbeitslosigkeit, Prekarität und den Abbau des Sozialstaats fokussierte. Wichtig war außerdem die Frage der Geflüchteten: Portugal hat in den vergangenen Jahren den größten Zustrom an Migrant*innen in seiner Geschichte erlebt, während zeitgleich mehr Menschen das Land verließen, als in den 1960er Jahren vor der Militärdiktatur geflohen sind. Über eine halbe Million der insgesamt nur zehn Millionen Einwohner*innen Portugals sind in den letzten Jahren ausgewandert.

Da es nicht möglich ist, über Austeritätspolitik zu sprechen, ohne die Frage der Schulden aufzuwerfen, spielte auch diese Problematik eine wichtige Rolle. Obwohl die Staatsverschuldung stets als Rechtfertigung für die Austeritätspolitik herangezogen wird, hat Letztere das Problem der öffentlichen Schulden keineswegs gelöst. Ganz im Gegenteil: Sie hat es verschärft. Das liegt nicht zuletzt daran, dass es den Apologeten der Austeritätspolitik gar nicht um einen wirklichen wirtschaftlichen Aufschwung geht, sondern darum, soziale Errungenschaften zurückzudrängen. Wie sich politisch an das Problem der Unrechtmäßigkeit der Schulden anknüpfen lässt, war deshalb für die portugiesische Linke eine zentrale Frage, und zwar nicht nur im Sinne einer Grundsatzhaltung, sondern im Sinne realpolitischer Forderungen – denn ohne Umschuldung und Neuverhandlung der Zinsen ist eine Revitalisierung der portugiesischen Wirtschaft faktisch unmöglich.
Ein weiteres Kernthema der Kampagne war die Zukunft Portugals in der Europäischen Union und in der Eurozone. Die anderen Parteien versuchten, den Linksblock als verantwortungslos

CATARINA PRÍNCIPE ist in unterschiedlichen sozialen Bewegungen aktiv – insbesondere gegen das europäische Krisenregime. Sie ist Mitglied von Bloco de Esquerda, der portugiesischen Linkspartei, und schreibt regelmäßig für *Jacobin*.

CARLOS CARUJO ist Philosoph und Gründungsmitglied des Bloco de Esquerda.

darzustellen. Sie argumentierten, die Erfahrung mit Syriza habe gezeigt, dass eine linke Partei, die eine explizite Anti-Austeritätspolitik verfolge, nicht in der Lage sei, ein Mitgliedsland der EU zu regieren. Diese Kampagne zeigte jedoch keine allzu große Wirkung.

Entsprechend erklärte der Linksblock erstmals öffentlich, dass man bereit sei, die Eurozone zu verlassen, sollte sich ein solcher Schritt als notwendig erweisen, um die Austerität zu beenden und Souveränität wiederzugewinnen. »Keine weitere Aufopferung für den Euro!« wurde zum wichtigen Motto ihrer Wahlkampagne. Damit erzielte der Linksblock die besten Ergebnisse in seiner Geschichte.

VON DER OPPOSITION ZUR TOLERIERUNG

Die Möglichkeit, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, wurde eigentlich nur als rhetorische Volte ins Spiel gebracht. Bei einem Bundesparteitag 2014 hatte noch eine große Mehrheit gegen jedes Bündnis mit den ›Sozialisten‹ gestimmt. Viele warfen ihnen vor, eine »sanfte Austeritätspolitik« zu verfolgen und keine wirkliche Alternative zur Troika-Politik anzubieten. Schließlich war es die PS geführte Vorgängerregierung, die das ursprüngliche Abkommen mit der Troika unterzeichnet und als unumgänglich dargestellt hatte. Aber auch umgekehrt konnte sich die PS eine Zusammenarbeit mit der Linken kaum vorstellen. Eher hofften sie angesichts der verbreiteten Kritik an den Sparmaßnahmen der rechten Regierung auf einen regelrechten Durchmarsch bei den Wahlen. Im letzten Moment überraschte dann die Sprecherin des Linksblocks, Catarina Martins, mit dem Vorschlag, eine linke Regierung zu bilden. Sie deutete an, der Linksblock könne eine solche Regierung unter drei Bedingungen unterstützen: eine Erhöhung der Renten, ein Verzicht auf weitere Absenkungen der Sozialabgaben und ein Ende der Arbeitsmarktliberalisierung.

Dies war ein kluger Schachzug, denn er zwang die PS, sich wirtschaftspolitisch zu positionieren und ihre Loyalitäten zu klären. Allerdings beruhte er auf Annahmen, die sich als unzutreffend erweisen sollten, nämlich zum einen, dass die PS die Wahlen gewinnen und der Linksblock nur wenige Stimmen erhalten würde und dass die PS sich weigern würde, mit der Linken zu verhandeln.

Da keine der großen Parteien die absolute Mehrheit errang, wurden Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Das gute Ergebnis des Linksblocks und die Initiative, der PS Bedingungen für eine Zusammenarbeit zu unterbreiten, rückten dabei ins Zentrum. Die PS-Führung wusste, dass sie keine Verhandlungen mit Parteien rechts von ihr führen konnte. Der politischen Kultur des Landes sind Große Koalitionen fremd, und wäre die PS als Juniorpartner in eine rechte Regierung eingetreten, hätte dies die politische Krise verschärft und ihre Identität weiter verwässert.

Also rief sie die Linke dazu auf, eine Minderheitsregierung der PS zu unterstützen. Diese Konstellation verursachte eine fast zwei Monate dauernde politische Krise. Der Präsident der Republik, Aníbal Cavaco Silva, eine Galionsfigur der portugiesischen Rechten, startete einen letzten Versuch, die Rechte an die Macht zu hieven, doch ohne Erfolg. Und der Linksblock konnte, nachdem er selbst den ersten Schritt getan hatte, von seiner Position nicht mehr abrücken. Nach langen Diskussi-

onen wurde ein Abkommen zwischen der PS und dem Linksblock sowie zwischen der PS und der PCP unterzeichnet, das die Grundlage des Haushalts für 2016 bildete. Am 26. November 2015 trat schließlich eine sozialdemokratische Regierung mit der parlamentarischen Unterstützung der Linken ihr Amt an.

SANFTE AUSTERITÄT, DIE ZWEITE

Linksblock und PCP hatten zwar jeweils eigene Abkommen mit der PS ausgehandelt, beide beruhten jedoch auf demselben Kompromiss: Die Linke würde dem Haushaltsentwurf und einigen anderen Gesetzen zustimmen, jedoch außerhalb der Regierung bleiben und sich vorbehalten, auch weiterhin alternative Politiken zu verfolgen. So war es ihr möglich, die verbreitete Forderung nach einer Beendigung der schlimmsten Sparmaßnahmen aufzugreifen, ohne sich der PS zu sehr anzunähern.

Das Abkommen enthielt unter anderem die Rücknahme von Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst und der Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs. Auch wurde eine geringe Anhebung des Mindestlohns und der Familienbeihilfen für Einkommensschwache beschlossen. Schließlich war die PS gezwungen, einige ihrer neoliberalen Positionen aufzugeben – darunter den Wunsch, die Sozialabgaben der Unternehmen zu senken. Doch andere wichtige Themen wie die Staatsverschuldung wurden nicht angefasst und stattdessen an Arbeitsgruppen delegiert, die keinerlei Einfluss haben. Die verbreitete Ablehnung der Sparpolitik verschaffte dem Abkommen großen Zuspruch in der Öffentlichkeit, und da einige geplante Kürzungen zurückgenommen wurden, genießen die Linksparteien bis heute eine hohe Popularität. Dies wird jedoch aus zwei Gründen nicht von langer Dauer sein: Erstens werden PCP und Linksblock den Eindruck, sie seien nur für die positiven Maßnahmen verantwortlich und nicht auch beispielsweise für die Anhebung der Mineralölsteuer, mittelfristig nicht aufrechterhalten können. Zweitens wird sich die Austeritätspolitik weiter verschärfen, sobald die EU-Kommission und der IWF den Druck auf die portugiesische Regierung erhöhen.

Das erste Alarmsignal in diese Richtung ertönte bereits während der Haushaltsverhandlungen mit der Kommission. Diese argumentierte mit dem Europäischen Fiskalpakt, um die Spielräume für die von der Linksregierung geplante Politik eines konsumgetriebenen Binnenwachstums zu beschneiden. Außerdem nötigten der IWF und die EU-Kommission der PS die Zustimmung zu sogenannten zusätzlichen Maßnahmen ab (die der Öffentlichkeit nicht bekannt sind), sollten die Defizitziele nicht erreicht werden.

Insgesamt gerät das Regierungsprogramm zunehmend unter Druck, was nicht überrascht, hatten doch die Linksparteien immer argumentiert, dass das makroökonomische Szenario der PS unrealistisch sei und die entsprechenden Politiken nicht jenes Wirtschaftswunder erzeugen würden, das nötig wäre, um die vom Fiskalpakt vorgeschriebene Defizitobergrenze einhalten zu können. Eine oft bemühte linke Plattitüde wird hier tatsächlich wahr: »Sanfte Austerität ist keine Alternative.«

Denn etwas mehr soziales Bewusstsein bedeutet noch keine Absage an weitere Ausgabenkürzungen oder die Austeritätspolitik insgesamt. Man ist auch noch weit davon entfernt,

den Sozialstaat mit angemessenen Ressourcen ausstatten zu können oder einen echten Versuch der Umverteilung zu unternehmen. Die Vereinbarung – die unter der Maßgabe getroffen wurde, sich an die Spielregeln der EU zu halten – macht also exemplarisch deutlich, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt in einer abhängigen südeuropäischen Volkswirtschaft wie Portugal nicht einmal einen minimalen Spielraum für sozialdemokratische oder keynesianische Politik gibt – oder wenn, dann nur unter Missachtung der Vorgaben der Troika. Die Regierung ist also nicht in der Lage, die mittelfristigen Probleme der portugiesischen Wirtschaftspolitik anzugehen: weder die Staatsverschuldung, die Krise des nationalen Bankensystems, die gemeinsame europäische Währung noch andere Hindernisse einer nachhaltige Wirtschaftspolitik und nachhaltiger öffentlicher Investitionen. Ohne eine Vorstellung davon, wie eine andere Art der europäischen Kooperation aussehen könnte, ist es zwar vielleicht möglich, die gravierendsten Sparmaßnahmen kurzfristig abzuwehren, doch es ist nahezu unmöglich, die Abwärtsspirale einer stetigen Verarmung zu stoppen.

WAS ALSO TUN?

Wie genau und wann sich der internationale politische Druck entfalten oder wie die Wirtschaftskrise sich weiterentwickeln und auswirken wird, lässt sich nicht vorhersagen. Aber eines steht fest: Der Druck wird weiter steigen. In der jüngeren Geschichte der PS gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass die Partei ernsthaft dazu bereit wäre, für Beschäftigte und deren soziale Rechte einzutreten. Eine wirkliche Arbeiterpartei war sie nie und ihre Abgeordneten tragen eine (Mit)-Verantwortung für die Haushaltskürzungen und die fortschreitende Deregulierung des Arbeitsmarkts. 2011 haben sie das Troika-Memorandum mit unterzeichnet. Die portugiesische Regierung weiß, dass sie nicht einfach von dem Weg abweichen kann, den die europäische Bürokratie – angeführt von der deutschen Bourgeoisie und unter dem Diktat des internationalen Finanzkapitals – vorgibt. Es ist also an der antikapitalistischen Linken, diese Auseinandersetzung zu organisieren und entsprechenden Druck zu entfalten.

Portugal erlebt nach einer Phase extremer Austerität gegenwärtig eine gewisse Entlastung. Da die Regierungsvereinbarung noch Unterstützung genießt und die geplanten Maßnamen bereits zur Hälfte erfüllt wurden, wäre es kontraproduktiv, den Sturz der Regierung zu fordern. Die Linke befindet sich außerdem im Aufschwung. Die Führungspersonen des Linksblocks erfreuen sich öffentlicher Beliebtheit und die Partei hat Tausende neuer Mitglieder gewonnen.

Sich darauf auszuruhen und die Regierung unkritisch zu unterstützen, wäre jedoch ein politisches Desaster. Denn das würde die Linke für die Verlockungen einer ›sanften Austerität‹ empfänglich machen und sie zwingen, in der Zukunft weitere Sparmaßnahmen zu verteidigen, um nicht für ein Scheitern der Vereinbarung verantwortlich gemacht zu werden. Sie muss hier also eine kritische Haltung bewahren und dies auch öffentlich deutlich machen.

Der Linksblock hat momentan am meisten zu verlieren. Er trägt nicht nur die Mitverantwortung für die Hauptpunkte der Vereinbarung, er verfügt außerdem weder über eine breite Basis, noch ist er zu einer anhaltenden politischen Mobilisierung fähig. Die Sozialisten

können die Vereinbarung jederzeit unter irgendeinem Vorwand aufkündigen und die Kommunisten verfügen über eine stabile Wählerbasis. Der Linksblock jedoch ist ›verwundbarer‹. Er muss einerseits ein hartes Durchgreifen der Institutionen fürchten und andererseits eine Neuorientierung von Wechselwähler*innen. Sollte sich die PS für eine Fortführung des Austeritätsprogramms entscheiden, dürfte der Linksblock schnell in eine schwierige Situation geraten, da er bei einem Bruch der Vereinbarung höchstwahrscheinlich für das Scheitern einer fortschrittlichen Regierung verantwortlich gemacht würde.



»Ne da(vi)mo Beograd« – »Wir geben Belgrad nicht her« und »Wir ertränken es nicht«, so die Losung eines Protests gegen den Abriss von Gebäuden in der Belgrader Innenstadt, wo am Ufer der Save ein mondänes *business district* entstehen soll. © Matija Jovanovic

Wir sollten deshalb versuchen, schon jetzt Haltelinien aufzuzeigen, bis zu denen eine Regierungsunterstützung denkbar wäre. Die Durchsetzung eines von der EU geforderten Sparpakets wäre sicherlich nicht zu akzeptieren. Das eigentliche Problem besteht allerdings darin, massenhaften Widerstand gegen die Sparpolitik wiederzubeleben, oder anders ausgedrückt: die Frage zu beantworten, wie antikapitalistische Politik in Europa heute eigentlich aussehen müsste.

Die Anti-Austeritäts-Bewegung, die Massendemonstrationen gegen die Troika-Politik organisiert hat, ist verschwunden. Es gibt in Portugal kaum nennenswerte Selbstorganisation von unten und sogar innerhalb des Linksblocks besteht eine starke strukturelle Abhängigkeit von staatlicher Finanzierung. Zudem ist dessen Führung bisher nicht in der Lage, ein offensives Programm vorzulegen. Sie hangelt sich von Tag zu Tag, reagiert auf aktuelle Ereignisse und trifft kurzfristig politische Entscheidungen, statt eine Bewegung von unten aufzubauen.

Um eine wirkliche Alternative sowohl zur harten als auch zur sanften Austerität zu entwickeln, muss die antikapitalistische Linke an der Basis ansetzen und ihre Praxen und Prioritäten neu ausrichten. Das angestrebte Ziel sollte der Aufbau einer gesellschaftlichen und politischen Bewegung sein, die in der Lage ist, Austerität in all ihren Erscheinungsformen zu bekämpfen.

Aus dem Englischen von Jan-Peter Herrmann

JEREMY CORBYN: ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT?

HILARY WAINWRIGHT

Um es vorwegzunehmen: Die Wahlerfolge einer Handvoll linker Politiker – Alexis Tsipras in Griechenland, Pablo Iglesias in Spanien und Jeremy Corbyn in Großbritannien – sind eher ein Zeichen für die Schwäche und den Legitimationsverlust des gegenwärtigen politischen Systems als echte Hinweise auf eine gangbare politische Alternative. Denn trotz seines beispiellosen Erfolgs hat Corbyn über die Partei, die er vermeintlich führt, keine wirkliche Kontrolle. Die Parteielite weigert sich, mit jemandem zusammenzuarbeiten, der sie seit Jahrzehnten als linker Hinterbänkler provoziert hat, ja sie sabotiert ihn geradezu. Und der tiefe Riss durch die britische Gesellschaft, den das BREXIT-Votum Ende Juni 2016 offenbart hat, verweist darauf, dass sich große Teile der Subalternen von der herrschenden Politik abgewendet haben. Deren verbreitetes Gefühl von Ohnmacht und Vernachlässigung wendet sich nun gegen Einwander*innen und die EU gleichermaßen. Unterhalb eines echten Umbaus der Institutionen und neuer demokra-

tischer Formen wird deshalb die Corbyn'sche »New Politics« nicht möglich sein.

In dieser Situation stellen sich drei Fragen. Erstens: Wie konnte ein Politiker, der so unverblümt und entschlossen für radikal linke Positionen eintritt, es überhaupt schaffen, siegreich aus dem Führungsstreit einer Partei hervorzugehen, die die Linke in den eigenen Reihen stets in Schach gehalten hat? Zweitens: Weisen die Begleitumstände dieses bemerkenswerten Sieges auf bestimmte Machtressourcen hin, die sich für eine Transformation der Labour Party im Sinne der von Corbyn ausgerufenen »New Politics« mobilisieren ließen? Und drittens: Lässt sich Corbyns Beharren darauf, dass es eine Alternative gibt, in eine praktische Strategie für den Wahlkampf verwandeln?

Fest steht, dass Corbyn nur erfolgreich sein kann, wenn eine großer Teil der arbeitenden Bevölkerung glaubt, seine Regierung sei nicht nur imstande, die aktuelle Sparpolitik zu beenden, sondern könne auch eine gesellschaftliche Mehrheit mobilisieren, um eine programmatische Alternative zu New Labour und den regierenden Tories umzusetzen. Konkret müsste das heißen: weitere Privatisierungen verhindern, demokratische Formen öffentlichen Eigentums ermöglichen, Leiharbeit und andere Formen prekärer Arbeit abschaffen sowie faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für alle durchsetzen. Mit anderen Worten: Corbyns Zukunft hängt davon ab, ob er die traditionelle parlamentarische Logik, wonach Menschen ihre Macht an ihre politischen Vertreter*innen abgeben, durchbrechen kann. Bei Corbyns »New Politics« geht es gerade darum, dass politische Vertreter*innen die Bühne der Partei (und später des Staates) nutzen, um populare Kräfte zu unterstützen und an der Macht teilhaben zu lassen – populare Kräfte mit der Fähigkeit zu transformatorischer Politik.

DIE WURZELN EINER HYBRIDEN BEWEGUNG

Die Ursprünge der ungerichteten Bewegung, die sich um Corbyn gesammelt hat, liegen mitunter weit zurück. Tony Benn propagierte bereits 1972 eine »New Politics«, die – angesichts der weltweiten Mobilisierung gegen den Vietnamkrieg – zugleich internationalistisch und auf das spezifisch britische Problem des Westminsterschen Parlamentarismus und der Labour Party fokussiert sein sollte. In den Jahrzehnten seither – in denen Benns Versuch, in seiner Funktion als Minister die Industrie radikal zu reformieren, scheiterte, Thatcher die Gewerkschaftsbewegung niederrang und New Labour die Parteilinke ins Abseits drängte – ist eine Generation von Aktivist*innen herangewachsen, für die ein Bündnis mit der Labour Party undenkbar schien. Auf bescheidene und doch wirksame Weise haben sie – ähnlich wie ihre politischen Pendants, die Bewegung der Indignados in Südeuropa und Occupy in den USA – ihren eigenen Politikstil definiert: direkte, nicht durch Parteien vermittelte

HILARY WAINWRIGHT ist aus der linken Szenerie in Großbritannien nicht wegzudenken. Seit Jahrzehnten ist sie Antikriegsaktivistin, Feministin, Bewegungstheoretikerin und Teil der Anti-Austeritäts-Bewegung UK Uncut, seit Neustem gehört sie zum Unterstützerkreis von Jeremy Corbyn. Sie swsist außerdem Chefredakteurin von *Red Pepper*, einer Partnerzeitschrift der *LuXemburg*.



Protest gegen den Abriss von Gebäuden in der Belgrader Innenstadt, © Matija Jovanovic

gesellschaftliche Intervention. Einige dieser Aktivist*innen stellten nun den kreativen Kern von Corbyns Kampagne.

Dann gibt es noch die ältere, Corbyns eigene Generation, die wie Benn in den späten 1960er und den 1970er Jahren von den »New Politics« geprägt wurde. Diese Linken waren wegen Benn in die Labour Party eingetreten (fühlten sich später vom Blairismus abgestoßen) und gehörten zu den Ersten, die im Vorfeld des Irakkriegs lokale Veranstaltungen machten, Flugblätter verteilten und Busse nach London organisierten, wo 2003 zwei Millionen Menschen gegen den drohenden Krieg auf die Straße gingen. Diesen älteren Aktivist*innen verlieh Corbyns zunächst zaghafte Kandidatur für den Parteivorstand wieder eine Stimme. Sie entwickelten eine lokale Infrastruktur für seine Kampagne, die dann durch die jüngere Generation auf die sozialen Medien ausgedehnt wurde – eine schlagkräftige Kombination. Sie erhielten außerdem Beistand von vielen Gewerkschafter*innen, die seit Jahren gegen die verschiedenen Neuauflagen des Thatcherismus kämpfen, aber dabei nie Unterstützung ihrer Partei erfahren haben. Die Frage lautet: Kann diese hybride Bewegung die Labour Party zur ihrer Partei machen? Oder ist die Bewegung lediglich eine vorrübergehende ›Besetzerin‹ des Raums, den Corbyn geschaffen hat, dem jedoch bald der Strom abgedreht wird und dem die Räumung durch Gerichtsvollzieher und Polizei droht?

Bisher sprudeln die beiden Hauptenergiequellen der Bewegung recht konstant – Parteimitglieder und öffentliche Glaubwürdigkeit. So kam eine YouGov-Meinungsumfrage unter Labour-Party-Mitgliedern kürzlich zu dem Ergebnis, dass die Unterstützung für Corbyn seit seiner Wahl auf 66 Prozent angestiegen sei. Die Kampagne gegen ihn stützt sich hauptsächlich auf die angebliche Unwählbarkeit des langjährigen Abgeordneten, wobei die Blairisten auch von Fassungslosigkeit angetrieben werden: Wie konnte die Linke überhaupt all diese Jahre der Niederlagen überleben? Doch das hat sie zweifellos. Die Anziehungskraft, die von Corbyn und seinem langjährigen Verbündeten und derzeitigen Finanzminister im Schattenkabinett, John McDonnell, ausgeht, ist nicht einem speziellen Charisma geschuldet,

das Führende von Geführten unterscheidet und Letztere in passiver Ehrfurcht verharren lässt. Im Gegenteil: Die Hauptquelle seiner Attraktivität und seiner Stärke ist Corbyns Nahbarkeit. Bei seinen Veranstaltungen feiert er mit den Menschen, zeigt sich stets mitfühlend, bezieht sich auf die Themen ihres täglichen Lebens und beweist mit seiner Kandidatur, dass es tatsächlich möglich ist, diese geteilten Erfahrungen in eine Ressource für kollektive Macht zu verwandeln, für eine aktive und hoffnungsvolle Solidarität. Ementsprechend lautete sein Kampagnen-Motto auch: »Jez, we can« (Jez als Abkürzung von Jeremy).

Corbyns Aufrichtigkeit und sein bescheidener Stil kommen in der Öffentlichkeit nach wie vor gut an. Von all den persönlichen Angriffen gegen ihn – weil er sich angeblich falsch verbeuge, falsch kleide oder die Nationalhymne nicht singe – haben die meisten ihr Ziel verfehlt. Eines der anschaulichsten Beispiele für Corbyns »New Politics« war seine Verwandlung der Prime Minister's Questions (Fragen an den Ministerpräsidenten von Mitgliedern des House of Commons) in eine People's Question Time: Über soziale Medien gab er ›normalen‹ Leuten die Möglichkeit, Fragen an Cameron zu stellen. Dieser konnte die Fragen aus Angst vor der öffentlichen Reaktion nicht einfach in seiner üblich arroganten Manier beiseiteschieben. Die People's Question Time hat enorm dazu beigetragen, dass Corbyn sich in den ersten Wochen im Amt stabilisieren und auch so manche Zweiflerin von seinem Willen zur politischen Erneuerung überzeugen konnte. Seine Trümpfe sind die massive Unterstützung durch die Parteibasis sowie die gewachsene Glaubwürdigkeit in den Augen der Wähler*innen. Ob er allerdings über genügend Spielraum verfügt, um die politische Agenda der Partei vorzugeben, bleibt abzuwarten.

MOMENTUM

Corbyns Versuch, die Energie seiner Kampagne – die den treffenden Namen Momentum trägt – zu institutionalisieren und ihre Dynamik aufrechtzuerhalten, ist darauf ausgelegt, genau dafür einen Freiraum zu schaffen. Die Führung dieser Organisation besteht aus derselben generationellen Mischung wie auch die Kampagne selbst.

Momentum steht vor der Herausforderung, die Transformation der Labour Party voranzutreiben, eine wirkliche Alternative zu New Labour und der Tory-Herrschaft zu entwerfen und all das in eine praktische Wahlkampfstrategie münden zu lassen. Die Frage ist, ob und wie überhaupt eine andere Labour Party aufgebaut werden kann, die in der Lage ist, eine landesweite Parlamentswahl zu gewinnen – angesichts der heute wesentlich geringeren Schlagkraft der industriellen Arbeiterklasse. Die Führung innerhalb einer ziemlich verkümmerten Partei zu übernehmen, deren Kampagnen größtenteils aus unvermittelten Appellen an potenzielle Unterstützer*innen bestehen, ist etwas völlig anderes als der lange Marsch durch die Institutionen, wie ihn Rudi Dutschke vor Augen hatte. Die Institution Labour Party wurde in einer Gesellschaft geschaffen, die heute so nicht mehr existiert, was wiederum bedeutet, dass für einen ›erfolgreichen Marsch‹ die Veränderung der Gesellschaft genauso erforderlich ist wie eine Veränderung des Verhältnisses der Labour Party zur Gesellschaft. Und dann geht es auch noch darum, die

parteieigenen Organisationen neu aufzustellen. Ein kompliziertes Unterfangen.

EIN NEUES TERRAIN

Corbyn hat die Führung der Labour Party zu einem Zeitpunkt übernommen, an dem das neoliberale Paradigma sowohl die Partei als auch den Staat vollkommen durchdrungen hatte. Die Aushöhlung des Sozialstaats und die Abschaffung des progressiven Steuersystems haben nicht nur die materielle Grundlage für eine öffentliche Daseinsvorsorge zunichtegemacht, sondern auch jeden Ansatz einer halbewegs regulierten Volkswirtschaft. Eine Mischwirtschaft, in der Profite eines produktiven kapitalistischen Sektors besteuert und darüber soziale Absicherung und öffentliche Infrastruktur zum Wohle aller gewährleistet werden konnten, gehört der Vergangenheit an. Sie ist durch einen globalen Finanzkapitalismus ersetzt worden, in dem Kapitalflüsse die Politik bestimmen statt umgekehrt. In den Ländern der Eurozone dienen von oben aufgezwungene Verträge und Sparpakete dazu, fortschrittliche Reformen zu verhindern.

Die Kapitalseite hat den Nachkriegskonsens aufgekündigt – und zwar endgültig. Es können zwar hier und dort noch Siege errungen werden, allerdings nur, wenn außerparlamentarische Bewegungen den Staat unter Druck setzen und die Unterstützung sympathisierender Politiker*innen erhalten. Glücklicherweise gibt es jedoch sowohl in Großbritannien als auch in anderen geschundenen Ländern viele Anzeichen einer neuen Art des Widerstands. Ein Merkmal dafür ist die Mobilisierung aller möglichen Ressourcen und Ebenen der politischen Macht. Vor allem aber zielen diese Anstrengungen nicht lediglich darauf, gewählte Regierungen zu beeinflussen, sondern darauf, die alltägliche Unterdrückung und Ungerechtigkeit, auf denen die neoliberale Ordnung basiert, zu unterbrechen. Inmitten der Trümmer der Sozialdemokratie versuchen sie aus dem Widerstand heraus neue emanzipatorische Beziehungen zu schaffen, die auf Gegenseitigkeit und Demokratie beruhen.

Viele Initiativen arbeiten an Sozialökonomien, die auf gemeinsamem oder kooperativem Besitz beruhen und stellen so – auf der Mikroebene – die Profitlogik infrage. Sie zeigen, dass eine auf sozialistischen Prinzipien gegründete Wirtschaftsweise möglich ist. Andere wiederum arbeiten (zum Teil mit der Unterstützung fortschrittlicher Gemeinderäte) an der Vernetzung von Kooperativen und Genossenschaften in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion und Kultur. Bündnisse von Beschäftigten und Kommunen, die gemeinsam die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen (etwa der Wasserversorgung) verhindert haben, versuchen nun, diese demokratisch zu organisieren und in Commons zu überführen. Prekär Beschäftigte, die von den traditionellen Gewerkschaften lange vernachlässigt wurden, machen ihre ökonomische Macht in Eigenregie geltend. Und auch Gewerkschaften experimentieren mit neuen Organisationsformen. Unite – die größte Gewerkschaft in Großbrittanien und Unterstützerin von Corbyn – hat Ortsgruppen gegründet, in denen sich auch Erwerbslose organisieren können und die sich in lokale Auseinandersetzungen einbringen (vgl. Bader in LuXemburg 1/2014). Außerdem setzt Unite auf direkte Aktionen, die sie sich bei UK Uncut,

dem landesweiten Bündnis gegen die Sparpolitik, abgeschaut hat, um Druck auf die Zulieferer derjenigen Firmen auszuüben, mit denen sie gerade verhandelt.

Menschen, die von Sozialleistungen abhängig und von den Sparmaßnahmen besonders betroffen sind, beginnen sich zu organisieren und richten ihre Forderungen direkt an Abgeordnete oder Gemeinderatsmitglieder. Zunehmend nutzen zivilgesellschaftliche Netzwerke den kommunalen Raum, um Öffentlichkeit zu schaffen und materielle Macht zu mobilisieren (vgl. Giovanopulous in diesem Heft). Und obwohl sie oft Parteien wie Podemos oder Personen wie Corbyn unterstützen, legen die Menschen in diesen Initiativen großen Wert auf ihre Unabhängigkeit als Bedingung für eine nachhaltige Arbeit.

EINE ANDERE DEMOKRATIE

Wenn es der Momentum-Kampagne gelingt, solche Initiativen zu unterstützen, könnte sie dazu beitragen, eine breite Bewegung aufzubauen und damit eine Grundlage für einen Sieg Corbyns bei den Wahlen 2020 zuschaffen. Eine solche Bewegung könnte dann auch schon Bündnisse und transformative Initiativen für die Zeit nach den Wahlen anstoßen.

Besonders die Initiativen von Common Weal, einer einflussreichen Organisation in Schottland, die die dortige Unabhängigkeitskampagne (Radical Independence Campaign) mit vorangetrieben hat, waren hilfreich für das Corbyn-Lager. Hier beteiligten sich vor allem junge parteiunbhängige Menschen, sehr viel radikaler als die Scottish National Party. Die Kampagne hatte das Ziel, wirtschaftspolitische Alternativen von unten auszuarbeiten und zu verbreiten. Sie entwickelten eine neue Sprache der Gegenseitigkeit und Zusammenarbeit und stellten dem ›Ich‹ der Marktkonkurrenz ein kollektives ›Wir‹ entgegen. Sie entwarfen Lebensmodelle eines Sozialismus, der nicht nur auf den Staat setzt, auch wenn er der Unterstützung einer anderen Art von Staat bedarf. Dies haben sie mit Corbyn, der ein plurales Verständnis von gesellschaftlichem Eigentum, Regulierung und Intervention vertritt, gemein. Common Weal hat die Hoffnung geweckt, dass etwas Besseres als die herrschenden Zustände möglich ist, und hat so Menschen, die sich längst von politischen Prozessen verabschiedet hatten, die Zuversicht zurückgegeben, dass sie etwas beeinflussen können und über Machtressourcen verfügten. Ein Merkmal des Corbyn'schen Sozialismus.

Diese neue Art der Demokratie muss auch auf die Arbeitswelt ausgedehnt werden. Dazu muss die Linie, die Gewerkschaften traditionell zwischen politischen und ökonomischen Fragen ziehen, aufgehoben werden. Sie mag Ende des 19. Jahrhunderts, als die Gewerkschaften die Labour Party als parlamentarische Vertretung gründeten, sinnvoll gewesen sein. Heute ist sie falsch – insbesondere dann, wenn wir uns vor Augen führen, dass Arbeiter*innen sich heute in ganz verschiedenen Kämpfen engagieren und ihre Gewerkschaften ohnehin in eine politische Richtung drängen. Aktivist*innen – auch die von Momentum – können diese Prozesse beschleunigen, indem sie helfen, politische und wirtschaftliche Fragen zusammenzudenken, um so auf einen Systemwechsel hinzuarbeiten.

Aus dem Englischen von Jan-Peter Herrmann

GOODBYE SANDERS?

WARUM DIE ›POLITISCHE REVOLUTION‹ NOCH NICHT AM ENDE IST

INGAR SOLTY

Manche seiner Unterstützer*innen mögen enttäuscht sein, dass Bernie Sanders nicht zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten gekürt wurde. Angesichts des Momentums seiner Kampagne schien für einen Augenblick das Unmögliche möglich. Allerdings war ein Sieg Sanders von Anfang an undenkbar – zu groß sind die Machtressourcen des Partei-Establishments und zu manipulativ ist der Wahlprozess, wie die Mitte Juli 2016 geleakten E-Mails der Parteiführung noch einmal bezeugen, in denen die Entschlossenheit, Sanders Kandidatur um jeden Preis zu verhindern, offensichtlich wurde. Anstatt einem historischen Pessimismus zu verfallen, ist es darum sinnvoll, sich in Erinnerung zu rufen, dass Sanders bereits jetzt vieles erreicht hat.

WAS SANDERS ERREICHT HAT: ACHT THESEN

Die Sanders-Kampagne hat *erstens* gezeigt, dass sich ein erfolgreicher Wahlkampf auch ohne die Unterstützung finanzkräftiger Lobby-Gruppen führen lässt. Mit fünf Millionen

Kleinstspenden von durchschnittlich unter 30 US-Dollar konnte er eine Kampagne lancieren, die jeder Korruption unverdächtig war und einen Maßstab für künftige Generationen setzt. Sanders hat *zweitens* die US-Wahlen politisiert und seine Gegner gezwungen, sich zu seinen Forderungen zu verhalten. Diese Forderungen konnte Sanders *drittens* in der US-Politik verankern: kostenlose Hochschulbildung, kostenlose Gesundheitsversorgung, ein bundesweiter Mindestlohn von 15 US-Dollar, die Entflechtung der Banken, ein Fracking-Verbot, das Ende für antidemokratische und geopolitische ›Investitionsschutzabkommen‹ wie TPP und TTIP und ein Ende imperialistischer Kriege. Was bis dato als unrealistisch galt, ist heute eine Vision für Millionen US-Amerikaner*innen. Die »Grenzen des Möglichen« (Fernand Braudel) haben sich verschoben. Ein Mindestlohn von 15 US-Dollar beispielsweise wird derzeit in vielen Großstädten, aber auch in immer mehr Bundesstaaten umgesetzt. *Viertens* hat die Sanders-Kampagne für viele Menschen wichtige Momente politischer Bildung und eine Klassenperspektive auf die herrschende Politik vermittelt. Dazu gehört die Einsicht, dass eine Umsetzung der genannten sozialen Forderungen in einem reichen Land zwar möglich ist, allerdings nur gegen den Widerstand der herrschenden Kräfte, und dass es dazu nicht nur einer Massenmobilisierung, sondern einer ›politischen Revolution‹ bedarf. *Fünftens* konnte die Macht des demokratischen Partei-Establishments geschwächt werden: Die Sanders-Kampagne hat den inneren Klassengegensatz der Partei offengelegt und den grundlegenden Gegensatz zwischen einer Strategie des High-Road-Exit aus der Krise (wie Sanders sie verkörpert) und einem imperialen Neoliberalismus (wie ihn Clinton verkörpert). Damit hat Sanders *sechstens* einen dritten Pol aufgezeigt, jenseits des neoliberalen Status quo auf der einen und einer auf Entsolidarisierung setzenden Kritik der nationalistischen und rassistischen Rechten auf der anderen Seite. Angesichts dieses ›populistischen Moments‹ ist es ihm gelungen, ein politisch entfremdetes weißes Working-Class-Wählerklientel in vermeintlich republikanischen Staaten wie West Virginia für die Linke zurückzugewinnen. Und zwar dadurch, dass er die Vision einer besseren Zukunft gezeichnet hat und nicht durch die bloße Warnung vor drohendem Faschismus. *Siebtens* hat Sanders ein neues Interesse an marxistischer Theorie insbesondere in der Generation der sogenannten Millennials entflammt, die wesentlich weiter links steht als alle vorhergehenden Generationen. Dadurch wird es möglich, über Sanders hinaus auch die Grenzen seines konfliktorientierten Sozialdemokratismus zu diskutieren, der zum Teil vor strukturellen Veränderungen (etwa einer Sozialisierung der Banken) zurückschreckt. Damit ist *achtens* eine neue Generation von Aktivist*innen rund um die Sanders-Kampagne entstanden, die allerdings politisch noch relativ unerfahren ist, weshalb unklar ist, wie

INGAR SOLTY ist seit Mai 2016 Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur dieser Zeitschrift. Er arbeitet zu Fragen der internationalen politischen Ökonomie.

lange sie sich halten kann. Linke Organisationen berichten allerdings, dass ein Viertel oder sogar ein Drittel ihrer neuen Mitglieder und Sympathisant*innen von Sanders motiviert wurde. Die US-Linke wird aus dieser Phase damit insgesamt gestärkt hervorgehen und kann strategisch darauf aufbauen. Doch welche Strategien könnten und sollten das sein?

WIE ES WEITERGEHEN KANN: DREI STRATEGIEHORIZONTE

Auf diese Herausforderung gibt es keine einfachen Antworten. Sanders hat sich eine enorme politische Macht verschafft und ist zur nationalen politische Figur geworden: Dreizehn Millionen Menschen haben ihn gewählt, Zehntausende haben ihre Jobs gekündigt oder ihr Studium unterbrochen, um in seiner Kampagne aktiv zu werden. Eine Wahlkampagne ist aber noch keine Bewegung, sie endet, wenn der Wahlzyklus vorbei ist. Wie ließe sich also diese temporäre Macht in einen neuen Aggregatzustand und in etwas Dauerhaftes überführen?

Grundsätzlich scheinen drei Strategiehorizonte denkbar: (1) die Schaffung eines nationalen strategischen Netzwerks und einer außerparlamentarischen Bewegung, (2) die Gründung einer neuen dritten Partei unabhängig von den Demokraten, (3) die Fortsetzung des Wahlkampfes in anderer Form. Es wird sich zeigen müssen, inwiefern sich diese Ansätze wechselseitig ausschließen oder ob eine Kombination aus ihnen möglich und erfolgversprechend sein könnte.

EINE LINKE TEA PARTY? DIE NETZWERKSTRATEGIE

Die Netzwerkstrategie ist zunächst eine außerparlamentarische. Die Idee wäre, Aktivist*innen strategisch unter einem (neuen) Namen zu bündeln und mit einer gemeinsamen Infrastruktur auszustatten, um zu verhindern, dass die Millionen Aktiven wieder ins Private ›verschwinden‹ oder sich in lokalen Kämpfen verlieren. Hierfür geistert der Slogan einer »Tea Party von links« herum, die eine Clinton-Regierung auf die gleiche Weise unter Druck setzen könnte, wie die Tea-Party-Bewegung es vor, während und nach den Zwischenwahlen von 2010 mit den Republikanern getan hat. Damals gewannen Anti-Establishment-Kandidat*innen bei den Vorwahlen und verschoben die republikanische Fraktion im Kongress deutlich nach rechts. Tea-Party-Gouverneure organisierten im ganzen Land Angriffe auf die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten im öffentlichen Dienst, implementierten harsche Austeritätspolitiken und legten im Konflikt um die Schulden der USA mehrfach die Regierung lahm. Ziel der Netzwerkstrategie ist es also nicht nur, außerparlamentarischen Druck auf die Demokraten auszuüben, sondern die »Democrats in name only« bei Vorwahlen systematisch zu schlagen. Mit dieser Innen-Außen-Strategie verbindet sich die Hoffnung, die Demokraten von einer Partei der Wall Street zu einer Partei der Arbeiterklasse zu machen. Um deren Tragfähigkeit einzuschätzen, muss man sowohl die Partei selbst wie auch das gesamte Parteiensystem genauer betrachten, das sich in einem entscheidenden Transformationsprozess befindet. War es den Parteieliten der Republikaner 2012 (und davor) am Ende doch gelungen, den Unmut der Basis zu umschiffen und den Aufstieg starker rechtspopulistischer Kandidat*innen



Protest gegen den Abriss von Gebäuden in der Belgrader Innenstadt 2016, © Matija Jovanovic

zu verhindern, ist dies 2016 anders: Die Nominierung von Donald Trump (gegen den zuletzt nur noch der Tea-Party-Architekt Ted Cruz in Stellung gebracht werden konnte) zeigt den Kontrollverlust des Establishments über die eigene Partei. Auch wenn es Trump voraussichtlich nicht gelingen wird, Präsident zu werden, hat er das Gesicht der Partei verändert. Er steht für einen neuen Protektionismus (insbesondere gegen China und Mexiko) und eine außenpolitische Kombination von Neoisolationismus und brutalem Autoritarismus (Folterprogramme, generelle Einreiseverbote für Muslime etc.). Dies ist schockierend für das transnationalisierte US-Kapital und seine politischen Interessensvertreter, die auf eine staatlich abgesicherte, imperial durchgesetzte kapitalistische Globalisierung vertrauen. Sie verlassen nun die Partei und laufen teilweise zu Clinton über. Setzt sich dieser Trend fort und werden die Republikaner zumindest auf Bundesebene zu einer autoritär-nationalistischen Partei, die nicht in der Lage ist, Mehrheiten für die Präsidentschaft zu erzielen, dann verändert dies zwangsläufig auch die Rolle der Demokratischen Partei. Je mehr die Bundes-Demokraten zum zentralen Vehikel der transnational-imperialen Kapitalinteressen werden, umso unwahrscheinlicher wird ein Umbau der Partei und eine ›Übernahme‹ von links.

Auch wäre zu diskutieren, ob die Tea-Party-Analogie wirklich trägt, denn die Parteieliten der Republikaner (wie die der Demokraten)

standen den Tea-Party-Zielen einer harschen Austeritätspolitik und Bekämpfung der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst nicht *grundsätzlich* entgegen. Sie verurteilten lediglich deren dogmatische – und finanzpolitisch riskante – parlamentarische Blockadepolitik. Die Tea Party war 2010 ein Katalysator für die Exit-Strategie der Eliten aus der globalen Krise, die auf innerer und äußerer Abwertung zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit beruht. Im Vergleich dazu liegen zwischen der klassenkonfliktorientierten Sozialdemokratie von Sanders und dem imperialen Neoliberalismus des dritten Weges von Clinton Welten. Dieser Gegensatz darf dabei nicht als ›ideologisch‹ missverstanden werden, sondern ganz materiell im Sinne eines inneren Klassengegensatzes innerhalb der Partei. Hier liegt eine zentrale Herausforderung für eine populare Linke im Unterschied zum Rechtspopulismus. Der Rechtspopulismus braucht keine Massenmobilisierung, um bestehende Kräfteverhältnisse zu verändern: Er kann einem Teil der Bevölkerung eine Verbesserung der eigenen Lage im Rahmen des bestehenden Austeritätsregimes versprechen – eben auf Kosten anderer. Die (Sanders-)Linke hingegen kann ihre universalistischen Forderungen nur umsetzen, wenn sie die Kräfteverhältnisse zugunsten der Subalternen radikal verschiebt. Die Republikaner ließen sich von der Tea Party leicht(er) nach rechts verschieben, weil sie über die Fronten hinweg eine neoliberale Orientierung teilten, bei den Demokraten ist die Frage der ›Linkswende‹ dagegen keine graduelle, sondern eine fundamentale Entweder-oder-Frage. Letztlich kann es zwischen der Sanders- und der Clinton-Plattform keinen Kompromiss geben, auf keiner Ebene. Sie stehen für einen anderen Politikinhalt (prokapitalistisch vs. pro Beschäftigte) und für ein anderes politisches Subjekt (Drittwegs-Technokratie vs. Mobilisierung von unten gegen den Machtblock). Entsprechend müsste der Druck außerhalb der Partei um ein Vielfaches höher sein. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Forderungen wie kostenlose Hochschulbildung und Krankenversicherung, die eine massive Umverteilung voraussetzen würden und deshalb ohne eine hohe Besteuerung der großen Vermögen und (Kapital-) Einkommen völlig undenkbar sind.

Die Stärke von Sanders war, dass er seine Kernforderungen aus unmittelbaren gesellschaftlichen Nöten entwickelt hat: ein Lohn, von dem man leben kann, eine Bildung, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist und einen nicht lebenslang verschuldet, Gesundheit, die keine Ware ist, etc. Gleichzeitig ist es aber so, dass die Verwirklichung dieser basalen Forderungen eine quasi-revolutionäre Situation voraussetzen oder schaffen würde. Die politische Macht und Durchsetzungsfähigkeit der Netzwerkstrategie kann also ohne eine Basis in der organisierten Arbeiterbewegung nicht funktionieren.[1] Die Sanders-Kampagne hat zwar den Richtungskampf zwischen ihrer konfliktorientierten Sozialdemokratie und Clintons politischem Projekt tief in die US-Gewerkschaftsbewegung hineingetragen. Mehrere Gewerkschaften wie die Postal Workers, die Communication Workers, die National Nurses United und United Electrical haben sich hinter Sanders gestellt und zahlreiche Basisgewerkschaften der Dienstleistungsgewerkschaft

Beide Bilder: Belgrad 2016 © Matija Jovanovic

НЕ ДА(ВИ)МО БЕОГРАД
GRAD ZA SVE!
ЗАТВОР
ПРОТИВ

SEIU haben gegen die undemokratischen Entscheidungen ihrer Führungen zugunsten von Clinton aufbegehrt. Trotzdem ist es so, dass mittlerweile auch die ›Sanders-Gewerkschaften‹ wieder die Reihen hinter Clinton schließen.

Die Republikaner scheinen also gewissermaßen offener für Graswurzelrevolten als die Demokraten, die das Phänomen Sanders bislang auffällig unbeschadet überstanden haben. Paul Heideman und Danny Katch (2016) weisen darum zu Recht darauf hin, »wie schwierig es sein wird, Sanders' Vision einer transformierten Partei in eine politische Realität zu übersetzen«.

EINE ALTERNATIVE SCHAFFEN: DIE DRITTPARTEIEN-STRATEGIE

Je versteinerter die Demokratische Partei erscheint, umso schlagkräftiger müssen Strategien werden, die für den Aufbau einer dritten Partei optieren. Dieser Schritt ist alles andere als leicht, führt man sich die lange Geschichte des Scheiterns von Drittparteien im politischen System der USA, in dem das Mehrheitswahlrecht gilt, vor Augen. Historisch gesehen sind alle Drittparteien trotz einzelner Achtungserfolge gescheitert, der letzte Versuch wurde in den 1990er Jahren von der Labor Party USA unternommen. Für eine Wahlrechtsreform in Richtung Proporzsystem zu mobilisieren, wird schwierig werden. Zwar ist die Legitimations- und Repräsentationskrise tief und das System verlangt nach einer Reform, aber da keine der beiden Parteien ein Interesse hat, einen solchen Systemwechsel zu vollziehen, stellt sich die Frage, wer ihn durch- und umsetzen könnte. Die Debatte hierzu steht in jedem Fall noch am Anfang und ist extrem anfällig für Polarisierungen und Spaltungen der Linken. Denn die jeweilige Positionierung hängt stark davon ab, wo man sich als Linker befindet: In solide demokratischen Staaten wie Washington war es durchaus möglich, Drittpartei-Sozialist*innen wie Kshama Sawant für den Stadtrat von Seattle gegen Establishment-Demokraten ins Rennen zu schicken und Erfolge zu erringen. In anderen stärker umkämpften Staaten, Kreisen und Städten droht jedoch dauerhaft die Logik des ›kleineren Übels‹ zu obsiegen – also angesichts eines drohenden Wahlsiegs der Rechten dann doch demokratisch zu wählen statt eine linke Drittpartei. Insgesamt ist eine einfache Antwort auf die Frage nach der dritten Partei angesichts der Problemlagen unmöglich. In den unterschiedlichen Regionen gilt es unterschiedliche Strategien zu verfolgen und mit verschiedenen Ansätzen zu experimentieren. Für die US-Linke besteht die Herausforderung darin, hier keinen fundamentalen Gegensatz und keine Spaltungslinie aufzumachen, sondern die Vielfalt der Strategien innerhalb eines nationalen Netzwerks zu diskutieren und zu verbinden. Ein Anstoß hierfür war das von der Krankenpflegergewerkschaft NNU und anderen Sanders-Aktivist*innen veranstaltete »People's Summit« im Juni 2016 in Chicago, auch wenn die strategischen Fragen dort noch zu wenig und unzureichend erörtert wurden.[2]

EROBERN UND ERNEUERN: FORTSETZUNG DER WAHLKAMPAGNE

Der dritte strategische Horizont ist die Fortsetzung einer Wahlkampagne, die Sanders grundlegende Forderungen weiter voran-

treibt. Zu Beginn der Sanders-Kampagne waren viele radikale Linke skeptisch bis feindselig und lehnten einen Vergleich mit dem Aufstieg Jeremy Corbyns in Großbritannien ab (vgl. Wainwright in diesem Heft). Dem lag die nüchterne Einschätzung zugrunde, dass das demokratische Establishment eine Sanders-Nominierung niemals zulassen würde. Die linke Angst war deshalb, dass Sanders die Basis der Demokraten mit einer linken Kampagne enthusiasmieren und mobilisieren würde – etwas, was Clinton niemals gelingen würde, da sie faktisch kein Angebot an die arbeitende Bevölkerung macht –, um am Ende bloß als Katalysator für die unvermeidliche Kandidatin der Eliten zu dienen. Diese Katalysatorfunktion war dabei ganz buchstäblich gemeint: etwa in Bezug auf Sanders' Liste mit den zwei Millionen Unterstützer*innen, die für Clintons Kampagne äußert nützlich wäre.

Solche Ängste konnten vielfach widerlegt werden – so erklärten etwa Sanders-Aktivist*innen im Rahmen des »People‹s Summit«, dass sie keine Kontaktdaten an Clintons Kampagne weitergeben werden. Zugleich waren viele Linke zu Recht verstört, als Sanders schlussendlich doch seine Unterstützung für Clintons Kandidatur aussprach und signalisierte, er könne sich sogar vorstellen, ein Amt in ihrer Regierung zu übernehmen – eine Regierung, die er in ihrer Gesamtheit bisher scharf angegriffen hat.

Sanders' ursprüngliches Projekt war es, genügend Delegierte zu gewinnen, um zu verhindern, dass die nicht rechenschaftspflichtigen und von der Parteielite ernannten (also nicht demokratisch legitimierten) ›Superdelegierten‹ die Wahl entscheiden. Später verkehrte sich seine Strategie faktisch ins Gegenteil: Er versuchte, eben diese Superdelegierten davon zu überzeugen, dass er verglichen mit der unpopulären Clinton die real besseren Chancen habe, Trump zu schlagen. Als auch diese Strategie fehlschlug, legte er den Fokus auf eine mögliche Demokratisierung und Linksverschiebung der Partei: Die populären Sanders-Forderungen sollten ins Wahlprogramm eingehen. Auch hier hat er schließlich seine Positionen verändert. Zu Beginn hatte er trotz aller Widerstände betont, eine Unterstützung Clintons sei für ihn nur denkbar, wenn die wesentlichen Forderungen seiner Kampagne in das Programm eingehen. Real gelang es ihm aber lediglich, fünf Delegierte in das 16-köpfige Wahlprogramm-Komitee zu entsenden. Im Ergebnis sind zwar einzelne Forderungen in das Programm eingeflossen (etwa gleichberechtigter Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen unabhängig von der finanziellen Lage, ein Ansatz zur leichteren Studienfinanzierung etc.), doch unterm Strich bleibt all das ein unbefriedigender Kompromiss. Die entscheidenden klassenpolitischen Forderungen, die, wenn umgesetzt, die strukturelle Kapitalmacht und Profite wirksam einschränken würden, wurden vom Establishment der Demokraten weitgehend abgeschmettert. Dazu gehören die Forderungen nach einer Kopplung des Mindestlohns an die Inflationsrate, einer allgemeinen öffentlichen Gesundheitsversicherung, einem Verbot von Fracking und einer Ablehnung des immens unpopulären transpazifischen Handelsabkommens TPP.

So hatten die Verhandlungen um das Wahlprogramm durchaus einen öffentlichen

Bildungseffekt: Die Wahlkampfinszenierung von Clinton als ›realistische‹, sozial orientierte Reformerin wurde entlarvt: etwa wenn in den sozialen Medien dokumentiert wurde, wie ihre Delegierten im Programm-Komitee die Forderung nach einem Mindestlohn von 15 US-Dollar kalt abblitzen ließen. Solche offenen Auseinandersetzungen machen einerseits Interessengegensätze sichtbar und haben damit einen potenziell politisierenden Effekt. Zugleich zeigt der Kampf ums Wahlprogramm jedoch klar die Grenzen der Erneuerung und Veränderbarkeit der Demokratischen Partei auf.

DIE NÄCHSTEN SCHRITTE

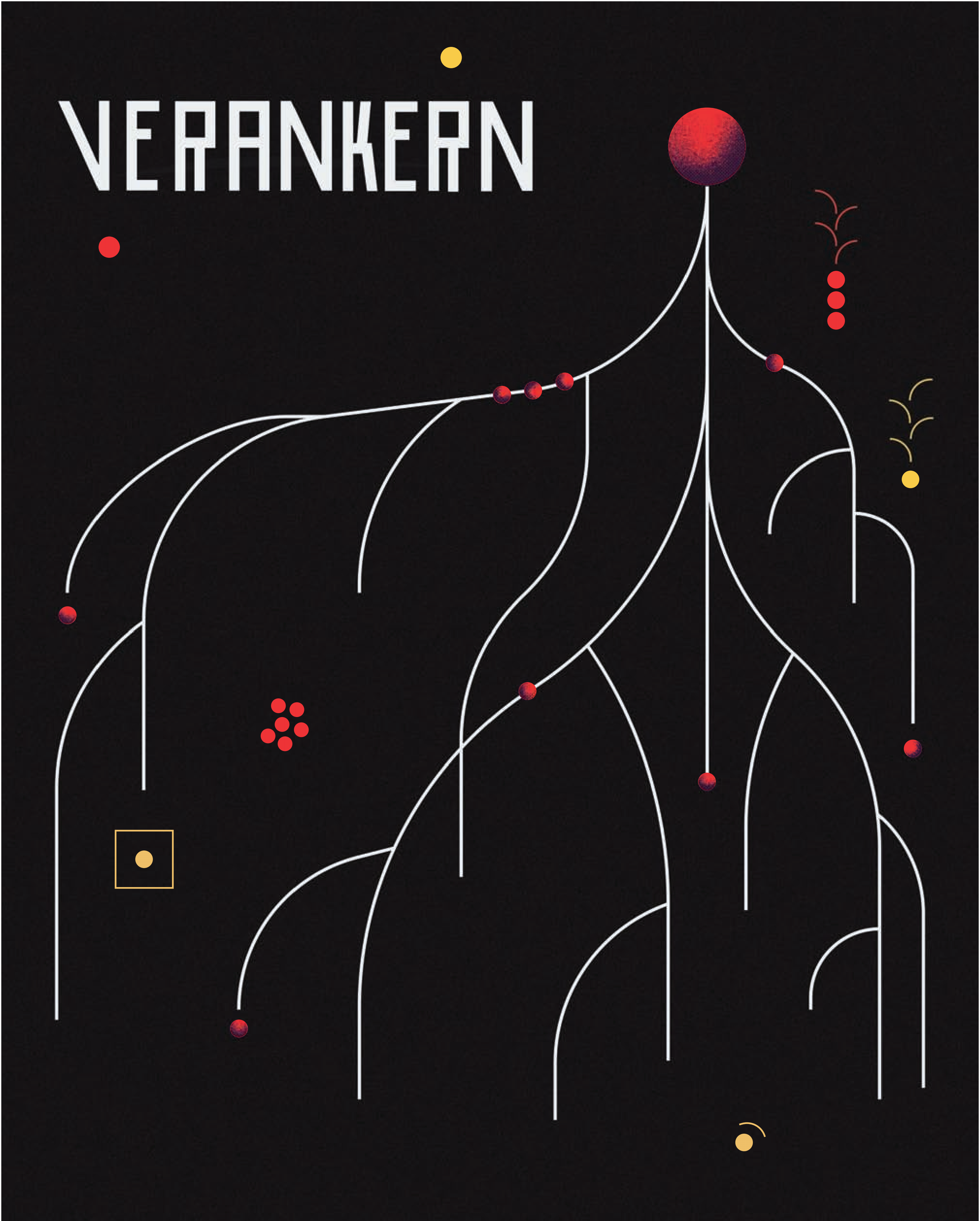
Was bleibt ist die Frage, wie Sanders innerhalb dieses strategischen Horizonts agieren wird. Einige Mitstreiter*innen haben ihm nahegelegt, das Angebot von Jill Stein, der Präsidentschaftskandidatin der kleinen Grünen Partei, anzunehmen und mit ihr als Vize ins Rennen zu gehen. Sanders ist hierauf zu Recht nicht eingegangen: Ohne mediale Repräsentation und ohne reale Chance würde er sein Momentum sofort verlieren und die Risse in der Demokratischen Partei kitten. Würde er auf diese Weise gar Trump zur Präsidentschaft verhelfen, wäre die US-Linke auf Jahre hinweg diskreditiert. Andere drängen Sanders dazu, mit seinem politischem Gewicht die sogenannten Berniecrats und unabhängigen Sozialist*innen zu unterstützen, die auf lokaler Ebene und in den Einzelstaaten ins Rennen gehen. Diese Strategie ist nur im Rahmen eines nationalen Netzwerkes sinnvoll, das einen ›dritten Pol‹ der Solidarität dauerhaft erfahrbar und sichtbar werden lassen könnte. Eine auf Dauer gestellte Institution wie das »People's Summit« wäre hier ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ein strategischer Schlüssel liegt darin, die Lösung der Drittparteifrage nicht übers Knie zu brechen. Es gilt, unter dem Dach der ›Sanderistas‹ auf verschiedenen Ebenen eine Politik in und gegen die Demokraten zu organisieren, die sich in den sozialen Kämpfen an der Basis, in Gewerkschaften und in anderen sozialen Bewegungen verankert. Dass offenbar ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen geblieben sind, um Sanders Wahlbüros in den einzelnen Staaten als soziale Räume für den Aufbau eines solchen Netzwerks einer ›verbindenden Partei‹ zu erhalten, ist hierfür ein ermutigendes Zeichen.

LITERATUR

Heideman,Paul/Katch, Danny, 2016: The Democrats Pull Their Act Together, in: Socialist Worker, 12.7.2016

1 Eine Idee davon, wie Verbindungen zwischen der Sanders-Kampagne und der Gewerkschaftsbewegung aussehen können, vermittelt der Streik der Kommunikationsarbeiter*innen in New York während der Vorwahlen. Hier wurde die Sanders-Unterstützerliste erfolgreich umfunktioniert, um Gelder für den Streikfonds zu sammeln. Eine ›verbindende Partei‹ müsste solche Kooperationen intensivieren und sich dabei auf einen bewegungsorientierten Gewerkschaftsansatz beziehen, der umgekehrt die Notwendigkeit einer politischen (Partei-) Organisation erkennt (vgl. Gindin in diesem Heft).

2 An dieser Strategiekonferenz nahmen fast 3 000 Personen teil. Sie stellte einen ersten Versuch dar, die Sanders-Kampagne in etwas Kontinuierliches zu überführen. Aus ihr gingen mehrere einzelstaatliche Breakout-Netzwerke hervor. Es besteht zudem die Idee, diese Art von Zusammenkünften zu institutionalisieren.


VERANKERN

In Frankreich bewegt sich etwas: Seit dem 31. März 2016 wird regelmäßig zu landesweiten Demonstrationen mobilisiert, an denen sich bislang über eine Million Menschen beteiligt haben. Und das, obwohl seit den Anschlägen vom 13. November 2015 der Ausnahmezustand herrscht, der nach dem Attentat von Nizza am 14. Juli 2016 erneut verlängert wurde. Fast täglich besetzen Schüler*innen, Studierende, Arbeiter*innen, Gewerkschafter*innen, Arbeitslose, Sans papiers und Obdachlose an vielen Orten in der Republik um 18 Uhr öffentliche Plätze. Sie fordern die Rücknahme des »loi travail«, der neoliberalen Änderung des Arbeitsrechts. Diese ›französischen Agenda 2010‹ sieht unter anderem die Abschaffung der 35-h-Woche vor, hebelt de facto die Tarifautonomie der Gewerkschaften aus und setzt Kündigungsschutz und Mindestlohn außer Kraft.

Nuit debout! Aufrecht durch die Nacht!

Die politische Klasse in Frankreich steht der neuen sozialen Bewegung nach wie vor sprach- und machtlos gegenüber. Versuche, die Proteste politisch zu vereinnahmen oder unter massivem Aufgebot staatlicher Ordnungskräfte gewalttätig niederzuschlagen, liefen ins Leere. Auch die Fußball-Europameisterschaft, die im Juni und Juli in Frankreich stattfand, konnte die Bewegung nicht stoppen. Für den 15. September wird zu einem neuen landesweiten Aktionstag mobilisiert. »On lâche rien!« lautet der Refrain der Hymne der Nuit-debout-Bewegung, die sich längst nicht nur gegen das Arbeitsgesetz richtet: Wir lassen nicht locker. Wir geben nicht auf! Alternativen sind möglich!

Beide Bilder: © Rémy Soubanère

EIN UNMORALISCHES ANGEBOT

DIE LINKE ALS PARTEI GEWERKSCHAFTLICHER ERNEUERUNG

BERND RIEXINGER

Die Gründung der Partei die LINKE im Jahr 2007 steht auch für eine Schwächung der sozialdemokratischen Hegemonie innerhalb der Gewerkschaften. Diese war seit den 1990er Jahren brüchig geworden, doch insbesondere im Zuge der Massenproteste gegen die Agenda-2010-Politik hatten sich Teile der Gewerkschaften endgültig von der neoliberalisierten SPD gelöst. Die Linke konnte in diese Lücke vorstoßen und sich als starke Minderheitenströmung in den Gewerkschaften etablieren. Gleichzeitig steht sie vor der Aufgabe, ihre Verankerung bei den gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen auszubauen und ihren ›Gebrauchswert‹ für die Kämpfe um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erhöhen.[1]

Nicht zuletzt um solche Herausforderungen politisch angehen zu können, arbeiten Katja Kipping und ich seit 2012 an einer erneuerten Parteikultur und einer veränderten Strategie der LINKEN als »verbindende Partei« (vgl. Kipping/Riexinger 2015).[2] Dahinter steht die Einsicht, dass eine Veränderung der Kräfte-

verhältnisse in der Gesellschaft die Grundlage dafür ist, die politischen Kräfteverhältnisse im Staat verschieben und die ›Regierungsfrage‹ überhaupt stellen zu können. Sozialistische Parteien dürfen sich nicht auf die parlamentarische Repräsentation bereits existierender gesellschaftlicher Kräfte beschränken. Ihre Funktion besteht darin, aktiv die Klassenmacht der Lohnabhängigen und eine gesellschaftliche Hegemonie für emanzipatorische und sozialistische Ziele aufzubauen. Mit der Aufkündigung des sozialstaatlichen Klassenkompromisses im neoliberalen Kapitalismus haben sich die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Kapitalseite verschoben. Der Gebrauchswert einer sozialistischen Partei muss also darin bestehen, organisierte Macht aufzubauen, gemeinsame Interessen und politische Ziele der unterschiedlichen Teile der Lohnabhängigen zu formulieren und zu vertreten. Mit dem Konzept der verbindenden Partei geht einher, dass sich die LINKE nicht nur als parlamentarische Vertretung der Lohabhängigen versteht, sondern als ›organischer‹ und treibender Teil der Gewerkschaftsbewegung selbst. Im Unterschied zu Lenins Parteikonzept bedeutet dies aber nicht, die Gewerkschaft der Partei (die das Monopol des politischen Kampfes hat) unterzuordnen. Es geht um Bündnisse auf Augenhöhe und um die Entwicklung einer eigenständigen Arbeit in den Gewerkschaften. Diese muss sich daran messen lassen, ob sie geeignet ist, die Mehrheit der Lohnabhängigen (inklusive der Erwerbslosen) anzusprechen, solidarische Verbindungen zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen aufzubauen und mit eigenständigen Zielen in die Basis der Sozialdemokratie hineinzuwirken.

AUFBRÜCHE IN DER DEFENSIVE – NEUE STREIKERFAHRUNGEN UNTERSTÜTZEN

Die Kehrseite des von neoliberalen Ökonomen und der Bundesregierung beschworenen »German Miracle«, der erfolgreichen Überwindung des tiefen Einbruchs im Zuge der Weltwirtschaftskrise 2008/09, ist die verstärkte Spaltung und Prekarisierung der Arbeits- und Lebenswelt. Millionen Menschen, 25 bis 30 Prozent aller Lohnabhängigen, arbeiten in befristeten Beschäftigungsverhältnissen, als Leiharbeiter*innen, mit Werkverträgen oder in Minijobs. Die Einführung des Mindestlohns von 8,50 Euro durch die Bundesregierung hat den größten Niedriglohnsektor Europas nicht beseitigt. Auch jenseits des Niedriglohnsektors kommen viele mit ihrem Verdienst kaum über die Runden.

BERND RIEXINGER ist seit 2012 Kovorsitzender der Partei die LINKE. Davor war er viele Jahre Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart.

Der IG Metall, mit über zwei Millionen Mitgliedern größte Einzelgewerkschaft Europas, ist es gelungen, ihren Organisationsgrad zu stabilisieren und moderate Lohnsteigerungen zu erzielen. Aber auch in den Industriebetrieben und im boomenden Exportsektor gibt es eine sich verfestigende Spaltung zwischen sogenannten Kernbelegschaften und den 20 bis 40 Prozent prekär Beschäftigten. Die Auslagerung von Arbeit in Werkvertragsfirmen ist mit Tarifflucht, Lohn- und Sozialdumping verbunden. Gleiches gilt für Privatisierungen und die Ausgliederung von Beschäftigten aus

Krankenhäusern und anderen öffentlichen Einrichtungen in privat geführte Unternehmen. Diese Entwicklung hat fatale Folgen für die Organisations- und Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften. Die Reichweite der Tarifverträge ist dramatisch zurückgegangen: Nur noch 51 Prozent der Beschäftigten im Westen und 37 Prozent im Osten fallen darunter. Dies hat nicht zuletzt unmittelbare Folgen für die Entwicklung der Löhne: Zwischen tarifgebundenen und nichttarifgebundenen Beschäftigten liegt der Lohnunterschied bei rund 18 Prozent.

In den letzten Jahren haben sich nach Jahrzehnten mit relativ niedriger Streikaktivität neue Streikbewegungen etwa im Einzelhandel, im Bewachungsgewerbe, in Callcentern, in der Nahrungsmittelindustrie, im Reinigungsgewerbe, in der Gastronomie sowie von Erzieher*innen oder Pflegekräften im Krankenhaus entwickelt. In diesen Streiks im Dienstleistungssektor sind auch neue Akteure auf den Plan getreten: Die Beteiligung von Frauen und auch von Migrant*innen ist hoch. An diese Tendenzen in den Klassenkämpfen anzuknüpfen und diese zum Ausgangspunkt einer politischen Offensive zu machen, ist der Kern der gewerkschaftspolitischen Strategie einer verbindenden Partei. Es ist eine zentrale Aufgabe der LINKEN, Ansätze gewerkschaftlicher Erneuerung, von mehr Konfliktorientierung und einer Demokratisierung von Streiks zu unterstützen. Einen Beitrag dazu leistet die Partei, indem sie Räume für den Erfahrungsaustausch zwischen Streikaktiven aus verschiedenen Unternehmen und Branchen schafft, in denen wechselseitige Lernprozesse stattfinden können und sich eine solidarische politische Kultur entwickeln kann. Dies wird von den Gewerkschaften allein kaum noch organisiert und trägt außerdem zur stärkeren Verankerung der LINKEN an der Basis der Gewerkschaften bei.

Um diese Verankerung an der Basis wollen wir uns in den nächsten Jahren verstärkt bemühen. Angesichts begrenzter Ressourcen ist es dabei sinnvoll, Schwerpunkte zu setzen, um an exemplarischen Konflikten und Branchen den Gebrauchswert einer linken Partei für die Lohnabhängigen insgesamt konkret zu machen und spürbare Erfolge zu erreichen. In einem ersten Schritt wollen wir uns dabei auf die Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufe konzentrieren. Im Bereich der sozialen Dienstleistungen sind mittlerweile mehr Menschen beschäftigt als in der Exportindustrie. Die Politik der Unterfinanzierung und Ökonomisierung des Sozialen ist Teil des neoliberalen Exportmodells. Diese zumeist von Frauen geleistete Arbeit mit Menschen wird gegenüber der Arbeit in der Exportindustrie abgewertet.

Einen historischen Erfolg in diesem Feld haben Anfang April 2016 die Pflegekräfte am Berliner Klinikum Charité errungen: den ersten Tarifvertrag für mehr Personal und weniger Stress im Krankenhaus. Der Arbeitskampf wurde jahrelang unter starker Einbeziehung der Beschäftigten vorbereitet, was nicht zuletzt durch neue Ansätze wie die »Tarifberater*innen« (Wolf 2015) gelungen ist. Durch einen sogenannten Betten- und Stationsschließungsstreik konnte auch in sensiblen Bereichen wie der Intensivpflege eine hohe Streikfähigkeit erreicht und so wirtschaftlicher Druck ausgeübt werden. Die Forderung nach mehr Personal und weniger Arbeitsstress ermöglichte zudem Bündnisse mit Patient*innen und anderen Beschäftigtengruppen. Aktive aus



»Wasser kocht bei 100 °C, Frankreich bei 49.3«, Anspielung auf Artikel 49.3 der französischen Verfassung, mit dessen Hilfe die Novellierung des Arbeitsrechts ohne parlamentarische Abstimmung durchgesetzt wurde, Paris, Mai 2016, Vincent Nakash/AL Paris-Sud 🄯⊜

Partei und sozialen Bewegungen gründeten ein Bündnis zur Unterstützung des Streiks, denn letztlich geht es um gute Gesundheitsversorgung und gute Arbeit statt Dauerstress für alle Menschen. Slogans wie »Mehr von uns ist besser für alle« oder »Streiken gegen die Burnout-Gesellschaft« bringen das auf den Punkt. Das Beispiel Charité schlägt längst Wellen, in vielen Krankenhäusern bundesweit werden die Erfahrungen aus Berlin diskutiert und betriebliche Aktionen vorbereitet.

Im Rahmen einer Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse (»Das muss drin sein«) versuchen wir den Kampf um mehr Personal in den sozialen Dienstleistungen auch politisch zu unterstützen und an die betrieblichen Auseinandersetzungen anzuknüpfen. In offenen Kampagnengruppen können Beschäftigte, Patient*innen und anderen Interessierte mitmachen. Perspektivisch geht es darum, die verschiedenen Auseinandersetzungen von den Krankenhäusern über die Kitas bis zu den Schulstreiks zu verbinden und zu einem gesellschaftspolitischen Kampf um die Aufwertung sozialer Dienstleistungen sowie den Ausbau von guter Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung für alle zu machen.

POLITISCHE OFFENSIVE FÜR EIN NEUES NORMALARBEITSVERHÄLTNIS

Einen wirklichen Ausweg aus der Defensive bietet jedoch nur ein branchenübergreifen-



Wortspiel mit *rève* (Traum) und *grêve* (Streik) bei einer Versammlung von Nuit debout, Paris, März 2016,© ND_Paris/flickr

der Aufbruch der Gewerkschaftsbewegung. Denn: Gelingt es einmal in einem bewundernswerten Kampf, wie im Einzelhandel 2014, den Angriff auf den Flächentarifvertrag abzuwehren, flüchten mehr und mehr Betriebe aus dem Tarifvertrag. Der wichtige Streik bei Amazon dauert auch deshalb Jahre, weil es objektiv schwierig ist, mit einer Belegschaft, in der viele befristet arbeiten und die einem starken Personalwechsel unterliegt, Arbeitskämpfe voranzubringen, die die Kapitalseite unter ökonomischen Druck setzen. 2015 streikten Zehntausende in den Sozial- und Erziehungsdiensten für eine deutliche Lohnerhöhung und damit auch für eine größere gesellschaftliche Anerkennung ihrer wichtigen, aber unterbezahlten Tätigkeiten. Aber unter dem Druck von Schuldenbremse und Finanznot in den Kommunen wurde sogar in diesem gut organisierten und streikfähigen Bereich mit einem längeren Arbeitskampf das Ziel einer nachhaltigen Aufwertung der sozialen Arbeit nur bedingt erreicht. Die immer noch sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaftsapparate sind auf diese Herausforderungen schlecht vorbereitet. Obwohl die SPD außer der Einführung eines (lückenhaften und zu niedrigen) Mindestlohns in der Großen Koalition kaum Verbesserungen für die Lohabhängigen erreicht hat, halten die Gewerkschaftsführungen an einer Art Stillhalteabkommen mit der Großen Koalition fest. Im Gegenzug für den Verzicht der Regierung auf sozialpolitische Frontalangriffe verzichten sie darauf, Kämpfe zu bündeln und mit einer politischen Mobilisierung gegen prekäre Arbeit und Tarifflucht den Konflikt mit der neoliberalen Politik zu suchen.

In dieser Situation ist es die Aufgabe der LINKEN, die Diskussion um das politische Mandat der Gewerkschaften voranzutreiben und zum Motor eines politischen Aufbruchs gegen Deregulierung und Prekarisierung zu werden. Dazu bringen wir das Projekt eines »neuen Normalarbeitsverhältnisses« (vgl. Riexinger 2016 a) in die gewerkschaftliche Diskussion ein. Es soll dazu beitragen, die Interessen unterschiedlicher Klassenmilieus aufzunehmen und solidarisch zu verbinden. Gegen die neoliberale Herrschaft durch Spaltung geht es um ein Bündnis aus Erwerbslosen, verschiedenen Gruppen prekär Beschäftigter, den (noch)

tariflich abgesicherten Beschäftigten in der Industrie und im öffentlichen Sektor (insbesondere der wachsenden Zahl im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich) sowie den Angehörigen sogenannter urbaner linker Milieus, das heißt vor allem höher qualifizierte und junge Menschen.

Dabei kann an übergreifende Problemlagen und an von ganz vielen geteilte Ansprüche auf ›gute Arbeit‹ angeknüpft werden: Es muss wieder zur Regel werden, dass die Menschen tariflich reguliert und sozialversicherungspflichtig arbeiten, dass die Löhne die Existenz sichern und für eine den Lebensstandard sichernde Rente reichen. Eine neue Regulierung kann kein einfaches Zurück zum alten Normalarbeitsverhältnis (mit der Norm: Vollzeit und rigide Arbeitszeiten, lebenslange Betriebszugehörigkeit) sein. Es geht um einen Hegemoniekampf von links: Arbeit muss für alle sicher, kürzer, geschlechtergerecht und gerecht verteilt, selbstbestimmt und demokratisch (mit-)gestaltet werden (vgl. ebd.). Statt Massenerwerbslosigkeit, Dauerstress und Existenzangst braucht es eine Umverteilung von Arbeit – auch zwischen den Geschlechtern. Überstunden und Entgrenzung auf der einen Seite und strukturelle Unterbeschäftigung durch Minijobs und unfreiwillige Teilzeit können durch ein neues flexibleres Arbeitszeitregime, das um eine 30- statt um eine 40-Stunden-Woche kreist, überwunden werden. Anders als die einseitig auf Flexibilisierung setzenden Konzepte der SPD und der Grünen geht es um soziale Absicherung (durch Lohnausgleich, Anhebung des Rentenniveaus), kürzerer Arbeitszeiten und die Umverteilung der Produktivitätsgewinne.

Ein neues Normalarbeitsverhältnis kann jedoch nur als Teil eines Übergangs hin zu einem anderen gesellschaftlichen Entwicklungspfad durchgesetzt werden, der einen Ausbau des Öffentlichen in Richtung sozialer Garantien für gute Gesundheitsversorgung, Bildung und Pflege, bezahlbare Wohnungen, Energieversorgung und Mobilität für alle einschließt. Auch angesichts der tiefen Krise der EU braucht es dringend eines wirtschaftspolitischen Kurswechsels in Deutschland. Die Forderung nach radikaler Umverteilung des Reichtums muss offensiv gestellt werden – genauso wie diejenige nach einer demokratischen Entscheidung über Investitionen. Diese könnten beispielsweise in die Förderung genossenschaftlichen Eigentums fließen. Durch den Aufbau eines öffentlichen Zukunftssektors, in dem sowohl Forschung und Entwicklung als auch industrielle Produktion auf der Grundlage neuer Technologien und in Form öffentlicher Unternehmen, Kooperativen und Genossenschaften ökologisch und demokratisch weiterentwickelt werden, können technologische Innovationen demokratisch und mit Blick auf gesellschaftlich sinnvolle Ziele gestaltet werden. In der radikalen Perspektive einer sozialökologischen Wirtschaftsdemokratie ist der notwendige Umbau von Industrie, Energieversorgung und Mobilität mit Schritten zur Vergesellschaftung der Schlüsselsektoren zu verbinden. Dies kann heute kaum noch im nationalstaatlichen Rahmen geschehen.

In den nächsten Jahren wollen wir daran arbeiten, diese Initiative für ein neues Normalarbeitsverhältnis in den Gewerkschaften zu verankern. Als Einstiegsprojekt kann es dazu geeignet sein, bis weit in die Sozialdemokratie hinein breite Bündnisse für die Wiederherstel-

lung der sozialen Grundlagen der Demokratie zu schließen. Die Linke ist aber in Deutschland derzeit nicht in der Lage, den Kampf um die Hegemonie insgesamt zu gewinnen. Nach Jahren der Niederlagen geht es für die Gewerkschaftsbewegung zunächst darum, Erfolgeund Verbesserungen der Lebensverhältnisse durch Organisierung und sozialen Protest zu erringen. Dazu ist es erforderlich, gewerkschaftliche Kämpfe zu bündeln und den politischen Konflikt mit der neoliberalen Politik offensiv aufzunehmen. Zwei Bündelungspunkte sind denkbar:

1 | Der von ganz unterschiedlichen Beschäftigtengruppen geteilte Anspruch auf *existenzsichernde, gute Löhne und eine planbare Zukunft*: Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass infolge des seit der neoliberalen Rentenreform der Schröder-Regierung sinkenden Rentenniveaus Löhne unter 12 Euro zu Altersarmut führen. Fast jedem Zweiten, der ab 2030 in Rente geht, droht eine Rente unterhalb der Armutsgrenze. Zwei Drittel der Bürger*innen trauen der Großen Koalition nicht zu, die Lawine der Altersarmut aufzuhalten. Die Gewerkschaften werden die Rentenfrage zu einem Schwerpunkt im Bundestagswahljahr 2017 machen. Die LINKE wird sich in die anstehende Auseinandersetzung um die Rente einmischen und den Zusammenhang von Rentenfrage und schwacher Lohnentwicklung infolge prekärer Arbeit und Tarifflucht thematisieren.

2 | *Kampf gegen Tarifflucht:* Ob Tarifverträge allgemeinverbindlich sind, ist im Kern eine politische Machtfrage. Die Gewerkschaften müssten darum kämpfen, dass es zukünftig reicht, wenn Anträge auf Allgemeinverbindlichkeit von den Gewerkschaften allein gestellt werden statt wie bisher im Einvernehmen mit der Kapitalseite. Tarifflucht durch Auslagerungen und Werkverträge muss gesetzlich verboten werden. Mit einer solchen Perspektive könnte ausgehend von Branchenauseinandersetzungen wie im Einzelhandel und bei Amazon der gesellschaftspolitische Kampf gegen prekäre Arbeit besser geführt werden.

GEMEINSAMER AUFBRUCH GEGEN NEOLIBERALISMUS UND RECHTSPOPULISMUS

Der Kampf gegen Prekarisierung und Spaltungsprozesse ist auch eine politische Schicksalsfrage für die Gewerkschaftsbewegung. Die Erfahrungen der Entfesselung von Konkurrenz und Unsicherheit im Alltag sind der Nährboden für den Aufstieg rechtspopulistischer und autoritärer Kräfte. Der Blick über die Grenzen in die europäischen Nachbarländer zeigt: Wir befinden uns inmitten einer tief greifenden Krise und Erosion der Sozialdemokratie und damit verbunden der sozialen Grundlagen der Demokratie. Die Rechten stoßen in die Lücke der Repräsentation, die auch eine neoliberalisierte Sozialdemokratie hinterlassen hat. Seit Jahren weisen Untersuchungen auf eine relativ starke Verbreitung rassistischer, nationalistischer und autoritäter Denkmuster in den Gewerkschaften hin. Bei den regionalen Wahlen im März dieses Jahres schnitt die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) unter Gewerkschafter*innen überdurchschnittlich stark ab: Über 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in Baden-Württemberg und 24 Prozent in Sachsen-Anhalt stimmten für die AfD, obwohl diese Partei ein gewerkschaftsfeindliches Programm hat. Es besteht die Gefahr, dass es der Rechten gelingen könnte, das Feld der Auseinandersetzung um

soziale Fragen dauerhaft rassistisch zu verschieben. Viele Menschen halten eine Umverteilung des Reichtums kaum für möglich und grenzen sich im alltäglichen Konkurrenzkampf um ein Stück vom (in der Alltagswahrnehmung kleiner werdenden) ›Kuchen‹ nach ›außen‹ und ›unten‹ ab. In diesem Fatalismus manifestiert sich nicht zuletzt die zentrale Schwäche der gesellschaftlichen Linken, schrittweise Veränderungen im Alltagsbewusstsein herbeizuführen. Die LINKE versteht sich in dieser Situation als organisierende Kraft, als verbindende Partei eines gesellschaftlichen Bündnisses gegen Neoliberalismus und Rechtspopulismus (vgl. Riexinger 2016 b).

- Die Vernichtung der Lebensgrundlagen für Hunderte Millionen Menschen vor allem im globalen Süden durch Landnahme, die Ausplünderung von Ressourcen und durch die Folgen ökologischer Krisen und Kriege führten zu starken Migrationsbewegungen. Das Kapital hat Migration historisch immer genutzt, um die Konkurrenz unter Lohnabhängigen zu verschärfen und Spaltungen zu befördern. Es gilt den Kampf um die Köpfe an der Gewerkschaftsbasis zu führen: klare Kante gegen Rassismus und Nationalismus zu zeigen und gleichzeitig für eine gemeinsame Organisierung im Kampf um gleiche Rechte und Lebensbedingungen einzutreten.
- Gemeinsam mit vielen Gewerkschaftsaktiven und anderen progressiven Teilen der Zivilgesellschaft bauen wir breite Bündnisse gegen die Rechtsentwicklung auf. So ist das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« entstanden, das 10 000 ›Stammtischkämpfer*innen‹, ausbilden und so die ideologische Auseinandersetzung mit der AfD in den Stadteilen, Schulen, Vereinen und in den Betrieben intensivieren will.
- Die zentrale Herausforderung für die Gewerkschaftsbewegung und die LINKE besteht jedoch darin, die soziale Frage neu zuzuspitzen: hin zu einem Kampf gegen die Superreichen und Profiteure von Armut und Ungerechtigkeit. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Attac, Migrantenverbänden, Flüchtlingsunterstützer*innen und antifaschistischen Initiativen wollen wir eine neue Initiative für eine Umverteilung des Reichtums voranbringen, um gute Arbeit, armutsfeste Renten, gute Gesundheitsversorgung, Pflege, Bildung und bezahlbaren Wohnraum für Menschen zu verwirklichen.

LITERATUR

Kipping, Katja/Riexinger, Bernd, 2015: Die kommende Demokratie. Sozialismus 2.0, www.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/die-kommende-demokratie-sozialismus-20

Porcaro, Mimmo, 2011: Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft, in: LuXemburg 4/2011, 28–34

Riexinger, Bernd, 2016 a: Wege zum Infrastruktursozialismus. Für ein Neues Normalarbeitsverhältnis, in: Luxemburg 3/2015, 82–87

Ders. 2016b: Für eine Revolution der Gerechtigkeit. Herausforderungen der LINKEN im Kampf gegen Neoliberalismus und Rechtspopulismus, www.sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/Leseproben/2016/Sozialismus_Heft_05-2016_L4_Riexinger_Linke.pdf

Wolf, Luigi, 2015: »Mehr von uns ist besser für alle!«. Die Streiks an der Berliner Charité und ihre Bedeutung für die Aufwertung von Care-Arbeit, in: Fried, Barbara/Schurian, Hannah (Hg.): UM-CARE – Gesundheit und Pflege neu organisieren, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Materialien, Berlin, 23–31

---

1 Auch unter dem Eindruck der Wirtschafts- und Finanzkrise konnte die LINKE bei der Bundestagswahl 2009 17,1 Prozent bei den Gewerkschaftsmitgliedern erzielen, die SPD kam auf 33,5 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte Merkels CDU große Zugewinne bei den Gewerkschaftsmitgliedern und lag mit 32,4 Prozent fast gleichauf mit der SPD (35,9 Prozent). Die LINKE kam auf elf Prozent – angesichts der Krise der Partei 2012 ein gutes Ergebnis.

2 Der Begriff wurde ursprünglich in den Diskussionen im Umfeld der Rifondazione Communista entwickelt (vgl. Porcaro 2011 und in diesem Heft).

SELBSTORGANISIERUNG JENSEITS DER PLÄTZE

GEWERKSCHAFTEN UND MAREAS IN SPANIEN

NIKOLAI HUKE

Die Platzbesetzungen in Spanien und Griechenland fanden in linken Debatten hierzulande breite Beachtung, Gleiches gilt für die neuen linken Parteien Syriza und Podemos. Gewerkschaftliche Proteste in Südeuropa stießen hingegen auf eine deutlich geringere Resonanz.[1] Eine intensivere Auseinandersetzung wäre jedoch durchaus produktiv: In Spanien etwa wurden nicht nur die fatalen Auswirkungen der Austeritätspolitik auf Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten gewerkschaftlicher Gegenmacht sichtbar, sondern es entstanden auch innovative Formen basisdemokratischer Selbstorganisierung von Beschäftigten (vgl. Huke/Tietje 2014a; Huke 2016).[2]

GEWERKSCHAFTEN IN DER KRISE

Die ökonomische Krise und ihre austeritätspolitische Bearbeitung hatten für die Gewerkschaften in Spanien dramatische Konsequenzen und stellten etablierte Strategien infrage.
Die instabile Entwicklung und die steigende Arbeitslosigkeit schwächten die gewerkschaftli-

che Handlungsmacht in den Unternehmen, und ihre schwerfälligen Organisationsstrukturen erschwerten es ihnen, auf die rasch aufeinanderfolgenden Maßnahmen (Kürzungen im öffentlichen Dienst, Abbau des Kündigungsschutzes, Restrukturierungen und Privatisierungen im Bildung- und Gesundheitsbereich, Rentenkürzungen, Reformen der industriellen Beziehungen etc.) angemessen zu reagieren. Der Staat trat den Gewerkschaften in verhärteter Form entgegen, während etablierte Mechanismen der Partizipation, der Aushandlung und des sozialen Dialogs fast vollständig zum Erliegen kamen. Krisen einzelner Unternehmen sowie Angriffe auf das System der industriellen Beziehungen – nicht zuletzt die Verankerung eines Vorrangs betrieblicher Tarifverträge vor Flächentarifverträgen – hatten zur Folge, dass gewerkschaftliche Auseinandersetzungen auf das betriebliche Terrain verlagert wurden. Ein immer größerer Teil gewerkschaftlicher Ressourcen musste aufgewendet werden, um die Einhaltung von Flächentarifverträgen in den Betrieben durchzusetzen. Verarmung und Prekarisierung erhöhten den Druck auf Beschäftigte, auch unsichere individuelle Arbeitsverträge unterhalb der tariflichen Standards zu unterschreiben.

Die spanischen Mehrheitsgewerkschaften Comisiones Obreras (CC.OO.) und Unión General de Trabajadors (UGT) ließen sich in vielen Fällen auf umfassende Zugeständnisse ein, in der Hoffnung, weitere Verschlechterungen vermeiden zu können. Sie stimmten der Erhöhung des Renteneintrittsalters ebenso zu wie Lohnkürzungen auf betrieblicher Ebene, um Arbeitsplätze zu erhalten, und akzeptierten Sozialpakte mit den Arbeitgeberverbänden, die Lohnsteigerungen unterhalb der Inflation vorsahen. Nur punktuell reagierten sie mit militanteren und hartnäckigeren Protesten wie mehrmonatigen Erzwingungsstreiks in einzelnen Betrieben und symbolischen Generalstreiks (vgl. Haas/Huke 2015; Huke/Tietje 2014b).

Begründet wurde die defensive und korporatistische Ausrichtung vonseiten der Gewerkschaften teilweise mit fehlender Konfliktfähigkeit, aber auch damit, dass über konfrontativere Strategien keine besseren Ergebnisse zu erzielen seien. Ein Gewerkschafter der CC.OO. wies im Interview darauf hin, dass die Beschäftigten in Griechenland mehrere Jahre versucht hatten, Widerstand gegen die Austerität zu mobilisieren. »Aber es hat ihnen nicht geholfen, die Kürzungen zu stoppen« (Interview vom 17.7.2012). Die Gewerkschaften drohten in der Folge in eine Abwärtsspirale zu geraten: Zugeständnisse aufgrund fehlender Konfliktfähigkeit schwächten ihre gesellschaftliche Legitimität und damit wiederum ihre Konfliktfähigkeit, was weitere Zugeständnisse zur Folge hatte.

NIKOLAI HUKE ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Eberhard Karls Universität Tübingen und forscht zu sozialen Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien. Er ist unter anderem in der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) aktiv.

BASISDEMOKRATISCHE SELBSTORGANISIERUNG

Teilweise durchbrochen wurde diese Dynamik durch gesellschaftliche Mobilisierungen, die von den Platzbesetzungen der Bewegung 15-M ausgelöst wurden. Kennzeichen der Proteste waren eine Politik der ersten Person, basisdemokratische Versammlungen (*assambleas*),

ziviler Ungehorsam und eher inklusive statt polarisierenden Forderungen. Kollektive politische Forderungen wurden ausgehend von individuellen Problemen formuliert. Die konsensorientierte und partizipative Form der Bewegungen ging mit einer akzeptierenden und wertschätzenden ›Politik der Zuneigung‹ einher und hatte eine Feminisierung der Politik zur Folge (vgl. Huke 2016).

Aus Protesten gegen Kürzungen, Restrukturierungen und Privatisierungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich entstanden in einigen Regionen Bewegungen, die von Beschäftigten ausgingen und in ihrer Grammatik durch 15-M geprägt waren – die *marea verde* und *marea blanca*. Das organisatorische Zentrum der erfolgreichsten regionalen *mareas* bildeten Vollversammlungen innerhalb einzelner Einrichtungen, in denen Beschäftigte mit anderen Betroffenengruppen wie Patient*innen, Eltern, Schüler*innen oder Nachbar*innen gemeinsam die Proteste koordinierten. Diese wurden teilweise von Gewerkschaften initiiert, entwickelten jedoch rasch eine eigene Dynamik sowie eigenständige Strukturen, innerhalb derer bisweilen eine nichtgewerkschaftliche oder gar antigewerkschaftliche Stimmung herrschte, die auch schon die Bewegung 15-M durchzogen hatte. In dem Maße, wie jedoch deutlich wurde, dass und wozu Gewerkschaften nützlich sein können, konnte diese Ablehnung teilweise überwunden werden. Über die Vollversammlungen entwickelte sich eine horizontale Mobilisierung. In jedem Institut, in jeder Schule gab es Unterstützungsgruppen, die sich nach Stadtteilen versammelten sowie wichtige Demonstrationen und Streiks organisierten, die von Eltern unterstützt wurden, beschreibt ein Vertreter der linken Bildungsgewerkschaft Confederación de Sindicatos de Trabajadores de la Enseñanza (STEs) die Bildungsproteste in Madrid (Interview vom 18.3.2014). Im Gesundheitsbereich war die Dynamik ähnlich. Das Netzwerk P.A.T.U. Salud etwa entstand aus Versammlungen in sechs von Privatisierung bedrohten Krankenhäusern in Madrid. Indem es die Betroffenen zum Ausgangspunkt machte, gelang es dem Netzwerk, eine aktivierende Wirkung zu entfalten, berufs- und statusgruppenübergreifend zu mobilisieren und ideologische Konflikte weitgehend zu vermeiden. Viele machten die Erfahrung, eine Stimme zu haben und Leute um sich herum organisieren zu können. Das hatte es vorher nicht gegeben – es war ein Erbe der 15-M-Bewegung.

Zentral für Mobilisierungserfolge der *mareas* war es, dass »wir, die das vorangetrieben haben, Beschäftigte in unseren Einrichtungen waren, ohne Gewerkschaften dazwischen. [...] Die Leute haben uns zugehört, weil sie wussten, dass unser einziges Interesse das von Beschäftigten war« (Aicart 2013). Netzwerken wie P.A.T.U. Salud gelang es, auch jene zu mobilisieren, die Demonstrationen bisher immer ferngeblieben waren, wenn deren Bild von Gewerkschaften oder politischen Parteien geprägt wurde. Mit »gewerkschaftlichen oder linken Bannern hätte es keine massiven *mareas blancas* gegeben« (Ruiz-Giménez 2014, 33). Ausgehend von den Versammlungen wurden sowohl im Bildungs- als auch im Gesundheitsbereich nicht nur Demonstrationen, sondern auch temporäre Besetzungen (*encierros*) und unkonventionelle Protestformen wie Hausbesuche bei Verantwortlichen (*escraches*) organisiert. Elternverbände riefen erstmalig in der



Demonstration gegen die Änderung des Arbeitsgesetzes, Paris, Juni 2016 © Philippe Lelièvre

spanischen Geschichte mit zum Streik auf. Auf den Balearen wurde aus basisdemokratischen Strukturen heraus ein mehrwöchiger Streik, inklusive Streikkasse, organisiert.

An den Vollversammlungen waren Leute aus sehr unterschiedlichen Gewerkschaften und solche, die keiner Gewerkschaft angehörten, beteiligt. Zentrales Prinzip war dabei eine Politik der ersten Person: Gab es in einer Einrichtung etwa eine Versammlung der *marea verde*, bestand sie aus den Lehrer*innen und Eltern dieser Einrichtung, in einem Stadtteil waren es die Bewohner*innen dieses Viertels. »Niemand repräsentiert niemanden, auch wenn alle wissen, dass ich von STEs bin« (Interview vom 18.3.2014).

Die unterschiedlichen Gewerkschaften gingen sehr verschieden mit den *mareas* um. Während sich die Asociación Nacional de Profesorado Estatal (ANPE) und Central Sindical Independiente y de Funcionarios (CSI-F), eher konservative sektorale Gewerkschaften, kaum beteiligten, taten dies CC.OO. und UGT schon – sie versuchten dabei allerdings, die Dynamik unter Kontrolle zu behalten. In ihren Augen dienten Versammlungen eher dazu, Meinungsbilder einzuholen, Entscheidungen sollten jedoch innerhalb der Gewerkschaftsorgane getroffen werden. Linke Minderheitsgewerkschaften spielten demgegenüber eine aktivere Rolle innerhalb der *mareas*: »Wir haben uns von Anfang an total aktiv beteiligt, aber ohne die Vollversammlungen kontrollieren zu wollen,



»Wo ist die Demokratie?«, Paris, April 2016,
Nicolas Vigier

sondern von unten an der Entscheidungsfindung partizipierend, mit unseren Vorschlägen, unseren Ideen« (ebd.). Durch die Aktivierung der Beschäftigten gelang es den neuen Strukturen teilweise, die Gewerkschaftsverbände unter Zugzwang zu setzen. Ein Beispiel hierfür war der unbefristete Streik im Bildungsbereich auf den Balearen. Die Gewerkschaften sahen zunächst keine Möglichkeit eines längerfristigen Streiks, Vollversammlungen in den Bildungseinrichtungen hatten jedoch eine derart aktivierende Wirkung innerhalb des Lehrerkollegiums, dass sich schließlich auch die Gewerkschaften am Streikaufruf beteiligten. Angeführt wurde der Streik von der basisdemokratischen *assemblea de docents*, die die Vollversammlungen koordinierte.

Mit Ausnahme der balearischen *assemblea de docents* und dem im Kontext der Krise zumindest teilweise einer basisdemokratischen Logik folgenden Berufsverband von Mediziner*innen AFEM in Madrid verfügten die Bewegungen über keine von den Gewerkschaften unabhängige Streik- und Mobilisierungsfähigkeit – beide waren wechselseitig aufeinander angewiesen. Trotz Teilerfolgen – in Madrid etwa konnte ein umfassendes Privatisierungsprogramm im Gesundheitsbereich verhindert werden – gelang es den basisdemokratischen Bewegungen nur begrenzt, dauerhaft tragfähige Organisationsstrukturen zu entwickeln. Während Streiks und permanente Mobilisierungen bei vielen Betroffenen rasch Ermüdungserscheinungen zur Folge hatten, entfalteten andere Teile der Bewegungen eine aktivistische Dynamik. Frustrationen aufgrund ausbleibender unmittelbarer Erfolge trugen dazu bei, dass die Mobilisierungen an Kraft verloren. Auch war für einige die individuelle Arbeitsbelastung auf Dauer nur schwer mit den zeitaufwendigen politischen Aktivitäten vereinbar.

ERFOLGREICH SCHEITERN

Die Krise der Gewerkschaften und die *mareas* zeigen, dass spektakuläre Ereignisse – etwa Wahlerfolge und anschließende Niederlagen linker Parteien, Generalstreiks, aber auch Demonstrationen und Platzbesetzungen – nur einen kleinen Teil sozialer Auseinandersetzungen um die Auswirkungen von Austeritätspolitik und ökonomischen Krisen ausmachen.

Deutlich relevanter für gesellschaftliche Gegenmacht sind weit weniger öffentlichkeitswirksame Prozesse der alltäglichen Organisierung, des Aufbaus von Organisationsstrukturen und eines kontinuierlichen, mit Frustrationen und Niederlagen verbundenen »erfolgreichen Scheiterns« (Candeias/Völpel 2014, 11). Die Bilanz der *mareas* ist in diesem Zusammenhang eine ambivalente, wie ein Vertreter der balearischen *assemblea de docents* erklärt: »Wenn wir mit den negativen Aspekten anfangen, sehen wir, dass wir es mit dem Streik nicht geschafft haben, unsere Forderungen durchzusetzen. [...] In Bezug auf die positiven Aspekte sehen wir, dass wir eine nie dagewesene Organisation der Beschäftigten aller Inseln erreicht haben [...]; mit dem unbefristeten Streik haben wir die Bildung an die erste Stelle der öffentlichen Debatte gerückt [...] und zwei historische Werkzeuge in Kämpfen wieder aufgewertet: den unbefristeten Streik und die Streikkasse« (Aicart 2014).

Die *mareas* zeigen, dass basisdemokratische Selbstorganisation und eine stärkere gesellschaftliche Einbettung von Arbeitskämpfen die Chance eröffnen, zumindest zeitweilig Abwärtsspiralen und defensive korporatistische Strategien von Gewerkschaften zu durchbrechen. Selbst in relativ ausweglos erscheinenden Situationen werden so politische (Teil-)Erfolge möglich. Gleichzeitig wird deutlich, dass soziale Bewegungen durch ihre Flüchtigkeit und ihre prekären Organisationsstrukturen nur begrenzt in der Lage sind, gewerkschaftliche Apparate zu ersetzen. Es ist daher notwendig, in sozialen Auseinandersetzungen unterschiedliche Organisationsmodelle produktiv zu vermitteln. »Kein Teil der pluralen Linken, keine Partei, keine Gewerkschaft, keine linke Avantgarde kann mehr eine Führungsrolle beanspruchen. Zugleich aber sollte vermieden werden, dass Pluralität in Spaltung umschlägt. Daher bedarf es der Entwicklung einer Mosaiklinken« (Candeias/Völpel 2014, 205). Eine leichte Aufgabe, so zeigt der Blick auf die Konflikte zwischen basisdemokratischer Selbstorganisation und Gewerkschaften in den *mareas*, ist das Projekt einer derartigen Mosaiklinken aber nicht.

LITERATUR

Aicart, Iñaki, 2013: Enmarcamos esta huelga dentro de la lucha contra la LOMCE, www.alasbarricadas.org/noticias/node/26636,

Ders., 2014: Cada reconeixement de la nostra lluita és una clatellada que reben els gestors del desgavell educatiu a les Balears, www.plataforma-llengua.cat/assembleadocents/

Candeias, Mario/Völpel, Eva, 2014: Plätze sichern! ReOrganisation der Linken in der Krise: Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg

Gallas, Alexander/Nowak, Jörg/Wilde, Florian (Hg.), 2012: Politische Streiks im Europa der Krise, Hamburg

Haas, Tobias/Huke, Nikolai, 2015: Spanien – ›Sie wollen mit allem Schluss machen‹, in: Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (Hg.), Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, Frankfurt a.M., 165–190

Huke, Nikolai, 2016: Krisenproteste in Spanien. Zwischen Selbstorganisation und Überfall auf die Institutionen, Münster

Ders./Tietje, Olaf, 2014a: Gewerkschaftliche Erneuerung in der Eurokrise. Neue Organisationsformen der spanischen Gewerkschaften während des Protestzyklus ab 2011, in: Prokla 44 (4), 531–548

Dies., 2014b: Zwischen Kooperation und Konfrontation. Machtressourcen und Strategien der spanischen Gewerkschaften CCOO und UGT in der Eurokrise, in: Industrielle Beziehungen 21 (4), 371–389

Ruiz-Giménez, Juan Luis, 2014: Experiencia de la lucha socio sanitaria en España: Yo Sí Sanidad Universal y Marea Blanca, in: Rescoldos 31, 28–40

1 Eine Ausnahme bildet der Band von Gallas et al. 2012.

2 Der Text basiert auf Interviews mit Gewerkschafter*innen und Aktiven der *mareas*, die im Rahmen des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Promotionsprojekts »Sie repräsentieren uns nicht. Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien« geführt wurden.

3 Die stärkste Dynamik entfalteten die Bewegungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich in Madrid sowie im Bildungsbereich auf den Balearen.

ERNEUERUNG DURCH SOCIAL MOVEMENT UNIONISM?

WARUM NEUE METHODEN ALLEIN DIE GEWERKSCHAFTEN NICHT AUF DIE BEINE BRINGEN WERDEN

SAM GINDIN

Klassische gewerkschaftliche Organisierung, die auf den Betrieb zielt, ist out, eine Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen hingegen ist in – darin sind sich nordamerikanische Gewerkschaftsaktivist*innen einig. In Debatten zur Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung steht *social movement unionism* für das maximal Vorstellbare: kämpferische Gewerkschaften mit demokratischen Strukturen, die ein Bewusstsein für soziale Gerechtigkeit und Klassenfragen haben und als Teil einer übergreifenden sozialen und politischen Bewegung agieren. Zwar haben diese Ansprüche oftmals mehr mit Wunschdenken als mit den Realitäten eines *social movement unionism* zu tun, dennoch sollte man der Ansatz nicht gänzlich verwerfen. Inwiefern also kann dieses Konzept dazu beitragen, festgefahrene Denk- und Funktionsweisen der Gewerkschaften aufzubrechen?

URSPRÜNGE

Verfechter*innen eines *social movement unionism* beziehen sich auf die Zeiten des

rapiden Wachstums der Industriegewerkschaften während der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren. Was damals funktionierte, kann für heute möglicherweise inspirierend sein. Die Gewerkschaftsforscherin Jane McAlevey beispielsweise stellt insbesondere die kommunistische Praxis des *deep organizing* heraus, bei der gewöhnliche Arbeiter*innen als Organizer*innen in Betrieben wie in Communities aktiv wurden. Sie organisierten Sitzstreiks, verhinderten Zwangsräumungen und unterstützten Demonstrationen von Erwerbslosen. Mithilfe ihrer Communities konnten Transportarbeiter*innen ganze Städte lahmlegen. Statt dem exklusiven Solidaritätskonzept berufsständischer Gewerkschaften verfolgten sie eine Organisierung über berufliche, ethnische und geschlechtliche Spaltungen hinweg. Zentral war der Aufbau einer Gruppe von engagierten ›Kadern‹, deren Aufgabe es war, die Basis zu motivieren und organisatorische wie politische Ressourcen aufzubauen. Allerdings nannten die Aktiven ihre Praxis damals nicht *social movement unionism* – die Verbindung von Betrieb und Community war ihnen völlig selbstverständlich, ebenso wie die Notwendigkeit breiter Bündnisse angesichts der massiven Angriffe der Gegenseite. Prekäre Lebensbedingungen bildeten für (fast) alle Beschäftigten eine Realität. Gewerkschaftliche Organisierung war *die* prägende soziale Bewegung der Zeit und sollte es auf Jahrzehnte hinaus bleiben.

Ein weiterer Ursprung des Konzepts liegt in den Auseinandersetzungen um Demokratie und Menschenrechte, die nicht zuletzt von Gewerkschaftler*innen in den 1970er und 1980er Jahren im globalen Süden geführt wurden, etwa in Südafrika, Brasilien, Südkorea und auf den Philippinen. Diese antikapitalistischen Kämpfe für Demokratie und Koalitionsfreiheit erscheinen heute sehr weit weg von der engen gewerkschaftlichen Agenda in den kapitalistischen Metropolen. Gerade durch ihre Verankerung in den Communities haben sie eine breite Ausstrahlungskraft entwickelt und waren prägend für einen *social movement unionism*.

Neue Bedeutung erhielt das Konzept schließlich, als es den traditionellen Gewerkschaften zuletzt nicht mehr gelang, die neoliberalen Angriffe auf die Beschäftigten und deren Errungenschaften abzuwehren.

SAM GINDIN war jahrzehntelang Leiter der Forschungsabteilung der kanadischen Automobil-Gewerkschaft CWA. Zwischen 2000 und 2010 lehrte er an der York University in Toronto, wo er sich insbesondere mit der Frage einer Reorganisierung der Linken und verbindenden Politiken zwischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, NGOs und Erwerbslosen- sowie Armenbewegungen befasst hat. Er ist Mitbegründer und Redakteur der linken Internetplattform Socialist Project sowie in verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv.

Beispielhaft steht hier die Chicagoer Lehrergewerkschaft (Chicago Teachers Union/ CTU), deren neue Führung nicht mehr allein auf Tarifverhandlungen und politische Lobbyarbeit setzen wollte, um die Probleme im Bildungssystem anzugehen. Gemeinsam mit den Eltern nahmen die Beschäftigten nun strukturellen Rassismus und Klassenverhältnisse als Bildungshürden ins Visier. Der Aufbau einer stabilen Mitgliederbasis war dafür eine wichtige Voraussetzung.

Während grundlegende gesellschaftliche Veränderungen – gar Sozialismus – oft ein abstraktes Ideal bleiben, verspricht *social movement unionism* konkrete und realistische Schritte, die in der prekären Lage der Gewerkschaften sowohl Mitgliedern wie Führung alternativlos erscheinen. Und doch: Verglichen mit den Sitzstreiks der 1930er und den Massenprotesten der 1960er Jahre bleiben die Kampagnen heute zumeist lokal, beschränkt und sporadisch. Eine wirkliche Ausweitung lässt – trotz zunehmend brutaler Angriffe der Arbeitgeberseite – auf sich warten. Woran liegt das?

DEFIZITE

Eine Ursache liegt gerade in den gewerkschaftlichen Erfolgen der Vergangenheit, die die internen Organisationsstrukturen wie die Handlungsbedingungen von Gewerkschaften dramatisch verändert haben. Die zunehmende Eigenständigkeit der Industriegewerkschaften und ihre Institutionalisierung als Tarifpartner seit den 1930er Jahren ließen eine enge Verbindungen zu den Communities überflüssig erscheinen. Auch die Besserstellung bestimmter Beschäftigtengruppen seit den 1960er Jahren, etwa im öffentlichen Dienst, machte eine übergreifende und gemeinsame Antwort auf die aufkommende neoliberale Gegenoffensive komplizierter. Die Fixierung auf tarifliche Fragen (*contract unionism*) verengte die Gewerkschaftsarbeit in einer Weise, die den heutigen Herausforderungen nicht (mehr) gewachsen ist.

Auch in den ehemals autoritär regierten Ländern des globalen Südens haben sich die Bewegungen im Zuge ihres erfolgreichen Kampfs um Bürgerrechte verändert. Klare Frontstellungen sind einer zunehmend komplexen Gemengelage gewichen, vor der auch Gewerkschaften im globalen Norden stehen: Ein globaler Konkurrenzdruck, eine fragmentierte Arbeiterklasse, die Auflösung historisch gewachsener Communities und die Ausbreitung einer globalisierten Konsumkultur und imperialen Lebensweise haben die Handlungsbedingungen verändert. In Brasilien etwa sind die einst sozialistischen und regimekritischen Gewerkschaften heute damit beschäftigt, die Integration ihrer Basis in den kapitalistischen Weltmarkt genauso zu organisieren wie die Zustimmung zur Austeritätspolitik einer vermeintlich linken Regierung.

Selbst die CTU stößt in ihrem beispielhaften Kampf immer wieder an Grenzen eines lokal beschränkten, vereinzelten *social movement unionism*. So erfuhr die Gewerkschaft während ihres Streiks 2012 wenig Unterstützung von anderen Gewerkschaften und ist innerhalb der landesweiten Lehrergewerkschaft bis heute in der Minderheit. Selbst auf dem Höhepunkt ihres Erfolgs konnten sie und ihre Unterstützer*innen Schulschließungen letztlich nicht verhindern. Die aktuellen Budget- und Rentenkürzungen wären lediglich in einem überregionalen, ja landesweiten Kampf zu adressieren gewesen. Diesen kann die CTU aber allein nicht organisieren.

Ein weiteres Problem ist, dass viele Anhänger des *social movement unionism* soziale Bewegungen und Gewerkschaften tendenziell als getrennte Formationen betrachten und an beide sehr unterschiedliche Maßstäbe anlegen. Während die Defizite von Gewerkschaften hinsichtlich mangelnder Mobilisierungs-



Nantes, Juli 2016, © Val K., collectif Bon Pied Bon Œil

fähigkeit und interner Demokratie umfassend diskutiert werden, trifft ähnliche Kritik die sozialen Bewegungen seltener – häufig werden sie in ihrer Bedeutung eher überschätzt. So gibt es in Nordamerika gegenwärtig kaum eine breite soziale Bewegung und im Vergleich zu den Gewerkschaften sind deren Ressourcen recht beschränkt. Zwar treten sie berechtigterweise für Demokratie und Partizipation ein, ihre institutionelle Schwäche führt in der Praxis aber nicht selten zu informellen Hierarchien und undemokratischen Abläufen. Dadurch dass sie oft Ein-Punkt-Bewegungen und an Identitätspolitik orientiert sind, ist ihre politische Perspektive oft in ähnlicher Weise beschränkt wie die der Gewerkschaften. Der antikapitalistische Elan bringt radikale Protestformen hervor, aber es gibt viel zu wenig konkrete Ideen, wie mit dem kapitalistischen Staat und seiner gut organisierten herrschenden Klasse umzugehen wäre.

Der größte Hemmschuh für einen effektiven *social movement unionism* ist und bleibt jedoch der Widerstand innerhalb der Gewerkschaften, sich auf wirkliche Veränderungen einzulassen. Denn als bloße Ergänzung der bisherigen Arbeit kann das Konzept nicht funktionieren. Es reicht nicht, Bündnisse mit anderen Bewegungen zu schließen, sondern die *eigenen* Strukturen müssen radikal umgebaut werden und wirkliche Klassenpolitik muss wieder ins Zentrum rücken. Dies impliziert nicht nur ein neues Verhältnis zu den Mitgliedern, sondern auch zu anderen Gewerkschaften und

zur Community. Es bedarf einer veränderten internen Ressourcen- und Arbeitsverteilung, einer Veränderung der Rolle, Rekrutierung und Ausbildung von Funktionär*innen sowie natürlich auch anderer Prioritäten und Strategien.

KLASSE

Der *social movement unionism* muss nicht in Abgrenzung zum ›alten‹ marxistischen Fokus auf Klassenverhältnisse stehen, sondern kann daran anschließen. Kim Moody und Marta Harnecker beispielsweise nennen für einen solchen Ansatz einige Voraussetzungen. Sie halten zwar an der zentralen strategischen Bedeutung der Arbeiterklasse fest, betonen jedoch, dass zu ihr längst nicht nur Beschäftigte im engen Sinne gehören. In ihrem Klassenverständnis sind alle Menschen, die auf Lohn oder andere geldwerte Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts angewiesen sind, Teil der Arbeiterklasse – ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht. Entsprechend spielen ›Klassenfragen‹ in allen Lebensbereichen eine Rolle und längst nicht nur am Arbeitsplatz. Wenn traditionelle Arbeitskämpfe sich also mit Kämpfen in den Communities verbinden, beziehen sie sich nicht auf ein Außen, sondern auf Teile der eigenen Klasse und somit potenziell auf ihre eigenen Interessen, die allerdings über den Arbeitsplatz hinausreichen. Schließlich betonen Harnecker und Moody, wie wichtig es ist, die Institutionen der Arbeiterklasse zu demokratisieren und eine größtmögliche Partizipation der Mitglieder zu ermöglichen.

Was würde das in der Praxis bedeuten? Dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes einen Kampf um hochwertige, demokratisch verwaltete soziale Dienstleistungen anführen; dass Beschäftigte im privaten Sektor für eine ökologisch nachhaltige und friedliche industrielle Produktion und deren demokratische Planung kämpfen. Oder noch konkreter könnte es heißen, dass Automobilarbeiter*innen die Konversion ihrer Arbeitsplätze vorantreiben, um durch ihre Jobs die ökologische Krise zu mindern, statt sie zu verschärfen. Bauarbeiter*innen könnten einen öffentlichen Wohnungsbau und die ökologische Sanierung bestehender Wohnungen fordern. Die Gewerkschaften selbst müssten ihre Organisationsinteressen hinter klassenpolitische Interessen zurückstellen. Prekäre Bereiche zu organisieren sollte dazu dienen, eine solide Klassenbasis aufzubauen und gegenseitige Solidarität zu befördern – und nicht dem Anstieg von Mitgliedern und Beitragszahlungen. Die Konkurrenz zwischen den Gewerkschaften müsste einer Kooperation weichen, die hilft, den Organisierungsgrad insgesamt zu erhöhen und neue Formen der Solidarität zu erproben, etwa in lokalen oder regionalen Gewerkschafts- und Beschäftigtenversammlungen. Werden Mitglieder entlassen, dürften sie selbstverständlich nicht aus der Organisation herausfallen, sondern könnten eine tragende Funktion in der Organisierung von Erwerbslosen übernehmen.

DIE LINKE

Statt also *social movement unionism* auf einen ›Ansatz‹ oder einen statischen Kriterienkatalog zu reduzieren, sollte er als umfassende *Reorientierung* der Gewerkschaftsarbeit begriffen werden. Es geht um eine dynamische Antwort auf das Versagen der bestehenden Gewerkschaftsarbeit und erfordert komplexe und tief greifende Veränderungen.

Für eine marxistische Linke war die organisierte Arbeiterklasse stets der zentrale (wenn auch nicht einzige) Akteur gesellschaftlicher Veränderung. Gewerkschaften wurden als notwendiges Mittel der Selbstverteidigung gesehen, deren revolutionäres Potenzial aber begrenzt ist. In der gegenwärtigen Krise gelingt es den Gewerkschaften jedoch nicht einmal mehr, diese elementare Aufgabe richtig wahrzunehmen. In den Debatten um *social movement unionism* wird entsprechend das Ausmaß und die Tiefe der internen Probleme der Gewerkschaften häufig unterschätzt – ebenso wie die Schwachpunkte sozialer Bewegungen. Schwache Gewerkschaften mit schwachen sozialen Bewegungen zu verbinden mag ein paar Vorteile haben, doch letztlich müssen solche Bündnisse pragmatisch und vorläufig bleiben. Die Summe mangelhafter Teile kann nur ein mangelhaftes Ganzes ergeben.

Darum bedarf es im Grunde einer (oder auch mehrerer) *zusätzlicher* Institutionen, die sich explizit mit der Frage staatlicher Macht und deren Stabilität auseinandersetzen (vgl. Porcaro in diesem Heft). Dies ist kein Aufruf zur Gründung einer weiteren Partei. Eine solche Organisation dürfte sich nicht auf Wahlen und Parteipolitik beschränken, sondern müsste versuchen, sowohl aus Gewerkschaften als auch aus sozialen Bewegungen das Beste herauszuholen und deren Zusammenspiel zu verbessern. Zugleich müsste sie aber die politischen Fähigkeiten der Subalternen selbst fördern: die Fähigkeiten zur Analyse, Strategiebildung und Organisierung. Eine solche Organisation – die gleichermaßen innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaften agieren und eine dezidiert sozialistische Idee vertreten müsste – ist unverzichtbar, um mit einem *social movement unionism* tatsächlich die Macht der Arbeiterklasse zu stärken.

Hier lohnt erneut ein Blick auf die CTU. Die Tatsache, dass beispielsweise in dieser Gewerkschaft eine Vielzahl von Sozialist*innen aktiv ist, ist eine häufig übersehene Erfolgsbedingung ihrer Arbeit. Sie bringen ihr analytisches und strategisches Wissen ein, ihre Kontakte zu lokalen Kämpfen sowie Ausdauer und Motivation, die über konkrete (Miss-)Erfolge hinausreichen. Auch wenn CTU-Aktivist*innen gerade versuchen, ihre Erfahrungen lokal und überregional zu verbreiten, so sind sie letztlich auf eine organisiertere Form der Unterstützung angewiesen: Um ihre Dynamik und ihren Kampfgeist zu erhalten, müsste ihre Arbeit von breiteren politischen Kämpfen flankiert werden, die sie ohne darauf fokussierte Organisationen und deren Zeit, Ressourcen, Fertigkeiten und Kontakte nicht führen kann.

FAZIT

Das verbreitete Interesse an einem *social movement unionism* ist erfreulich. Das Problem ist allerdings, dass die real existierenden Gewerkschaften eine solche Entwicklung aus sich heraus nicht anstoßen können. Die vielversprechenden Beispiele sind bislang allesamt Ausnahmen geblieben. Angesichts dieser Situation bedarf es einer sozialistischen Partei – und zwar einer, die sich weniger über bestimmte politische Forderungen definiert als darüber, dass sie langfristig eine Strategie zum Aufbau der Klasse entwickelt. Insbesondere muss sie einer Tendenz der Gewerkschaften entgegenwirken, konkrete Vorteile für einzelne Beschäftigtengruppen auszuhandeln oder zu verteidigen. Wir brauchen eine Organisation, die die Fähigkeiten

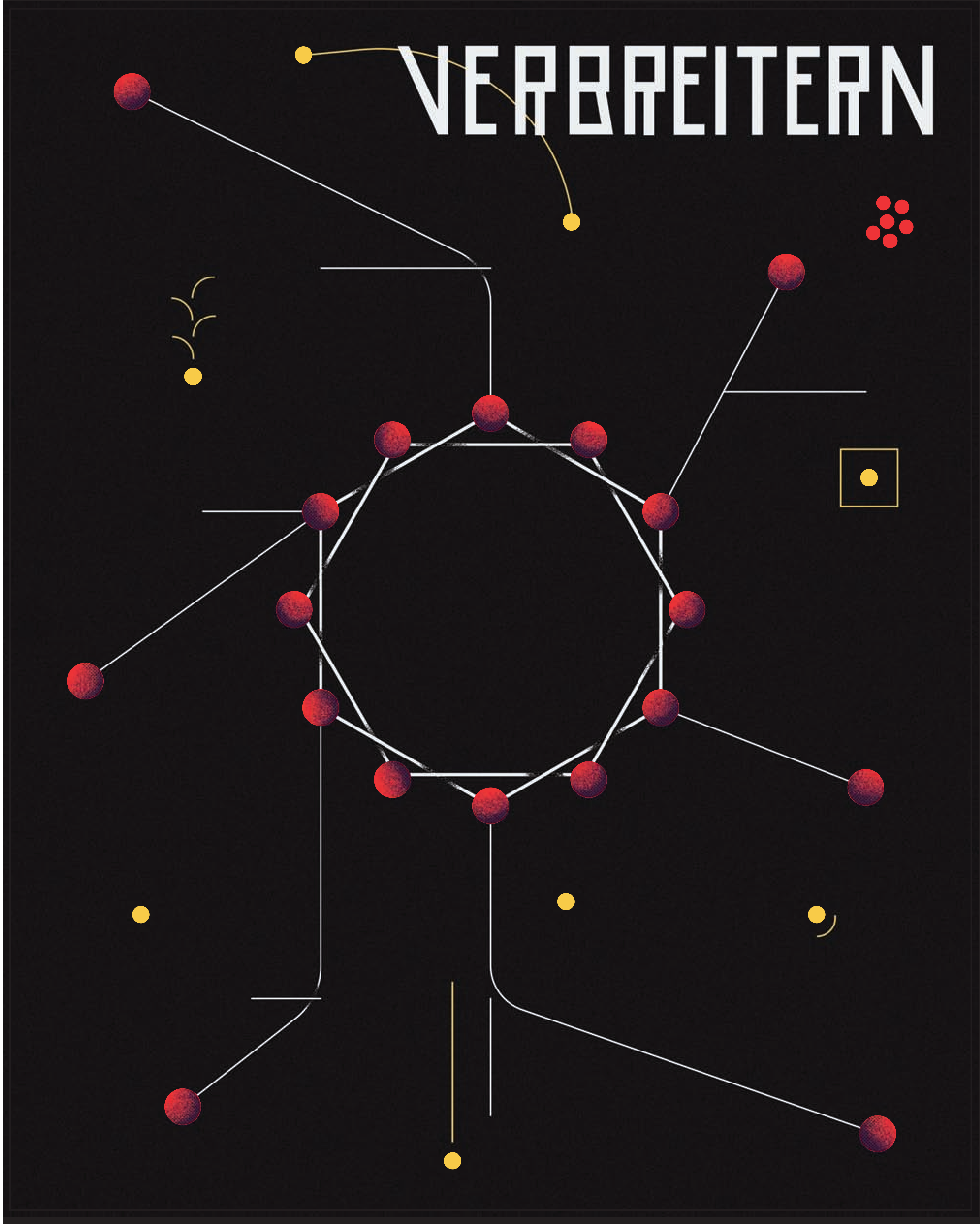
der Subalternen stärken und Strategien zum Aufbau und zur Ausübung von Macht entwickeln kann (vgl. Giovanopoulos in diesem Heft). Marxist*innen haben die sozialistische Partei traditionell als das Mittel zur Überwindung des Kapitalismus betrachtet. Heute scheint eine solche Partei wichtig, um weitreichende Reformen *innerhalb* des Kapitalismus zu erkämpfen, zu erhalten und zu verallgemeinern.

Die spontane Entwicklung eines *social movement unionism* hat ihre Grenzen, und dessen Verallgemeinerung hängt langfristig vom Aufbau einer organisierten gesellschaftlichen Linken ab. Es sind also nicht allein die Gewerkschaften, die einer Verbreitung des *social movement unionism* im Wege stehen, sondern es ist die Abwesenheit einer solchen gesellschaftlichen Linken. Ein breit verankerter *social movement unionism* bleibt damit ohne die Reorganisation einer klassenbasierten Linken unmöglich. Das mag weit hergeholt scheinen angesichts des gegenwärtigen Stands sozialer Kämpfe und der Schwäche einer radikalen Linken. Noch unrealistischer ist es jedoch anzunehmen, ein wirkliches Umsteuern ließe sich ohne eine *übergreifende linke* Organisation bewerkstelligen. All das ist keine Frage politischer Präferenzen, sondern eine schlichte Notwendigkeit.

Wir können den Aufbau so einer Organisation nicht dem Zufall überlassen oder hoffen, dass die Verhältnisse sie selbst hervorbringen. Es wird sie nur geben, wenn wir sie kollektiv voranbringen. Sollte uns dies nicht direkt gelingen, müssen wir in eine konzentrierte Diskussion darüber einsteigen, wie es langfristig gelingen kann. Zwei Beispiele helfen, dies zu veranschaulichen: In den letzten Jahren ist es einer Kampagne gegen prekäre Arbeitsbedingungen in den USA gelungen, Öffentlichkeit für das Thema herzustellen und in einzelnen Städten und Bundesstaaten Lohnerhöhungen durchzusetzen. Aber der von der Dienstleistungsgewerkschaft SEIU und der United Food and Commercial Workers International Union (UFCW) unterstützte Kampf der Walmart-Beschäftigten wird solange keinen echten Durchbruch bedeuten, wie er im Rahmen klassischer Gewerkschaftsstrategien verbleibt. Auch die Forderung nach einem Mindeststundenlohn von 15 US-Dollar konnte zwar überraschende Unterstützung mobilisieren, eröffnet aber keine Perspektive, wie Beschäftigte mehr Einfluss auf ihre Arbeitsbedingungen, ihre soziale Absicherung und die Stabilität ihrer Arbeitsplätze gewinnen. Ähnliches gilt für die Präsidentschaftskampagne von Bernie Sanders, die viele Leute mobilisiert hat, aber bei der noch völlig unklar ist, was langfristig von ihr bleiben wird (vgl. hierzu Solty in diesem Heft). Befördert sie eher Illusionen über einen nächsten Wahlkampf? Vertieft sie den Zynismus gegenüber Wahlen? Oder führt sie Millionen Menschen vor Augen, dass radikale Veränderungen nur jenseits der Demokratischen Partei ansetzen können?

Klar ist: Kampagnen und soziale Kämpfe sind flüchtig. Ihre Dynamik lässt sich ohne stabile demokratische Strukturen kaum aufrechterhalten. Nur, wenn die Arbeiterklasse in diesem Sinne kollektiv handlungsfähig ist, wird sie langfristig in der Lage sein, radikale Reformen und wirkliche Veränderung durchzusetzen.

Aus dem Englischen von Max Henninger


VERBREITERN

EUROPA DER KOMMUNEN

VON BÜRGERPLATTFORMEN ZU REBELLISCHEN STÄDTEN

BEPPE CACCIA

Die Diskussion um einen neuen Munizipalismus hat seit den spanischen Kommunalwahlen im Mai 2015 Fahrt aufgenommen, bei der sogenannte Bürgerplattformen erstmals Kandidat*innen für das Bürgermeisteramt und für die Stadtparlamente stellten. In zahlreichen Städten – darunter Madrid, Barcelona, Valencia, Zaragoza und La Coruna – sind diese neuen Bündnisse nun an der Regierung, in anderen bilden sie die stärkste Oppositionskraft. Zwei Momente sind entscheidend für diese Entwicklung: Das ist zum einen das Entstehen neuer politischer Kräfte im spanischen Staat. Die junge Partei Podemos ist in fast allen Städten Teil dieser Bündnisse und die sozialen Bewegungen dominieren seit dem 15. Mai 2011 die politische Szene. Darüber hinaus spielen eine Reihe übergreifender Faktoren eine Rolle: Dies ist die kapitalistische Finanzialisierung sowie die Bedeutung von kommunalen Austeritätspolitiken innerhalb des europäischen Krisenmanagements. Vor diesem Hintergrund ist die Erfahrung von

Barcelona en Comù besonders spannend: Das Bündnis war nicht nur imstande, einschneidende Veränderungen in der politischen Imagination wie der politischen Realität anzustoßen, sondern hat außerdem der Frage alternativen Regierens auf kommunaler Ebene in ganz Europa neue Aufmerksamkeit verschafft (vgl. Zelik sowie Bruchmann/Candeias in diesem Heft).

Dass sich diese neue Politik ausgerechnet in Barcelona, einer der wichtigsten europäischen Städte, entwickelt, spricht für ihre Kraft. Metropolen sind heute der Raum gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion *par excellence*: durchzogen von Logistikzonen und Strukturen eines Plattform-Kapitalismus (Sascha Lobo), Orte, an denen neue Formen der Ausbeutung mehr als irgendwo sonst greifen, ideale Experimentierfelder eines neoliberalen Finanzkapitalismus, der qua Verschuldung, Schuldverschreibungen und Immobilienspekulation einen permanenten Angriff auf den gesellschaftlich produzierten Wohlstand darstellt.

Doch unsere Städte sind auch Orte des Widerstands und der Erfindung neuer Lebensformen. Es sind Orte, an denen neue soziale Konflikte, Formen der Kooperation und der unabhängigen Kultur entstehen. Den heutigen Metropolen kommt eine ähnliche Rolle zu wie der Fabrik in der vorhergehenden fordistischen Epoche: Sie sind Terrain von Auseinandersetzungen, Orte der Ausbeutung sowie des Widerstands, von Herrschaft sowie von Emanzipation, ein Schauplatz unauflöslicher Spannungen zwischen widerstreitenden gesellschaftlichen Kräften und Machtverhältnissen (vgl. Harvey 2012).

STÄDTE UNTER EUROPÄISCHEM KRISENREGIME

Diese Tendenz hat sich unter dem autoritären europäischen Krisenmanagement der letzten acht Jahre noch verstärkt. Sowohl die Finanzialisierung öffentlicher Schulden als auch die Austeritätspolitiken haben die Ebene der Kommunen ins Visier genommen. Seit den frühen 2000er Jahren erhielten Kommunalverwaltungen verstärkt Zugang zu Finanzprodukten und Derivatenmärkten, während ihnen staatliche Mittel stetig gekürzt wurden. Es kam zu einem exponentiellen Anstieg der Verschuldung – wobei diese eng an die Bewegungen der globalen Finanzmärkte gekoppelt war. Auch die erbarmungslose Anwendung innerstaatlicher Stabilitätspaktkriterien auf der kommunalen Ebene wird mit Ressourcenknappheit gerechtfertigt. Tatsächlich handelt es sich aber um die strukturelle Konsequenz einer europäischen Politik, die auf eine Kürzung staatlicher Ausgaben im Bereich öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere der sozialen Daseinsvorsorge (als vermeintlich ›unproduktivem‹ Bereich) zielt (vgl. Wiegand in diesem Heft). Zu diesem neoliberalen Angriff gehören auch eine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in den Kommunen sowie der Verkauf oder besser gesagt der Ausverkauf von Vermögenswerten,

BEPPE CACCIA ist Philosoph, Post-Operaist und arbeitet zur Geschichte des politischen Denkens. Er ist in sozialen Bewegungen aktiv, unter anderem bei Blockupy International. Er ist Mitglied des Kollektivs EuroNomade und im Board von European Alternatives. Von 2001 bis 2005 war er stellvertretender Bürgermeister in Venedig.

die zuvor als öffentliche Güter galten, in denen sich ein über Jahrzehnte geschaffener gesellschaftlicher Reichtum materialisiert. Schaut man sich an, wie weitreichend die nationalen Staatshaushalte unter dem Diktat der Europäischen Zentralbank seit 2011/12 reorganisiert wurden, findet man diese Trends bestätigt.

Städtische Widerstandsbewegungen, die versuchen, Alternativen ›von unten‹ aufzubauen, sind insofern ein wichtiger Teil neuer sozialer Kämpfe, weil sie diesen Prozessen entgegentreten (vgl. Juncker et al. in diesem Heft). Wie andere Bürgerplattformen hat Barcelona en Comù es geschafft, diese Erfahrungen zu politisieren und zu verstärken, indem sie Teilbereiche verbunden und soziale Bewegungen und bürgerschaftliche Initiativen mit ›alten‹ und ›neuen‹ politischen Kräften zusammengeführt hat. Sie hat dies mit dem erklärten Willen getan, eine gesellschaftliche Mehrheit zu erringen und diese in eine Wahlmehrheit zu überführen. Sie wollte die Stadtregierung übernehmen, um echte Veränderungen anstoßen zu können.

EINE LANGE GESCHICHTE VON ›FREIEN STÄDTEN‹

In der Diskussion um einen neuen Munizipalismus lohnt der Blick auf verschiedene historische Vorläufer. Hannah Arendt zeichnete in »Vita Activa« (1958) die altgriechische *poleis* geradezu als Paradigma städtischen Lebens. Die mittelalterlichen Städte in Italien und anderswo galten als Orte der Befreiung von Untertanenschaft – die Redewendung »Stadtluft macht frei« steht dafür – und die kleinen »Republiken zur Zeit der Königreiche« verfügten über ein gänzlich anderes Souveränitätsmodell. Später ist der Widerstand gegen Zentralisierungsprozesse interessant, wie er zur Zeit der Entstehung moderner Nationalstaaten charakteristisch war. Teils speiste er sich aus Überbleibseln des Ancien Régime, doch meist verbündete er sich mit der entstehenden Arbeiterbewegung. Dies war Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen Proudhon und Marx, wobei Letzterer später im Kontext der Pariser Kommune von 1871 zugestand, dass die Verbreitung von Kommunen in anderen Städten Frankreichs durchaus einen strategischen Vorteil innerhalb des revolutionären Prozesses hätte bedeuten können.

Und selbst innerhalb der Grenzen des spanischen Staates gibt es eine Tradition, die vom Denken Francesc Pi i Margalls (1863) ausgeht, einem katalanischenr Philosophen und Politiker. Mergall hatte ein föderalistisches Konzept entworfen, das auf einer Dezentralisierung der Verwaltung und bilateralen Abkommen zwischen den Kommunen beruht (vgl. Observatorio Metropolitano 2014).

In den 1990er Jahren lebte der munizipalistische Diskurs wieder auf. Bedeutend war der kommunalistische Entwurf von Murray Bookchin, der 1987 schrieb: »Die unmittelbare Absicht des libertären Munizipalismus ist es, die öffentliche Sphäre als Gegenentwurf zu einer zentralistischen Verstaatlichung stark zu machen und im wahrsten Sinne des Wortes ein Maximum an Demokratie zu ermöglichen; Institutionen zu schaffen, die den Bürger*innen zu politischer Macht verhelfen.« Nach Murray kann es keine Politik ohne Beteiligung der Community geben, wobei sein Konzept von Community eine freie Assoziation von Bürger*innen auf kommunaler Ebene vorsieht, deren wirtschaftliche Autonomie von Grassroots-Organisationen und von anderen Zusammenschlüssen gestützt und in regionalen Netzwerken organisiert wird.

Dem Aufstand der Zapatisten im Januar 1994 ist es zu verdanken, dass die politische Idee gemeinschaftlicher Selbstverwaltung Verbreitung erfuhr und im Kontext des Global Justice Movement genau die Argumente lieferte, die sowohl die lokalen partizipatorischen Prozesse in Lateinamerika unterstützten als auch die gegen imperialistische Tendenzen gerichteten Netzwerke wie das Forum of Local Authorities als Teil des Weltsozialforums.

GEMEINDE, KOMMUNE, COMMON-WEALTH

Will man also einen neuen munizipalistischen Horizont eröffnen, braucht man einen föderalistischen Ansatz, der auf starken materiellen sozialen und egalitären Prinzipien fußt. Mit etwas Mut könnte man auch einfach sagen: Wir brauchen einen neuen Klassenstandpunkt. Auch lässt sich ein Zusammenhang zwischen der *Kommune* (in ihrer Doppelbedeutung als ursprüngliche lokale Institution und als historisch-revolutionäres Beispiel) und der Idee der Commons herstellen. In der Commons-Debatte (vgl. u.a. Hardt/Negri 2010) ist Common die kollektive – von der Multitude betriebene – Produktion einer materiellen wie immateriellen Realität, die ihrer privaten oder öffentlichen Aneignung (z.B. durch den Staat) vorausgeht. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Bedeutung von Demokratie theoretisch wie praktisch neu überdenken. Kurz gesagt, muss Demokratie heute als kollektive politische Entscheidungsfindung verstanden werden, als eine Entscheidung der Vielen über das ihnen Gemeinsame. Der neue Munizipalismus impliziert in diesem Sinne den Versuch, das Konzept und die Praxis von Demokratie neu zu erfinden.



»Ich, ich habe meinen Rettungsschirm«, Paris, Juni 2016, JeanneMenjoulet&Cie/flickr 🅭🅯🄏

In der Sprache von Barcelona en Comù heißt dies Bürgerprotagonismus, auch wenn der darin enthaltene Begriff der Staatsbürgerschaft (*citizenship*) nicht unproblematisch ist. Denn Staatsbürgerschaft selbst ist ein Moment von Differenzierung und Exklusion aus genau der Rechtssphäre, die man normalerweise mit Staatsbürgerrechten in Verbindung bringt. Ada Colau hat sich deshalb im Namen der Stadt Barcelona für die Gründung eines Netzwerkes von sogenannten »Shelter-Cities«, Zufluchtsstädten, eingesetzt. Mit dieser inklusiven Idee von Staatsbürgerschaft positionierte sie sich gegen die Abschottungspolitik der nationalen Regierung wie die der europäischen Institutionen.

Auch der Begriff Protagonismus verdient Beachtung. Es ist an der Zeit, sich von bestimmten ›partizipativen‹ Illusionen der globalen munizipalistischen Welle der frühen 2000er Jahren zu verabschieden. Beim Protagonismus geht es nicht um formalisierte Konsultationsprozesse, sondern darum *was*, *wie* und vor allem *von wem* entschieden wird. Diese Fokussierung auf die *politische Entscheidung* ist die eigentliche Errungenschaft der Bewegung der Plätze. Diesen unterschiedlichen Kämpfen gegen Ungleichheit ist es gelungen, den flottierenden Signifikanten von ›denen da oben‹ und ›denen da unten‹ mit sozialer Bedeutung zu füllen. Die Oligarchien haben kollektive Ressourcen und die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums an sich gerissen. Und die munizipalistische Bewegung versucht, die Rhetorik der »99 Prozent gegen die ein Prozent« in eine konstitutive politische Praxis zu überführen, und zwar mit der Perspektive einer Transformation der Metropole und ihrer Institutionen, um »grundlegende Rechte und ein für alle Menschen lebenswertes Leben« zu sichern, und zwar auf der Grundlage einer »auf soziale und ökologische Gerechtigkeit aufbauenden Wirtschaft« – so heißt es in den Prinzipien von Barcelona en Comù.

Die iberischen Bürgerplattformen inspirieren europaweit ein Umdenken, das sich nicht mehr auf soziale und politische Praxen auf lokaler Ebene beschränken lässt. Dennoch wäre es falsch, von einem Modell zu sprechen. Barcelona ist eher ein *exemplum* in dem Sinne, dass es die herrschende Verteilung politischer Rollen infrage stellt. Der Geist dieses munizipalistischen Diskurses und die Auswirkungen, die er auf die politische Vorstellungskraft hat, sind imstande, jeglichen lokalen Kontext mit seinen spezifischen sozialen, politischen und institutionellen Dynamiken in ein ernstzunehmendes Laboratorium zu verwandeln.

Einer der häufigsten Fehler an solchen Punkten, ist es, analytische Modelle zu basteln, bei denen alles genau zusammenpasst. Von solchen Konstrukten ausgehend, wird dann die abstrakte Zentralität dieses oder jenes politischen Prinzips behauptet. Wir sollten uns hüten, die munizipalistischen Erfahrungen mit unserer gesamten Hoffnung auf einen fundamentalen Umschwung zu überfrachten – auch wenn Europa diesen sicherlich nötig hätte, um es vor völliger Desintegration zu schützen. Und trotzdem sind diese Erfahrungen ein wichtiges Gegenmittel gegen die gefährliche Rückkehr der Nationalismen. Sie sind ein Experimentierfeld für innovative Praktiken eines Bürgerprotagonismus und können zur Wiederherstellung des sozialen Gefüges beitragen, welches nach vier Jahrzehnten neoliberaler Politik ziemlich mitgenommen ist. Wollen wir allerdings Demokratie und soziale Gleichheit in Europa wirklich auf die politische Agenda setzen, müssen wir uns an eine Mehr-Ebenen-Logik herantrauen und von der Theorie des »gesellschaftlichen Konstitutionalismus« lernen (Joerges et al. 2004). Um die dramatische Asymmetrie innerhalb der derzeitigen Machtverhältnisse umzukehren, müssen Kräfte gebündelt und eine Vielzahl von Initiativen artikuliert werden. Deshalb geht es beim neuen Munizipalismus auch nicht darum, im ›kleinen Rahmen‹ zu arbeiten, darum, dass Initiativen ›von unten‹ dort leichter einen Zugang finden als auf der nationalen und transnationalen Ebene. Auch wenn der Ansatz teils durchaus

nach einer Rhetorik des »klein, aber fein« klingt oder nach der lokalistischen Ideologie der »kleinen Vaterländer«.

GRENZEN DES MUNIZIPALISMUS ÜBERWINDEN

»Wahlen zu gewinnen ist nicht das gleiche wie eine Stadt zurückzugewinnen« (Shea Baird, 2015). Regierung und Macht sind zwei verschiedene Dinge, auch wenn ein neuer Regierungsansatz vielleicht in der Lage ist, die Fallen einer repräsentativen Logik zu vermeiden. Die Krise der politischen Repräsentation ist ernst und irreversibel. Zentral ist hier das gespaltene Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie. Die Bürgerplattformen haben die spanischen Kommunalwahlen mit einer klaren Botschaft gewonnen: Es geht ihnen nicht darum, »die Kämpfe zu repräsentieren«, sondern stattdessen darum, die Stadt selbst zu regieren und dabei echte Veränderungen herbeizuführen.

Dies ist nur möglich, wenn es gelingt, eine Dialektik offenzuhalten zwischen konstituierenden und konfliktorientierten Dynamiken gesellschaftlicher Mobilisierung auf der einen Seite und kreativen und öffnenden institutionellen Praktiken (innerhalb der konstituierten Macht) auf der anderen. Ein solcher Prozess wird aber notwendigerweise an die internen und externen Grenzen stoßen, mit denen selbst die radikalste und innovativste lokale Erfahrung konfrontiert ist. Denn inmitten des dichten Geflechts aus wirtschaftlichen und sozialen, medialen und politischen Verhältnissen, die das Leben der Metropole durchziehen, stellt sich die Frage der Machtverhältnisse. Jede Entscheidung einer Stadtverwaltung wird von rechtlichen und institutionellen, finanziellen und ökonomischen Restriktionen beeinflusst. Daraus ergibt sich eine zentrale Herausforderung: Gegen jede lokalistische Versuchung müssen wir diese Beschränkungen angehen und dazu Netzwerke rebellischer Städte aufbauen (wie Gerardo Pisarello sie in Bezug auf David Harvey so trefflich nennt). Städte, die in der Lage sind, produktive Verbindungen zwischen Kämpfen und sozialen Bewegungen, aber auch mit transformationsorientierten politischen Parteien aufrechtzuerhalten, und zwar auf nationaler Ebene sowie in Bezug auf die noch entscheidenderen transnationalen Aktivitäten in Europa und im Mittelmeerraum. Die Verlagerung der Souveränität von oben nach unten, von den Institutionen hin zu den Bürger*innen, ist notwendige Voraussetzung, um Räume zu öffnen, in denen man ein demokratisches, von unten kommendes Souveränitätsmodell installieren kann. Nur so können wir ein sprunghaftes Umschwenken von Enthusiasmus zu Desillusionierung und von Euphorie zu Depression vermeiden.

Aus dem Englischen von Svenja Bromberg

LITERATUR

Bookchin, Murray, 1996 [1987]: Die Agonie der Stadt – Aufstieg und Niedergang des freien Bürgers, Graefenau

Candeias, Mario, 2015: Demokratische Rebellion. Einige Lehren nach der Kommunal- und Regionalwahl im spanischen Staat, www.rosalux.de/news/41522/demokratische-rebellion.html

Hardt, Michael/Negri, Antonio, 2010: Common Wealth. Das Ende des Eigentums, Frankfurt a.M.

Joerges, Christian/Sand, Inge-Johanne/Teubner, Gunther, 2004 (Hg.): Constitutionalism and Transnational Governance, Oxford

Observatorio Metropolitano, 2014: La Apuesta Municipalista. La Democracia Empieza por lo Cercano, Traficantes de Suenos, Madrid

Shea Baird, Kate, 2015: Rebel Cities: the Citizens Platform in Power, www.redpepper.org.uk/rebel-cities-the-citizen-platforms-in-power/

IT'S THE AUSTERITY, STUPID!

ZWISCHEN KOMMUNALEM SPARZWANG UND EINER ›STADT FÜR ALLE‹

FELIX WIEGAND

Die Ankunft der Geflüchteten, ihre Versorgung und ihr Zugang zu Wohnraum, Bildung oder Arbeit, die Organisation des alltäglichen Zusammenlebens und das Entstehen neuer sozialer Gefüge – all diese Herausforderungen und die Fragen, ob und wie »wir das schaffen« (Angela Merkel) und in welche Richtung sich unsere Gesellschaft dabei verändern wird, haben sich im vergangenen Jahr zuallererst auf der lokalen Ebene gestellt. Dies liegt nicht nur daran, dass sich Handlungschancen und -notwendigkeiten hier unmittelbarer ergeben als auf übergeordneten Ebenen des Politischen. Vielmehr sind die Städte und Gemeinden in ihrer Funktion als Kommunen, als lokaler Staat auch formal für die Bereitstellung weiter Teile der »öffentlichen Daseinsvorsorge« (Ernst Forsthoff) oder des »kollektiven Konsums« (Manuel Castells) verantwortlich.

Der Sommer der Migration hat einmal mehr offengelegt, dass diesbezüglich große Lücken bestehen. Vielerorts war und ist die Versorgung der Geflüchteten nur durch

das ehrenamtliche Engagement unzähliger Helfer*innen und den Aufbau selbstorganisierter Solidarstrukturen möglich. Gleichzeitig dient diese als »Überforderung« titulierte Krise (lokal-)staatlicher Leistungserbringung den herrschenden Parteien als Legitimation für eine Rückkehr zur Abschottungspolitik. Sie folgen der Argumentation der gesellschaftlichen Rechten, die die offensichtlichen Versorgungsmängel (etwa bei bezahlbarem Wohnraum) nutzt, um alte und neue Bewohner*innen gegeneinander auszuspielen und Geflüchtete für eine real vorhandene Misere verantwortlich zu machen.

Gegen solche Deutungen lässt sich anhand der tatsächlichen Handlungsbedingungen lokaler Politik beispielhaft zeigen, dass die Ursache der Probleme nicht in der Ankunft der Geflüchteten, sondern in der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte liegt. Da wiederum die politischen Spielräume der Städte und Gemeinden maßgeblich über ihre Haushaltssituation bestimmt werden, ist die Entwicklung der Kommunalfinanzen von entscheidender Bedeutung. So wie ein Mangel an finanziellen Ressourcen in der Vergangenheit die materielle Grundlage für die Durchsetzung einer unternehmerischen, neoliberalen Stadt- und Kommunalpolitik bildete, markiert heute ein hartes Regime kommunaler Austerität das Terrain, auf dem sich die aktuellen Kämpfe vollziehen und auf dem eine notwendige sozialpolitische Offensive von links ansetzen könnte.

ZUR FUNKTIONSWEISE DER KOMMUNALFINANZEN

Versucht man die Entwicklung der finanziellen Handlungsfähigkeit des lokalen Staates in den letzten Jahrzehnten zu erklären, so ist zunächst offensichtlich, dass diese im Wesentlichen den Konjunkturzyklen folgt. Charakteristisch ist demnach eine wellenförmige Bewegung des Finanzierungssaldos, deren Dynamik von den großen Wirtschaftskrisen sowie den dazwischenliegenden Phasen relativer ökonomischer Prosperität bestimmt wurde. Diese Rückkoppelung ergibt sich unmittelbar aus der Funktionsweise der Kommunalfinanzen (vgl. Reiner 2010). Sowohl einnahmeseitig (Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) als auch ausgabenseitig (Sozialleistungen) werden zentrale Parameter maßgeblich von der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Infolgedessen übersetzen sich Wirtschaftskrisen regelmäßig in Finanzkrisen des lokalen Staates. Ebenso stehen die kommunalen Haushalte dort, wo die ökonomische Entwicklung aufgrund eines Strukturwandels krisenhaft verläuft (etwa im Ruhrgebiet oder in Teilen Ostdeutschlands), dauerhaft unter Druck.

FELIX WIEGAND ist Sozialwissenschaftler und arbeitet am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er ist in der Interventionistischen Linken aktiv und bemüht sich in verschiedenen Initiativen um ein »Frankfurt für Alle«.

Da die grundlegenden Einnahmen- und Ausgabenparameter der Kommunen auf den übergeordneten Ebenen des Staates gesetzlich festgelegt werden, bleiben den Kommunen in Krisensituationen nur geringe Handlungsoptionen. Sie versuchen zum einen, über die Erhöhung lokaler Steuern, Beiträge und Gebühren,

die Veräußerung kommunalen Vermögens oder riskante Finanzgeschäfte die Einnahmen kurzfristig zu steigern. Zum anderen erfolgen Kürzungen bei Sachinvestitionen und beim Personal sowie bei all jenen sozialen Infrastrukturen, deren konkreter Leistungsumfang, wie im Fall der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit, nicht genau festlegt ist, oder die, wie Schwimmbäder, Stadtteilbibliotheken und Theater, als ›freiwillig‹ gelten – deren Existenz beziehungsweise Zugänglichkeit gleichzeitig aber sehr direkt über die Lebensqualität und die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten entscheidet.

FOLGEN DES NEOLIBERALEN STAATSUMBAUS

Diese Funktionsweise der Kommunalfinanzen ist freilich nicht naturgegeben, sondern selbst das Ergebnis politischer Kräfteverhältnisse. Eine angespannte Finanzlage und umfangreiche Leistungseinschränkungen sind in vielen Städten und Gemeinden bereits im Verlauf der 1980er Jahre, spätestens jedoch seit den 1990er Jahren auch über konjunkturelle Schwankungen hinweg zum Normalzustand geworden. Dies lässt sich nicht allein mit der generell sinkenden Wachstumsdynamik seit dem Ende des Fordismus erklären. Vielmehr handelt es sich um ein Resultat der umfassenden Neoliberalisierung staatlicher Politik sowie des damit verbundenen Siegeszugs von Austerität als »politischem Projekt« (Ingo Stützle) – das heißt der Verallgemeinerung und institutionellen Festschreibung des Ideals eines ausgeglichenen Staatshaushalts. Da die Kommunen innerhalb des föderalen Staatsaufbaus am unteren Ende der Hierarchie stehen, aber auch weil sich hier die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge räumlich konzentrieren, waren und sind sie von dieser Politik und ihren Folgen besonders betroffen.

Beispielhaft ist das Feld der Steuerpolitik: Beginnend in den späten 1970er Jahren wurde die Gewerbesteuer schrittweise derart beschnitten, dass sie heute nur mehr auf den Ertrag einiger weniger (Groß-)Unternehmen erhoben wird. Als Konsequenz hat sich die Steuerbelastung für die Wirtschaft verringert, die Konjunkturanfälligkeit der kommunalen Haushalte dagegen massiv erhöht. Aufgrund ihrer prozentualen Beteiligung an den Gemeinschaftssteuern waren die Kommunen gleichzeitig auch direkt von den umfangreichen Steuersenkungen betroffen, die in den letzten Jahrzehnten nicht zuletzt von der rotgrünen Bundesregierung auf nationaler Ebene vollzogen wurden. Diese Entwicklung wiegt besonders schwer, da die parallel vorangetriebenen Reformen der sozialen Sicherungssysteme sowie die Etablierung neuer Leistungen und Standards ohne ausreichende Gegenfinanzierung eine Kostenverschiebung von oben nach unten in Gang gesetzt haben. Zuletzt wurde diese Tendenz durch die Übernahme der Kosten einzelner Sozialleistungen durch den Bund zwar gebremst, nicht jedoch grundsätzlich umgekehrt. Im Ergebnis leiden die Kommunen daher bis heute besonders unter der strukturellen Unterfinanzierung des deutschen (Sozial-)Staates.

DAS REGIME KOMMUNALER AUSTERITÄT

Das Fehlen finanzieller Ressourcen wirkt sich vor allem deshalb unmittelbar auf die politische Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden aus, weil sie nur sehr begrenzt

Haushaltsengpässe durch Kreditaufnahme ausgleichen können. Vermittelt über die Gemeindeordnung und die Kommunalaufsicht der Länder sind sie einer vergleichsweise strengen Haushaltsdisziplin unterworfen. Obwohl die kommunalen Verbindlichkeiten weniger als zehn Prozent der staatlichen Gesamtverschuldung ausmachen, wurden diese Regelungen in den letzten 30 Jahren weiter verschärft. Damit wurde auf Ebene der Kommunen eine Institutionalisierung von Austerität vorweggenommen, die für Bund und Länder erst mit der Einführung der Schuldenbremse Realität geworden ist. Exemplarisch ist hierfür das »Haushaltssicherungskonzept« zur Überwachung der kommunalen Haushaltsführung, das in den meisten Bundesländern zur Anwendung kommt. Mit der in den 2000er Jahren aus der Privatwirtschaft übernommenen doppelten Buchführung ›Doppik‹ wird die Rationalität einer permanenten finanziellen Knappheit auch dort als handlungsleitende Maxime verankert, wo die Haushaltssituation de facto politische Handlungsspielräume eröffnen könnte.

Demgegenüber zielen sogenannte Sparkommissare, die von den Ländern vereinzelt eingesetzt werden, um vor Ort auch gegen den Willen der gewählten Gemeindevertreter*innen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung durchzusetzen, auf besonders stark verschuldete Städte. Gleiches gilt auch für die kommunalen ›Rettungsschirme‹, die unter anderem als Reaktion auf die Einführung der Schuldenbremse aufgelegt wurden. Da die darin enthaltenen Finanzhilfen vielerorts lediglich die zuvor erfolgten Kürzungen von Landeszuweisungen kompensieren und in ihrem Umfang begrenzt sind, erscheinen diese Programme kaum geeignet, die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden dauerhaft zu verbessern. Stattdessen reihen sich die harten Konsolidierungsmaßnahmen, zu denen sich die teilnehmenden Kommunen vertraglich verpflichten, in die Kürzungspolitik der letzten Jahrzehnte ein, während gleichzeitig die lokale Demokratie und die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung weiter eingeschränkt werden (vgl. für Hessen Eicker-Wolf 2015).

ZEITEN UND RÄUME KOMMUNALER AUSTERITÄT

Angesichts der beschriebenen Entwicklungen lässt sich konstatieren, dass das Regime kommunaler Austerität eine zentrale Form ist, in der die Dynamiken und Widersprüche der neoliberalen Entwicklungsweise in der Bundesrepublik gegenwärtig ihren Ausdruck finden. Auf die offenkundigen Parallelen zum Modus der Krisenbearbeitung auf europäischer Ebene verweist – wenn auch unfreiwillig – die Parole »Wir sind Griechenland«, mit der einzelne Ruhrgebietskommunen in der jüngsten Krise versucht haben, auf ihre dramatische finanzielle Situation aufmerksam zu machen. Neben dem Umfang der Kürzungsmaßnahmen besteht eine wichtige Differenz gegenüber der europäischen Austeritätspolitik jedoch in der Geschwindigkeit der Prozesse: Hierzulande erfolgte die Durchsetzung kommunaler Austerität weniger im Rahmen einer kurzfristigen, offen autoritären politischen Offensive, einer sogenannten ›Schock-Strategie‹ (Naomi Klein). Vielmehr handelt es sich um einen langfristigeren Prozess, der ‚scheibchenweise' und ungleichzeitig über einen Zeitraum von 30 bis

40 Jahren verlief.[1] Damit sind Gewöhnungs- und Normalisierungseffekte verbunden, die eine Politisierung und die Formulierung von Alternativen erschweren. Dies gilt umso mehr, als die Herausbildung des kommunalen Austeritätsregimes mit dem Prozess der Neoliberalisierung städtischer und kommunaler Politik Hand in Hand ging, wodurch sich die reale Einschränkung von Handlungsspielräumen und die ideologische Affirmation von Privatisierungs- und Kürzungspolitiken wechselseitig verstärken und stabilisieren konnten.

In diesem Zusammenhang ist entscheidend, dass die hier sehr allgemein dargestellte Entwicklung in der Realität lokal spezifisch und höchst ungleich verlaufen ist. So hat die Austeritätspolitik der letzten Jahrzehnte zuallererst strukturschwache Kommunen getroffen und die dort ohnehin geringen Ressourcen zur Gestaltung der örtlichen Belange weiter geschmälert. Etwa in schrumpfenden Regionen wurde so eine kumulative Abwärtsspirale befördert. Obwohl Austerität auch in prosperierenden Kommunen eine materielle und insbesondere ideologische Wirkung entfaltet, sind diese eher in der Lage, über geringe Steuersätze oder gezielte Stadtentwicklungsmaßnahmen die eigene Position in der interkommunalen Konkurrenz zu verbessern. Dieses Muster setzt sich zudem innerhalb der Städte und Gemeinden fort, wo einzelne Nachbarschaften und Viertel häufig ganz unterschiedlich mit Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgestatten sind. In der Konsequenz hat das Maß an sozialräumlicher Ungleichheit in Deutschland zuletzt ein Rekordniveau erreicht, das sich in der nachhaltigen Peripherisierung ganzer Landstriche niederschlägt (vgl. Albrech et al. 2016).

DIE LOKALEN FOLGEN DER AUSTERITÄTSPOLITIK

Mit der Frage der sozialräumlich ungleichen Entwicklung sind bereits die immensen gesellschaftlichen Folgen angesprochen, die das Regime kommunaler Austerität hat. Während der milliardenschwere Investitionsstau im Bereich der physischen Infrastruktur zuletzt sogar von Unternehmensverbänden oder Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel als Gefahr für den ›Standort Deutschland‹ problematisiert wurde, erfahren die im engeren Sinn sozialen und politischen Auswirkungen dieser Politik weit weniger öffentliche Aufmerksamkeit. Neben den negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse sind diesbezüglich zuallererst die eklatanten Versorgungslücken zu nennen, die entstehen, wenn Kommunen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisieren, sogenannte freiwillige Leistungen kürzen oder die Gebühren und Eintrittspreise für Kitas, Museen oder Schwimmbäder erhöhen. Derartige Maßnahmen wirken sozial höchst selektiv, da sie vor allem jene Bevölkerungsgruppen negativ betreffen, die wie Geringverdiener*innen, Arbeitslose, Migrant*nnen oder Alleinerziehende besonders auf staatliche Leistungen angewiesen sind. In der kommunalen Austeritätspolitik der letzten Jahrzehnte liegt somit eine der zentralen Ursachen für die Krise der sozialen Reproduktion samt ihrer hochgradig vergeschlechtlichten Implikationen (vgl. Winker 2012). Auf der Ebene der Subjekte finden der Abbau sozialer und kultureller Infrastrukturen zudem in nachhaltigen Erfahrungen der Deklassierung, Exklusion und Ohnmacht ihren Niederschlag.

In Verbindung mit dem realen Verlust kommunalpolitischer Steuerungsmöglichkeiten



»Reise in die Prekarität, nein danke – Rücknahme des Arbeitsgesetzes«, Nantes, Juli 2016, © Val K., collectif Bon Pied Bon Œil

ist in diesen subjektiven Erfahrungen auch eine mögliche Ursache dafür zu suchen, dass die Beteiligung an Kommunalwahlen insbesondere in struktur- und finanzschwachen Gemeinden nur noch äußerst gering ausfällt und viele Parteien beklagen, kaum mehr motivierte Kandidat*innen für kommunalpolitische Ämter zu finden. Obwohl Kommunalpolitiker*innen und insbesondere Bürgermeister*innen in Umfragen immer noch deutlich bessere Vertrauens- und Zufriedenheitswerte aufweisen als Bundes- und Landespolitiker*innen, herrscht offenkundig auch hier ein Legitimationsdefizit und eine Krise der (lokalen) Repräsentation. Diese Situation wird dadurch weiter befeuert, dass die austeritätspolitische Rhetorik von der Alternativlosigkeit einer ›sparsamen‹ Haushaltsführung häufig auch in jenen Städten und Gemeinden die (post-)politische Szenerie bestimmt, die durchaus über Mittel für eine alternative, sozial orientierte Kommunalpolitik verfügen würden.

»STADT FÜR ALLE« STATT AUSTERITÄT UND SPALTUNG

Wie die vergangenen Monate gezeigt haben, erleben wir eine neue Qualität gesellschaftlicher Polarisierung – mit dem aus linker Perspektive grundlegenden Konstruktionsfehler, dass diese sich nur zwischen dem neoliberalen Lager von Merkel & Co. sowie jenem der rassistischen, nationalistischen Rechten zu vollziehen scheint. Demgegenüber tritt der dritte solidarische Pol bisher ›lediglich‹ über

seine Praxis konkreter Hilfe und über seine antirassistische Positionierung, nicht jedoch als politisches Projekt in Erscheinung, das soziale Unterstützung mit politischer Veränderung zu verbinden versucht. Um diesen Pol zu artikulieren, wäre eine sozialpolitische Offensive von links notwendig, die Fragen der Entstehungsbedingungen und der Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, der gemeinsamen Lebensweise und der Demokratie in den Fokus rückt und so das Konfliktterrain in Richtung Klassenauseinandersetzung verschiebt.

CHANCEN …

Für eine solche Offensive bietet sich die lokale Ebene als Ausgangspunkt an. Gerade unter den Bedingungen kommunaler Austerität wird der Gegensatz zwischen dem privaten Reichtum einiger weniger und Milliardenüberschüssen in der gesamtstaatlichen Haushaltsbilanz einerseits und dem Mangel an Ressourcen zur Gewährleistung einer sozialen Infrastruktur für alle andererseits unmittelbar sichtbar. In den Konflikten um die Zuständigkeiten, Ressourcen und demokratischen Qualitäten des lokalen Staates eröffnet sich somit die Möglichkeit, Kämpfe um konkrete Verbesserungen des Status quo mit einem grundlegenden Angriff auf die herrschende Krisen- und Austeritätspolitik zu verbinden.

Für derartige Interventionen scheint die Situation mit Blick auf die ›subjektive Seite‹ der Bewegungen aktuell durchaus vielversprechend. So existieren nicht nur gewisse Erfahrungswerte, wie sich auf lokaler Ebene beispielsweise die Perspektive von »Recht auf Stadt« mit dem Problem von Austerität und sozialer Spaltung verknüpfen lässt (vgl. Recht auf Stadt – Ruhr 2014) oder wie beim Bündnis »Never mind the Papers« in Hamburg mit Fragen von Migration und Antirassismus. Vielmehr hat sich in den vergangenen Monaten auch der Kreis derer, die selbst aktiv sind oder politisch adressiert werden können, erheblich über das klassische Bewegungsmilieu hinaus erweitert. Diese Neuzusammensetzung der Gruppe der Aktiven reicht von den Geflüchteten selbst über die unzähligen Unterstützer*innen bis hin zu all jenen, die sich im Protest und Widerstand gegen Pegida und AfD politisiert haben. Neben einer neuen Vielfalt innerhalb des Bewegungsspektrums erscheint auch die Verbreitung einer politischen Haltung bemerkenswert, die sich nicht zuallererst aus einer allgemeinen Einsicht in die Verhältnisse, sondern aus direkter Betroffenheit und dem individuellen – und gleichzeitig massenhaft geteilten – Gefühl einer unmittelbaren Handlungsnotwendigkeit speist. Schließlich hat das letzte Jahr, trotz aller Schwierigkeiten, eine für deutsche Verhältnisse ungewöhnlich breit geteilte Erfahrung der alltäglichen Solidarität und kollektiven Selbstermächtigung hinterlassen, an die sich politisch anknüpfen lässt.

… UND HERAUSFORDERUNGEN

Trotz günstiger Bedingungen steht jeder Versuch einer sozialpolitischen Offensive von links jedoch vor einer Reihe von Herausforderungen. Diesbezüglich erscheint *erstens* problematisch, dass die gesellschaftliche Linke gerade in jenen sozialen Milieus und geografischen Räumen, die besonders von Austerität und den damit verbundenen Versorgungslü-

cken betroffen sind, nur sporadisch präsent ist. Dieser Verdoppelung der sozialräumlichen Ungleichheit in der eigenen Politik müsste aktiv entgegengewirkt werden – etwa durch ein Projekt solidarischer (Klassen-)Organisierung, das, wie etwa die Plattform der Hypothekenbetroffenen in Spanien (PAH), explizit sozial *und* politisch ausgerichtet ist. Wie voraussetzungsvoll sich die Verknüpfung dieser beiden Logiken real gestaltet, zeigt sich etwa in den »Stadt für alle-Initiativen«, die in den letzten Monaten gegründet wurden, um die Vernetzung der solidarisch Aktiven mit einer spektrenübergreifenden Diskussion um die Notwendigkeit (stadt-)politischer Interventionen zu verbinden. Eine *zweite* Herausforderung besteht darin, politische Formen der kollektiven Verständigung, Allianzbildung und Organisierung zu (er-)finden, die der Heterogenität der politischen Subjekte und Akteure angemessen sind, zugleich aber offensiv in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzugreifen vermögen.

Damit geraten *drittens* unweigerlich die Institutionen des lokalen Staates in den Blick. Dies betrifft zum einen das Verhältnis von ehrenamtlichem Engagement und selbstorganisierten Solidarstrukturen zu staatlichen Stellen. Die Notwendigkeit der Unterstützung der bestehenden Initiativen, aber auch die Problematik der politischen Repräsentation des darin aufscheinenden gesellschaftlichen Pols der Solidarität verweist zum anderen auf die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen linker Kommunalpolitik. Neben der Analyse entsprechender Projekte zu anderen Zeiten (vgl. Lichtenberger et al. in diesem Heft) und an anderen Orten (vgl. Giovanopoulos in diesem Heft) wäre diesbezüglich auch die systematische Auswertung der hierzulande gesammelten Erfahrungen hilfreich. Insofern derartige Projekte ohne eine Veränderung der (austeritäts-)politischen Rahmenbedingungen auf den übergeordneten Ebenen des Staates kaum Erfolgsaussichten haben, stellt sich schließlich *viertens* die Herausforderung einer ebenenübergreifenden Strategie. Analog zur Austeritäts- und Krisenpolitik der Herrschenden und den aktuellen Bemühungen zur Restabilisierung des europäischen Grenzregimes müsste auch die gesellschaftliche Linke versuchen, ihre lokale Praxis stärker als bisher mit einer Orientierung auf überregionale Dynamiken und den europäischen Raum der Kämpfe zu verbinden. Die nächste Gelegenheit, dies praktisch werden zu lassen, bietet sich im Rahmen eines von Blockupy und vom Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« ausgehenden Aktionswochenendes am 2. und 3. September in Berlin, im Herzen der Bestie.

LITERATUR

Albrech, Joachim/Fink, Philipp/Tiemann, Heinrich, 2016: Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015, http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12390.pdf

Eicker-Wolff, Kai, 2015: Zur Austeritätspolitik der Kommunen in Hessen, Arbeitspapier des DGB Hessen-Thüringen Nr. 10 unter Mitarbeit von Gökay Demir, http://hessen-thueringen.dgb.de/++co++db8aa552-2eb9-11e5-8a1c-52540023ef1a

Recht auf Stadt – Ruhr, 2014: Von Detroit lernen! Manifest für ein Recht auf Stadt im Ruhrgebiet, www.rechtauf-stadt-ruhr.de/files/2014/08/Von-Detroit-lernen.pdf

Reiner, Sabine, 2010: Städte und Gemeinden in Not, in: LuXemburg 4/2010, 50–58

Winker, Gabriele, 2012: Die Erschöpfung des Sozialen, in: LuXemburg 4/2012, 6–13

1 Die Anpassungen in Ostdeutschland unmittelbar nach der Wende bilden hier eine wichtige Ausnahme.

MEHR ALS HELFEN UND ORGANISIEREN

VON SOLIDARITY FOR ALL ZUM AUFBAU MATERIELLER MACHT

CHRISTOS GIOVANOPOULOS

»Die Beteiligung der Menschen an der Entwicklung, Ausübung und Kontrolle öffentlicher Angelegenheiten ist notwendig, um den Protagonismus zu erreichen, der eine umfassende Entwicklung der Menschen erst garantiert – und zwar sowohl individuell als auch kollektiv.«
(Artikel 62 der Bolivarianischen Verfassung Venezuelas von 1999)

Um diesen Anspruch zu verwirklichen, nennt die Verfassung Venezuelas – beispielsweise in Artikel 70 – eine Reihe weiterer Formen, mit denen Menschen ihre Möglichkeiten und Fähigkeiten entfalten können, wie etwa »Selbstverwaltung, Kooperativen aller Art […] und andere Zusammenschlüsse, die vom Prinzip der gegenseitigen Zusammenarbeit und Solidarität geleitet sind« (Harnecker 2015, 70).

Die Solidaritätsbewegung in Griechenland, die Ende 2011 entstanden ist, lässt sich als wesentliches Moment eines solchen Prozesses verstehen. Sie ist aus den Platzbesetzungen

und Versammlungen im Sommer 2011 hervorgegangen und hat den Anti-Troika-Bewegungen angesichts der zunehmend spürbaren sozialen Folgen der Austeritätspolitik eine neue Gestalt gegeben. Es ging nicht zuletzt darum, die Fähigkeit der Gesellschaft, sich politisch zur Wehr zu setzen, zu erhalten.

Konkret wurden in vielen Bereichen selbstorganisierte Strukturen aufgebaut: von der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern über Experimente solidarischer Ökonomie in selbstverwalteten Kooperativen bis hin zu Märkten ohne Mittelsmänner. All diese Bemühungen, ob spontan oder geplant, ob gescheitert oder erfolgreich, lassen sich als Momente des schrittweisen Aufbaus politischer Macht von unten begreifen. Sie sind Anstoß und Träger eines popularen Protagonismus, der das politische Feld in Griechenland massiv umgepflügt hat. Und genau darin liegt ihre richtungsweisende Bedeutung – nicht etwa darin, dass sie für einen Staat eingesprungen sind, der unfähig war, die Menschen angemessen zu versorgen. Letzteres entspräche eher David Camerons Modell der »Big Society«, der neoliberalen Strategie, den Wohlfahrtsstaat durch die Zivilgesellschaft zu ersetzen. Diese Rolle haben die Solidaritätsnetzwerke jedoch von Anfang an völlig zu Recht zurückgewiesen.

Doch was bedeutet diese Haltung heute, nach dem dritten Memorandum? Wie geht man mit einer Regierung um, die zwar aus dem Widerstand gegen die Troika und die Memoranda hervorgegangen ist, sich nun aber gezwungen sieht, ebenjene neoliberalen Finanz- und Strukturanpassungsmaßnahmen selbst durchzusetzen? Maßnahmen, die zu einer Verschärfung der Austerität führen und die Produktivkräfte des Landes weiter schwächen. Wie verändert sich die Rolle der Solidaritätsbewegungen, wenn die Krise der sozialen Reproduktion zum Dauerzustand wird und die Hoffnung vieler Initiativen, durch die Wiederherstellung der staatlichen Versorgung wieder schnell ›überflüssig‹ zu werden, schwindet? Was heißt es, unter diesen Umständen einfach ›weiterzumachen‹ mit der täglichen Solidaritätsarbeit? Wird unter veränderten politischen Bedingungen auch der Kampf gegen die Folgen der Austerität zum business as usual? Wie lässt sich verhindern, dass die Solidaritätsnetzwerke mehr und mehr auf die Aufgabe reduziert werden, die humanitären Kosten der Memoranden abzufangen, und sie ihr Potenzial als Wegweiser, Hoffnungsträger und Motor gesellschaftlicher Veränderung verlieren? Wird der Widerstand, wird der Kampf um Veränderung vom bloßen Kampf ums Überleben absorbiert?

Das sind einige der grundlegenden Herausforderungen, vor denen die Solidaritätsbewegung seit dem ›Coup‹ der Troika im August 2015 steht. Die einende Vision, die der Diskurs der Hoffnung und die Möglichkeit eines Bruchs mit dem neoliberalen Mantra TINA (There Is No Alternative) darstellten, hat sich zerschlagen. Das hat die Bewegung demoralisiert und verunsichert und zu einer

CHRISTOS GIOVANOPOULOS ist Mitbegründer des griechischen Netzwerks Solidarity for All und bei HUB for Social Economy, Empowerment and Innovation aktiv.

(vorübergehenden) politischen Lähmung geführt. Man bleibt der Solidaritätsarbeit treu und macht weiter, aber es gibt eine große Zurückhaltung, sich in der neuen Gemengelage politisch zu artikulieren. So riskiert die Bewegung jedoch, sich selbst auf die Funktion eines Versorgungsmechanismus zu reduzieren – genau das, was sie nie wollte.

Gleichzeitig darf man nicht vergessen, dass die Solidaritätsbewegungen ihre Aktivitäten nie programmatisch artikuliert haben. Ihre Politik bestand vielmehr darin, Prioritäten zu verschieben, um auf konkrete Bedürfnisse, veränderte Herausforderungen und Dynamiken politischer Kämpfe reagieren zu können. Es ging darum, mit der eigenen Solidaritätsarbeit die Widerstandsfähigkeit der Menschen zur stärken. Die politische und die soziale Ebene der Auseinandersetzungen wurden verschränkt: Die Kämpfe gegen Austerität und die Troika haben sich mit dem Alltäglichen, dem Persönlichen und dem Lokalen verbunden, wodurch sich zugleich die soziale Basis des politischen Kampfs verbreiterte. So sind durch Beteiligung und Selbstorganisation neue Paradigmen entstanden, die Ausgangspunkt für weitreichende politische Maßnahmen und Strukturveränderungen sein können.

Die entscheidende Herausforderung in der jetzigen Situation besteht also darin, politisches Selbstvertrauen und Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen – auch wenn der Druck zunimmt und der Bedarf nach materiellen Ressourcen nicht zuletzt angesichts der Demoralisierung der Bewegung steigt. Im Kern geht es darum, den Diskurs der Hoffnung wiederzubeleben. Diese strategische Herausforderung ist aber anspruchsvoll. Sie macht möglicherweise eine Neubestimmung der Prioritäten erforderlich, die momentan von den dringendsten alltäglichen Bedürfnissen diktiert werden. Kann die Solidaritätsbewegung sich dieser Herausforderung stellen? Die Erfahrung zeigt, dass Menschen gerade dann mobilisierbar sind, wenn sie sich als Teil wichtiger sozialer Bewegungen und Ereignisse erleben, wenn sie positive Ideen und Emotionen damit verbinden. Demgegenüber wird die Mobilisierungskraft durch demoralisierende Diskurse, wie sie aktuell um das ›bloße Überleben‹ geführt werden, geschwächt. Die jüngsten Erfahrungen in der Solidaritätsbewegung mit Geflüchteten bestätigen dies: Sie haben eine große politische Relevanz und sind wichtiger Ausdruck eines popularen Protagonismus. In ihnen zeigt sich, dass Solidarität weder als Idee noch als Praxis an mobilisierender Kraft eingebüßt hat.[1] Die selbstorganisierten Solidaritätsnetze haben unter Aufbietung all ihrer Kräfte die Kultur, die Erfahrungen und Strukturen gebildet, in denen sich ein popularer Wille der Massen ausdrücken kann. Dies macht die Frage umso wichtiger, was das Selbstbild dieser Bewegung ist und welche Ziele sie sich unter den jetzigen Umständen setzt.

WENN KEIN WEG ANS ZIEL FÜHRT – SCHAFFE EINEN NEUEN!

Wie also ließe sich eine gemeinsame Erzählung erneuern oder besser: eine neue schaffen – eine Erzählung, die das vorhandene Potenzial so bündelt, dass sowohl die konkrete Arbeitsfähigkeit wie auch die politische Macht der Bewegungen gestärkt wird? In der politischen Kultur der Solidaritätsbewegungen kam es nie darauf an, ein einheitliches Programm zu



»Was, wenn wir die Regierung stürzten?«, Nantes, März 2016, © Val K., collectif Bon Pied Bon Œil

entwerfen, auf das sich ihre vielfältigen Teile hätten einigen müssen. Stattdessen ging es darum, auf Basis der eigenen Erfahrungen und Praxen genau die Dinge weiterzuentwickeln und zu verbreitern, die die Bewegung in doppelter Weise wirksam machten: als ein Raum der partizipativen Demokratie und als eine Keimzelle neuer selbstverwalteter Strukturen und transformatorischer Politiken.

Dieses politische Potenzial gewinnt angesichts der gegenwärtigen (Repräsentations)-Krise[2] besondere Bedeutung, die noch einmal deutlicher wird, wenn wir uns vergegenwärtigen, was Antonio Gramsci über den Charakter von ›Führung‹ geschrieben hat: Die »geschichtliche Einheit« der führenden Klasse sei »das Ergebnis der organischen Beziehungen zwischen Staat oder politischer Gesellschaft und ›Zivilgesellschaft‹« (GFH 25, §5, 2195), also keinesfalls nur auf die politische Sphäre beschränkt. Aktuell gelingt es den Eliten in einem zunehmend autoritären Neoliberalismus aber genau nicht mehr, diese Einheit herzustellen. Ihre Hegemonie ist brüchig geworden. Aber auch »die subalternen Klassen sind per definitionem keine vereinheitlichten und können sich nicht vereinheitlichen, solange sie nicht ›Staat‹ werden können« (ebd.). Um ein solches ›Allgemeines‹ herzustellen, gilt es deshalb neue organische Beziehungen zwischen den entstehenden sozialen Infrastrukturen und den politischen Institutionen zu entwickeln – ein konstituierender Prozess, in dem den Solidaritätsbewegungen eine strategisch wichtige

Rolle zukommt. Ein Prozess, der es ermöglicht, unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen handlungsfähig zu werden und zugleich diese Bedingungen und Kräfteverhältnisse zu verändern, und der es dann den Bewegungen und politischen Akteuren erlaubt, im Prozess der Veränderung hegemonial zu werden.

Die tragende Rolle, die die Solidaritätsbewegungen gespielt haben, als es darum ging, die politische Macht in Griechenland zu erobern, verdeutlicht, dass sie sich weder auf eine humanitäre Rolle zurückziehen noch darauf beschränken dürfen, Alternativen oder autonome Zonen in einem weiterhin ungerechten System zu schaffen. Im Gegenteil: Sie müssen den Prozess der Konsolidierung von Macht als eine notwendige Bedingung dafür verstehen, überhaupt hegemonial werden und gesellschaftliche Veränderung anstoßen zu können; und zwar dadurch, dass sie versuchen, gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen und selbst Mainstream zu werden, statt Nische zu bleiben. Dieser Ansatz verbindet also den Aufbau von popularer Selbstermächtigung und Handlungsfähigkeit mit dem Aufbau politischer und materieller Macht von unten. Für Letzteres stellen die Solidaritätsbewegungen mit ihren selbstverwalteten Kooperativen und unzähligen Graswurzelinitiativen (von Kulturkollektiven bis zu Elternvereinen) ein einzigartiges Ökosystem dar und ein Potenzial für ein vielfältiges ›neues Öffentliches von unten‹: ein Öffentliches, das von der herrschenden politischen Sphäre klar unterschieden, aber nicht abgetrennt ist. Darin kommt eine andere Strategie der Konsolidierung von Macht jenseits des Staates zum Ausdruck. Eine Strategie, in der die Fähigkeit der Menschen, eigene souveräne Macht aufzubauen, die Voraussetzung dafür ist, die Macht des Staates und die damit verbundenen Machtbeziehungen zu unterlaufen und umzugestalten: ein Prozess, der nicht die Machthabenden austauscht, sondern das *Wesen der Macht* selbst verändert.

Mit Blick auf die Erfahrungen in Lateinamerika formuliert Marta Harnecker, dass »unsere Regierungen einen Staatsapparat erben, dessen Eigenschaften in einem kapitalistischen System gut funktionieren, aber *ungeeignet sind für den Weg hin zu einer menschlichen und solidarischen Gesellschaft,* einer Gesellschaft, die nicht nur die Menschen ins Zentrum ihrer Entwicklung stellt, sondern sie auch *zu den handlungsmächtigen Akteuren dieses Veränderungsprozesses macht«* (2015, 105, Herv. d. Verf.). Sie fordert deshalb: »Die Fundamente des neuen politischen Systems müssen so errichtet werden, dass sie einen *geeigneten Raum für die Beteiligung des Volkes bieten und die Menschen darauf vorbereiten, auf allen Ebenen Macht auszuüben,* von der einfachsten bis zur komplexesten Entscheidung. Auf diese Weise sind sie an der *Schaffung eines neuen Staates von unten beteiligt, oder eines Nicht-Staates, der an die Stelle des alten Staates tritt.*« (Ebd. Herv. d. Verf.)

Von diesem ›Öffentlichen von unten‹ müssen darum neue Praktiken und Formen der Basisbeteiligung, Selbstverwaltung und Emanzipation ausgehen und verallgemeinert werden. Den Solidaritätsstrukturen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, die nicht leicht auszufüllen ist. Trotz der unmittelbaren Zwänge des Alltags müssen sie ihre politische Arbeitsweise auf eine neue Ebene heben:



»Ankündigung des Traumes!«, Wortspiel mit grève: »Préavis de grève« heißt Streikankündigung; daneben: »Ungerechte Gesetze verweigern«, Thierry Ehrmann/flickr ⓘ

erstens, indem sie die Praxen der Gegenseitigkeit zwischen Menschen sowie zwischen Strukturen weiter vorantreiben. Das kostet zwar viel Mühe, hat aber unmittelbare Effekte: Es verbreitert die jeweilige ökonomische Basis, stärkt aber auch die Beteiligungskultur und das soziale Beziehungsgeflecht der beteiligten Communities. Zweitens ist es notwendig, konkrete Politiken zu formulieren, die aus den eigenen Praxen entstehen. Solche transformatorischen Konzepte müssen in die Öffentlichkeit gebracht und auf die politische Agenda gesetzt werden.

Bisher haben etwa die Solidaritätskliniken einen universellen Zugang zur Gesundheitsversorgung gefordert und die Without-middlemen-Bewegung (Bewegung für Märkte ohne Mittelsmänner)[3] bezahlbare Lebensmittel.

Beide Initiativen haben jedoch auch Praktiken entwickelt, die ein darüber hinaus gehendes transformatorisches Potenzial besitzen und zum Vorbild einer anderen Politik werden können: beispielsweise die Wiederverwendung und Weitergabe von Medikamenten und die Verteilung von Lebensmitteln in Netzwerken ohne Zwischenhändler. Diese Politiken basieren auf einer Beteiligung von unten und können sowohl das öffentliche Gesundheitssystem als auch bestehende Handelsstrukturen und Landwirtschaftspolitiken strukturell verändern. Die Kampagne zur Wiederverwertung und Weitergabe von Medikamenten etwa stärkt die Idee und Praxis von Gesundheit als

einem Gemeingut, im Sinne eines *common good* und weniger als einer staatlichen Dienstleistung. Damit gehen andere gesundheitspolitische Vorstellungen einher, nicht nur was die Beziehung zwischen Leistungsanbieter*innen und -empfänger*innen im Gesundheitssystem angeht, sondern auch hinsichtlich anderer Funktionen dieses Systems. Ähnlich ist es im Fall der Without-middlemen-Bewegung und der selbstverwalteten Kooperativen. Sie bringen das Thema der Ernährungssouveränität auf den Tisch und damit auch die Frage nach einer Umgestaltung des gesamten produktiven Sektors des Landes.

Mit der Formulierung solcher Politiken entfernt man sich nicht nur von den Beschränkungen und Machbarkeitsvorstellungen der Rettungspakete, sondern eröffnet auch eine andere soziale Vision: eine Welt, die den Bedürfnissen der Menschen entspricht und an deren Realisierung sie mitwirken wollen. Ein solcher Prozess kann das horizontale Organisierungsmodell der Solidaritätsbewegungen zu einem Raum für neue (populare) Politiken machen, er bringt Aktivitäten und Institutionen hervor, die konstitutiv sein können für ein ›neues Öffentliches von unten‹.

POLITISCHER WANDEL BRAUCHT MATERIELLE MACHT

Die Verallgemeinerung solcher Politiken kann jedoch nur durch politische Macht – das heißt durch Willen, Durchsetzungskraft und ökonomische Nachhaltigkeit – gelingen, die den herrschenden Interessen, Strukturen und Gewohnheiten dadurch etwas entgegensetzt, dass sie ihre eigenen schafft. Genau hier braucht der politische Wille materielle Strukturen, die ihn stützen und in reale Gestaltungsmacht verwandeln. Die Solidaritätsbewegung in dieser Hinsicht als einen Akteur zu begreifen, der Gegenmacht durch Selbstermächtigung von unten aufbaut, geht mit zwei neuen Herausforderungen einher:

Erstens muss die Arbeit über die Sphäre der *Distribution* und der sozialen *Reproduktion* hinaus erweitert werden und auch die Sphäre der *Produktion* verändern. Das erfordert einen Wandel: weg von losen Netzwerken hin zu integrierten Ökosystemen der Solidarität und einer kooperativen Ökonomie, die sowohl dem kapitalistischen Markt wie dem Staat etwas entgegensetzen. So ist die Entwicklung von Produktionsstätten (und damit auch potenziellen Arbeitsplätzen) für viele Solidaritätsstrukturen eine Möglichkeit, ihre eigene Unabhängigkeit zu sichern und die Zahl der auf Hilfe angewiesenen Menschen zu reduzieren. Auf einer anderen Ebene ist es so, dass der sogenannte Dritte Sektor zwischen privater und staatlicher Wirtschaft in Griechenland nicht zuletzt als Folge der ökonomischen Strukturanpassungsmaßnahmen und der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit stark wächst. Damit eröffnet sich ein neues Feld sozialer Auseinandersetzungen, das eng mit der Entwicklung (und Verallgemeinerung) einer anderen Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionsweise verbunden ist. Genau hier könnten die Basisbewegungen der Solidarität, die selbstverwalteten Kooperativen und ›Commoners‹ zu Schlüsselakteuren eines neuen integrierten Öko(nomie)systems werden, das Produktion wie Reproduktion umfasst. Ein System, das nicht im beschränkten nationalen Rahmen verbleibt, sondern transnationale Synergien und Vernetzungen hervorbringt.

Für diesen Prozess sind allerdings Technologien und Infrastrukturen notwendig, die den Erfordernissen und kollektiven Praktiken dieses Ökosystems entsprechen und folglich die materiellen Voraussetzungen schaffen, die es erhalten können. Hier liegt die *zweite* große Herausforderung: Die verfügbaren technologischen Mittel und das zunehmende Interesse von IT-Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen könnten gemeinsam neue integrierte Technologien für ein solch neues Ökosystem hervorbringen. Sie müssen derart beschaffen sein, dass sie a) die kollektiven Praxen an der Basis so verkörpern, dass sich deren sozialen Beziehungen und Organisationsformen mit der Anwendung verbreitern. Zugleich müssen sie b) dazu beitragen, dass sich organisatorisch wie produktiv die Effizienz und die Kapazitäten vervielfachen, dass kollektive wie individuelle Fähigkeiten, Wissen, und Ressourcen verknüpft werden und sich vermehren. Auf diese Weise könnte eine Verallgemeinerung gelingen, ohne dass die horizontale partizipative Organisations- und Handlungslogik der Graswurzelbewegungen verlorengeht. Weiterhin müssen die Technologien c) den Übergang von Solidaritätsstrukturen zu materiellen Infrastrukturen unterstützen. Dafür brauchen die Beteiligten wie auch das gesamte Ökosystem materielle Macht und Stabilität, um sie gegenüber äußerem Druck zu schützen. Dafür ist auch und insbesondere die Herausbildung eines kollektiven Gemeininteresses – und nicht nur gemeinsamer Ideen – notwendig, das einend und mobilisierend wirkt.

Dieser Prozess, der ein ›Öffentliches von unten‹ mit einem ›integrierten ökonomischen Ökosystem‹ aus Solidaritätsstrukturen, Kooperativen und kollektiven Praktiken verbindet und weiterentwickelt, könnte eine neue einende Erzählung hervorbringen und gleichzeitig die politische und materielle Macht dieses Ökosystems praktisch stärken. Auf diese Weise wird der Konflikt mit dem Neoliberalismus und seinen postdemokratischen Superstrukturen wieder eine greifbare real(istisch)e Option – die es uns erlaubt, uns eine Welt jenseits des Kapitalismus auszumalen.

Aus dem Englischen von Hannah Schurian

LITERATUR

Gramsci, Antonio, 2012: Gefängnishefte, hg. v. Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg

Harnecker, Marta, 2015: A World to Build: New Paths toward Twenty-First Century Socialism, New York

---

1 Laut einer Umfrage, die das unabhängige Forschungsinstitut dieNEOsis und das Forschungsunternehmen company Public Issue letzten Januar auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise durchgeführt haben, geben beachtliche 58 Prozent der griechischen Bevölkerung, also 5 Millionen Menschen, an, durch Spenden praktische Solidarität mit Geflüchteten geübt zu haben. Und 4 Prozent gaben an, sich selbst aktiv zu engagieren (ungefähr 45.000 Menschen). Interessant ist auch, dass 21 Prozent die EU für die Flüchtlingskrise verantwortlich machen, weitere 21 Prozent den Krieg im Nahen Osten und 19 Prozent den Westen beziehungsweise die Großmächte. Auch wenn die Hintergründe vielfältig sind, machen die Zahlen deutlich, dass dieser Solidaritätsarbeit ein Moment des Widerstands innewohnt sowie eine Identifikation mit den ›Verdammten dieser Erde‹.

2 Das Ergebnis der letzten griechischen Parlamentswahlen im September 2015 bestätigt die seit 2008 anhaltende Tendenz zur Wahlenthaltung: Es gab 43,4 Prozent Nichtwähler*innen, der bis dato höchste Wert. Während die Zahl der eingetragenen Wähler*innen gegenüber den Wahlen vom Januar 2015 um 109.159 gesunken ist, ist die Zahl der Nichtwähler*innen um 764.061 gestiegen – das sind fast doppelt so viel wie die Zahl der Wähler*innen der drittstärksten Partei bei diesen Wahlen.

3 Die Without-middlemen-Bewegung ist ein seit 2011 aktives Netzwerk von Kooperativen, die die Verteilung und den Handel von Lebensmitteln auf offenen Märkten organisieren. Durch den direkten Kontakt mit Landwirt*innen und Kooperativen werden Zwischenhändler*innen umgangen, deren Aufschläge die Lebensmittel üblicherweise verteuern.

POPULARE MACHT UND BOLIVARIANISCHE REVOLUTION

MUNIZIPALISMUS IN VENEZUELA

ANDRÉS ANTILLANO

Angesichts des Siegs der Opposition bei den Parlamentswahlen im Dezember 2015 und der fortschreitenden Wirtschaftskrise ist die weitere politische Entwicklung in Venezuela ungewiss. Ungewiss ist ebenso, was von den partizipativen Strukturen auf kommunaler Ebene, die in der Ära Chávez aufgebaut wurden, Bestand haben wird.

Eine der wichtigsten Errungenschaften der bolivarianischen Revolution besteht ohne Zweifel darin, das Konzept der partizipatorischen Demokratie weiterentwickelt zu haben, was die Diskussion der Linken weit über die eigenen Landesgrenzen beflügelt und ihren politischen Horizont erweitert hat. So ist es gelungen, die venezolanische Bevölkerung über verschiedene Mechanismen und Institutionen an zentralen Planungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Als die maßgeblichen zu nennen sind die Sozialprogramme der Regierung (Misiones), die Runden Tische zu Problemen der Infrastruktur (Mesas Técnicas), die städtischen Landkomitees (Comités de

Tierra Urbana), die kommunalen Räte (Consejos Comunales) und deren übergeordneten Zusammenschlüsse (Comunas).[1]

Die kommunalen Räte und Comunas sind eine Antwort auf die Beschränkungen der repräsentativen Demokratie, zugleich ist mit ihnen eine Verlagerung der popularen Macht verbunden: weg von der Produktionssphäre hin zu den Territorien.[2] Während sich Klassenkämpfe früher in erster Linie um Produktionsprozesse herum organisierten (in Fabriken, auf Plantagen usw.), haben Deindustrialisierungsprozesse, das Scheitern von importsubstituierenden Entwicklungsstrategien in Lateinamerika, der Neoliberalismus und die »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey) dazu geführt, dass das Territorium bei der Entstehung gesellschaftlicher Subjekte und ihres Widerstands eine immer wichtigere Rolle spielt. Die Bewohner*innen armer Nachbarschaften und ihre Kämpfe – gegen Vertreibung und für Wohnraum, gegen Bergbauprojekte oder für öffentliche Infrastruktur – haben den popularen Bewegungen in den letzten Jahrzehnten ihren Stempel aufgedrückt.

Schon vor der Machtübernahme von Chávez, nämlich mit dem Kollaps der repräsentativen Demokratie, der durch den Volksaufstand im Februar 1989 manifest wurde, nahm die Partizipation – in Form sozialer Kämpfe – rasant zu. Das ›Volk‹[3] eroberte die Straße. Dank der Mobilisierung und direkter Aktionen wurde es zur Macht; es entstand eine Demokratie der Straße, die sich der ›Demokratie‹ der Paläste und politischen Führungen widersetzte. Mit der bolivarianischen Revolution radikalisierte sich dieser Prozess und nahm neue spontane und institutionelle Formen an: Debatten zum verfassunggebenden Prozess, Mobilisierungen gegen rechte Umsturzversuche, Proteste gegen bürokratisierte Behörden, partizipative Planungen im Zusammenhang mit der Wasserversorgung, städtische Landkomitees, bolivarianische Zirkel, Genossenschaften, lokale Planungsräte und eben die Comunas.[4]

In der von der Regierung 2007 vorgeschlagenen Verfassungsreform kam den Comunas als Instrument zur Beteiligung der Bevölkerung eine zentrale Bedeutung zu. In Artikel 16 wurde eine neue Machtgeometrie vorgeschlagen, mit der die territoriale Struktur Venezuelas ausgehend von den Comunas neu geordnet werden sollte.[5] Ihr Aufbau steht in engem Zusammenhang mit den Konzepten von popularer Macht und sozialistischer Gesellschaft und soll den Menschen die Möglichkeit eröffnen, Territorium[6] und Geschichte kollektiv selbst zu gestalten. Die Comuna soll verschiedene Organisationen und Akteure eines Territoriums zusammenbringen und gesetzgebende, exekutive, regulierende und verwaltende Funktionen übernehmen. Sie soll koordinieren, planen, Finanzmittel vom Staat verlangen, Konflikte lösen, eigene politische Forderungen entwickeln und diese gegenüber dem Staat vertreten.

Schon in den ersten programmatischen Texten der bolivarianischen Revolution

ANDRÉS ANTILLANO ist Aktivist in der venezolanischen Stadtteilbewegung und Mitglied des Movimiento de Pobladores. Er arbeitet als Sozialwissenschaftler an der Universidad Central de Venezuela und ist seit 30 Jahren in Basisbewegungen aktiv.

tauchen die Begriffe Comuna und Kommunestaat (Estado Comunal/Comunero[7]) als alternative Konzepte zu den Institutionen und Verwaltungseinheiten des bürgerlichen Staates auf. Ergänzt wurde diese in den folgenden Jahren mit von der Basis erhobenen Forderungen nach mehr Partizipation und popularer Macht. Doch es war vor allem Chávez, der das Konzept ab 2005 ins Zentrum der Debatte und der popularen Praxis rückte.

Mindestens vier Faktoren trugen zu diesem Prozess bei:

1 | Das Scheitern der rechten Putschversuche und die Konsolidierung der bolivarianischen Revolution: Die Jahre zwischen 2001 und 2004, in denen die Unternehmerverbände immer wieder zum Instrument der Aussperrung griffen, Massendemonstrationen organisierten und Umsturzversuche anzettelten, verliefen extrem turbulent. Obwohl in dieser Zeit große Fortschritte gemacht wurden (so wurden etwa das Gesundheitsprogramm Barrio Adentro und andere Misiones eingeführt, der Analphabetismus besiegt und die Ölindustrie wieder unter Kontrolle des venezolanischen Staates gebracht), ist die Agenda jener Jahre von der Notwendigkeit beherrscht, die Revolution vor der Rechten zu schützen. Erst der deutliche Sieg beim Abwahlreferendum gegen Präsident Chávez 2004, das das bolivarianische Lager mit 59 Prozent der Stimmen gewann, eröffnete die Möglichkeit, auf der Grundlage der Kämpfe ein eigenes Projekt zu entfalten.

2 | Der Erfolg der popularen Kämpfe: Die in den Jahren 2001 bis 2006 erprobten Partizipationsformen und die Übertragung der Macht auf populare Institutionen waren keine Zugeständnisse oder Geschenke ›von oben‹, sondern Ausdruck der Kämpfe und einer allgemein wichtiger werdenden Rolle der subalternen Klassen. Beispielsweise sind die Mesas Técnicas de Agua ein wichtiges Mittel zur Beteiligung der unteren Klassen an der öffentlichen Verwaltung der Wasserversorgung, der aufgrund der allgemeinen Wasserknappheit in venezolanischen Großstädten große Bedeutung zukommt. In ihrem Widerstand gegen die Angriffe der Rechten und in der Alltagsorganisierung in Krisenmomenten (wie während der Unternehmeraussperrung Ende 2002) lernten die Subalternen, Macht auszuüben und erlangten somit Selbstbewusstsein und Anerkennung als politische Subjekte.

3 | Der Bedeutungsverlust anderer Partizipationsformen: Auch wenn in den ersten Jahren der bolivarianischen Revolution verschiedene neue Organisationsformen entstanden, verloren diese in dem Maße an Bedeutung, wie sich der politische Horizont der Subalternen erweiterte. Die Entwicklung hin zur Comuna als größerer und übergeordneter Einheit popularer Organisierung war eine Antwort darauf, dass andere Partizipationsformen an ihre Grenzen gestoßen waren. Die Kämpfe auf der Straße halfen, Angriffe von rechts abzuwehren, schufen aber keine Selbstverwaltung. Die ersten Formen der Ko-Regierung[8] waren sektoriell ausgerichtet (wie die städtischen Landkomitees, Genossenschaften oder Runden Tische zur Wasserversorgung) oder blieben räumlich beschränkt (wie die kommunalen Räte).

Unter dem Motto Ende Gelände trafen sich im Mai 2016 an die 4000 Klimaaktivist*innen aus aller Welt in der Lausitz – dem zweitgrößten deutschen Braunkohlerevier. Durch massenhaften zivilen Ungehorsam legten sie die Produktion lahm und forderten den Ausstieg aus der besonders umweltschädlichen Braunkohleförderung. Beide Bilder: Ende Gelände 2016, oben: Ilias Bartolini ⓑⓢ, unten: © Alain Appel

4 | Der strategische Bezug auf den Sozialismus: Der Appell, Comunas aufzubauen und damit die Volksmacht zu erweitern, fiel zusammen mit der zunehmend sozialistischen Ausrichtung der bolivarianischen Revolution. Auf dem Weltsozialforum von Porto Alegre 2005 bezeichnete Chávez erstmals den Sozialismus als einzige Alternative zum Kapitalismus. Die Natur des bolivarianischen Sozialismus, der Demokratie und Partizipation als grundlegende Bestandteile des revolutionären Projekts begreift und sich damit von sozialistischen Regimen im 20. Jahrhundert und ihrem starken Etatismus und Bürokratismus abgrenzt, verleiht der Comuna eine besondere Funktion – sowohl als langfristige Perspektive als auch als konkretes Instrument für einen anderen, eigenständigen Sozialismuss.

Es gibt im ganzen Land um die 3 000 funktionierende Comunas, ergänzt durch etwas 50 000 kommunale Räte und andere lokale Organisationen. Sie stellen ein gewaltiges Experiment gesellschaftlicher Partizipation und Selbstregierung ›von unten‹ dar. Die popularen Klassen kümmern sich um die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen, sorgen für den Bau von Wohnungen und eine Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur. Es entstehen Stadtplanungs-, Kultur-, Bildungs- und Rechtsprechungsprojekte ›von unten‹. Die Comunas können sich außerdem mit anderen Comunas und Organisationen zusammenschließen und gemeinsam Entwicklungspläne erarbeiten. Bemerkbar macht sich dies besonders bei der Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen. Auch wenn die Mehrzahl dieser Projekte durch den Staat finanziert wird, gibt es auch selbstverwaltete Comunas, die sich mit eigenen Ressourcen oder durch von der Gemeinschaft kontrollierte Produktionsmittel finanzieren – also nicht von Zahlungen des Staates abhängig sind.

SCHWIERIGKEITEN UND HERAUSFORDERUNGEN BEIM AUFBAU DER COMUNAS

Diese Form der Organisierung und des Ausbaus lokaler Macht stößt jedoch auch auf Grenzen. Viele der gegenwärtigen Probleme haben mit dem Entstehungsprozess der Comunas als auch mit den strukturellen Rahmenbedingungen zu tun. Venezuela ist außerordentlich stark von seinen Öleinnahmen abhängig, und die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Staat (der unter Chávez die Verfügungsgewalt über die Erdöleinnahmen zurückerobert hat) sind dadurch stark deformiert. Ich möchte auf Grundlage einer Feldstudie, die wir in den letzten zwei Jahren in drei Comunas von Caracas durchgeführt haben, einige dieser Probleme aufzeigen.

RESSOURCENÖKONOMIE VERSUS PRODUKTION

In unserer Feldstudie haben wir die enge Beziehung zwischen popularer Macht und materieller Produktion feststellen können. Wenn diese Macht nicht auf Praktiken der Produktion, Aneignung und Verteilung von Gütern beruht, verwandelt sie sich in eine Verwaltungsinstanz ohne Fähigkeit zur Gestaltung des kollektiven Lebens.

DIE BEZIEHUNG ZUM STAAT

Ein zweites (oben bereits skizziertes) Problem beim Aufbau der popularen Macht ist ihr Verhältnis zum Staat. Dieser verfügt mit

der Ölrente über ein Machtinstrument, was oftmals zur Einmischung oder Bevormundung genutzt wird. Mit diesem Hinweis soll nicht gesagt werden, dass die Comunas jede Beziehung zum Staat abbrechen sollten. Während des Übergangs zu neuen Formen der Staatlichkeit übt der Staat notwendigerweise Schutz-, Koordinations- und Souveränitätsfunktionen aus und bietet Dienstleistungen und Güter an, die nicht von den Basisorganisationen zur Verfügung gestellt werden können. Und doch ist die komplexe Beziehung zwischen Comunas und Staat Ausdruck eines politischen Kampfs, nämlich der Auseinandersetzung darum, wer tatsächlich die Macht innehat – die Bürokratie oder das ›Volk‹.



Ende Gelände 2016, Break free

Die Beziehungen zwischen popularer Macht und Staat können von Kooperation, Reziprozität oder Konflikt bestimmt sein, sie können sogar die verschiedenen Merkmale gleichzeitig aufweisen. Aber solange die Comunas von der Macht des Staates abhängig bleiben, besteht die Gefahr der Unterwerfung.

Die Idee des Kommunestaates beruht darauf, dass sich die Commuas Kompetenzen und Ressourcen zur lokalen Selbstregierung aneignen, aber auch über die strategische Ausrichtung der Politik im Land mitentscheiden. Das impliziert eine Transformation des alten Staates, womit die Herrschaft des Staatsapparates überwunden und er in die Dienste des ›Volkes‹ gestellt wird. Kommt es nicht dazu, wird der bürokratische Apparat die neuen Machtformen ›von unten‹ ersticken oder sie in ein Anhängsel beziehungsweise einen Transmissionsriemen der bürokratischen Macht verwandeln.

DIE TRENNUNG ZWISCHEN FÜHRENDEN UND GEFÜHRTEN

Ein häufig zu beobachtendes Problem ist die Reproduktion von Herrschaftsbeziehungen in den Comunas selbst, also die Spaltung in Führende und Geführte. Sprecher*innen oder Aktivist*innen einer Comuna degradieren die anderen Mitglieder oftmals zu passiven Zuhörer*innen und Entscheidungen werden nur von einer kleinen Gruppe gefällt. Dabei handelt es sich um einen sich selbst verstärkenden Prozess: Umso weniger die lokale Bevölkerung beteiligt ist, desto weniger wird

sie sich für Aktivitäten oder Projekte der Comunas interessieren. Wenn eine Person oder eine Gruppe alles allein entscheidet und als Versorger*in gegenüber der Community auftritt, dann schafft sich damit eine ›Klientel‹, mit der die eigene Macht gesichert werden kann. Dabei werden Kritiker*innen und Abweichler*innen häufig als Oppositionelle oder Kriminelle denunziert und ausgegrenzt.

Die Aneignung kollektiver Macht durch einige wenige und die Trennung zwischen Führenden und Geführten sind mit den Kerngedanken der Comunas nicht vereinbar, denn sie reproduzieren die Herrschaftslogik. Eine Führungsgruppe wird zur Regierung im Kleinen, die Probleme ›löst‹ und hinter dem Rücken der Comuna regiert. Dies unterminiert den egalitären Charakter des sozialistischen Projekts, das Gemeinsame zerfällt und wird für Einzelinteressen instrumentalisiert.

DIE BEZIEHUNG MIT DEM TERRITORIUM UND DER ›LOKALISMUS‹

Chávez (2009) hat frühzeitig auf die Gefahren des ›Lokalismus‹ hingewiesen. Die Comuna müsse als eine territorial verankerte Einheit in ein Gesamtsystem eingebunden sein. Das Lokale, das sich auf das eigene Territorium beschränkt, ohne Verbindungen mit anderen Strukturen zu entwickeln, sei reaktionär. Die Comuna selbst stellt eine Antwort auf den Lokalismus früherer Formen der popularen Organisation dar. Ihre Verortung in einer neuen Machtgeometrie bedeutet, das Verhältnis zu größeren territorialen Einheiten (der Stadt, der Region, dem Land und der Welt) zu erkennen, denn nur dann können existierende Ungleichheiten zwischen Territorien, zwischen Armen- und Reichenvierteln, zwischen produktiven und Rentiersregionen usw. überwunden werden. Die Rentenökonomie befördert allerdings lokalistische Tendenzen: Man begibt sich in Konkurrenz mit anderen Nachbarschaften um staatliche Mittel, anstatt strukturelle Ursachen zu bekämpfen, die ein Territorium gegenüber anderen benachteiligen. Bisweilen lässt sich dies auch innerhalb einer einzelnen Comuna beobachten, sodass beispielsweise nur diejenigen Gebiete, in denen die mächtigeren Mitglieder der Organisation wohnen, von staatlichen Finanzhilfen profitieren.

FAZIT

Der Aufbau der popularen Macht in Venezuela war ein neuartiges und mutiges Projekt. Wie zu Beginn dargelegt, handelte es sich um einen schöpferischen Prozess ›von unten‹, der schon lange, bevor populare Macht gesetzlich verankert und ›von oben‹ gefördert wurde, entstand. Doch in ihrer Entwicklung ist diese populare Macht mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert, bei denen es sich letztlich um die zentralen Probleme der venezolanischen Gesellschaft selbst handelt – nämlich um die konkrete Form des Kapitals und seiner Herrschaft. Die Beschränkung dieser Macht auf die Verteilung von (sich angesichts der Wirtschaftskrise verknappenden) Pfründen, ihre Verwandlung in einen Transmissionsriemen des bürgerlichen Staates (der seinen Klassencharakter nicht eingebüßt hat), die Restauration alter Herrschafts- und Ausschlusspraktiken auf kleinster Ebene, die Reproduktion von Korruption, Ineffizienz, Postengeschacher und Klientelismus – das

sind die realen Gefahren, die sich zu verschärfen drohen.[9]

Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach dem Charakter der popularen Macht neu zu stellen. Statt sie als eine den Menschen nähere Verwaltungspraxis oder als neue Institutionenarchitektur zu verstehen, gilt es, ihren subversiven und radikalen Charakter neu zu formulieren. Die Ausübung der Macht ist nur dann popular, wenn sie sich den Strukturen und Logiken der auf Enteignung und Beherrschung der Subalternen beruhenden Macht entgegenstellt. Populare Macht ist Gegenmacht. Sie ist der Bruch mit jenen ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Logiken, die Herrschaft und Ausbeutung hervorbringen. Aus diesem Grund läuft jeder Versuch der bürokratischen Kontrolle, Kooptation, Zähmung oder Befriedung des *poder popular* auf die Beseitigung von dessen Grundlagen hinaus.

Dieser Artikel ist eine gekürzte Fassung des Beitrags aus demBuch »Jóvenes, cultura productiva y nuevo poder« (2015).

Aus dem Spanischen von Raul Zelik

LITERATUR

Azzellini, Dario, 2010: Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Kommune, Hamburg

Chávez, Hugo, 2009: Aló Teórico #1. 11 de Junio 2009, www.youtube.com/watch?v=lUjfnetMbyM

Ramírez, Kleber, 2006: Historia Documental del 4 de febrero. Editorial El Perro y la Rana, Caracas

Zelik, Raul/Bitter, Sabine/Weber, Helmut, 2004: made in venezuela. notizen zur bolivarischen revolution, Hamburg/Berlin

1 Mit der Gründung von Comunas 2009 wollte die Chávez-Regierung die Beschränkung bürgerlich-demokratischer Institutionen auf die politische Sphäre überwinden. Während in den kommunalen Räten (Consejos Comunales) jeweils einige Hundert Menschen, also Nachbarschaften, organisiert sind, repräsentieren die Comunas als neu geschaffene territoriale Einheiten (zusätzlich zu den traditionellen kommunalen Verwaltungsstrukturen) mehrere Zehntausend Menschen. Sie sind für die Wohnraumversorgung und die öffentliche Infrastruktur zuständig, aber auch für Aufgaben im Produktionsbereich und beim Vertrieb. Es handelt sich vom Anspruch her um Basiseinheiten einer sozialistischen Demokratie, die die Trennung zwischen politischer und ökonomischer Sphäre aufzuheben suchen (Anm. d. Übers.).

2 Antillano nimmt hier Bezug auf eine Debatte, die in den 1970er Jahren sowohl in Südeuropa als auch in Lateinamerika geführt wurde. Ihre zentrale These lautete, dass sich die Klassenkämpfe von den Produktionsstätten an die Lebensorte (die Barrios und proletarischen Viertel) verlagerten. Heute ist der Begriff der sozioterritorialen Kämpfe ein Schlüsselbegriff der lateinamerikanischen Linken. Gemeint sind damit sowohl urbane Stadtteilbewegungen als auch die Kämpfe von Bäuer*innen, Indigenen und Afros gegen ihre Vertreibung aufgrund von Bergbau- und Energieprojekten (Anm. d. Übers.).

3 *Pueblo* (Volk) und *clases populares* (Volksklassen oder populare Klassen) sind nach wie vor zentrale Begriffe der linken Gesellschaftsanalyse in Lateinamerika. Da ›Volk‹ in den Einwanderungsgesellschaften des Subkontinents fast nie als ethnisches Subjekt, sondern eigentlich immer als Synonym für die unteren Klassen oder als staatsbürgerliches Projekt verstanden wird, ist eine rassistische Deutung ausgeschlossen (Anm.d.Übers.).

4 Vgl. auf Deutsch u.a. Azzellini (2010) sowie zur Selbstorganisierung der Krisenjahre Zelik et al. (2004).

5 Die Verfassungsreform, mit der der Chavismus Venezuela offiziell in ein sozialistisches Land verwandeln wollte, wurde von der Bevölkerung in einem Referendum abgelehnt. Die Comunas wurden jedoch durch einfache Gesetze als Rechtssubjekte verankert (Anm.d.Übers.).

6 Territorium wird hier erneut als Sammelbegriff verwendet, der den Lebensort einer Community beschreibt – das kann sich auf eine städtische Nachbarschaft, eine bäuerliche Gemeinschaft, aber auch auf Indigenen-Land beziehen (Anm.d.Übers.).

7 *Estado Comunal* ist der vom Chavismus verwendete Begriff. Kleber spricht vom *Estado comunero*. Hier wird beides mit Kommunestaat übersetzt. (Anm.d.Übers.)

8 Der Begriff der *cogestión* beschreibt die Mitverwaltung von Communitys. Er wird auch für betriebliche Mitbestimmung verwendet, meint hier aber das gemeinsame Regieren von Bevölkerung und Staat (Anm.d.Übers.).

9 Das von Antillano angesprochene Phänomen wird im Zusammenhang von ›Bürgerhaushalten‹ oft beschrieben: Arme Nachbarschaften werden durch Bürgerbeteiligung eher getrennt als geeint. Sie konkurrieren untereinander um Finanzmittel, anstatt sich wie früher gemeinsam gegen die Marginalisierung zu wehren. Bisweilen sorgen Wortführer in den Communities sogar dafür, dass nur der Teil des Viertels, in dem sie selbst wohnen, von den Geldern profitiert (Anm.d.Übers.).

REBELLISCHE STÄDTE – ERFOLG ODER FRUST?

RAUL ZELIK ▌MARIO CANDEIAS & HANNO BRUCHMANN

IM TREIBSAND DER INSTITUTIONEN

RAUL ZELIK

Im Mai 2015 eroberten linke Kandidat*innen zahlreiche Rathäuser im spanischen Staat.[1] Diese ›munizipalistische Linke‹ konnte zwar auf die Unterstützung von Podemos und anderen Linksparteien zählen, versteht sich aber durchaus als Alternative zur klassischen Parteienpolitik. Die meisten derjenigen, die Barcelona En Comú, Ahora Madrid oder die galizischen *mareas* gegründet haben, kommen aus sozialen Bewegungen: den Platzbesetzungen der Bewegung des 15. Mai (15M) oder der Plattform gegen Zwangsräumungen (Plataforma de Afectados por la Hipoteca/PAH). Ihr Ziel war es, den gesellschaftlichen Aufbruch in die Institutionen zu tragen, ohne dessen radikaldemokratischen Anspruch aufzugeben. Doch nach einem Jahr Regierungszeit fällt die Bilanz durchwachsen aus.

MUNICIPALISMO?

Der Begriff des Munizipalismus geistert schon länger durch die Debatten der institutionenkritischen Linken (vgl. Caccia in diesem Heft). In der anarchistischen Debatte wird die Konföderation freier Gemeinden oft als Modell einer Kommune-Gesellschaft propagiert. Am deutlichsten wurde dieses Konzept von Murray Bookchin vertreten, dessen ›libertärer Munizipalismus‹ von einer basisdemokratischen Politik in Gemeinden und Stadtteilen ausgeht. Bookchins Hauptargument hat etwas für sich: Die ›Face-to-face-Demokratie‹ ist unverzichtbare Grundlage jeder echten politischen Teilhabe.

In den 1990er Jahren entwickelte der Munizipalismus dann aber auch in der Praxis eine gewisse Relevanz. In Italien beteiligten sich vom Zapatismus beeinflusste Bewegungslinke an kommunalen Wahlbündnissen (die unter anderem das Rathaus von Venedig eroberten) und träumten von einem Netzwerk rebellischer Städte. Zu einem ernstzunehmenden Projekt wurde der Munizipalismus vor allem durch

Unabhängigkeitsbewegungen, die in Ermangelung eines eigenen Staates den Aufbau von Parallelinstitutionen in den Blick nahmen. 1999 gründeten 2 000 baskische Gemeinderäte eine Art Nationalversammlung der Kommunen (Udalbiltza), die über gemeinsame Haushaltsmittel verfügte und über die spanisch-französische Landesgrenze hinweg einen neuen institutionellen Rahmen schaffen sollte. 2003 verbot der spanische Ermittlungsrichter Baltasar Garzón allerdings diesen Zusammenschluss und führende Vertreter*Innen von Udalbiltza wurden inhaftiert.

Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde der Munizipalismus 2011, als die Kurd*innen in Syrien ihre Selbstverwaltung als Konföderation von Gemeinden zu organisieren begannen. Interessanterweise beruft sich diese Autonomiebewegung dabei einerseits auf den Anarchismus Bookchins, hat andererseits aber auch den Aufbau von grenzüberschreitenden Institutionen vor Augen. Ein weiteres munizipalistisches Projekt entwickelte sich in den 2000er Jahren in Katalonien. Mit den Candidaturas d'Unitat Popular (CUP) entstanden auf lokalen Vollversammlungen beruhende und antiinstitutionell ausgerichtete Wahlplattformen, die in der Folge einen bemerkenswerten Aufstieg hinlegten: Kamen die CUP 2003 auf 20 Gemeinderatssitze, waren es 2015 schon 400 (von insgesamt 9 000).

MIT GUANYEM IN DIE RATHÄUSER

Der Siegeszug der munizipalistischen Linken im Frühjahr 2015 hatte dann aber vor allem damit zu tun, dass sich viele Aktivist*innen nach dem allmählichen Abflauen der Sozialproteste 2013 die Frage stellten, wie der gesellschaftliche Aufbruch in die Institutionen verlängert werden könnte. Die rechtskonservative Partido Popular (PP) und die sozialdemokratische PSOE saßen die Massenproteste und Generalstreiks nämlich einfach aus, der Elan der Bewegung 15M drohte zu verpuffen. Vor diesem Hintergrund diskutierte ein Teil der Linken über die Gründung einer ›spanischen Syriza‹ – eine Debatte, aus der schließlich Podemos hervorging.

Viele Bewegungslinke waren jedoch skeptisch, ob der Kampf um Regierungsposten die Protestbewegungen nicht völlig überfordern würde. Einige plädierten daher für Politikformen, die den bestehenden institutionellen Rahmen stärker infrage stellen sollten. Aus diesem Kontext entstand in Barcelona 2014 die Initiative Guanyem (Katalanisch für »Lasst uns gewinnen«), die vornehmlich von Aktivist*innen der Bewegung gegen Zwangsräumungen PAH und der Gruppe Procès Constituent (die einen verfassunggebenden Prozess ähnlich wie in Lateinamerika propagierte) getragen wurde. Ziel war die Aufstellung einer offenen linken Wahlliste, deren Zusammensetzung auf Stadtteilversammlungen beschlossen

RAUL ZELIK ist Schriftsteller und freier Autor. Er veröffentlichte zuletzt den Essayband »Im Multiversum des Kapitals« (2016) sowie »Continuidad o Ruptura« (2016). Seit Mai 2016 ist er Mitglied im Bundesvorstand der LINKEN.

HANNO BRUCHMANN ist Mitarbeiter des Instituts Solidarische Moderne und Mitglied dieser Redaktion.

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse und Mitbegründer dieser Zeitschrift.

werden und deren wichtigstes Ziel darin bestehen sollte, die Inwertsetzung Barcelonas für den Massentourismus (die sogenannte Marca Barcelona) zu stoppen. Dafür sollte allerdings keine klassische Koalition, sondern eine sogenannte *confluencia* gebildet werden, bei der sich die Rolle der Parteien darauf beschränken sollte, die direktdemokratisch legitimierten Kandidat*innen zu unterstützen.

Die Initiative fand schnell Nachahmer*innen im ganzen Land. In Madrid schlossen sich Bewegungslinke und Teile von Izquierda Unida (IU) zu Ganemos zusammen und handelten mit Podemos und kleineren Parteien ein offenes Vorwahlverfahren aus. Entsprechend heterogen war die Liste, die im Mai 2015 unter dem Namen Ahora Madrid zu den Kommunalwahlen antrat. Ähnlich formierten sich auch die Kandidat*innen in Zaragoza, im andalusischen Cádiz oder in den galizischen Städten, wo die Unabhängigkeitspartei A Nova, Podemos, Bewegungslinke und IU miteinander kooperierten. Die Wahlergebnisse vom Mai 2015 kamen schließlich einem Erdbeben gleich. Listen links der Sozialdemokratie gewannen die Rathäuser von Madrid, Barcelona, Valencia, Zaragoza, Cádiz, Pamplona/Irunea, A Coruña, Santiago, Badalona …

DAS BEISPIEL BARCELONA

Das Beispiel Barcelona zeigt jedoch, dass auch der Munizipalismus nicht vor Anpassungsprozessen gefeit ist. An der Führungsgruppe von Barcelona En Comú, die intensiv mit den sozialen Kämpfen der Stadt verbunden ist, liegt das nicht. Bürgermeisterin Ada Colau ist langjährige Aktivistin der Bewegungen für menschenwürdiges Wohnen. Xavier Domènech, der Ende 2015 als Spitzenkandidat der (mit Podemos und IU verbündeten) katalanischen Plattform En Comú Podem antrat,[2] ist ein marxistischer Hegemonietheoretiker. Jaume Asens, stellvertretender Bürgermeister, kommt aus der Recht-auf-Stadt-Bewegung. Die Gründungsgruppe von En Comú, die aus ihrer Sympathie für zapatistische und libertäre Politikkonzepte keinen Hehl macht, steht für ein deutlich linkeres und basisdemokratischeres Projekt als Podemos.

Trotzdem hat Barcelona En Comú in nur 12 Monaten eine erstaunliche Entwicklung durchlaufen. Seit Mai 2016 regiert Ada Colau in Koalition mit der sozialdemokratischen Partit dels Socialistes de Catalunya (PSC), die jahrzehntelang den Bürgermeister Barcelonas stellte und die Hauptverantwortung für die neoliberale Stadtentwicklung trägt. Die Gefahr, das bestehende Stadtmodell nur neu zu legitimieren, ist auch schon in der Zusammensetzung von Barcelona En Comú selbst angelegt. Als das Projekt 2014 entstand, richtete es sich an das gesamte Spektrum links der Sozialdemokratie – unter Einschluss der linksgrünen Iniciativa per Catalunya Verds (ICV), die Barcelona in den 2000er Jahren mit der PSC regiert hatte. Manuel Delgado, Veteran der katalanischen Linken, wies schon vor dem Wahlsieg Ada Colaus in einem Interview auf diesen Widerspruch hin: »Wie sollen dieselben Personen, die das ›Modell Barcelona‹ entwickelt haben, nun in der Lage sein, es zu bekämpfen?« (elcritic.cat, 14.5.2015)

Die Gruppe um Ada Colau traf also bereits 2014 eine Grundsatzentscheidung: Das Vorhaben, eine Basisbewegung in den Nachbarschaften aufzubauen, wurde zumindest partiell aufgegeben. Stattdessen schloss man ein Bündnis mit einem Teil des politischen



Ende Gelände 2016, Paul Lovis Wagner

Establishments. Das brachte zwar Wählerstimmen,[3] erwies sich aber im Nachhinein durchaus auch als Hindernis für eine echte ›Machtoption‹. Manuel Delgado, der bereits 2012 für eine Kandidatur Ada Colaus plädiert hatte, antwortete auf die Frage, ob er die Gruppe um Colau für Garanten des Politikwechsels halte: »Nein, weil sie in einer Dynamik stecken, die Politiker produziert, die nichts zu melden haben. Die Stadtverwaltung von Barcelona ist ein Monstrum, und die Leute, die in ihr entscheiden, sind nicht diejenigen, die offiziell regieren. [...] Außerdem gibt es mächtige Interessen, die alles tun, um ihre Privilegien zu verteidigen.« (ebd.)

KEINE REFORMEN OHNE GEGENMACHT

Was hat die linke Stadtregierung also erreicht? Es gibt durchaus Erfolge: Man hat nach langen Verhandlungen einen Haushalt verabschieden können, der die Sozialausgaben erhöht, man hat ein Programm zur Förderung von Genossenschaften aufgelegt und treibt zudem eine feministische Gleichstellungspolitik voran. Man hat darüber hinaus die Umwidmung von Wohnungen in Ferienapartments und teure Prestigeprojekte (zumindest vorübergehend) gestoppt. Ein Wohnungsbauprogramm und neue Formen der Bürgerbeteiligung sind in Vorbereitung. Außerdem hat sich Barcelona zur Refugee-Welcome-Stadt erklärt – was allerdings eher symbolischen Charakter hat, weil bislang nur wenige Dutzende Kriegsflüchtlinge aus Syrien und andern Ländern im spanischen Staat angekommen sind.

Das alles ist erfreulich, doch man sollte sich auch nichts vormachen: In dem politisierten Klima Barcelonas wäre auch eine andere Stadtregierung zu sozialen Zugeständnissen gezwungen gewesen. Gerardo Pisarello hat das Problem in einem Interview vom 26. Mai dieses Jahres mit der Zeitschrift *elcritic.cat* selbst skizziert: Barcelona En Comú verfüge nur über einen sehr kleinen Teil der Macht. Man habe nur elf von 41 Sitzen im Gemeinderat und sei daher auf Verhandlungen mit der PSC und der katalanisch-republikanischen Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) angewiesen. Die Verwaltungstechnokratie gehorche den Interessen von Lobbygruppen oder widersetze sich aus bürokratischer Trägheit jeder Veränderung. Und die öffentliche Meinung schließlich werde von privaten Medienkonzernen beherrscht.

Zwei aktuelle Konflikte zeigen, wie problematisch es ist, wenn Linke als Stadtregierung die Interessen ›aller Bürger*innen‹ vertreten müssen und sich in sozialen Kämpfen nicht mehr eindeutig positionieren. Seit Monaten schwelt ein Tarifkonflikt mit den U-Bahn-Beschäftigen, die mehrheitlich in der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft Confederación General del Trabajo (CGT) organisiert sind. Die Stadtregierung hat sich in dem Konflikt jedoch auf die Einschätzung der Verwaltungsdirektoren der Verkehrsbetriebe verlassen und gegenüber den Streikenden erklärt, eine Steigerung der (relativ guten) Löhne habe für Barcelona En Comú keine Priorität. Das Argument ist relativ unverschämt, wenn man weiß, dass es bei den Verkehrsbetrieben zahlreiche hoch dotierte Beraterverträge für Manager gibt. Die Tatsache, dass eine aufrechte Linke wie Ada Colau Bürgermeisterin ist, hat in dieser Frage also nicht dazu beigetragen, die Macht der Subalternen zu erweitern. Im Gegenteil: Die Tatsache, dass ein glaubwürdiger Teil der Linken nicht mehr Partei für Streikende ergreift, sondern ›zwischen Interessen vermitteln will‹, schwächt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaft.

Ähnlich ist die Lage hinsichtlich des Kampfes der sogenannten *manteros,* der etwa 300 illegalen Einwanderer*innen, die in Barcelona ihr Geld mit informellem Straßenverkauf verdienen. In den vergangenen Jahren etablierten die Stadtregierungen dabei eine Art Laissez-faire-Politik: Die Stadtpolizei ließ die Straßenhändler*innen stundenweise gewähren, vertrieb sie aber von bestimmten Orten. Unter der Regierung von Ada Colau hingegen machen bürgerliche Medien und Geschäftsinhaber nun gegen die ›illegale Konkurrenz‹ mobil. In der Folge ist die städtische Polizei mehrmals gewalttätig gegen die Straßenhändler*innen vorgegangen. Obwohl die meisten Mitglieder von Barcelona En Comú wohl mit den *manteros* sympathisieren, hat es Bürgermeisterin Ada Colau vermieden, den Konflikt mit der Polizeiführung und der öffentlichem Meinung zu suchen und auszutragen.

Die Beispiele verweisen auf einen Zusammenhang, der für linke Transformationspolitik – egal, ob sie sich als reformistisch oder radikal versteht – von zentraler Bedeutung ist: Regierungen an sich stellen eben *keine* Machtoption dar (vgl. Giovanopoulos in diesem Heft). Der Zwang, zwischen Interessen vermitteln zu müssen, verhindert häufig sogar, dass Regierungslinke zur Entfaltung sozialer Gegenmacht beitragen. Das lässt sich auch in anderen Großstädten beobachten. In

Madrid beispielsweise verfolgt Bürgermeisterin Manuela Carmena eine Politik, die Konfrontationen mit der öffentlichen Meinung, sprich den Medienkonzernen, scheut und sich von der Linie der PSOE kaum unterscheidet. Und in den meisten anderen ›rebellischen Städten‹ sind die ehemaligen Bewegungslinken immer noch damit beschäftigt, die Funktionslogik der Verwaltung zu durchdringen. Deutlich besser ist die Lage allerdings in kleineren Gemeinden. In manchen Ortschaften gibt es jahrzehntelange Erfahrungen in und mit linken Kommunalregierungen. Da die sozialen Strukturen hier verbindlicher, der Kontakt zu Bewegungen enger und die Widerstände von Machtgruppen und Medienkonzernen geringer sind, gibt es hier interessante transformatorische Ansätze. So haben einzelne andalusische Dörfer eine kollektive Wohnungsbaupolitik betrieben und baskische Gemeinden weitreichende Erfahrungen in direkter Demokratie und bei der Rekommunalisierung von grundlegenden Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen gesammelt. Doch interessanterweise werden diese Erfahrungen kaum reflektiert. Auch die Linke blickt in erster Linie darauf, was massenmedial wahrgenommen wird.

Zusammenfassend könnte man sagen, dass für munizipalistische Projekte dasselbe gilt wie für institutionelle Politik auf höherer Ebene. *Erstens* ist für Veränderungen nicht die Ausübung eines Regierungsamts entscheidend, sondern die Entwicklung sozialer Gegenmacht. Z*weitens* ist diese kein mediales Ereignis, sondern das Ergebnis von Selbstorganisierung und Mobilisierung der Bevölkerung. Dabei geht es nicht nur darum, dass ein *tejido social* (ein soziales Geflecht) von Initiativen, Nachbarschaftsvereinen und Gruppen entsteht, sondern natürlich vor allem auch darum, dass dieses Geflecht von alternativ-kulturellen Vorstellungen und linken Positionen geprägt ist.

Die Linke kann es also drehen und wenden, wie sie will. Sie wird immer wieder auf die Frage zurückgeworfen, wie sich eine kapitalismuskritische, emanzipatorische Gegenhegemonie entfalten lässt. Nur wenn soziale Kämpfe, Bewegungen und Organisationen genügend Druck gegen die Macht der ökonomischen Lobbygruppen, Staatsbürokratien und Medienkonzerne aufbauen, ist Transformationspolitik möglich. Das gilt auch für eine Politik auf der Ebene von Stadtteilen und Gemeinden. Wenn Munizipalismus hingegen in erster Linie bedeutet, dass Bewegungsaktivist*innen in sozialen Konflikten nicht mehr Stellung aufseiten der Subalternen beziehen können, trägt er – ebenso wie klassische Parteiprojekte – dazu bei, plebejische Macht zu beschneiden. Nur wenn der neue Munizipalismus sich dieser Anpassung verweigert, wird er dem Schicksal der alternativen und grünen Parteien Europas entgehen können.

---

1 Ein erheblicher Teil der Bevölkerung (und gerade auch der Linken) in Katalonien, im Baskenland, in Galicien, auf den Balearen, in Valencia und Andalusien versteht sich nicht als Spanier. In diesem Text wird daher statt des Begriffs Spanien, der auch eine umstrittene kulturelle Identität bezeichnet, der politische Begriff ›spanischer Staat‹ verwendet.

2 Die Liste En Comú Podem ist aus dem Stegreif zur stärksten Partei in Katalonien geworden und kam bei den spanischen Parlamentswahlen im Juni 2016, an denen sich die radikal-munizipalistischen CUP allerdings nicht beteiligten, auf 25 Prozent der Stimmen .

3 Allerdings stellt sich im Nachhinein die Frage, ob eine Liste ohne die linksgrüne ICV, aber mit der linksradikalen CUP nicht auch auf über 20 Prozent gekommen wäre. Bei den Kommunalwahlen 2015 kam Barcelona en Comú auf 25,2 Prozent, die eigenständig kandidierende CUP auf 7,4 Prozent.

WIDERSPRÜCHE SURFEN – INSTITUTIONEN AUFBRECHEN

HANNO BRUCHMANN UND MARIO CANDEIAS

Es ist keine Kleinigkeit, wenn eine Stadtregierung bei einer anstehenden Zwangsräumung die Banken zwingt, Neuverhandlungen über die Hypotheken aufzunehmen oder eine Ersatzwohnung anzubieten. Bleiben diese Bemühungen erfolglos, verpflichtet sich die Kommune, eine Wohnung zu stellen. Für die Betroffenen geht es hier um existenzielle Fragen, für die Stadt um die Rückgewinnung von Macht gegenüber einer hypertrophen Finanz- und Hypothekenmafia. Es ist auch keine Kleinigkeit, wenn Verträge über Großprojekte oder Aufträge an private Konzerne überprüft, revidiert oder gekündigt werden. Dies verleiht der öffentlichen Hand wieder die Hoheit über die Finanzen, entreißt sie einer Clique korrupter Public-Private-Partnerships, die sich zuvor die Stadt zur Beute gemacht hatten. Die Entlastung des Haushalts hat unter anderem zu einer 26-prozentigen Steigerung der Ausgaben für Soziales geführt sowie zum Abbau von Schulden in der Höhe von einer Milliarde Euro pro Jahr. All das sind Maßnahmen der von Manuela Carmen in Madrid geführten Regierung. Sie hat die opaken Machenschaften der Behörden durchforstet, transparent gemacht, Haushalte offengelegt und Verwaltungsvorgänge vereinfacht. Zu diesem Zweck wurde eine Untersuchungskommission zu kommunalen Schulden und öffentlicher Auftragsvergabe eingerichtet. Wenn das typische sozialdemokratische Maßnahmen sind, wie Raul Zelik nahelegt, erinnert dies an die besten Seiten der Sozialdemokratie.

Für Barcelona zieht die Bürgermeisterin Ada Colau nach einem Jahr folgende Bilanz: »Die tief greifendsten, wichtigsten und nachhaltigsten Veränderungen erfolgen nicht von einem Tag auf den anderen, sondern als Summe kleiner Transformationen, die Verbesserungen in den Leben der Menschen bewirken: die Ausweitung der kostenfreien Schulspeisung und von Wohngeld, die Anwendung des Gesetzes 24/2015, das den Stopp von Zwangsräumungen ermöglicht, Sicherung von Ausweichquartieren und einer Grundversorgung, mehr Kinderbetreuung und mehr Stellen für Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen. [...] Wir sind im ersten Jahr aber auch in Sachen demokratischer Kontrolle und Transparenz vorangekommen: Der Haushalt und die Finanzen sind öffentlich einsehbar. Außerdem haben wir ethische Richtlinien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eingeführt, um die Korruption zu bekämpfen« (Colau 2016).

Die Grenzen der Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene, auch nach einer linken Regierungsübernahmen, sind bekannt, werden reflektiert und politisch diskutiert: die wachsende Unterfinanzierung der Kommunen, die Verschuldung und die eingeschränkten Kompetenzen. Die mangelnde Organisierung von Gegenmacht auf europäischer Ebene und die verpasste Chance, die Regierung im spanischen Staat zu übernehmen, verbessern die Bedingungen nicht, obwohl gerade hier dringend Erleichterungen durch eine Anti-Austeritäts-Politik nötig gewesen wären. Vor diesem Hintergrund ist die Kritik Zeliks, die



Ende Gelände 2016, Fabian Melber

Bilanz der ›Rebel Cities‹ sei »durchwachsen« und die gestandenen linken Aktivist*innen verfielen in den Rathäuser der Logik der Institutionen, die sie verändern wollen, nicht ganz überzeugend. Erfolge und positive Wirkungen werden nur stichwortartig genannt, Probleme und Widersprüche, die zu erwarten waren, bereits als Scheitern ausgelegt.

INSTITUTIONEN AUFBRECHEN

Zelik meint, im politisierten Klima Barcelonas wäre auch eine andere Stadtregierung zu sozialen Zugeständnissen gezwungen gewesen. Dies ist angesichts der tiefen Verankerung von Korruption in den Apparaten schon für Barcelona zweifelhaft. In Madrid wären erst recht keine Konzessionen von der konservativen Partido Poppular (PP) zu erwarten gewesen. Völlig ungerührt zieht die Regierung seit Jahren ihre Politik der Zwangsräumungen, Privatisierungen und Austerität durch.

Nicht immer hat man die Wahl, ob man erst soziale Gegenmacht aufbaut und dann vielleicht in die Regierung geht. Die Erfahrung war ja gerade, dass die Massenmobilisierungen in den vergangenen Jahren die Regierenden nicht davon abgehalten haben, einfach weiterzumachen, ungeachtet aller Korruptionsskandale, Krisen und Proteste. Ohne Durchsetzungsperspektive droht der Widerstand aber abzuflauen. Daher galt es den Weg in die Institutionen anzutreten. Das hat auch eine Mehrheit der Wähler*innen erwartet. Aber mit dem Einzug in die Rathäuser sollte(n) ja nicht nur die

Agenda der Regierung verändert werden, sondern die Institutionen selbst. An erster Stelle stand deren Öffnung für die Expertise der Bevölkerung und soziale Forderungen sowie die Förderung von Selbstorganisierung. All das sind wesentliche Ziele der munizipalistischen Bewegung (Espinoza Pino 2016) und hier geht es in der Tat nur langsam voran: In Madrid wurden zwei Referate für Partizipation und Transparenz eingerichtet. 79 Prozent der Befragten gaben in einer Studie der Stadtregierung an, dies sei eine Verbesserung. Neun von zehn Madrilenen sind der Ansicht, dass zum Beispiel Bürgerhaushalte wichtig sind, um die Beteiligung der Bevölkerung zu erhöhen. Die Mehrheit kennt das Partizipationsportal decide.madrid.es und spricht sich für eine Dezentralisierung der Verwaltung aus. Doch bislang bleiben die Konsultationen der Bevölkerung eben weitgehend Meinungsumfragen. Sie bieten der Stadtregierung Orientierung, ermöglichen aber keine politische Debatte, in der tatsächlich gemeinsame Projekte und Ziele jenseits der Apparate ausgearbeitet werden könnten. Hier steht ein Dezentralisierungsprozess an, der den Nachbarschaftsräten und Bezirken eine größere Entscheidungskraft überträgt.

In jedem Fall gilt es von unten genau jenen Druck zu entfalten, der es den linken Stadtregierungen ohne eigene Mehrheit erleichtern würde, soziale Verbesserungen durchzusetzen. Hier könnten Regierung und Bewegung sich gegenseitig produktiv unterstützen. »Wir müssen aufhören«, die neuen Kommunalregierungen als »Ausdruck des 15M zu verstehen«, die es für uns schon richten werden. Stattdessen müssen wir »Druck entfalten, damit sie das geliehene Mandat entsprechend nutzen« (Rodriguez 2016). Dies gilt für jede linke Regierung, aber es ist in Spanien derzeit auch deshalb dringend nötig, weil jenseits der wenigen Personen, die nun als verlängertes Schwänzchen an der Spitze der Apparate sozusagen versuchen, ›mit dem Hund zu wedeln‹, weder Barcelona en Comú noch Ahora Madrid über eigene entwickelte Organisationen verfügen, die als Verstärker und Gegengewicht zur Absorptionskraft der Institutionen wirken könnten.

GEGENMACHT ORGANISIEREN

Zelik will mit zwei Beispielen belegen, dass die Regierungslinke nicht zur Entfaltung sozialer Gegenmacht beiträgt. Der von anarchistischen Gewerkschaften organisierte Streik der U-Bahn-Beschäftigten in Barcelona zeige, »dass ein glaubwürdiger Teil der Linken nicht mehr Partei für Streikende ergreift, sondern ›zwischen Interessen vermitteln will‹«. Das schwäche »die Verhandlungsmacht der Gewerkschaft«. Möglicherweise ist jedoch die Auseinandersetzung der U-Bahn-Beschäftigten in diesem Moment nicht die drängendste. Denn andere Kämpfe werden weiterhin gestützt: So streitet die Plattform der Hypothekenbetroffenen (PAH) weiter gegen die zurückgegangenen Zwangsräumungsversuche, besetzt Häuser und wird geduldet (vgl. el diario, 20.6.2016). Anhaltende Mobilisierungen zeigen, dass die Ausgangsbedingungen für Gegenwehr besser und nicht schlechter geworden sind. Selbst Emanuel Rodriguez (2016), harter Kritiker der neuen Stadtregierungen, konzediert: »Die Fähigkeit, Gegenmacht auszuüben, ist mit diesen Regierungen im Vergleich zu ihren Vorgängerinnen gewachsen.«

Im Ergebnis steigt die Beliebtheit der linken kommunalen Regierungen: 72 Prozent der Wähler*innen von Ahora Madrid sowie 55 Prozent der Wähler*innen der sozialdemokratischen PSOE sind der Ansicht, das Leben in der Stadt habe sich verbessert. Bürgermeisterin Carmena ist extrem beliebt und liegt in Umfragen hinsichtlich ihrer Popularitätswerte deutlich vor dem Staatspräsidenten.[1] Auch die Arbeit von Ada Colau schätzt die Mehrheit der Befragten als gut oder sehr gut ein,[2] und bei den Parlamentswahlen am 26. Juni 2016 schnitt das linke Wahlbündnis insbesondere in den linksregierten Kommunen und Regionen stark ab. Die wichtige Ressource der Glaubwürdigkeit ist durch die Übernahme der Regierungen auf jeden Fall gewachsen.

Doch was heißt das für den Aufbau von Alternativen? Zelik sieht diese nur außerhalb existierender Institutionen des bürgerlichen Staates: Für Veränderungen sei »nicht die Ausübung eines Regierungsamts entscheidend, sondern die Entwicklung sozialer Gegenmacht«. Und diese wiederum sei »kein mediales Ereignis, sondern das Ergebnis von Selbstorganisierung und Mobilisierung der Bevölkerung«. Dies ist ein zwar sympathisches Verständnis davon, wie gesellschaftliche Veränderungen vonstattengehen, wird aber als widerspruchsfrei, unmittelbar, eindeutig und vor allem als alternativ zu Regierungsprojekten postuliert. Mit dem Argument, dass bisher eben keine Regierung eine echte Transformation bewirkt habe und es immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen kommt, wird der Ansatz, dass es einer Vielfältigkeit an Strategien, Ebenen und Akteuren bedarf, vorschnell aufgegeben.

Das Problem liegt auch darin, dass es kaum personelle Ressourcen gibt, und viele denken, dass eine Regierungsübernahme bedeutet, die bisherigen Ziele nun einfach in den Institutionen zu verfolgen. Stattdessen müsste es darum gehen, gesellschaftliche Gegenmacht durch organisierte Zivilgesellschaft aufzubauen, weitgehend unabhängig vom kommunalen Staat. Hier teilen wir Zeliks Kritik, dass zu wenig unternommen wird, um »eine Basisbewegung in den Nachbarschaften aufzubauen«. Nur in der Verbindung von popularer Gegenmacht und linker Stadtregierung kann sich eine echte Machtoption entwickeln. Dafür müssen Linke weiter an Strategien des Munizipalismus arbeiten, die kommunalen Regierungen weiterhin kritisch begleiten und für weiterreichende Forderungen kämpfen. Durch das Ausbleiben eines Wechsels an der Spitze des spanischen Staats und die gegenwärtigen Machtverhältnisse in der Europäischen Union wird die Lage nicht einfacher. Es gibt aber keinen Grund, die erfolgreiche munizipalistische Option voreilig aufzugeben. Weitere Widersprüche müssen gesurft werden.

LITERATUR

Colau, Ada, 2016: Un año en común, https://barcelonaencomu.cat/es/post/un-ano-en-comun

Espinoza Pino, Mario, 2016: Construir movimiento municipalista, www.diagonalperiodico.net/blogs/funda/construir-movimiento-municipalista-algunas-hipotesis.html

Rodríguez, Emmanuel, 2016: Corresponsabilidad, companero: doce meses de Ayuntamientos de cambio, in: Peridico Diagonal, 24.5.2016

1 https://conoce.ahoramadrid.org/los-votantes-de-ahora-madrid-y-del-psoe-satisfechos-con-la-gestion-municipal-en-la-capital/

2 www.eldiario.es/catalunya/barcelona/Colau-volveria-elecciones-despues-apoyos_0_524247889.html

VOM KURZEN FLIRT ZUR LANGFRISTIGEN BEZIEHUNG

ORGANISIERUNG IM KIEZ ALS TRANSFORMATORISCHES PROJEKT

MIRIAM PIESCHKE

»Wir müssen dahin, wo die Menschen sind. Wir dürfen nicht warten, bis sie irgendwann zu uns kommen. Wir müssen den Alltag zum Thema machen. Wenn wir nicht mit den Menschen reden, machen es andere.« Angesichts der gegenwärtigen Polarisierung des politischen Feldes fordern viele linke Strateg*innen, lebensweltliche Anliegen ins Zentrum sozialer Kämpfe zu stellen. Anhand konkreter Auseinandersetzungen in den Städten und Gemeinden lassen sich gesamtgesellschaftliche Konflikte zuspitzen. Hier sollte eine »dringend notwenige soziale und politische Offensive von links« (Wiegand in diesem Heft) ansetzen. Was aber heißt es genau, die »sozialräumliche Prekarisierung« (Horst Kahrs) zum Ausgangspunkt eines linken Transformationsprojekts zu machen?

ZU BESUCH IM ›BRENNPUNKT‹

Im Stuttgarter Stadtteil Hallschlag sieht es nicht aus wie in einem ›Brennpunktviertel‹: Vierstöckige Mehrfamilienhäuser mit meist kleinen Wohnungen, viele in den späten 1920er Jah-

ren gebaut, stehen zwischen Grünflächen, die Straßen sind wenig befahren, die Menschen gehen zum Einkaufen oder mit dem Hund spazieren. Der Fußballer Fredi Bobic ist hier aufgewachsen. Und doch ist der Hallschlag ein sozial benachteiligtes Stadtquartier. Nach dem Zweiten Weltkrieg diente das Viertel zunächst zur Unterbringung der sogenannten Heimatvertriebenen. Ab den 1970er Jahren zogen Menschen zu, die aufgrund von Anwerbeabkommen nach Westdeutschland gekommen waren. Viele von ihnen wohnen bis heute dort, ihre Kinder sind oft in der Nachbarschaft geblieben. Auch einkommensarme Menschen ohne Migrationshintergrund leben hier. Viele beziehen Arbeitslosengeld II, der Anteil der Alleinerziehenden liegt über dem Stuttgarter Durchschnitt, ebenso die Verschuldung.

Früher sei es hier auch gefährlich gewesen, heißt es, aber inzwischen sei es ruhig. Lange Zeit war der Hallschlag ein Viertel für arme Menschen, die sich das Leben im teuren Stuttgart nicht leisten konnten. Inzwischen hat die Gentrifizierung Einzug gehalten. Viele der ehemaligen Sozialbauten sind jetzt im Besitz der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG), einer GmbH mit einem aufsummierten Gewinn der letzten zehn Jahre von über 130 Millionen Euro und einer Eigenkapitalrendite von 4,9 Prozent. Dabei hat sich im gleichen Zeitraum ihr Bestand um fast 400 Wohnungen verringert.[1] Die SWSG hat die ›Aufwertung‹ des Viertels zum Geschäftsmodell erhoben: Mieter*innen werden aus ihren Wohnungen gedrängt, die dann modernisiert werden. Manchmal werden die Häuser gleich abgerissen und durch Neubauten ersetzt. Die Miete liegt dann bei bis zu 12 Euro kalt, was die Bewohnerstruktur des Viertels deutlich verändert. Einen Beitrag hierzu leistet auch das Förderprogramms »Soziale Stadt«, das der SWSG als »Musterbeispiel für die in Stuttgart praktizierte Innenentwicklung« (so der SWSG-Geschäftsbericht von 2015) öffentliche Mittel zur Verfügung stellt. Zudem führt nun eine Straßenbahnlinie bis ins Viertel, die den schnellen Zugang zur Innenstadt ermöglicht. Dabei ist es für die Bewohner*innen des Hallschlags wichtiger, mit dem Bus ins Nachbarviertel zu kommen, wo sie ihre Besorgungen preiswerter erledigen können.
In diesem Viertel unternahm die Partei die LINKE im März 2016 im Vorfeld der Landtagswahlen einen Tag lang einen Anlauf im *canvassing* – jene Form der aufsuchenden Ansprache, die in den USA zum linken politischen Werkzeugkasten gehört. Bevor sich die Menschen auf den Weg zur Partei machen, klingelt diese an ihrer Tür. Bei den Gesprächen ging es vor allem um die Miete, aber auch um prekäre Arbeitsverhältnisse. Die im Wahlkampf heiß diskutierte Flüchtlingsfrage war kaum Thema, wohl aber, dass viele aus dem Hallschlag nicht wählen gehen. Nicht, weil sie nicht wollen, sondern weil sie ohne deutschen Pass nicht dürfen. »Ich wohne seit über 44 Jahren in diesem Land,

MIRIAM PIESCHKE ist Referentin im Projekt »Jenseits der Prekarität« der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Zuvor hat sie in der außerschulischen Jugendbildung und politischen Erwachsenenbildung gearbeitet. Sie interessiert sich für die Frage, wie sich Alltagskämpfe mit gesamtgesellschaftlichen Anliegen verbinden lassen.

aber mitentscheiden darf ich nicht«, fasste dies eine Frau zusammen, die in Stuttgart als Altenpflegerin arbeitet. An diesem Frühlingstag öffneten sich der LINKEN viele Türen und meist waren die Reaktionen positiv. Vielleicht liegt das daran, dass hier sonst selten Leute vorbeikommen, um über Politik zu reden. Es überrascht nicht, dass es der Partei zwei Wochen vor dem Urnengang auch um potenzielle Wähler*innen ging. Diese vermutet sie vor allem in sozial benachteiligten Stadtvierteln: Hier wählen Menschen seltener, aber wenn sie wählen, dann viel eher die LINKE als anderswo. Und doch ging es im Hallschlag um mehr.

PREKARISIERUNG ALS HINDERNIS FÜR BETEILIGUNG?

Die Wahlbeteiligung im Hallschlag lag bei der Landtagswahl 2011 bei 47,1 Prozent. Im Stuttgarter Durchschnitt lag sie bei 73,1 Prozent. Der Bezirk gehört zu jenen mit besonders niedriger Wahlbeteiligung, ein Rekordtief gab es bei den Gemeinderatswahlen 2009 mit 22,4 Prozent. Ein Paradebeispiel für kollektive Wahlenthaltung in sozial benachteiligten Stadtvierteln, für »Klassenwahlverhalten« (Kahrs 2015), bei dem sozialräumliche Prekarisierung und dauerhaftes Nicht-Wählen korrelieren. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Bundestagswahl 2013 stellt fest, dass überdurchschnittlich viele Menschen aus sozial schwachen Milieus nicht zur Wahl gegangen sind (vgl. Schäfer et al. 2013, 13). Arbeitslosigkeit, Bildungsstand und Kaufkraft haben maßgeblichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung, so die Forscher. Die Bundestagswahl 2013 war damit »sozial prekär« (ebd.). Das bedeutet, dass politische Repräsentation hierzulande eine klassenspezifische Schieflage hat. Dies schlägt sich auch in der Alltagserfahrung nieder. So macht es für die Bewohner*innen des Hallschlags tatsächlich kaum einen Unterschied, welche Partei die Landesregierung führt. Alle im Aufsichtsrat der SWSG vertretenen Parteien haben – mit Ausnahme der LINKEN – der Wohnungsbaugesellschaft die Mieterhöhungen gestattet. Das Vertrauen in die Demokratie geht verloren, wenn nur noch eine gut organisierte Elite die eigenen Anliegen im politischen Prozess durchsetzen kann. Gerade sozial benachteiligte Menschen scheinen daher ein recht klares Bild von ihrer politischen Repräsentation zu haben. Gehen sie nicht wählen, dann aus einem nachvollziehbaren Grund. Dieser Verlust von Vertrauen in die Institutionen des Parlamentarismus trifft auch linke Parteien und Initiativen, sie gelten oft als etabliert und als Teil eines Systems, in dem es egal ist, was mit den Menschen ›da unten‹ passiert. Nicht die Prekarisierten gehen so der Demokratie verloren, sondern es ist die Demokratie, die den Prekarisierten und damit überhaupt verloren geht.

»Prekarität erzeugt Menschenhass«, schreibt der französische Stadtforscher Loïc Wacquant« (2015, 8). Sie untergrabe »die Bereitschaft, sich mit anderen zu identifizieren und Bindungen einzugehen, und damit die Voraussetzung für Solidarität« (ebd.). Doch springt die Prekarisierungsforschung hier häufig zu kurz. Der Soziologie Thomas Goes (2015, 430) kritisiert schon lange die verbreitete Einschätzung, Prekarität sei eine Art unüberwindbares Hindernis für kollektives Interessenhandeln: »Die empirischen Befunde zeigen deutlich, dass Annahmen, die eine einseitig disziplinierende, entsolidarisierende und negativ individuali-

sierende Wirkung von Prekarisierungsprozesse auf direkt und indirekt Betroffene nahelegen, zu kurz greifen.« Goes hatte bei prekär Beschäftigten und ihren regulär beschäftigten Kolleg*innen nach »Protestrohstoff« gesucht. Er fand bei den Befragten verschiedene Ressourcen für Mobilisierung und Solidarität, darunter auch solche, die sich *nicht* exklusiv gegen Schwächere richten, sondern diese miteinbeziehen (ebd., 434). Wie so oft hängt dies aber von den Handlungsbedingungen und von den Perspektiven ab.



Besetzung des Vattenfall-Kraftwerks in der Lausitz, Ende Gelände 2016, Paul Louis Wagner/350org

Für viele Linke scheint vor diesem Hintergrund ein Engagement im direkten Lebensumfeld der Menschen, im Stadtviertel, in der Nachbarschaft erfolgsversprechend. Hier gibt es konkrete Ansatzpunkte für politisches Handeln. Zudem sind hier die Auswirkungen von Sparpolitik und Sozialabbau unmittelbar spürbar, die Nachbarschaft ist der Ort, an dem sich Erfahrungen von Entsicherung verdichten. Denn der zentrale Ort für die Organisierung und Kämpfe prekarisierter Arbeiter*innen ist »nicht notwendigerweise der Arbeitsplatz (wie auch, wenn dieser oft gleichzeitig das eigene Zuhause ist oder das von anderen oder er alle paar Monate wechselt und die Chance, mit einem Team von Kolleg*innen lange genug zusammenzuarbeiten, um einander kennenzulernen, eins zu Tausend ist), sondern das großstädtische Umfeld, durch das wir täglich navigieren, mit seinen Werbeflächen und Einkaufzentren, mit seinem Fast Food, das wie Luft schmeckt, und jeder Menge sinnloser Verträge« (Precarias ala Deriva 2004). Der Kampf darum, das Wohnviertel zu einer »Sorgegemeinschaft« (ebd.) zu machen, zu einem Ort des solidarischen Zusammenlebens, hat damit einen gleichberechtigten Platz neben Kämpfen um Arbeitsverhältnisse.

UND SIE WEHREN SICH DOCH…

Das zeigt sich auch im Kellerbezirk Hallschlag: Im Viertel gibt es Widerstand gegen Gentrifizierung. Bereits 2009 hat sich eine Initiative von Bewohner*innen gegen Mieterhöhungen, überzogene Betriebskosten, Modernisierungsandrohungen und den Abriss der Wohnhäuser gegründet. Die Initiative konnte erreichen, dass die turnusmäßige Mieterhöhung von zehn auf sechs Prozent gesenkt wurde, einige geplante Häuserabrisse wurden zumindest verschoben. Dass die SWSG abrissbedrohte Woh-

nungen auch an Geflüchtete vergibt, konnte die Initiative ebenfalls für sich nutzen. Denn zu der zunächst befürchteten Entsolidarisierung kam es im Hallschlag nicht. Vielmehr kämpfen alte und neue Mieter*innen inzwischen gemeinsam darum, ›ihre‹ Häuser zu erhalten. Der örtliche Ableger des Unterstützungsbündnisses für die Geflüchteten »Stuttgart hilft« arbeitet mit der Mieterinitiative zusammen. Und auch die Kleiderkammer im Hallschlag wurde für alle Menschen geöffnet, ob neu angekommen oder schon lange da.

In dieser Initiative waren Mitglieder der LINKEN schon lange vor der Landtagswahl aktiv. Umso glaubwürdiger konnten sie nun an den Türen ihrer Nachbar*innen klingeln, alte Kontakte auffrischen und neue knüpfen. Vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen will die LINKE zukünftig stärker darauf setzen, langfristig Selbstorganisierungsprozesse in sozial benachteiligten Stadtvierteln zu unterstützen, wo es sie schon gibt, und sie (mit-) anzuschieben, wo sie noch fehlen. Dabei sollen Alltagsanliegen im Mittelpunkt stehen: zu hohe Mieten, schlecht ausgestattete Schulen, schlechte Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, fehlende Ärzteversorgung und Kitas und so weiter.

Aber diese Strategie wirft in jedem Stadtviertel neue Fragen auf: Welche Themen brennen den Menschen auf den Nägeln? Welche Aktivitäten gibt es bereits dazu? Ist die Partei vor Ort schon aktiv? Wie ist ihr Verhältnis zu anderen Initiativen?

DIE LINKE IM STADTBEZIRK

Politische Partizipation hängt auch davon ab, ob Menschen sich handlungsmächtig fühlen (Bourdieu 1982), und genau dieses Gefühl gilt es zu stärken. Menschen in benachteiligten Stadtvierteln sind Expert*innen ihres eigenen Lebens, daher bieten ihre Erfahrungen zentrale Bezugspunkte für die Organisierung. Wird ihnen zugehört, setzt dies gleichzeitig der politischen Entmutigung etwas entgegen. Parteistrukturen könnten noch stärker als bisher strukturelle Unterstützung, Ermutigung und Ermöglichung bieten. So lässt sich das bergen, was die Aktivist*innen der Precarias a la Deriva (2004) bereits vor über zehn Jahren als einen Schatz bezeichnet haben: das Verbindende der fragmentierten Arbeiterklasse, dass nicht »einfach da« ist, sondern durch Austausch und Organisierung entdeckt werden muss (vgl. ebd., 43 ff).

Um dies praktisch zu machen, lohnt ein Blick auf die US-amerikanische Tradition des *Transformative Organizing*, das gerade in sozial benachteiligten Stadtvierteln zur Anwendung kommt. Denn es bietet beides: Techniken, um gewinnbare Auseinandersetzungen zu identifizieren und einen Plan zu entwickeln und umzusetzen (»plan to win«). Zugleich bettet es diesen Werkzeugkasten ein in eine umfassende Perspektive von Gesellschaftsveränderung. Das Transformative dieses Ansatzes liegt in einer Organisierungsstrategie, die linke Gesellschaftsanalyse, politische Bildung, die Auseinandersetzung um soziale Orte, die Kämpfe im und um den öffentlichen Raum, neue Formen politischer Arbeit und basisdemokratischer Entscheidungsfindung ebenso wie Bündnisarbeit und Aktionsformen miteinander verbindet.

War das *canvassing* wie im Hallschlag eher ein kurzer Flirt, geht es beim *transformative organizing* um den Aufbau einer lang-

fristigen Beziehung. Mehr werden heißt hier, linken Antworten auf die Krise und denen, die gemeinsam danach suchen wollen, mehr Gewicht zu verschaffen. (Selbst-)Organisierung und deren Unterstützung durch eine Partei sollen also zusammenwirken. Dauerhafte Präsenz im Alltag kann so dem rechten Agenda-Setting ein linkes entgegensetzen.

KAMPF UM SOUVERÄNITÄT

Die Wahlerfolge autoritär-populistischer Parteien zeigen auch, dass eine noch so genaue linke Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht ausreicht, um Menschen für ein linkes Veränderungsprojekt zu gewinnen, sondern dass es eine Perspektive braucht, die über das Kritisierte hinausgeht. Utopiefähig zu sein – ein Jenseits des Bestehenden glaubhaft zu entwerfen und im Kampf darum einzutreten –, muss daher ein Moment von Organisierungsprozessen sein. Teil einer solchen Zukunftsvision können in prekären Zeiten so dringend benötigte solidarische Orte im Wohnumfeld sein, Strukturen, die von gegenseitiger Sorge getragen werden. Darum lohnt es, gemeinsam zu ringen.

So reihen sich Projekte zur Organisierung in sozial benachteiligten Stadtvierteln ein in Kämpfe um die Zurückgewinnung von Souveränität auf allen Ebenen der Politik (vgl. Candeias 2016). Gestaltungsmacht im eigenen Wohnumfeld zu erringen, kann ein erster Schritt sein. Dazu reicht ein kurzfristiger Flirt nicht aus, es braucht lange und mühselige Beziehungsarbeit, damit eine stabile Basis entstehen kann. Parlamentarische Repräsentation muss mit einer langfristigen Alltagsorganisierung kombiniert werden, bei der lokale Initiativen und die LINKE gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Zur Inspiration lohnt ein letzter Blick nach Stuttgart: Die Mieterinitiative geht in ihrer Auseinandersetzung die nächsten Schritte: Mit einer großen Kampagne will sie die SWSG dazu bringen, zukünftig auch auf die sechsprozentige Mietsteigerung zu verzichten. Und im Hallschlag hat die LINKE bei den Landtagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde geknackt. Die Bewohner*innen des Hallschlags, die nicht wahlberechtigt sind, brauchen im Kampf um ihre Souveränität allerdings andere Antworten, als dies eine Landtagswahl bieten kann. Und so stehen die Aktivist*innen vor der Herausforderung, den Kampf um preiswerte Wohnungen mit dem Kampf um mehr Souveränität aller Bewohner*innen des Viertels zu verknüpfen. Zum Glück gibt es im Hallschlag viele stabile Beziehungen.

LITERATUR

Bourdieu, Pierre, 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.

Candeias, Mario, 2016: Demokratie entgrenzen, in: LuXemburg 1/2016, 126–127

Goes, Thomas E., 2015: Zwischen Disziplinierung und Gegenwehr. Wie Prekarisierung sich auf Beschäftigte im Großhandel auswirkt, Frankfurt a.M./New York

Kahrs, Horst, 2015: Ziemlich viel Klasse. Prekarisierung und politische Partizipation, in: LuXemburg 1/2015, 74–79

Precarias a la Deriva, 2004: Streifzüge durch die Kreisläufe feminisierter prekärer Arbeit, transversal, http://eipcp.net/transversal/0704/precarias1/de

Dies., 2014: Was ist Dein Streik? Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität, Wien

Schäfer, Armin/Vehrkamp, Robert/Gagné, Jérémie Felix, 2013: Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013, www.wahlbeteiligung2013.de

Wacquant, Loïc, 2015: Schattenseiten einer gespaltenen Stadt. Ein Kaleidoskop der Lebenslagen des urbanen Prekariats, in: LuXemburg 1/2015, 6–13

---

1 Zur SWSG vgl. Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE Plus, Bezirksbeirat Bad Cannstatt (2015), http://soeslinkeplus.de/2015/11/antrag-zum-mietpreisstopp-bei-der-swsg/

WUNDERMITTEL VOLKSENTSCHEID?

CHANCEN UND GRENZEN FÜR DIE MIETENPOLITISCHE BEWEGUNG

STEPHAN JUNKER, SUSANNA RAAB UND HANNAH SCHURIAN

Steigende Mieten sind für die Menschen in Berlin *das* beherrschende Thema. In keiner anderen deutschen Stadt steigen sie so rasant. Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware und weder der private Wohnungsmarkt noch die kommunalen Wohnungsunternehmen schaffen hier Abhilfe. Diese Situation ist auch ein Ergebnis politischer Entscheidungen: Seit den 1990er Jahren wurden 220 000 landeseigene Wohnungen privatisiert und jährlich verlieren Tausende weitere Wohnungen die Sozialbindung.

Neu sind diese Erkenntnisse nicht, seit Langem prangern stadtpolitische Gruppen und Mieterinitiativen die Wohnungspolitik des Senats an. Mithilfe neuer Organisierungsprozesse und regelmäßiger Demonstrationen ist es in den letzten Jahren jedoch gelungen, das Thema ganz oben auf die Agenda zu setzen – ein beachtlicher Erfolg, wurde doch vonseiten des Senats lange behauptet, es gebe kein Mietenproblem. Trotz einzelner Erfolge und gewonnener Abwehrkämpfe gegen

Zwangsräumungen und Privatisierungen konnte jedoch kein wirklicher Kurswechsel erreicht werden – erst recht keiner, bei dem die Berliner*innen hätten mitreden dürfen. Der Unmut über die Ignoranz der Politik kam 2014 im Volksentscheid zum Erhalt des Tempelhofer Felds zum Ausdruck: Die Bebauungspläne des Senats wurden mit eindeutigem Votum abgelehnt. In dieser Situation entstand die Idee eines Mietenvolksentscheids (MVE), der die Wut der Berliner*innen auf die Senatspolitik aufgreifen und dieser eine politische Stimme geben sollte.

Wie schon im Volksentscheid zur Berliner Energieversorgung 2013 beteiligte sich die Interventionistische Linke Berlin (IL) an dem entsprechenden Bündnis. Verschiedene Überlegungen spielten hier eine Rolle: Wir sahen die Möglichkeit, konkrete Verbesserungen zu erkämpfen, die die Verdrängung zumindest abschwächen und die Mieterbewegung in die Offensive bringen würden. Wir sahen außerdem das Potenzial, verschiedene Kämpfe in der Stadt zu bündeln und sie insbesondere über das linke Spektrum hinaus zu erweitern. Schließlich wollten wir über den Gesetzentwurf hinaus die Richtungsforderung nach einer Vergesellschaftung von Wohnraum stärken.[1]

Wir begriffen das Ganze als ein Projekt »revolutionärer Realpolitik« im Sinne Rosa Luxemburgs. Ein Projekt, das einerseits auf konkrete Verbesserung zielt, aber gleichzeitig auf einen Prozess der Veränderung und Organisierung, der schrittweise die Grenzen des politisch Machbaren verschieben kann.

Gut eineinhalb Jahre nach dem Start des Mietenvolksentscheids ziehen wir ein gemischtes Fazit. Wir wollen im Folgenden nicht nur über den konkreten Verlauf der Kampagne und den MVE im Spannungsfeld zwischen realpolitischem Teilerfolg und der Gefahr einer Vereinnahmung durch die Senatspolitik reflektieren, sondern allgemein über real- und bewegungspolitische Potenziale und Beschränkungen von Volksentscheiden.

WORUM GING ES IM MIETENVOLKSENTSCHEID?

Der Mietenvolksentscheid zielte auf einen Gesetzentwurf für eine neue soziale Wohnraumversorgung und beruhte auf drei Säulen:

STEPHAN JUNKER ist in der Interventionistischen Linken (IL) aktiv und war für diese im Koordinierungskreis des Mietenvolksentscheids. Außerdem schreibt er seine Masterarbeit zu Klassenpositionen und Klasseninteressen.

SUSANNA RAAB ist angehende Sozialwissenschaftlerin. Auch sie war für die IL Berlin im Koordinierungskreis des Mietenvolksentscheids.

HANNAH SCHURIAN ist seit Juli 2016 Referentin für soziale Infrastrukturen im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wie die beiden anderen war sie mit der IL Berlin am Mietenvolksentscheid beteiligt.

Erstens sollte ein fest finanzierter Wohnraumförderfonds den Ankauf und Neubau von Wohnungen ermöglichen, die von sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften verwaltet werden sollten. Zweitens sollten diese Wohnungsbaugesellschaften in Anstalten öffentlichen Rechts umgewandelt werden und sich damit an einer gemeinwohlorientier-

ten Wohnraumversorgung statt an Renditezielen orientieren. Dies sollte auch mehr öffentliche Kontrolle und Mitbestimmung der Mieter*innen ermöglichen. Das dritte Element war ein einkommensabhängiges Sozialwohngeld für die Mieter*innen im alten sozialen Wohnungsbau, die akut von Verdrängung bedroht sind.

Diese Idee zog zahlreiche Interessierte an. Ein breites Bündnis aus Gruppen und Einzelpersonen traf sich in einem wöchentlichen Aktivenplenum, während ein Koordinierungskreis (Ko-Kreis) für Ansprechbarkeit nach außen sorgte und für die Infrastruktur zuständig war. Als IL Berlin waren wir in beiden Gremien präsent. Andere tragende Gruppen waren die Initiative Kotti & Co, die seit mehreren Jahren Sozialmieter*innen am Kottbusser Tor in Kreuzberg organisiert (vgl. Kaltenborn in LuXemburg 4/2012), sowie Aktive des linken Studierendenverbandes SDS und eine Reihe von Einzelpersonen. Die im Ko-Kreis eingebundenen Expert*innen spielten von Beginn an eine zentrale Rolle und waren maßgeblich an der Formulierung des komplexen Gesetzestexts beteiligt.

Ein Volksentscheid folgt einem strikten Zeitplan. Um ein Gesetz zur Abstimmung stellen zu dürfen, müssen in zwei Phasen Unterschriften gesammelt werden. Schon in der ersten Phase zeigte sich das große Mobilisierungspotenzial. Eine Vielzahl von Gruppen und Einzelpersonen beteiligte sich, die Presseresonanz war groß und die Dynamik beachtlich. Statt der geforderten 20 000 konnten bereits nach sieben Wochen 50 000 Unterschriften an die Senatsverwaltung übergeben werden.

DIE TÜCKE DES GESETZES: REALPOLITIK UND RICHTUNGSFORDERUNGEN

Die Stärke des Volksentscheids, konkret umsetzbare Maßnahmen zur Abstimmung zu stellen, war auch eine große Schwierigkeit. Damit ein Gesetzesvorhaben wenig Angriffsfläche bietet und schnell die formalen Hürden nimmt, müssen enge rechtliche Vorgaben erfüllt sein.[2] So mussten die Kernforderungen schon zu Beginn in einem schmerzhaften Prozess zurechtgestutzt werden. Wegen bestimmter landesrechtlicher Einschränkungen entschied das Bündnis, sich auf den kommunalen und sozialen Wohnungsbau zu konzentrieren. Der gesamte private Wohnungsmarkt blieb so außen vor, und damit drei Viertel der Mietwohnungen in Berlin. Wichtige Forderungen und stadtpolitische Akteure konnten folglich nicht eingebunden werden. Die IL Berlin hatte deshalb vor, den Volksentscheid durch eine Kampagne zu begleiten, die weiterreichende Forderungen hätte thematisieren können. Diese nahm jedoch nie an Fahrt auf – auch weil die anstehenden Aufgaben und erforderlichen Diskussionen im Bündnis fast alle unsere Ressourcen banden.

Wir sahen in dem Gesetzentwurf dennoch viel Potenzial und den Grundstein für eine soziale Wohnraumversorgung. Zugleich versuchten wir, möglichst weitgehende Richtungsforderungen zu verankern, deren Umsetzung vielleicht nicht reibungslos funktioniert hätte, die aber das Potenzial gehabt hätten, einen Transformationsprozess anzustoßen. Solche Forderungen sind jedoch insofern juristisch riskant, als immer die Gefahr besteht, dass das gesamte Verfahren aus formalen Gründen gekippt wird. Ent-



Ende Gelände 2016, Paul Louis Wagner

sprechend waren sie im Bündnis umkämpft. Zusätzlich steckt der Teufel im Detail: Wie etwa demokratisiert man eine städtische Wohnungsbaugesellschaft? Wie lassen sich die Interessen der aktuellen und potenziellen Mieter*innen vereinbaren, wie die der Beschäftigten mit denen von stadtpolitischen Bewegungen? Die Interessenlagen sind komplex, und es war notwendig, auch andere Akteure in der Stadt wie etwa ver.di oder den Flüchtlingsrat Berlin einzubinden. Genau hier liegt eine Chance des Volksentscheids: Er kann Diskussionsräume öffnen, um solche Richtungsforderungen gemeinsam zu entwickeln und konkret auszubuchstabieren. Mit weitgehenden Demokratisierungsforderungen konnten wir uns allerdings nicht durchsetzen: Dem Senat keine Mehrheit im Verwaltungsrat der neu zu schaffenden Anstalten öffentlichen Rechts zuzusichern, erschien vielen als zu weitgehend, weil es unter Umständen die Regelungskompetenz des Gesetzentwurfs überschritten hätte.

Nicht nur an diesem Beispiel wird deutlich, dass das Projekt, ein neues Gesetz zu formulieren, tendenziell dazu zwingt, sich die Logiken der herrschenden Institutionen weitgehend zu eigen zu machen. Die eigenen Forderungen müssen entsprechend möglichst passförmig zu bestehenden Strukturen formuliert werden, können diese kaum überschreiten. Beispielhaft ist hier auch die Orientierung an Durchschnittsmieten als Maßstab für Mietsubventionen im sozialen

Wohnungsbau: Während die Durchschnittsmiete eine dynamische Größe ist, die eine Mietsteigerung langfristig nur verlangsamen, aber nicht aufhalten kann, wäre eine Mietobergrenze hier eine sehr konkrete und zugleich radikalere Forderung gewesen.

Um solche Abwägungen zu treffen, braucht es nicht (allein) juristische Sachkenntnis und Fachdebatten, sondern auch eine politisch-strategische Auseinandersetzung. Diese zu organisieren ist jedoch schwer, wenn das Machbare im Vordergrund steht und sich die neu eröffnete Diskussionsräume schnell wieder bürokratisch schließen.

MOVEMENT-BUILDING PER VOLKSENTSCHEID?

Als IL verfolgten wir von Anfang an zwei parallele Ziele: realpolitische Erfolge und die Stärkung der mietenpolitischen Bewegung. Beides hing eng zusammen: Gerade Menschen, die sich nicht als linke Aktivist*innen verstehen, engagieren sich vor allem dann, wenn sie konkret etwas erreichen können. Eine Radikalisierung von Forderungen kann so auch als Lernprozess in gemeinsamen Kämpfen erst entstehen. Wir haben erlebt, welche Mobilisierungskraft von einer Initiative ausgeht, die ein Anliegen von Menschen trifft, das politisch nicht repräsentiert ist. Keine der Parteien in Berlin steht für einen mietenpolitischen Paradigmenwechsel. »Wo kann ich gegen steigende Mieten unterschreiben?«, war eine häufig gehörte Frage an unseren Info-Ständen.

Am Unterschriftensammeln kann sich jede*r beteiligen. Was aber heißt Beteiligung über das Sammeln hinaus? Wie kann ein Mitmach-Volksentscheid aussehen, der gemeinsame Lernprozesse und eine Politisierung der Auseinandersetzung ermöglicht? Gelungen ist eine solche Beteiligung dort, wo sich neue Kiezgruppen rund um bestehende Initiativen formiert haben, die nicht nur Unterschriften sammeln, sondern auch andere Aktivitäten in Angriff nehmen wollten. Zusätzlich haben wir versucht, eine zentrale Struktur aufzubauen, die Interessierte mit Informationen, Einladungen, Kontaktadressen versorgt – also auch diejenigen mitnimmt, die sich nicht in bestehenden (Basis-)Gruppen zu Hause fühlen. Eine Beteiligung der Vielen über das Sammeln hinaus war aber schwierig. Außerdem gelang es uns nicht, das Aktivenplenum zu einem zentralen Ort der strategischen Diskussion zu machen, mit dem Ergebnis, dass am Ende Detailwissen und fachliche Kompetenz nur bei Wenigen lagen. Es wäre hier eine Vermittlungsebene nötig gewesen: Neben den fachpolitischen Expert*innen und Aktivist*innen hätten wir mehr Menschen gebraucht, die die Fachfragen hätten so übersetzen können, dass sie für andere politisch diskutierbar geworden wären. Dass genau das fehlte, fiel in der Anfangsphase wenig ins Gewicht. Es rächte sich jedoch, als unser Gegenüber die Strategie änderte und wir als Bündnis reagieren mussten.

IN DER FALLE: EINBINDUNG STATT ERMÄCHTIGUNG

Im Sommer 2015 sah sich der Mietenvolksentscheid mit einer Strategie der Einbindung und Einschüchterung konfrontiert. Die SPD bot Gespräche an und versprach eine mietenpolitische Kurskorrektur in Form eines Gesetzes zur sozialen Wohnraumversorgung, mit

der einige unserer Forderungen aufgegriffen werden sollten. Zugleich drohte sie mit einer Klage vor dem Landesverfassungsgericht, die aufgrund unvorhergesehener rechtlicher Schwächen des Gesetzestextes sogar aussichtsreich gewesen wäre. Das Bündnis sah sich in einer Zwickmühle: Auf der einen Seite bestand die Gefahr, sich in jahrelangen juristischen Streitigkeiten aufzureiben und das politische Momentum zu verlieren; auf der anderen Seite die Möglichkeit, einen Teilerfolg zu erreichen, dabei aber der SPD Wahlkampfhilfe zu leisten und eine Schwächung der mietenpolitischen Bewegung in Berlin zu riskieren.

Eine vom Ko-Kreis bestimmte Gesprächsgruppe nahm an den Verhandlungen teil. Es gelang jedoch auch hier nicht, zugleich eine breite Diskussion in den Strukturen des Bündnisses *und* darüber hinaus zu führen. Dies hätte Zeit erfordert und wäre der Forderung der SPD nach Vertraulichkeit und schnellen Entscheidungen zuwidergelaufen. In dieser Situation auf die Bremse zu treten und einen anderen Modus einzufordern, war nicht einfach und ist zumeist unvereinbar mit dem politischen Angebot, auf ›Augenhöhe‹ zu verhandeln.

Am Ende der Verhandlungen stand ein von der Mehrheit der Gesprächsgruppe unterstütztes Kompromissgesetz. Im Bündnis gab es jedoch heftige Kontroversen, in denen auch die unterschiedlichen Perspektiven der Akteure deutlich wurden: Während für die einen vor allem konkrete Verbesserungen wie etwa Mietsenkungen im sozialen Wohnungsbau ausschlaggebend waren, sahen wir als IL darin eine Vereinnahmungsstrategie, die den Aufbau von Gegenmacht auch im anstehenden Wahlkampf weiter erschweren würde. Es wäre in dieser zugespitzten Situation sehr hilfreiche gewesen, wenn wir unterschiedliche Szenarien und unsere Perspektiven darauf bereits im Vorfeld der Kampagne diskutiert hätten.

WAS BLEIBT? VERSUCH EINER BILANZ

Es bleibt umstritten, ob der MVE als Erfolg oder Scheitern, Etappensieg oder Rückschlag zu werten ist. Argumente lassen sich für alle Einschätzungen finden. Für unsere Bewertung ist nicht zuletzt die Art und Weise der Entscheidungsfindung relevant. Wie mit den Angeboten von SPD und Senat umzugehen ist, wurde beispielsweise nicht mit allen am Bündnis Beteiligten diskutiert und erst recht nicht gemeinsam entschieden. Manche hätten lieber eine öffentliche Konfrontation mit der SPD gesucht, anstatt hinter geschlossenen Türen zu verhandeln. Eine andere Option wäre gewesen, jenseits von Verhandlungstisch und Verfassungsgericht mit der Unterschriftensammlung für einen neuen Gesetzesentwurf Druck aufzubauen. Diese Debatten nicht gemeinsam geführt zu haben, war ein folgenschwerer Fehler. So ließ ein Projekt, das ursprünglich auf Selbstorganisierung und Selbstermächtigung abzielte, erneut das Gefühl entstehen, dass andere entscheiden. Die Mobilisierung der Vielen droht so zu einem Instrument zu werden, um ›auf Augenhöhe‹ mit der Politik zu agieren – die Ermächtigung gerät als Ziel aus dem Blick. Das ist eine problematische Form der Realpolitik, die auf ein konkretes Ziel fokussiert und langfristige Veränderungen ausblendet.

All das ist nicht der bösen Absicht Einzelner geschuldet, sondern hängt auch mit dem Instrument des Volksentscheids zusammen und mit den damit verbundenen Arbeitsstrukturen. Dem explizit entgegenzuwirken und demokratische Entscheidungsprozesse zu organisieren, bedeutet viel Arbeit. Offene und einladende Strukturen ergeben sich nicht von selbst, sondern müssen aufgebaut und ›gepflegt‹ werden. Diese sollten jedoch als wichtige Ressource statt als Bürde betrachtet und die damit verbundenen Aufgaben auf vielen Schultern verteilt werden. Nur so ist es möglich, Wissen weiterzugeben und damit auch einen produktiven Umgang mit Widersprüchen, der Komplexität der Herausforderungen und möglichen Rückschlägen zu finden (vgl. Zelik sowie Bruchmann/Candeias in diesem Heft).

Realpolitisch betrachtet war der Mietenvolksentscheid ein Teilerfolg: Das im November 2015 verabschiedete »Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin« sieht eine (wenn auch unzureichende) Mietsubvention für einkommensschwache Haushalte im sozialen Wohnungsbau und eine Ausweitung von Krediten zur Schaffung von Sozialwohnungen vor.[3] Weitere Zugeständnisse sind die Festschreibung des sozialen Versorgungsauftrages der kommunalen Wohnungsunternehmen sowie die erstmalige Verankerung eines Mitspracherechts der Mieter*innen. Zusätzlich wurden millionenschwere Investitionen zur besseren Wohnraumversorgung beschlossen. Mietenpolitisch ist all das dennoch kein großer Wurf. Es fehlen strukturelle Veränderungen und ein neues stadtpolitisches Leitbild. Mit mehr Geld werden weiterhin vor allem private Investoren gefördert, sodass wir es eher mit der sozialen Abfederung einer weiter auf privatwirtschaftliches Wachstum setzenden Standortpolitik zu tun haben.

Bewegungspolitisch besteht die Gefahr, dass ein anfänglicher Erfolg im Nachhinein zur Niederlage wird. Statt des Gefühls der Ermächtigung blieb bei vielen Ernüchterung: Das ›Abfanggesetz‹ erscheint als Ergebnis von Expertengesprächen, nicht als gemeinsam erkämpfter Etappensieg. Ob der MVE langfristig eher demobilisierend wirkt oder die Mieterbewegung vorangebracht hat, ist jedoch offen. Der Weg zu einer grundlegenden Veränderung der Verhältnisse ist schließlich nicht linear und schließt zyklische Lernerfahrungen ein.

Zum Schluss die Frage: Lässt sich das Instrument des Volksentscheids für grundlegende politische Veränderung nutzen? Wie wir gesehen haben, sind die Ansprüche an ein solches Projekt unterschiedlich. Entscheidend ist aus unserer Sicht, die Durchsetzung von konkreten Verbesserungen und die langfristige Stärkung einer Bewegung als Ziele zusammenzudenken. In einem Widerspruch stehen sie dann, wenn die Reform zum alleinigen Ziel wird und weitergehende Möglichkeiten aus der Hand gegeben werden. Es geht nicht allein darum, die Lage zu verbessern, sondern auch darum, in gemeinsamen Kämpfen die Grenzen von Reformen zu erkennen und schrittweise radikalere Forderungen zu entwickeln. Um das Instrument des Volksentscheids für eine solche Politik nutzbar zu machen, muss aber dieses Spannungsfeld bewusst sein. Wir müssen Strukturen entwi-

ckeln, die nicht nur konkrete Verbesserungen erkämpfen, sondern auch Erfahrungen der Ermächtigung organisieren.

WIE WEITER?

Wie könnte ein Neuanfang nach dem MVE in Berlin aussehen? Um eine breite politische Diskussion darüber zu führen, haben wir im Februar 2016 eine stadtpolitische Aktivenkonferenz organisiert. Ziel war es, eine Kampagne zu entwickeln, um den Senat im kommenden Wahlkampf unter Druck zu setzen und dem Eindruck entgegenzuwirken, die SPD habe die mietenpolitische Frage ›gelöst‹. Zugleich wollten wir die mietenpolitische Bewegung nach dem Volksentscheid wieder zusammenführen, und hier aus unseren Erfahrungen lernen. Schon in der Planung bemühten wir uns, offen mit möglichst vielen Akteuren zu kommunizieren, sie zur Vorbereitung einzuladen und nach ihren Ideen zu befragen. Zugleich ist klar, dass wirkliche Beteiligung und Mitverantwortung nicht allein durch offene Einladungen und Ideenabfragen entstehen. Vielmehr bedarf es der persönlichen Überzeugungsarbeit in kleineren Treffen, für die es weiterhin oft an Kapazitäten fehlt.

Dennoch ist es auf der Konferenz gelungen, ein gegenseitiges Vertrauen wiederherzustellen. In den Strategiedebatten wurden gemeinsame Linien deutlich: eine Stärkung und Demokratisierung des öffentlichen Wohnungsbestands und das Zurückdrängen profitorientierter Investoren. Mit der Forderung nach »Wohnraum für Alle« haben wir die Wohnungsfrage für Geflüchtete mit der allgemeinen Wohnungsmisere zusammengebracht (vgl. Wiegand in diesem Heft).[4]

Für unsere zukünftige Kampagne gilt es nun, vielfältige und niedrigschwellige Anknüpfungsmöglichkeiten zu bieten – sowohl inhaltlich wie aktionistisch. Trotz der Zuspitzung auf Richtungsforderungen müssen viele konkrete Forderungen Platz haben. Gerade in der Planung ist es wichtig, vielfältige Aktionsformen zuzulassen und zu fördern. Begonnen haben wir im Juni 2016 mit einer Social-Media-Kampagne und Aktion zum symbolischen Einzug ins millionenschwere Berliner Stadtschloss und mit der Ausarbeitung eines wohnungspolitischen Forderungskatalogs. Die Zuspitzung bei gleichzeitiger Breite und Vielfalt bleibt eine Herausforderung, auch weil in Berlin weiterhin viele stadtpolitische Gruppen unverbunden nebeneinander her arbeiten. Der Mietenvolksentscheid war hier trotz aller Unzulänglichkeiten eine wichtige Erfahrung, die gezeigt hat: In einem breiten Bündnis kann die stadtpolitische Bewegung Ungeahntes erreichen.

---

1 Zum Konzept der Vergesellschaftung, wie es in der Interventionistischen Linken diskutiert wird, vgl. http://gruppedissident.blogsport.de/images/vergesellschaftung_il-web.pdf

2 Langwierige Prüfungen oder Verfassungsklagen hätten etwa dazu führen können, den anvisierten Abstimmungstermin, die Abgeordnetenhauswahl 2016, zu verfehlen. Dies ist eine bekannte Verzögerungstaktik des Berliner Senats, um Volksbegehren an der niedrigen Wahlbeteiligung scheitern zu lassen. So geschehen im Fall des Energievolksentscheids 2013.

3 Vgl. hierzu eine kritische Bewertung der Mieterinitiative Kotti & Co unter: https://kottiundco.net/2015/10/09/unglaublich-fuer-berlin-trotzdem-nicht-genug/

4 Die Kampagne »Wohnraum für Alle« ist Teil des Zusammenschlusses »Berlin für Alle«, in dem sich unterschiedliche Initiativen gemeinsam für soziale Rechte und den Ausbau einer sozialen Infrastruktur engagieren. Infos unter: http://berlinfueralle.org/

DAS ROTE WIEN

SOZIALISTISCHE STADT IM KONSERVATIVEN STAAT

VERONIKA DUMA UND
HANNA LICHTENBERGER

Das Rote Wien (1919–1934) stellt bis heute für verschiedene progressive Kräfte einen emphatischen oder auch kritisch-solidarischen Orientierungspunkt linker Stadtpolitik dar. International war und ist das gesellschaftspolitische Reformprojekt der Zwischenkriegszeit vor allem durch den sozialen Wohnungsbau bekannt. Aber auch umfassende Reformen in der Sozial- und Gesundheitspolitik sowie ein breit angelegtes Erziehungs-, Kultur- und Bildungsprogramm charakterisierten das kommunalpolitische Projekt bis zu dessen Zerschlagung im Jahr 1934.

Das Rote Wien war eine historisch spezifische, sozialdemokratische Antwort auf noch heute aktuelle gesellschaftspolitische Fragen, wie jene nach der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, nach dem Zugang zu sozialer und öffentlicher Infrastruktur oder der (Re-)Organisation der Reproduktionsarbeit. Vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen linker (Stadt-)Politik – den Kämpfen um das Recht auf Wohnen, den

Anti-Austeritäts-Protesten oder Strategien gegen Rechts – richten wir den Blick auf dieses historische Projekt der Kommunalpolitik inmitten der krisenhaften Zwischenkriegszeit sowie auf die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen fortschrittlicher Stadtpolitik in einem konservativ regierten Staat.

ENTSTEHUNGS- UND DURCHSETZUNGS-BEDINGUNGEN

Noch heute prägen die Bau- und Infrastrukturmaßnahmen der Zwischenkriegszeit das Stadtbild Wiens. Auch in anderen europäischen Städten wie Frankfurt am Main (Neues Frankfurt) oder Zürich (Rotes Zürich) wurden nach dem Ersten Weltkrieg städtische Reformprojekte angestoßen, keines war jedoch derart umfassend angelegt wie das des Roten Wiens. Eine zentrale Bedingung für die Durchsetzung des Projekts war eine starke Arbeiter-, Frauen- und Rätebewegung nach dem Ersten Weltkrieg. Die gesellschaftspolitische Situation war geprägt von Hunger, massiver Arbeits- und Wohnungslosigkeit sowie einer politischen Polarisierung. Gegen Kriegsende erlebte das Land eine Welle von Demonstrationen und Streiks. In den Fabriken und Stadtteilen Wiens, aber auch in anderen Industriegebieten wurden nach dem Vorbild der Russischen Revolution sowie der Räterepubliken in Deutschland und Ungarn Arbeiterräte gebildet. Die sozialrevolutionäre Situation nach dem Zerfall der Monarchie eröffnete den Raum für gesellschaftliche Veränderungen. Mit der Ausrufung der Republik Österreich im November 1918 wurde das lang umkämpfte allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen realisiert. In den ersten Wahlen erlangte die Sozialdemokratie die Mehrheit der Stimmen. Von der bis 1920 auf Bundesebene bestehenden Koalitionsregierung aus Sozialdemokratie und konservativ-katholischer Christlich-Sozialer Partei wurden wohlfahrts- und sozialstaatliche Maßnahmen durchgesetzt, die eine unmittelbare Verbesserung der Lebensverhältnisse bedeuteten, etwa der Achtstundentag, bezahlter Urlaub, das Betriebsrätegesetz, die Gründung der Arbeiterkammer oder ein Gesetz zum Mieter*innenschutz. Befördert wurde das Reformprojekt zudem durch die Beschaffenheit der österreichischen Sozialdemokratie. Deren Stärke beruhte vor allem auf der organisatorischen Integration verschiedener radikaler und revolutionärer Strömungen. Während Teile der Partei mit dem politischen Gegner verhandelten, konnten sie diesem zugleich mit dem Druck der Bewegungen Zugeständnisse abringen (*Perspektiven* 2010). In diesem Zusammenhang spielte auch der bis heute bestehende Bezug auf die Einheit der Partei eine große Rolle. Anders als in Deutschland gab es keine großen Abspaltungen und die Kommunistische Partei konnte sich neben der Sozialdemokratie – abgesehen von der Zeit der Illegalität unter Austrofaschismus und Nationalsozialismus – nicht behaupten. Bei

VERONIKA DUMA ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Universität Wien.

HANNA LICHTENBERGER ist Politologin und Historikerin. Sie arbeitet am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien.

den Wiener Gemeinderatswahlen erreichte die Sozialdemokratie stets die absolute Mehrheit. Die Stimmengewinne bedeuteten, dass nicht nur Arbeiter*innen sozialdemokratisch wählten, sondern die Partei auch Stimmen aus den neuen Angestelltenschichten des öffentlichen und privaten Sektors an sich binden konnte.

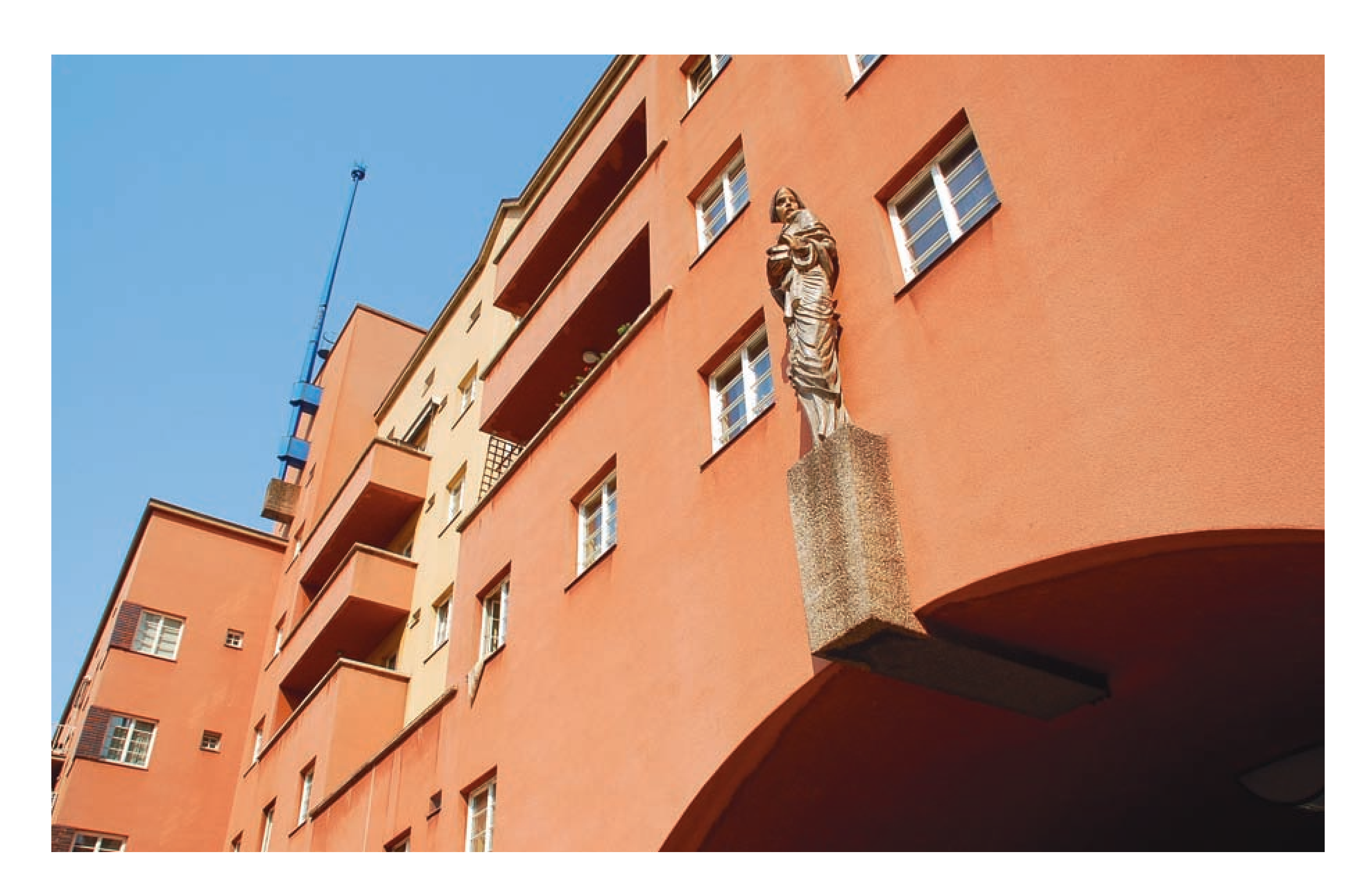
Zugleich zeigten sich rasch die Herausforderungen einer sozialistischen Stadt im konservativen Staat. Die Partei war außerparlamentarisch – durch den Schutzbund (ihr militärischer Arm), die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung auf der Straße und in den Betrieben – präsent, ihre Stellung im Roten Wien stellte einen realen Machtfaktor dar. Die Stadt verfolgte ein politisches Projekt, das im Gegensatz zum Kurs der Bundesregierung und teilweise auch zum Verhalten der stärker reformistisch-konsensorientierten Bundespartei der Sozialdemokratie stand. Das Rote Wien war jedoch von konservativ dominierten Bundesländern umgeben. Bereits zu Beginn der 1920er Jahre verschob sich das Kräfteverhältnis sukzessive zuungunsten der Arbeiter- und Frauenbewegung, in der öffentlichen Debatte wurde der Aufruf wiederholt, den »revolutionären Schutt« zu entfernen. Nach dem Ende der Koalition 1920 war die Sozialdemokratie zudem an keiner Bundesregierung mehr beteiligt. 1922 weitete sich – ähnlich wie in Deutschland – die kriegsbedingte Inflation aus. Der Währungsverfall endete erst, als der Völkerbund deklarierte, die Garantien für eine Auslandsanleihe zu übernehmen. Der Plan zur ›Sanierung‹ des Staatshaushaltes sah Einnahmensteigerungen und Ausgabensenkungen vor, die zulasten breiter Teile der Bevölkerung durchgeführt wurden.

STADTPOLITIK IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Der Fokus der Sozialdemokratie richtete sich auf den Aufbau des kommunalpolitischen Projekts in Wien. Umstrukturierungen in allen Lebensbereichen sollten den »neuen Menschen« formen und die Antizipation einer sozialistischen Gesellschaft in einer Stadt ermöglichen. Die ideologische Grundlage dieses Ansatzes war der Austromarxismus: Ein Projekt zwischen Revolution und Reform anstrebend, sollte die Sozialdemokratie über den Weg des Stimmzettels zum Sozialismus schreiten. Die politische Strategie konzentrierte sich darauf, in der Stadt Hegemonie aufzubauen (Rabinbach 1989).

Die Stadtregierung intervenierte mit einem massiven Investitions- und Infrastrukturprogramm in die wirtschaftliche Krise der Nachkriegszeit. Sie tat dies von Beginn an unter massiver Kritik bürgerlicher und rechter Kräfte. In der Opposition zur Politik der Sozialdemokratie fanden die Bundesregierung, der Hauptverband der Industrie, Banken, Unternehmen, die Kirche und die faschistischen und paramilitärischen Verbände der Heimwehren zusammen (Tálos/Manoschek 2005, 8).

Die finanzielle Basis für die Reformen schuf die Stadtregierung durch eine breit angelegte steuerliche Umverteilung. Möglich war dies, nachdem Wien im Jahr 1922 zu einem eigenen Bundesland geworden war und damit in der Steuerpolitik einen größeren Handlungsspielraum gewonnen hatte. Die nach dem Finanzstadtrat Hugo Breitner benannte Breitner-Steuer wurde auf Luxusgüter und -konsum wie Automobile, Pferde(rennen) oder Hauspersonal erhoben. Zentral war zudem



Der Karl-Marx-Hof ist einer der bekanntesten Bauten des Roten Wiens und beherbergt neben Wohnungen für etwa 5 000 Menschen zahlreiche Gemeinschaftseinrichtungen wie Wäschereien, Bäder, Kindergärten, eine Bibliothek, Arztpraxen und Geschäftslokale. Keith Ewing/flickr 🅯🅮

die sozial gestaffelte Wohnbausteuer, die insbesondere auf Villen und Hausbesitz zielte, Wohnungen von Arbeiterhaushalten aber mehr oder weniger unbelastet ließ.

Mithilfe eines breit angelegten Konjunkturprogramms wurde massiv in die soziale und öffentliche Infrastruktur und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen investiert sowie im Reproduktionsbereich eine Welle der Kommunalisierung und Verstaatlichung in Gang gesetzt. Das kam vielen der heute unter dem Begriff Care verhandelten Bereiche – von der Sozialpolitik über die Pflege und Versorgung bis hin zur Erziehung und Bildung – in Form von infrastrukturellen Maßnahmen und beträchtlichen Ressourcen zugute. Es erfolgte der Ausbau von Fürsorge- und Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche, von modernen Pflegeheimen und der allgemeinen medizinischen Versorgung. Die Stadtverwaltung trieb eine Schulreform mit reformpädagogischen Ansätzen voran und baute das Angebot der Erwachsenenbildung aus. Überall wurden Bibliotheken, oft in Gemeindebaukomplexen, eröffnet. Ein weitverzweigtes Netz an öffentlich subventionierten Vereinen hatte sich die kulturelle Bildung der Gesellschaft auf die Fahnen geschrieben und vertrat damit ein umfassendes Erziehungs- und Modernisierungsprojekt. Zugleich wurde über die Errichtung neuer Brücken, Straßen, Parks und

Promenaden die städtebauliche Umgestaltung vorangetrieben. (Weihsmann 2002; Podbrecky 2003, Mattl 2000)

ENTKOMMODIFIZIERUNG DES WOHNRAUMS UND SOZIALER WOHNUNGSBAU

Im 19. Jahrhundert war Wien, damals Reichshaupt- und Residenzstadt der K.-u.-K.-Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, mit über zwei Millionen Einwohner*innen zu einer Großstadt angewachsen. 1910 war Wien nach London, New York, Paris und Chicago die fünftgrößte Stadt weltweit. Arbeitsmigration aus verschiedenen Teilen der Habsburgermonarchie ließ das industrielle Zentrum expandieren. Überbelegte Wohnungen in Häusern der Gründerzeit ohne Licht und Luftzufuhr, Elendsviertel und Zinskasernen, in denen mehrere Generationen auf kleinstem Raum hausten, waren Kennzeichen der Wohn- und Lebensverhältnisse breiter Teile der Bevölkerung. Die Mieten waren hoch, sogenannte Bettgeher wechselten Schlafstellen im Schichtbetrieb, und die als Wiener Krankheit bezeichnete Tuberkulose oder die typische Proletarierkrankheit Rachitis waren weit verbreitet.

Der massiven Wohnungsnot nach dem Ersten Weltkrieg begegnete die Stadtregierung zuerst mit der Errichtung von Notquartieren, teils durch die Aneignung leerstehender Gebäude. Sie wandte sich gegen die Spekulation mit Wohnraum und kaufte sukzessive Grundstücke auf. Im Jahr 1924 war sie die größte Grundbesitzerin in Wien. In mehreren Etappen wurden zwischen 1923 und 1934 über 60 000 neue Wohnungen gebaut (Podbrecky 2003, 16). Die umfangreichen Baumaßnahmen fungierten zugleich als Arbeitsbeschaffungsprogramm. Die Stadtregierung unterstützte auch die Siedlungsbewegung, wobei tendenziell eher Skepsis gegenüber dem Modell des Ein- und Mehrfamilienhauses bestand. Gemeindebauten setzten sich als dominierende Bauform durch. Die bürgerlichen Kräfte wetterten gegen die Geldverschwendung der »roten Burgen«, denen eine militärische Funktion unterstellt wurde. Als die Bauarbeiten am Karl-Marx-Hof begannen, der um die 1 400 Wohnungen umfasste, hieß es, dieser drohe einzustürzen. Als das berühmte Amalienbad entstand, warnte man davor, die Ausstattung würde von den proletarischen Nutzer*innen gestohlen werden.

Bei den im Roten Wien errichteten Gemeindebauten handelte es sich um mehrgeschossige Wohnblocks, deren begrünte Innenhöfe Licht und Sonne garantieren sowie ein Gemeinschaftsgefühl und Solidarität unter den Bewohner*innen stärken sollten. Die Wohnblöcke waren an lokale Infrastruktureinrichtungen wie Konsumgenossenschaften und Bildungseinrichtungen angeschlossen, was eine Nahversorgung und die Organisation des Alltags erleichtern sollte. Die Wohnungen, die in der Regel über eine Wohnküche, ein Zimmer und manchmal ein zusätzliches Kabinett verfügten, waren zwischen 38 und 48 Quadratmeter groß und mit fließendem Wasser und Toiletten ausgestattet. Auch Forderungen der Frauen- und Arbeiterbewegung fanden Eingang in die neuen Formen des kommunalen Wohnungsbaus. Diskussionen um Rationalisierung und Zentralisierung der Hauswirtschaft spiegelten sich architektonisch in der Errichtung von Kinderbetreuungsstät-

ten, Zentralwaschküchen, dem sogenannten Einküchenhaus und der Wohnküche wider. Beabsichtigt war, klassische ›weibliche‹ Reproduktionsarbeiten von staatlicher Seite zu übernehmen und so die durch Lohnarbeit, Haushalt und Kindererziehung mehrfach belasteten Proletarierinnen zu entlasten. Die in der Fachliteratur geäußerten Einschätzungen zu den wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen betonen einerseits die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter*innen, andererseits das Moment der Kontrolle und Disziplinierung sowie der Verfestigung der geschlechtersezifischen Arbeitsteilung. (Gruber 1998, 57; Hauch 2009, 157; Pirhofer/Sieder 1982).

Mit den Gemeindebauten sollte ebenso wie mit den kommunalisierten Unternehmen und Dienstleistungen kein Gewinn erwirtschaftet werden. Die Stadtverwaltung übernahm bereits in Gemeindehand befindliche Betriebe (zum Beispiel Gas-, Wasser und Elektrizitätswerke, Verkehrsbetriebe) und setzte die Kommunalisierung fort (Müllabfuhr, Kanalisation etc.). Die Wohnungsmiete wurde kostendeckend berechnet und betrug 1926 um die vier Prozent eines durchschnittlichen Arbeitermonatslohns (Podbrecky 2003, 19). Die Vergabe der Wohnungen folgte einem gestaffelten Punktesystem. Ein zentrales Kriterium waren neben Bedürftigkeit wie Wohnungslosigkeit, Arbeitsverlust oder Kriegsinvalidität, ob jemand »in Wien geboren« war. Dies zählte vier Mal so viel wie die österreichische Staatsbürgerschaft (Weihsman 2003, 37). Damit galt der Grundsatz: Wer in der Stadt lebte, sollte hier auch wohnen bleiben können. Mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 geriet das Rote Wien jedoch immer stärker unter Druck (Maier/Maderthaner 2012).

KRISE UND AUSTERITÄT

Während in den USA die Regierung Roosevelt mit dem New Deal, einem Programm von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und konjunkturpolitischen Interventionen, auf die Weltwirtschaftskrise reagierte, setzte die österreichische Bundesregierung in der Ersten Republik eine Politik der Austerität durch. Die ›Rettung‹ des Staates in der Krise durch Völkerbundanleihen war an Konditionen gebunden, Vertreter des Finanzkomitees des Völkerbundes reisten nach Österreich und entwarfen gemeinsam mit der Regierung ein weiteres ›Sanierungsprogramm‹. Der Abbau der sozialen Infrastruktur, von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerrechten wurde maßgeblich durch sogenannte Notverordnungen vorangetrieben, womit das Parlament und demokratische Entscheidungsfindungsprozesse umgangen wurden. In den Medien der Arbeiterbewegung wurde die auch heute wieder aktuelle Frage »Wer zahlt für die Krise?« aufgeworfen:

»Die Krise! Geschäftsleute verlangen Steuererleichterungen, Fabrikanten den Abbau der ›sozialen Lasten‹ […]. Doch existiert die Krise […] nicht erst recht bei denen, über die nie gesprochen wird, bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten? Erst recht! Denn an ihnen will man Lohn ersparen, Fürsorgekosten sparen, sie müssen mehr Steuern zahlen, damit die direkten Steuern abgebaut werden können […]. In Zeiten der Krise sollen alle geschützt werden, nur arbeitenden Menschen, besonders Frauen und Jugendlichen wird noch genommen.« (*Die Frau* 3/1931, 4)

Regierung und Vertreter des Finanzkomitees des Völkerbundes verheimlichten nicht, dass sie die parlamentarische Demokratie als Störfaktor der ›Sanierung‹ empfanden. Die Etablierung autoritärer Strukturen wurde mit dem Verweis auf wirtschaftliche Notwendigkeiten gerechtfertigt. Die Sozialdemokratie kritisierte die Politik der Kürzungen, trug sie aber dennoch auf Bundesebene teilweise mit. Die Zerschlagung des wohlfahrtsstaatlichen Projekts des Roten Wiens weist Ähnlichkeiten mit den autoritär durchgesetzten neoliberalen Maßnahmen in Reaktion auf die jüngste Krise auf (Blyth 2013; Duma/Hajek 2015, Duma et al. 2014) und erinnert zugleich an den immer geringer werdenden Handlungsspielraum von Kommunen unter dem Druck der Schuldenbremse (Wiegand in diesem Heft).

Im Verlauf der damaligen Krise stieg der Druck der bürgerlich-konservativen Bundesregierung auf die Kommunalverwaltung Wiens, Einsparungen vorzunehmen und Abgaben einzutreiben (Vgl. z.B. *Die Frau* 8/1931, 2 und 10/1933, 7; *Arbeiter-Zeitung*, 11. 6.1931, 1–4). Zugleich schlug sich die Krise im Haushalt der Stadt nieder. Während auf Bundesebene ein Austeritätskurs eingeschlagen wurde, versuchte Wien insbesondere im Bereich des Wohnungsbaus das Investitionsprogramm weiterzuführen – wenn auch in verringertem Ausmaß. Sitzungen des Wiener Gemeinderates standen »im Zeichen der Sparsamkeit« (*Arbeiter-Zeitung*, 13.6.1931, 5). Die Kommunistische Partei, die weder im Parlament noch im Gemeinderat vertreten war, aber das Projekt des Roten Wien stets kritisch begleitete, protestierte gegen den Sparkurs. Sie warf der »Roten Gemeinde« die Entlastung der »notleidenden« Wirtschaft auf Kosten der »notleidenden Arbeiterschaft« vor.

Auf Bundesebene versuchte die Sozialdemokratie, Ideen für Arbeitsbeschaffungsprogramme, Investitionen sowie eine Umverteilung über das Steuersystem einzubringen, doch es blieb bei Vorschlägen. Im Zuge der militärischen Niederschlagung der Arbeiterbewegung im Februar 1934 setzte das austrofaschistische Regime die Stadtregierung ab und einen Regierungskommissär an deren Stelle ein. Eine der ersten Maßnahmen der austrofaschistischen Verwalter im Roten Wien war die Aufhebung des progressiven lokalen Steuersystems. Die steuerliche Umverteilung von oben nach unten wurde rückgängig gemacht. Das Projekt des öffentlichen Wohnbaus wurde weitestgehend beendet, der Mietzins erhöht, das Sozialversicherungsnetz und die soziale Infrastruktur wurden abgebaut.

RESÜMEE

Trotz der heute veränderten politischen Konstellationen und der unterschiedlichen Zusammensetzung der gesellschaftlichen Linken eröffnet die Aktualisierung dieser Fragestellungen Möglichkeiten, auf Erfahrungen oder Strategien aufzubauen. In ganz Europa gibt es Kämpfe gegen Zwangsräumungen (auch von Mieter*innen von kommunalen Wohnungen), Forderungen nach der Nutzung von leerstehenden Gebäuden und Wohnungen für neu Ankommende (zum Beispiel Geflüchtete) führen an vielen Orten zu Mobilisierungen der Linken. Die Erfahrungen des Roten Wiens zeigen, dass auf kommunaler Ebene weitreichende transformatorische Ideen in einer Situation zur Realität werden

konnten, in der massiver Druck ›von unten‹ aufgebaut werden konnte.

Trotz der Tatsache, dass auch Wien von Verdrängungsprozessen und steigenden Mieten nicht ausgenommen ist, weist die Stadt noch heute ein relativ hohes Budget für den öffentlich subventionierten Wohnbau auf. Voraussetzung für das damalige Reformprojekt war eine politische Kraft, eine Kombination aus Bewegungs- und Organisierungsprojekt, die auf große Teile der Subalternen bauen und einen Raum für weitergehende Veränderungen eröffnen konnte. Zugleich zeigt das Beispiel des Roten Wiens, wie wichtig es ist, die Zentren der Macht auf lokaler, nationaler und überregionaler Ebene in Angriff zu nehmen. Die Autonomie in der Steuerpolitik eröffnete einen großen Handlungsspielraum, der jedoch mit dem Eingreifen des Zentralstaates, flankiert vom Völkerbund und schließlich mit der Etablierung des Austrofaschismus zerstört wurde. Innerhalb der Linken wurde recht kontrovers über die richtige Strategie der Partei diskutiert. Die Sozialistin, Aktivistin und Sozialwissenschaftlerin Käthe Leichter, die während des Nationalsozialismus ermordet wurde, bezeichnete die Vermeidung der Machtfrage als fundamentalen Fehler im Kampf gegen den Austrofaschismus. Die linke Bewegung habe »den Glauben an die schöpferische Kraft der Arbeiterbewegung selbst, das Selbstvertrauen in die eigene Aktions- und Gestaltungskraft« verloren (Leichter 1933; zit. nach Rabinbach 1989, 140). Der Blick auf historische Entwicklungen sollte dazu dienen, aktuelle Ansätze einer emanzipatorischen Politik zu stärken. Dabei kommt es darauf an, die Dynamiken von sozialen Bewegungen ebenso wie die der parlamentarisch organisierten Kräfte in all ihren Widersprüchen strategisch zusammenzudenken und sich den gegenwärtig Zumutungen wie der Austeritätspolitik und dem Aufstieg der Rechten zu widersetzen.

LITERATUR

Blyth, Mark, 2013: Austerity. The History of a Dangerous Idea, New York

Duma, Veronika/Hajek, Katharina, 2015: Haushaltspolitiken. Feministische Perspektiven auf die Weltwirtschaftskrisen von 1929 und 2008, in: Kühschelm, Oliver (Hg.), Geld-Markt-Akteure, Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 26, 46–76

Dies./Konecny, Martin/Lichtenberger, Hanna, 2013: Krisenbearbeitung im historischen Vergleich: Österreich und Griechenland, in: Brie, Michael (Hg.): »Wenn das Alte stirbt …«. Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus, Reihe Manuskripte 8, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 157–190

Gruber, Helmut, 1998: The »New Women«: Realities and Illusions of Gender Equality in Red Vienna, in: ders./Graves, Pamela (Hg.), Women and Socialism. Socialism and Women. Europe Between the Two World Wars, New York/Oxford, 56–94

Hauch, Gabriella, 2009: Machen Frauen Staat? Geschlechterverhältnisse im politischen System, in: dies., Frauen bewegen Politik. Österreich 1848–1938, Innsbruck u.a., 151–170

Maier, Michaela/Maderthaner, Wolfgang, 2012: Im Bann der Schattenjahre. Wien in der Zeit der Wirtschaftskrise 1929 bis 1934, Wien

Mattl, Siegfried, 2000: Wien im 20. Jahrhundert, Wien

Perspektiven. Magazin für Linke Theorie und Praxis, »Wie Rot ist Wien?«, Sommer 2010, Nr. 11

Pirhofer, Gottfried/Sieder, Reinhard, 1982: Zur Konstitution der Arbeiterfamilie im Roten Wien. Familienpolitik, Kulturreform, Alltag und Ästhetik, in: Mitterauer, Michael/Sieder, Reinhard (Hg.), Historische Familienforschung, Frankfurt a.M., 326–369

Podbrecky, Inge, 2003: Rotes Wien. Gehen & Sehen. 5 Routen zu gebauten Experimenten. Von Karl-Marx-Hof bis Werkbundsiedlung, Wien

Rabinbach, Anson, 1989: Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg, Wien

Tálos, Emmerich/Manoschek, Walter, 2005: Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus, in: Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.), Austrofaschismus. Politik–Ökonomie–Kultur 1933–1938, Münster, 6–27

Weihsmann, Helmut, 2002: Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919–1934, Wien

DER NAME DER ZEIT

KOLJA MÖLLER

EIN NEUES MITTELALTER

Die Geflüchteten sind das Proletariat unseres Zeitalters. Wie in einem Brennglas verdichten sich die Krisen des globalen Kapitalismus in ihrem Schicksal. Und wie in einem Brennglas treten auch seine Strukturmerkmale hervor: Weder eine alles überwölbende internationale Gemeinschaft noch die einzelnen Nationalstaaten regieren die Welt, sondern eine fragmentierte Landschaft aus Staatsapparaten, inter- und supranationalen Politikregimen, imperialen Interessen und systemischen Eigenlogiken. Ein Blick auf die Konfliktkonstellationen der letzten Monate genügt: Die EU, die Vereinten Nationen, das Flüchtlingshilfswerk UNHCR, die sicherheits- und sozialpolitischen Apparate der Nationalstaaten bis hin zum Islamischen Staat sind beteiligt. Ein neues Mittelalter beginnt, das durch überlappende Kompetenzen und Ordnungskämpfe langer Dauer geprägt sein wird.

DAS UNRECHT SCHLECHTHIN

Als der junge Karl Marx in seiner »Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie« von 1844 die Figur des Proletariats erstmals ausführlich bemühte, hatte er noch nicht das politisch organisierte Industrieproletariat des ausgehenden 19. Jahrhunderts vor Augen. Mit dem Proletariat sei eine soziale Gruppe aufgetreten, die noch nicht durch eigene politische Selbstorganisierung geprägt war. Es war zunächst nur der sichtbare Ausdruck der kapitalistischen Modernisierung als sozialer Tendenz: Am Proletariat werde »kein besondres Unrecht«, sondern »das Unrecht schlechthin« verübt. Sein Leiden trage »universellen Charakter«.

Genau deshalb wird vom Standpunkt des Proletariats ein universelles Emanzipationsprojekt denkbar, das die »Auflösung der bisherigen Weltordnung« in eine geradezu notwendige Option verwandelt. Unabhängig davon, ob die Proletarier frühsozialistische Flugschriften studieren, gar nicht lesen können oder an den lieben Gott glauben, entsteht hier der Stoff, um die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft vom Kopf auf die Füße zu stellen. Die vordergründige Ohnmacht des Proletariats verschränkt sich mit einem hintergründigen Machtpotenzial.

Heute sind es die Geflüchteten, an denen sich das »universelle Leiden« ablesen lässt. Das Wechselspiel aus Macht und Ohnmacht wiederholt sich: Während progressive Regierungen daran scheitern, leichte Korrekturen in der Steuerpolitik durchzusetzen, haben es die nur minimal koordinierten Geflüchteten mit ihren aus Not geborenen Bewegungskalkülen geschafft, die Europäische Union in eine weitere Krise zu stürzen, die CDU zu spalten, eine

beispielslose Solidaritätsbewegung in Gang zu setzen und Grenzregime zu unterlaufen.

Wir leben in einem Zeitalter der Migration. Die Rede von der »Lösung« der »Flüchtlingskrise« durch die »Beseitigung der Fluchtursachen« ist Opium fürs Volk. Ein Zurück zum Zustand geordneter Nationalstaatlichkeit ist weder realistisch noch normativ überzeugend. Die transnationale soziale Frage wird sich nicht einfach durch politischen Beschluss ›lösen‹ lassen. Die Kernfragen lauten: Wie kann unter diesen Bedingungen das menschliche Leben geschützt werden? Wie können die politischen Effekte des neuen transnationalen Proletariats auch zu progressiven Veränderungen beitragen, die heute zumindest eine europäische Dimension haben müssen? Wie sind die erstarkenden autoritären Strömungen und damit verbundenen Gefahren abzuwehren?

REPRÄSENTATION UND SOLIDADRITÄT

Gegenwärtig wäre schon viel gewonnen, wenn die gesellschaftliche Linke in Europa – ähnlich wie der zahlenmäßig unbedeutende und verbildungsbürgerlichte »Bund der Kommunisten« in den 1840er Jahren – ihre advokatorische Rolle verstünde: Ihre Aufgabe ist es, den Standpunkt des transnationalen Proletariats (mit) zu repräsentieren. Schlechtes Gewissen angesichts der eigenen Privilegien kann man sich sparen. Die Zugänge zu wissenschaftlicher Expertise, zu verschiedenen Öffentlichkeiten und rechtliche Möglichkeiten sollten genutzt werden, um den Standpunkt des transnationalen Proletariats zur Geltung zu bringen. Die veröffentliche Meinung darf nicht den Köpfen der ›Pegidisten‹, den Intellektuellen der neuen Rechten oder AFD-Politiker*innen überlassen werden. Die Solidaritätsbewegung für Geflüchtete braucht dringend Gesichter und Personen, die das, was gesellschaftlich an vielen Orten der Bundesrepublik an Fluchthilfe geleistet wird, und das, was Stand wissenschaftlicher Forschungen zu Migration ist, auch sichtbar machen.

Dies gilt umso mehr, da die Handlungsfähigkeit linker Parteien in dieser Frage an strukturelle Grenzen stößt. Parteien legitimieren sich am Ende über Wahlen. Die Geflüchteten haben aber kein Wahlrecht, was sie auf absehbare Zeit für Parteipolitik uninteressant macht. Hier müssen linke Parteien dem Druck, stimmungsopportunistisch zu handeln, widerstehen, ohne ihre Anschlussfähigkeit an öffentliche Debatten aufzugeben. Sie wären aber auch aus inhaltlichen Gründen schlecht beraten, sich einzig an der Logik des politischen Systems auszurichten: Werden sie in diesem Sinne zu Systemparteien und reihen sich in den Mainstream ein, schneiden sie sich von den systemkritischen Triebkräften der transnationalen sozialen Frage ab.

Diese disparate Ausgangslage bringt uns notwendigerweise wieder zur alten Idee der Solidarität zurück: Wie können Verbindungslinien entstehen? Wie können die jeweiligen Handlungslogiken in ein Verhältnis gebracht werden, bei dem sie sich gegenseitig stärken? Denn um die Ohnmacht zu überwinden, brauchen wir beides: Repräsentation und Solidarität.

KOLJA MÖLLER arbeitet im Forschungszusammenhang »Normative Ordnungen« an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er schreibt zu Fragen internationaler politischer Soziologie und Theorie. Zuletzt erschien von ihm »Formwandel der Verfassung. Die postdemokratische Verfasstheit des Transnationalen« (2015).

ENDE GELÄNDE IM GERECHTIGKEITSDILEMMA

WARUM DER KOHLEAUSSTIEG NICHT BIS 2040 WARTEN KANN

HANNES LINDENBERG UND TADZIO MÜLLER

14. Mai 2016, Lausitz. Das Aktionswochenende, an dem das klimaaktivistische Bündnis »Ende Gelände« den Anti-Kohle-Protest in die Braunkohle-Region Lausitz tragen wollte, übertrifft alle Erwartungen. Ungefähr 4 000 Menschen aus 20 Ländern blockieren die Kohlebagger, Transportzüge und das Kraftwerk Schwarze Pumpe. Der quantifizierbare Effekt: Das Kraftwerk wird für 24 Stunden auf 20 Prozent seiner maximalen Leistungsfähigkeit gedrosselt, ein Meiler nur im Notbetrieb gehalten.

So weit, so gut. Aber der Klimawandel kann nicht Kraftwerk für Kraftwerk, Kohlegrube für Kohlegrube aufgehalten werden. Klimagerechtigkeit muss politisch erkämpft werden. Langfristig dürften deshalb andere Ergebnisse dieses Wochenendes schwerer wiegen.

1 | Internationalisierung

Die junge Klima(gerechtigkeits)bewegung weist einen hohen Grad an Internationalisierung auf: Von den gut 4 000 Aktivist*innen kamen mindestens 1 500 aus dem meist europäischen Ausland. Blickt man auf die Aktionen

des letzten Jahres – von »Ende Gelände« im Rheinland bis zu den taktisch gescheiterten, aber politisch wichtigen Aktivitäten rund um den Klimagipfel im Dezember 2015 in Paris – lässt sich konstatieren, dass die Klimabewegung derzeit zur Wiederherstellung eines europäischen Bewegungsraums beiträgt. Der Internationalisierungsgrad zeigte sich auch in der Kampagne »Break Free from Fossil Fuels«, in deren Rahmen vor allem das Klimanetzwerk 350.org Aktionen auf fünf Kontinenten koordinierte. Es gibt Parallelen zu den frühen Jahren der globalisierungskritischen Bewegung.

2 | Taktische Fortschritte

Nach den Gruben- und Baggerblockaden des vergangenen Jahres hatte Ende Gelände es dieses Mal auf die gesamte Kohleinfrastruktur abgesehen, also auch auf Kohlezüge und das Kraftwerk Schwarze Pumpe. Dadurch gelang es, in Deutschland erstmals ein laufendes Kraftwerk (fast) zum Stillstand zu bringen. Inhaltlich und politisch sollte mit der Erweiterung des Aktionsfeldes darauf hingewiesen werden, dass sich die Debatte nicht nur auf die offensichtliche Umweltzerstörung durch Braunkohletagebaue beschränken darf. Von der Schwarzen Pumpe ist der gedankliche Schritt hin zum Steinkohlekraftwerk in Berlin Mitte und dessen emissionsreicher Wärmeproduktion nicht mehr weit. Von dort aus eröffnen sich weitere Themenfelder wie etwa Steinkohleimporte aus Ländern mit katastrophalen Sozialstandards und Arbeitsbedingungen.

3 | Legitimätsgewinne

Wer die Fernsehbilder von der »Kraftwerkserstürmung« gesehen hat, mag einen anderen Eindruck gewonnen haben, aber alles in allem verhielt sich die Polizei sehr zurückhaltend. Dies überrascht, da Kraftwerke und deren reibungsloser Betrieb im staatlichen Interesse liegen. Warum also wurde die Blockade nicht gestoppt oder die Protestierenden von den Schienen geräumt?

Offensichtlich ist: Die Brandenburger Politik ließ sich nicht vor den Karren des damaligen Betreibers der Lausitzer Braunkohleindustrie Vattenfall Europe Mining spannen. Sie ließ die Aktivist*innen weitgehend gewähren, weil die politischen Kosten eines härteren Durchgreifens höher eingeschätzt wurden als der entstandene Schaden. Warum aber war es politisch so ›teuer‹, gegen die Klimabewegung vorzugehen? Ein Erklärungsversuch reicht in die ersten Jahre der großen Krise von 2008ff zurück. Damals machten sich einige Linke Sorgen, dass es grünen Kapitalfraktionen gelingen könnte, einen im Nachgang von Hurrikan Katrina und anderen extremen Unwettern als gesellschaftliches Universalinteresse konstruierten Klimaschutz zu instrumentalisieren, um ihr partikulares Profitinteresse voranzutreiben

HANNES LINDENBERG studiert Forst- und Umweltwissenschaften und war zuletzt Praktikant am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist in der Umweltbewegung aktiv und hat die Proteste zu »Ende Gelände« mit organisiert.

TADZIO MÜLLER ist Referent für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist seit vielen Jahren in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv, publiziert über globale Gerechtigkeitsbewegungen, die Kritik des grünen Kapitalismus und zur Frage gesellschaftlicher Alternativen. Er ist ebenfalls aktiv im »Ende-Gelände-Bündnis«.

– dass es also eine grünkapitalistische Hegemonie geben könnte (vgl. Kaufmann/Müller 2009). Mittlerweile ist klar, dass die Anpassungsfähigkeit des Kapitals in der organischen Krise über- und die Tiefe der Krise im Sinne einer Legitimationskrise unterschätzt wurde. Wer glaubt heute schon VW, wenn in Wolfsburg über emissionsarme Autos schwadroniert wird? Wer geht davon aus, dass die Klimarahmenkonvention der UN tatsächlich das Klima schützen wird? Und doch wurde im Dezember 2015 in Paris ein Klimavertrag vereinbart, in dem die Regierungen der Welt dreierlei deutlich machten: dass der Klimawandel ein gravierendes Problem ist, dass er von Menschen verursacht wird und dass die fossilen Brennstoffe dafür maßgeblich verantwortlich sind. Es wurde also, und darin liegt die eigentliche Relevanz von Paris, ein gesellschaftliches Universalinteresse am Klimaschutz formuliert, das aber unter den gegebenen Bedingungen der organischen Krise, die eben auch eine Legitimationskrise ist, nicht im oben genannten Sinne von Elitenfraktionen besetzt werden kann. Es ist quasi ›herrenlos‹. Das lange Zeit betriebene Greenwashing, mit dem sich die Autoindustrie mit Kampagnen zu Elektromobilität zur Vorreiterin des Klimaschutzes und damit zur Repräsentantin eines allgemeinen gesellschaftlichen Interesses machen konnte, ist vorbei. Zu unglaubwürdig war ihr Agieren und zu offensichtlich ist es inzwischen, dass Autos, die statt mit fossilen Brennstoffen nun mit Strom fahren, der aus überwiegend fossilen Brennstoffen gewonnen wird, keinen Gewinn für das Klima bringen. Das partikulare Profitinteresse der Autoindustrie kann also nicht länger als Universalinteresse an einem stabilen Klima dargestellt werden.

In diese Lücke konnte nun die radikale Klimabewegung stoßen. Denn wie oben gefragt: Warum wurde »Ende Gelände« nicht von den Kraftwerksschienen geräumt? Weil die Aktivist*innen glaubhaft versichern konnten, dass es ihnen tatsächlich vor allem um den Klimaschutz geht und dass sie derzeit der einzige Akteur sind, der Klimaschutz wirklich ernst nimmt. Damit ist klar: Wer sie angreift, trifft das Weltklima. »Ende Gelände« konnte sich in den in Paris gestrickten Legitimitätsmantel hüllen, weil kein anderer Akteur ihn sich erfolgreich anziehen konnte. Die Tatsache, dass die Aktion nicht unterbunden wurde, war also kein Zeichen ihrer taktischen Irrelevanz, sondern ihrer für aktionistische, auf zivilen Ungehorsam setzende Politikformen ungewöhnlichen politischen Stärke.

DIE ANDERE SEITE DER MEDAILLE…

14. Mai 2016, Schwarze Pumpe: Vor den Toren des von Klimaaktivist*innen blockierten Kraftwerks sammeln sich in den Abendstunden knapp tausend Menschen, um gegen »Ende Gelände« zu protestieren: Anwohner*innen, Angestellte von Vattenfall, Menschen mit Fahnen der kohlefreundlichen IG BCE, Hooligans, organisierte Nazis – viele sind dabei. Einige der Redner*innen nutzen den Begriff Ökoterroristen, andere singen Bergmannslieder. Aus der Demonstration heraus greifen 80 bis 100 Personen die Klimaaktivist*innen mit Böllern an, Autos von Journalist*innen werden von den Straßen abgedrängt. Glücklicherweise wird niemand verletzt. Am Tag danach streifen Gruppen organisierter Nazis durch die Umgebung des Klimacamps. Zwei Campbewohner*innen werden angegriffen, eine davon muss ins



Ende Gelände 2016, Moritz Richter

Krankenhaus gebracht werden. Unter internationalen Aktivist*innen geht die Verwunderung um: »Why do the locals hate us?«.

Die verkürzte Antwort: weil »Ende Gelände« *unter den gegebenen Bedingungen* faktisch ihr Feind ist. Hier liegt ein Widerspruch, der sich auch durch eine linke Diskurspolitik nicht auflösen lässt, die seit Jahren darauf beharrt, dass radikaler Klimaschutz und regionale soziale Gerechtigkeit (Stichwort: gerechte Übergänge) gleichzeitig organisiert werden müssen. Ein sofortiger Kohleausstieg ist, wieder unter den gegebenen Bedingungen, aber nicht dasselbe wie ein lang geplanter, sozial abgefederter und im Rahmen deutscher korporatistischer Politik umgesetzter Kohleausstieg (vgl. Agora Energiewende 2016). Und etwas detaillierter: Warum war »Ende Gelände« nicht in der Lage, im Vorfeld durch bessere politische Kommunikation den schwelenden Konflikt mit den Arbeiter*innen und Anwohner*innen zu entschärfen? Nicht einmal, so haben einige dem Bündnis vorgeworfen, mit den lokalen Anti-Braunkohle-Gruppen, die in der »Klinger Runde« organisiert sind, konnte die Kampagne im Vorfeld einen gemeinsamen Nenner finden. Ist es wirklich so, dass die Klimaaktivist*innen einfach die soziale Frage nicht ausreichend wichtig nehmen? Hätte der GAU linksökologischer Politik, die physische Auseinandersetzung zwischen Klimaaktivist*innen und Industriearbeiter*innen, nicht verhindert werden können?

Die Antwort auf diese, für eine Klima*gerechtigkeits*bewegung zentrale Frage ist nicht ganz unkompliziert. Daher Schritt für Schritt.

1 | Der Klimawandel *ist* eine soziale Frage. Es ist kein Zufall, dass in der Mobilisierung immer wieder betont wurde, es ginge »schon lange nicht mehr nur um Eisbären«. Das ging es noch nie. Der Klimawandel bedroht nicht nur die Megafauna in der Arktis, er bedroht die Lebensgrundlagen von Abermillionen von Menschen, gerade die Ärmsten und Marginalisiertesten. Am Klimawandel leiden im Schnitt jene am meisten, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Der Meeresspiegel steigt und Bangladesch säuft ab, während Holland schwimmende Städte baut. Und für viele Menschen im globalen Süden kommen sämtliche Maßnahmen der Emissionsvermeidung wohl jetzt schon zu spät – zu fortgeschritten ist die Temperaturerhöhung bereits. Für diese Menschen müssen neue Lebensräume aufgetan werden. Dafür wie für eine drastische Minderung der Emissionen sind vor allem jene Länder in der Bringschuld, deren Reichtum sich aus der Gewinnung und der Verbrennung fossiler Energieträger speist. Sie tragen die ›Klimaschuld‹. Wer den Klimawandel gegen die soziale Frage ausspielt, wie das leider in vielen Teilen der gesellschaftlichen Linken immer wieder der Fall ist – von der Interventionistischen Linken über den Großteil der deutschen Gewerkschaftsbewegung bis hin zu Sozialpolitiker*innen der LINKEN – reduziert Fragen sozialer Gerechtigkeit entweder auf Fragen *nationaler* sozialer Gerechtigkeit oder auf Fragen strategischer Wahlarithmetik. Nach dem Motto: Sowohl in Bangladesch als auch in Cottbus wird gelitten, aber die Leute in Cottbus können hierzulande halt wählen.

2 | Um eine minimale Chance zu wahren, den Klimawandel und damit das mittelfristige ›Umkippen‹ des globalen Klimasystems noch aufhalten zu können, müsste die Weltgemeinschaft ziemlich schnell handeln und das 2015 in Paris beschlossene Ziel des 21. Weltklimagipfels in Angriff nehmen: den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur bei deutlich unter zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter halten und weitergehende Anstrengungen unternehmen, den Temperaturanstieg bei 1,5 Grad zu stoppen. Diesbezüglich noch einmal zur sozialen Frage: Noch beim UN-Klimagipfel 2009 in Kopenhagen denunzierte eine Gruppe besonders klimavulnerabler Länder jedes Abkommen, das ein Limit oberhalb von 1,5 Grad festschreibt, als Selbstmordpakt. Aus einer globalen Gerechtigkeitsperspektive sind 1,5 Grad alternativlos.

3 | Um dieses ausgesprochen ambitionierte Ziel tatsächlich zu erreichen – genauer um eine 50-prozentige Chance zu haben, das Ziel zu erreichen –, müsste nach einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie der globale Emissionsnullpunkt 2034 erreicht sein. Für Deutschland bedeute dies unter anderem, dass der gesamte in Deutschland produzierte Strom bis 2030 aus erneuerbaren Energien stammen müsste. Dies würde in anderen Bereichen wie Mobilität und Landwirtschaft einen Puffer für die Dekarbonisierung lassen. Die besonders emissionsintensive Braunkohle müsste hingegen schon 2025 vom Netz gehen, denn: Deutschland ist Braunkohleweltmeister, fördert und verbrennt davon mehr als jedes andere Land der Welt.

2025 also. Aus globaler Gerechtigkeitsperspektive ist dieses Datum eines Braunkohle-

ausstiegs unanfechtbar. Interessant ist, dass es Greenpeace zu heikel war, mit der genannten Studie in die Offensive zu gehen. Der Text wurde im Prinzip begraben, die Organisation »leitet daraus heute noch keine neuen Forderungen ab« (zitiert nach *die tageszeitung* vom 25.2.2016).

Und warum nicht? Weil ein Kohleausstieg bis 2025 in den Kohleregionen *unter den gegebenen Bedingungen* ökonomische und soziale Brachlandschaften hinterlassen würde, mithin politisch kaum vertretbar ist. Die Umsetzung der Forderung nach einem sofortigen Braunkohleausstieg würde für die ungefähr 22 000 direkt in der Branche Beschäftigten nicht nur den Verlust ihrer Arbeitsplätze bedeuten, sondern auch den Verlust ihrer kollektiven Identität – also eine existenzielle Bedrohung. Dementsprechend sieht der bisher detaillierteste Plan für einen bundesweiten Braunkohleausstieg als das endgültige Ausstiegsdatum 2040 vor. Nur: Aus der Perspektive des Klimaschutzes ist 2040 ein völlig unzureichendes Datum. Wenn eines der reichsten Länder der Welt erst in 25 Jahren aus der Nutzung der dreckigsten aller fossilen Brennstoffe aussteigen will, warum sollten sich ärmere Länder dann überhaupt bewegen?

DIE LINKE UND DAS KLIMA

Womit wir beim (un-)sozialen Dilemma linker Klimapolitik hierzulande angelangt sind: Klimaschutz und globale Klimagerechtigkeit auf Kosten vieler Menschen in der Lausitz und im Rheinland oder ein regional gerechter Übergang auf Kosten des Klimas und somit zahlloser Menschen im globalen Süden heute und zukünftiger Generationen weltweit? Diesem Dilemma sollten wir offen und ehrlich begegnen, statt – analog zu der Erzählung, die suggeriert, Klimaschutz lasse sich mit fortgesetztem gesamtwirtschaftlichen Wachstum kombinieren – so zu tun, als könne effektiver Klimaschutz (≈2025) problemlos mit lokaler und regionaler sozialer Gerechtigkeit, mit ›gerechten Übergängen‹ (≈2040) kombiniert werden.

Wir stehen also vor zwei Wahrheiten: Erstens, Klimaschutz ist unverzichtbar, wegen der globalen sozialen Gerechtigkeit, deshalb muss der Kohleausstieg bis 2025 erfolgen. Zweitens, lokale soziale Gerechtigkeit ist unverzichtbar, deswegen braucht es ›gerechte Übergänge‹. Das erste Ziel ließe sich angesichts der momentanen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und auf der Basis bestehender Konzepte tatsächlich umsetzen. Das zweite, der ›gerechte Übergang‹, von dem wir nur grob wissen, wie er aussehen könnte, ist unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen kaum zu realisieren. Ethisch ist diese Alternative nicht zu entscheiden – hier gilt es die Debatte um ethische Begründungen zwischen globaler Klimagerechtigkeit und lokal jeweils konkret verorteter sozialer Gerechtigkeit weiter zu führen. Politisch aber muss entschieden werden. Also fordern wir an dieser Stelle einen Braunkohleausstieg bis 2025, und zwar aus strategischen Gründen. Wenn wir von zwei Zielen eines erreichen können oder keines, dann wählen wir doch lieber einen möglichen Sieg als eine doppelte Niederlage.

LITERATUR

Agora Energiewende, 2016: Elf Eckpunkte für einen Kohlekonsens, Berlin, www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2015/Kohlekonsens/Agora_Kohlekonsens_KF_WEB.pdf

Kaufmann, Stephan/Müller, Tadzio, 2009: Grüner Kapitalismus: Krise, Klima und kein Ende des Wachstums, Berlin

ROSA-LUX KOMPAKT

WAS WAR?

NUIT DEBOUT – AUFRECHT DURCH DIE NACHT!
DISKUSSION ZUR SITUATION IN FRANKREICH

Seit dem 31. März werden in Frankreich jeden Abend öffentliche Plätze besetzt, um in Vollversammlungen gegen die geplante neoliberale Gesetzesänderung des Arbeitsrechts zu protestieren. Nuit debout rief auch eine neue Zeitrechnung aus: Der März endet erst, wenn ein Sieg errungen ist. Nicht nur in Paris, auch in vielen anderen französischen (Groß-)Städten und Banlieues regt sich Widerstand gegen die allgemeine Tristesse und den politischen Zustand des Landes, gegen das Europa der Austeritätspolitik. Über die Hintergründe und Entwicklungen der Bewegung und ihre Perspektive in Europa diskutierten am ›58. März‹ Aktivist*innen und Expert*innen aus Politik, Medien und Wissenschaft in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

Dokumentation
http://www.rosalux.de/event/55782/

»KÄMPFE UM EUROPA«
BDWI-HERBSTAKADEMIE
1.–4. SEPTEMBER IN WERFTPFUHL

Wir erleben eine Zeitenwende in Europa: Das neoliberal-imperiale Herrschaftsprojekt der EU befindet sich in einer tiefen Krise. Die EU steht kaum noch für die Hoffnung auf ein besseres Leben. Für Linke ist das kein Grund zur Euphorie, im Gegenteil: Die herrschenden Kräfte setzen Austeritätspolitik und Freihandel undemokratisch durch. An den Außengrenzen wird Krieg gegen Geflüchtete geführt. Es stellen sich Schicksalsfragen: Droht ein Zerfall der EU und ein Durchbruch reaktionär-nationalistischer Kräfte? Wie kann die linke Perspektive einer Neugründung Europas von unten verteidigt und wiederbelebt werden? Rosa-Luxemburg-Stiftung und BdWi laden zur jährlichen Herbstakademie ein.

Infos und Anmeldung
http://www.bdwi.de/termine/event_28679.html

WAS KOMMT?

»ALGORITHMEN, DATEN, DEMOKRATIE«
KONFERENZ, 2., 3. DEZEMBER IN BERLIN

Über unsere Welt legt sich ein feinmaschiges Netz an Sensoren und Schnittstellen. Datenquellen und Algorithmen versprechen, alle Bereiche unseres Lebens, von der Stadt über Schule und Arbeitsplatz bis hin zum eigenen Haushalt ›smart‹ zu machen. Auf dieser Grundlage werden Entscheidungen getroffen, die den individuellen Alltag und das öffentliche Leben beeinflussen. Sie sind aber kaum nachvollziehbar. Oft heißt das nicht nur Intransparenz, sondern konkrete Diskriminierung. Wie verändert der Einsatz von Algorithmen die Spielregeln politischen Denkens und Handelns? Wie wandeln sich Herrschaft, Kontrolle und Kapitalismus?
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung bringt Netz-Aktivist*innen, politisch Aktive, Wissenschaftler*innen und Interessierte zusammen, um über Konsequenzen der Digitalisierung, Potenziale für Organisierung und politische Intervention zu diskutieren.

Infos
www.rosalux.de/event/56358

MIT WEM?

GEMEINSAM GEWINNEN!
ERNEUERUNG DURCH STREIK III
30. SEPTEMBER – 2. OKTOBER IN FRANKFURT/MAIN

Von der Metall- und Elektroindustrie über die Bahn bis zu Kitas und Post: Die Streiks des letzten Jahres stießen auf Aufmerksamkeit, aber auch auf Widerstand der Unternehmen. Das Durchhaltevermögen der Aktiven stimmt hoffnungsfroh. Um diese Auseinandersetzungen gewinnen zu können, bedarf es allerdings großer Anstrengungen und neuer Strategien.
Die diesjährige Streik-Konferenz bringt haupt- und ehrenamtliche Gewerkschaftsaktive und Wissenschaftler*innen zusammen, um Erfahrungen auszuwerten, voneinander zu lernen und über innovative Strategien, Konfliktformen und Beteiligungsmöglichkeiten zu diskutieren.
Sie wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit vielen regionalen Gewerkschaftsgliederungen und der ver.di-Jugend veranstaltet.

Infos und Anmeldung
www.rosalux.de/streikkonferenz

WER SCHREIBT?

»DIE ENTHEMMTE MITTE«
STUDIE ZU RECHTSEXTREMEN EINSTELLUNGEN

Deutschland ist polarisiert: Eine deutliche Mehrheit lehnt rechtsextremes Denken ab. Diejenigen, die es teilen, sind aber bereit, ihre Ansichten mit Gewalt durchzusetzen. Auch aus der sprichwörtlichen »Mitte« kann »großes antidemokratisches Potenzial erwachsen«. Ein Indiz dafür ist, dass die Abwertung bestimmter Gruppen zunimmt: Islamfeindschaft, Antiziganismus und die Abwertung von Asylsuchenden. Auch nimmt die Zustimmung zu einer antidemokratischen, autoritären Politik sowie die Akzeptanz von Gewalt zu, etwa um eigene Interessen durchzusetzen oder sich »gegen Fremde durchzusetzen«, so die Autoren der Studie »Die enthemmte Mitte«, Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler. Die Studie wurde zusammen von der swsRosa-Luxemburg-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und Otto-Brenner-Stiftung gefördert.

Download
www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Mittestudie_Uni_Leipzig_2016.pdf

EINE WOCHE UND EIN JAHR IN BARCELONA
DOKUMENTARFILM ÜBER ADA COLAU

»Die Bürgermeisterin« (Alcaldessa) von Barcelona schafft es nun auch in die spanischen Kinos. Der Regisseur Pau Faus hat Ada Colau ein Jahr lang auf ihrem politischen Weg begleitet – vom Beginn ihrer Kandidatur für Barcelona en Comù bis zur Wahl. Entstanden ist eine Chronik, die nicht nur den historischen Sieg der Bewegungslinken dokumentiert, sondern auch Colaus Angst, zu einer jener Berufspolitiker*innen zu werden, die sie immer kritisiert hat. Der preisgekrönte Film wird bald auch mit deutschen Untertiteln zu sehen sein. Die Vorgeschichte dieser Frau, die die Plattform der Hypothekenbetroffenen (PAH) mitaufgebaut hat, zeigt der Film »Sieben Tage bei der PAH Barcelona« vom selben Regisseur. Beide Filme entstanden mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Links
www.alcaldessa.com/
www.youtube.com/watch?v=erTvQ1KSYis

»DAS KOMMUNISTISCHE«

Bei der Frage, was heute links ist, wird gern »das Kommunistische« als Gespenst an die Wand gemalt. Und in der Tat wirkt es für viele zunächst als Bedrohung individueller Freiheit, die im Namen des Kommunismus systematisch unterdrückt wurde. Aber da der real existierende Kapitalismus die soziale Spaltung auf die Spitze treibt, kommt auch das Gespenst nicht zur Ruhe. Denn »das Kommunistische« war und ist auch die schärfste Kampfansage gegen jede Ordnung des Privateigentums. Es trägt in sich die Hoffnung, dass Gemeineigentum und freie gemeinschaftliche Arbeit zur Befreiung von Ausbeutung jedweder Art beitragen können.
In dem von Lutz Brangsch und Michael Brie herausgegebenen Buch steht die kommunistische Idee auf dem Prüfstand. Welche ›kommunistischen‹ Experimente und Initiativen sind für die aktuellen Kämpfe tragfähig?

Leseprobe
www.vsa-verlag.de-Brangsch-Brie-Das-Kommunistische.pdf

»IST DOCH EIN KOMPLIMENT...«
BEHAUPTUNGEN UND FAKTEN ZU SEXISMUS

Sexismus ist in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Gleichwohl ist es schwer, ihn da zu benennen, wo er auftaucht. Die Argumente-Broschüre »Ist doch ein Kompliment...« will den Blick dafür schärfen, dass Sexismus ein strukturelles und interaktionelles Problem unserer Gesellschaft ist, das angegangen werden muss. Wer Sexismus thematisiert, stellt immer auch die Frage nach der Macht, nach ihrer ungleichen Verteilung und nach Strategien, mit denen diese Verhältnisse aufrechterhalten werden. Es werden Argumente geliefert, um gängige Mythen zu entkräften, Behauptungen, die ein Sprechen über Sexismus unmöglich machen, zu konfrontieren und ungleiche Machtverhältnisse wie strukturelle Ungleichheit als das zu benennen, was sie sind: Sexismus.

Download
www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_9_Sexismus.pdf

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
AKTUELLE PUBLIKATIONEN



Anna Schiff
IST DOCH EIN KOMPLIMENT ...
Behauptungen und Fakten zu Sexismus
«luxemburg argumente» Nr. 9
40 Seiten, Juni 2016
Download unter:
www.rosalux.de/publication/42416

Susanne Lang
OFFENES GEHEIMNIS
Mythen und Fakten zu Überwachung und digitaler Selbstverteidigung
«luxemburg argumente» Nr. 10
40 Seiten, August 2016
Download unter:
www.rosalux.de/publication/42538 





Christian Russau
ABSTAUBEN IN BRASILIEN
Deutsche Konzerne im Zwielicht
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit medico international
240 Seiten, 16,80 Euro
ISBN 978-3-89965-721-0
VSA:Verlag



Erhard Crome (Hrsg.)
FRIEDENSFORSCHUNG IN DEUTSCHLAND
Anforderungen an eine «kritische Friedensforschung»
«Materialien» Nr. 18
56 Seiten, August 2016
Download unter:
www.rosalux.de/publication/42529

KAPITAL KRIMINELL
Steuertricks, Spekulation, schmutzige Geschäfte: Wo der globale Finanzreichtum bleibt
RosaLux 2-2016, 44 Seiten, Juli 2016
Download unter:
www.rosalux.de/publication/42489 



BESTELLUNG ALLER PUBLIKATIONEN UNTER
TELEFON 030 44310-123 ODER **BESTELLUNG@ROSALUX.DE**



Was schenken wir Katrin?
Es gibt Leute, die haben schon alles und wollen auch nix. Postmaterielle Kapitalismuskritik, Konsumverweigerung, CO2-Einsparung: Super, niemand versteht das besser als wir. Trotzdem will man zum Wiegenfest nicht mit leeren Händen kommen. Was tun?
Verschenken Sie das »nd«! Gerade nachdenkliche Geburtstagskinder wie Katrin (Jörn, Sibylle) freuen sich über noch mehr Durchblick. Mit unserem Verschenk-Abo KATRIN kommen Sie dabei geradezu prekär billig weg: Zwei Monate das »nd« gedruckt und als App für nur 35 €* – gleich ordern: (030) 29 78 18 00 · www.neues-deutschland.de/abo
* Das Abo gilt nur für NeuabonnentInnen und verlängert sich NICHT automatisch.
»nd« zwei Monate gedruckt und als App nur 35 €*
neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG
nd



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424
Dieses Heft wurde als Sonderausgabe in Kooperation mit der US-amerikanischen Zeitschrift Jacobin produziert.

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, fried@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 443 10-404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Barbara Fried,
Corinna Genschel, Christina Kaindl und Rainer Rilling
Heftredaktion: Harry Adler, Moritz Altenried, Loren Ballhorn, Michael Brie, Hanno Bruchmann, Ferdinand Muggenthaler, Stefanie Kron, Tadzio Müller, Katharina Pühl, Hannah Schurian, Ingar Solty, Bhaskar Sunkara, Moritz Warnke und Florian Wilde

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 443 10-157
Fax: +49 (0)30 443 10-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur; www.text-arbeit.net

Titel- und Rubrikenillustration: © Adam Avery

Grafik und Satz: Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und Kommunikationsdesign, www.matthies-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus,
Druck auf PEFC zertifiziertem und säurefreiem Papier



1/2016 HART AN DER GRENZE

Der ›Sommer der Migration‹ ist einem Winter rassistischer Übergriffe gewichen und dieser einem Frühjahr, das uns zwischen humanitärer Katastrophe und Wahlerfolgen der AfD erstarren lässt. Eine Bearbeitung der Fluchtursachen wird nicht versucht. Stattdessen Regieren mit und im Ausnahmezustand. Das Gegenstück zur autoritären EU-Elite ist der grassierende Rechtspopulismus. Doch offenbart die massenhafte Solidarität mit den Geflüchteten auch beeindruckende Formen der Selbstermächtigung und vorsichtigen Demokratisierung von unten. Wie können daraus Ansätze für weiterreichende Organisierung im Alltag entstehen? Projekte, mit denen die Linke Glaubwürdigkeit erlangen und den Rechten den sozialen Boden ihres Erfolgs abgraben kann?

BEITRÄGE Giorgio Agamben | Peter Birke | Barbara Fried | Fabian Georgi | David Harvey | Horst Kahrs | Bernd Kasparek | Maria Oshana | Marei Pelzer | Bodo Ramelow | u.a.

April 2016, 144 Seiten



3/2015 SMARTE NEUE WELT

Die Roboter kommen, die Arbeit geht? Mit Schlagworten wie »Industrie 4.0« oder »Zweites Maschinenzeitalter« werden Umbrüche in der Produktions- und Lebensweise verhandelt. Nicht immer sind die strukturellen Veränderungen hinter der Ideologieproduktion auszumachen. Digitale Revolution betrifft jedoch nicht nur Produktions- und Arbeitsverhältnisse. Soziale Medien verändern Kommunikationsweisen, Lifelogging-Apps otimieren neoliberale Selbsttechnologien und mit Hilfe vernetzter Daten werden Mobilitätskonzepte wie Gesundheitsversorgung umgebaut, von den ökologischen Konsequenzen dieser SMART NEW WORLD ganz zu schweigen. Doch wer verfügt über all die Daten, Algorithmen und Infrastrukturen? Und wem gehört die frei werdende Zeit?

BEITRÄGE Evgeny Morozov | Ralf Krämer | Tanja Carstensen | Christoph Spehr | Bernd Riexinger | Halina Wawzyniak | Frank Pasquale | Dagmar Fink | Moritz Altenried | Antonio Negri | u.a.

Dezember 2015, 144 Seiten



2/2015 DAS BISSCHEN BILDUNG

Wenn politische Alternativen schwach und Handlungsoptionen rar sind, bleibt oft der Ruf nach ›Bildung‹ – auch in der Linken. So sehr Aufklärung linker Glutkern ist, so verquer ist die Hoffnung, verbesserte Welt- und Selbsterkenntnis allein könnte eine Änderung der Verhältnisse voranbringen. Im Angesicht der eigenen Ohnmacht wird außerdem oft kritische Bildungsarbeit auf Methoden, Moderation und die Vermittlung von *skills* verengt. Austerität, Vermarktlichung und die Entsicherung von Arbeit verändern unterdessen die Bedingungen von Bildung massiv: Die Räume werden enger, die Zeit wird knapper. Dabei ist die Notwendigkeit von Kritik und Alternativen größer denn je. Was also tun mit dem BISSCHEN BILDUNG?

BEITRÄGE Julika Bürgin | Uwe Hirschfeld | María Do Mar Castro Varela | Alberto Garzón | Axel Rüdiger | Katrin Reimer-Gordinskaya | Laurence Cox | David Salomon | u.a.

August 2015, 120 Seiten



1/2015 MEHR ALS PREKÄR

Prekarisierung meint nicht mehr nur die Ausweitung unabgesicherter, schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse, sie ist in alle Lebensbereiche eingewandert: Zeitstress, die Unmöglichkeit, das eigene Leben planen zu können, Verdrängung aus den Städten und wachsende Reproduktionslücken. Prekarisierung ist neue ›Normalität‹ – und doch betrifft sie nicht alle gleichermaßen, sind die Möglichkeiten, mit vielfältigen Verunsicherungen umzugehen, klassenabhängig. Wo lassen sich dennoch geteilte Betroffenheiten ausmachen, die zum gemeinsamen Handeln anregen? Wie sind Bündnisse zwischen Kern und Rand, prekär Beschäftigten und Erwerbslosen oder zwischen PatientInnen und Pflegekräften zu schmieden? Wie kann Zukunft im Heute gestaltet werden?

BEITRÄGE Juliet Schor | Loïc Wacquant | Norbert Wohlfahrt | Katja Kipping | Bernd Riexinger | Julia Dück | Peter Bremme | Ingrid Artus | Jana Seppelt | Christian Fuchs | Horst Kahrs | u.a.

April 2015, 120 Seiten

EINE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

VERBINDENDE ODER STRATEGISCHE PARTEI
WAS KOMMT NACH SANDERS?
SOCIAL MOVEMENT UNIONISM
DIE LINKE UND GEWERKSCHAFTLICHE ERNEUERUNG
MUNIZIPALISMUS UND EIN EUROPA DER KOMMUNEN
REBELLISCHE STÄDTE IM STRESSTEST
ENDE GELÄNDE IM GERECHTIGKEITSDILEMMA

ISSN 1869-0424

